

Zu den Bundestagswahlen S. 29-31

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES
Jg. 17, Nr. 278, 12. 1. 87 5 DM C 21734 E

Aus dem Inhalt

Produktion bei ALKEM. Die Bundes-Grünen, deren Hessen-Abteilung dies zum etwaigen Bruchpunkt der Koalition mit der SPD erklärt hatte, verschlief die SPD-Aktion. Seite 5
Antikommunismus
Die World Anti-Communist League konstituiert sich zunehmend als inoffizielles Organ des internationalen Konservativismus und fungiert als eine der zentralen Koordinierungsstellen für staatsterroristische In-

Die Spätgeburt

Am 4.1. war es wieder mal so weit. Ein dunkler Schatten umwölkte die Augenbrauen des Bundeskanzlers, seine Mundwinkel zuckten und sein Gesichtsausdruck nahm die berüchtigte Mischung zwischen Ärger und Irritation an, als er zu sprechen anhub: Blackout. Diesmal traf es die DDR, der Kohl die Existenz von Konzentrationslagern anhängen wollte. Der schlappe Wahlkampf hatte sein Thema.

Die SPD warf dem Kanzler vor, die Ostpolitik aufs Spiel zu setzen (Glotz), um Stimmen von rechtsaußen zu halten (Rau). Etwas schärfer sprach Vogel davon, Kohl wecke einen dumpfen Rechtsradikalismus. Brandt erklärte, die Union wolle in den Kalten Krieg zurück und stelle den „eindeutigen Bruch" bundesrepublikanischer Nachkriegspolitik mit der nazistischen Vergangenheit infrage. Die Grünen sahen ein „schlimmes völkisch-nationales Getöse" von „Militaristen und Faschisten" am Werk. Die DDR verwahrte sich gegen die Unterstellungen, gab in ihren Medien empörten Basis-Reaktionen Raum, machte aber — bisher — deutlich, daß das Bemühen um Entspannung nicht von der parteipolitischen Zusammensetzung der Bundesregierung abhängen könne.

Während die FDP vorsichtig auf Distanz ging, sprang dem Kanzler eine Reihe von Unionspolitikern aus CDU und CSU zur Seite. Zimmer-



mit der nazistischen Vergangenheit infrage. Die Grünen sahen ein „schlimmes völkisch-nationales Getöse" von „Militaristen und Faschisten" am Werk. Die DDR verwahrte sich gegen die Unterstellungen, gab in ihren Medien empörten Basis-Reaktionen Raum, machte aber — bisher — deutlich, daß das Bemühen um Entspannung nicht von der parteipolitischen Zusammensetzung der Bundesregierung abhängen könne.
Während die FDP vorsichtig auf Distanz ging, sprang dem Kanzler eine Reihe von Unionspolitikern aus CDU und CSU zur Seite. Zimmer-

mann erklärte, die DDR selbst sei das größte Gefangenenlager der Welt. CSU-Habsburg lieferte die Steigerung dazu: Größtes KZ der Welt. Kanzleramts-Schäuble und andere CDU-Leute benutzten zwar nicht ausdrücklich diesen Begriff, begrüßten es aber, daß Kohl die „Menschenrechtsverletzungen in der DDR" beim Namen nenne. Die Bereitschaft der Bundesregierung, mit der DDR zu reden und zu verhandeln, könne nicht bedeuten, auf ein „offenes Wort" zu verzichten. Im übrigen habe auch Brandt nach dem Mauerbau in Berlin dieses Symbol auf die DDR angewandt.

„Die Deutschen haben ein Recht zu lächeln"

Die bürgerlichen Medien zeigten sich jedoch wenig geneigt, der großen Regierungspartei in diesen ideologischen Schützengraben zu folgen, nachdem Kohl bereits mit seinem Versuch, Gorbatschow mit Goebbels zu vergleichen, weil die Gattin des KPdSU-Chefs gut aussehe, kläglich im Regen gestanden hatte. Schon wieder sei ihm ein Vergleich mit der Nazi-Zeit mißlungen, er gehe mit solchen Begriffen nicht eben genau um und rede manchmal unverantwortlich daher, hieß es auch in konservativen Blättern. Selbst die "FAZ" stöhnte ein wenig, der Kanzler hätte lieber von „Haftarbeitslagern" sprechen sollen, statt sich mit einer „inkorrekten, drastischen Vokabel" eine „Blöße" zu geben (was übrigens — unfreiwillig natürlich — ziemlich scharf ist, denn beim Entblößen wird ja sichtbar, was gewöhnlich irgendwie verhüllt werden soll).

Fortsetzung auf Seite 6

Kurswechsel in der KP-Vietnam

Die Hälfte der Parteiführung einer KP abgesetzt, ohne daß es sichtbar zu heftigen internen Machtkämpfen gekommen ist? Man glaubt es kaum. Der Parteitag der KP Vietnams löste Ende Dezember nicht nur die alte Führungsschicht ab, er beließ ihre Mehrheit dennoch in verantwortlichen politischen und Parteipositionen. Ein Zeichen für die Fähigkeit der Partei zur Erneuerung, ohne daß Köpfe rollen müssen? Es wäre diesem vom Krieg des Imperialismus gegen seine Befreiung gebeutelten Land zu gönnen, daß es die Chance für eine friedliche Entwicklung bekommt. An Kritik insbesondere an der Mißwirtschaft und dem herrschenden bürokratischen Zentralismus ließ die Diskussion auf dem Parteitag nicht zu wünschen übrig.

Zwei Hauptprobleme lassen Vietnam nicht zur verdienten ruhigen Entwicklung seiner eigenen Strukturen kommen. Der Staat war bislang nicht in der Lage, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zur Lösung der Versorgungsprobleme der Bevölkerung zu ermöglichen. Formale Lösung der Eigentumsfrage an den Produktionsmitteln und ebenso formaler, bürokratischer Sozialismus wurde auf dem Parteitag kritisiert. Eine dezentrale ökonomische Erneuerungsbewegung soll für Änderung sorgen. Das zweite Problem bleibt die außenpolitische Isolierung, das miltärische Engagement in Kampuchea und die Feindschaft mit der VR China — vor wenigen Tagen bei blutigen Grenzgefechten wieder aufgeflammt.

Unser Bericht auf Seite 3

Zweiter Anlauf

BuKo der Anti-AKW-Bewegung

Nachdem Ende November '86 die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Initiativen in Regensburg am Verbot der bayerischen Landesregierung gescheitert war (siehe ausführlichen Bericht im letzten AK), gab es verschiedene Überlegungen in der Bewegung, wie nun weiter vorzugehen ist: Sollte man auf „Nummer Sicher" gehen und mit dem Ziel einer normal tagenden BUKO von vorneherein darauf verzichten, einen nochmaligen Versuch in Bayern zu starten? Daran schloß sich die Frage, ob sich die Bewegung angesichts der gerade am 1. Januar in Kraft getretenen Gesetze überhaupt so sicher sein kann, BUKOs wie bisher durchführen zu können. Oder sollte der Vorstoß der CSU, von dem alle total überrascht worden waren, als Herausforderung begriffen werden, auf die zu reagieren politische Notwendigkeit und ein Akt der Selbstverteidigung war? Das warf das Problem auf, wie denn — angesichts der Brutalität und Entschlossenheit, mit denen das Verbot in Regensburg durchgesetzt worden war — die Durchführung so einer Versammlung zu gewährleisten sei: Eine Frage, vor der hier seit 20 Jahren noch keine Bewegung gestanden hat.

Um diese Fragen zu diskutieren und zu entscheiden, kamen am 20. Dezember in Frankfurt Vertreter von rund 30 BIs aus allen größeren Orten der BRD zusammen. Vorgabe war einerseits ein Beschluß — noch unter Jagd-Bedingungen in Regensburg gefällt —, es möglichst noch einmal in Bayern zu versuchen. Andererseits hatte die Zeitschrift Radi-Aktiv — selbst Opfer zahlreicher Anklageschriften und Ermittlungsverfahren — bereits in Nürnberg die Initiative für die Durchführung der BUKO ergriffen. Ihr Konzept bestand darin, einen aus einem breiten Spektrum bestehenden Trägerkreis zu gewinnen, unter dessen „Schirmherrschaft" die BUKO stattfinden sollte. Die Radi-Aktiv hatte bereits begonnen, mit einem entsprechenden Aufruf Unterschriften zu sammeln und auch schon eine stattliche Anzahl zusammenbekommen.

Fortsetzung auf Seite 5

Zweiter Anlauf
BuKo der Anti-AKW-Bewegung
Nachdem Ende November '86 die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Initiativen in Regensburg am Verbot der bayerischen Landesregierung gescheitert war (siehe ausführlichen Bericht im letzten AK), gab es verschiedene Überlegungen in der Bewegung, wie nun weiter vorzugehen ist: Sollte man auf „Nummer Sicher" gehen und mit dem Ziel einer normal tagenden BUKO von vorneherein darauf ver-
Versammlung zu gewährleisten sei: Eine Frage, vor der hier seit 20 Jahren noch keine Bewegung gestanden hat.
Um diese Fragen zu diskutieren und zu entscheiden, kamen am 20. Dezember in Frankfurt Vertreter von rund 30 BIs aus allen größeren Orten der BRD zusammen. Vorgabe war einerseits ein Beschluß — noch unter Jagd-Bedingungen in Regensburg gefällt — es möglichst noch ein-

Den Lagerkrieg im Libanon wie auch die Vorgänge in den von Israel besetzten Gebieten wertet Arafat in einem Interview mit „Al-Fajr" als israelisch-amerikanische Verschwörung, in die auch einige arabische Regimes verwickelt seien. Die Angriffe würden geführt von Amal, unterstützt teils von Israel, teils von Syrien. Ziel der Angriffe sei die Zerstörung der Lager und eine Massenaustreibung der Palästinenser aus dem Libanon nach Jordanien. — Die jüngst geführten Gespräche mit Habasch, dem Vorsitzenden der wichtigsten linken oppositionellen Fraktion in der PLO, der PFLP, hätten, so Arafat, eine gute Grundlage für den Aufbau einer echten Einheit der palästinensischen Fraktionen geschaffen.

Interview mit Yassir Arafat

Über den Wahnsinn der Normalität

Gespräch mit Elfriede Jelinek



Das ist Elfriede Jelineks Botschaft: ätzend, aufstachelnd, unerträglich aufrührerisch, radikal feministisch, von aggressiver literarischer Attraktion.

Im Sommer wurde ihr der Böll-Preis 1986 „für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der deutschen Literatur" zugesprochen, den sie am 2. Dezember erhalten hat. CDU und CSU schäumten.

Wir führten ein Gespräch mit Elfriede Jelinek in ihrer Wiener Wohnung: über ihre Arbeit, über sie selbst, über den alltäglichen Wahnsinn, über Feminismus, über ihre Mitgliedschaft in der KPÖ.

Der erste Teil dieses Gesprächs in dieser Ausgabe auf Seite 13

Vor 45 Jahren:

Wannsee-Konferenz zur „Endlösung der Judenfrage"

Am 20.Januar 1942 traf man sich in einer Villa am Berliner Wannsee, um über die Ermordung von 11 Millionen Juden zu sprechen. Eingeladen hatte Reinhard Heydrich, Polizei/SD-Chef und seit Juli 1941 „Beauftragter für die Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage". Seine Gäste waren hochrangige Vertreter der „unmittelbar beteiligten Zentralinstanzen": Innenministerium, Außenministerium, Justizministerium, Ministerium für die besetzten Ostgebiete, das Amt für den Vierjahresplan, Reichskanzlei, Parteikanzlei, das Amt des Generalgouverneurs (d.h. der Verwaltung des besetzten Polens), Rasse- und Siedlungshauptamt, Reichssicherheitshauptamt (RSHA, die Zentrale von Polizei und SD der SS), Polizei und SD des Generalgouvernements (Polen) und des Reichskommissariats Ostland (besetzte Gebiete der UdSSR).

Das Treffen war ursprünglich Ende November 1941 auf den 9.12. angesetzt worden, dann aber wegen der Ereignisse, die zum amerikanischen Kriegseintritt führten, kurzfristig verschoben worden. (1)

Als Wannsee-*Konferenz* ist die kaum zweistündige Besprechung in der Geschichte festgehalten, und es bestehen weithin übertriebene Vorstellungen — sofern überhaupt Vorstellungen da sind — über die Funktion dieses Treffens.

Fortsetzung auf Seite 12

Der Erkennerbrief

Hallo Gorbi,

entschuldige, daß wir Dir so spät antworten, aber Du hast uns ja nicht geschrieben. Dieser Brief geht per Express an Dich ab, damit Du ihn noch vor dem 25.1.87 in die Finger kriegst, denn wir befürchten, daß Du nach diesem Datum alle Post aus der BRD ungeöffnet zurückgehen läßt. Jedenfalls hätten wir dafür eine Menge Verständnis.

Gorbi, Lieber, verliere bloß keine Zeit über den Unfug, den der Politstrolch an der Spitze unserer Regierung anstellt. Die brauchst Du dringend für die Lösung wirklich wichtiger Probleme, zum Beispiel: Wie willst Du die Hürde SDI überwinden? Hier wird gemunkelt, Du habest Sacharow nur freigelassen, damit er im weltweiten Friedenskampf gegen die Weltraumrüstung mitmacht. Das ist natürlich clever von Dir, wie wir in Amerika sagen. Du brauchst kompetente Gesprächspartner. Wir vermissen die sogar noch mehr als Du, denn bei uns gibt's ja nicht mal genügend Schachspieler.

Aber wir waren bei SDI, und da haben wir, die wir als Glacis der USA fungieren und nicht mit unter den himmlischen Schutzschirm kriechen können, natürlich ein enormes Interesse zu erfahren, was wirklich läuft. Wir vermuten Folgendes:

Fast alle naturwissenschaftlichen Experten des Westens sprechen sich gegen SDI aus. Begründung: Es funktioniert nicht. Selbst für uns, die wir keine diesbezüglichen Fachidioten sind, klingen die Begründungen einleuchtend. SDI kann gar nicht funktionieren. Unter uns Friedensfreunden kommt da Freude auf: Weil Abrüstung im Imperialismus trotz aller gegenteiligen Beteuerungen unmöglich ist, begrüßen wir es auf's schärfste, wenn die kapitalistischen Staaten ihr schmutziges Money in Waffensystemen verpulvern, die nix taugen.

Klar, Gorbi? Klar ist auch, daß Du immer und immer wieder vor SDI warnst und glaubwürdig versicherst, daß Du das SDI-Projekt für die entsetzlichste aller Bedrohungen hältst. Aber Du weißt natürlich Bescheid, jedenfalls hoffen wir das, und regst Dich nicht wirklich auf. Wichtig ist nur, Präsident Reagans Altersstarrsinn zu bekräftigen, nur ja an SDI festzuhalten und ihn in dem Glauben zu bestärken, daß für die USA das Beste ist, was die UdSSR zum größten Übel erklärt. Laß nicht nach, Gorbi, in Jammern und Wehklagen, und der Yankee wird seinen letzten Cent an diesen Quatsch vergeuden. Daß Du von uns via Initiativen und Unter-

nur, Präsident Reagans Altersstarrsinn zu bekräftigen, nur ja an SDI festzuhalten und ihn in dem Glauben zu bestärken, daß für die USA das Beste ist, was die UdSSR zum größten Übel erklärt. Laß nicht nach, Gorbi, in Jammern und Wehklagen, und der Yankee wird seinen letzten Cent an diesen Quatsch vergeuden. Daß Du von uns via Initiativen und Unter-

schriftenlisten jede Unterstützung erfährst, ist ja wohl klar. Unser Zähneklappern dringt über den Atlantik wie Kastagnetten!

Ok, Gorbi, den Trick ziehen wir durch, auch wenn uns die klammheimliche Freude die Diskretion erschwert. Aber wie geht's weiter?

Irgendwann wird selbst der stupideste US-Präsident merken, daß SDI ein Flop ist. Und dann? Dann wird er fieberhaft überlegen, wie lang er die Pleite verheimlichen kann: ein Vierteljahr? Vier Wochen? Oder nur ein paar Tage lang?

Das, Gorbi, wird genau der Zeitpunkt sein, wo das Schicksal der Erde wirklich am seidenen Faden hängt, auch wenn mit etwas Glück nur die nördliche Hemisphäre draufgehen würde. Glaubst Du vielleicht, das Weiße Haus würde die gigantischste Fehlinvestition der Geschichte eingestehen, den Yankee-Staat bankrott erklären, die Creme der Wirtschaft in Konkurs und die Elite der Streitkräfte nach Hause schicken, während der Dollar unter die Lira fällt und die Epoche des Imperialismus im internationalen Hohngelächter zuende geht? Oder werden die USA nicht umgekehrt schnellstens losschlagen wollen, bevor die Sache ruchbar wird?

Wenn Dir Deine Spione, die hoffentlich so fix sind wie ihr Ruf, diese Situation melden, dann behalte um der Menschheit willen die Nerven, sei gut ausgeschlafen und ein Großmeister in revolutionärer Weitsicht und Entschlossenheit. Nein, nicht daß Du zuerst draufhaust, Gorbi, sowas darfst Du nicht mal denken! Alles hängt von Deinem Geschick als Oberjammerer ab. Du mußt vortäuschen, daß die Sowjetwirtschaft gerade in dem Moment unter dem Druck des Wettrüstens zusammenklappt. Inszeniere eine Versorgungskrise, laß zum Schein ein paar Provinzen rebellieren und lanciere entsprechende Schlagzeilen in die Weltpresse. Das ist die einzige Chance, daß der Finger in Washington in letzter Sekunde vom roten Knopf zurückzuckt: Bonzo wird glauben, daß SDI, was nicht funktionieren kann, trotzdem funktioniert, weil Du daran glaubst und deshalb Dein Land totrüstest. Er wird sich sagen, dann kann ich ja zum Schein noch ein bißchen weitermachen und sich ziemlich schlau dabei vorkommen. Aber — und das ist Deine Chance, in die Gegenoffensive zu kommen — er wird auch psychisch ziemlich fertig und intellektuell schwer überfordert sein.

So könntest Du ihn zu einem Gipfel einladen und unter vier Augen beispielsweise die folgende Frage stellen: „Paß auf, Alter, Du weißt doch hoffentlich, daß ich weiß, daß Du glaubst, SDI würde funktionieren, weil ich daran glaubte und mich deswegen totrüstete oder haben Dir das Deine Berater wieder mal verschwiegen, weil sie nicht wollen, daß Du erfährst, daß ich schon lange weiß, daß SDI gar nicht ..."

Spätestens da wird er nach den uns vorliegenden Präsidenten-Psychogrammen abwinken und sagen, daß es gut ist und er natürlich voll durchblickt und überhaupt schon immer gegen den Krieg war usw. Wenn Du eventuell noch eine sowjetische Bereitschaft erkennen läßt, mit Dollaraufkäufen auf dem Devisenmarkt die US-Währung zu stützen, müßte er eigentlich bereit sein, alles zu unterschreiben, was Du vorbereitet hat.

Logo ist das ein riskanter Weg, aber siehst Du einen anderen? Nur Mut! Keep on runnin', Gorbi, runnin' for peace, und bei dem Sympathiespurt, den Du vorgelegt hat, wird kein Mißtrauen Dich aufhalten können. Und dann haben wir's: Keine Atomraketen mehr in Ost und West. Die kapitalistischen Länder sind pleite, haben aber ein schmuckes SDI-System ohne Funktion, und Du hast die überlegene konventionelle Bewaffnung. Damit wirst Du dann ja wohl in der Lage sein, zu verhindern, daß der ganze Unsinn wieder von vorn anfängt. Du hast doch die überlegene konventionelle Bewaffnung, oder? Wenn nicht, laß es uns wissen. Dann müssen wir mit den Chinesen reden, obwohl das wahnsinnig schwierig ist, weil man nie genau weiß, was die denken.

Du weißt aber jetzt, wie wir denken.
Und teil uns mal mit, was Du darüber denkst.

Zwei, die es gern genauer wüßten.



Olympiagelände in Seoul

Olympia am 37. Breitengrad

Informationskomitee Südkorea und Olympia gegründet

Olympia am 37. Breitengrad

Informationskomitee Südkorea und Olympia gegründet

1988 finden in Korea die 24. Olympischen Sommerspiele statt. Die letzten beiden Veranstaltungen dieser Art in Moskau und Los Angeles hatten zu politischen Auseinandersetzungen und daraus folgenden Boykotten geführt. Mit der Wahl der südkoreanischen Hauptstadt Seoul hat das Internationale Olympische Komitee (IOC) erneut für politische Brisanz gesorgt.

Die Länder des realsozialistischen Lagers unterhalten keine diplomatischen Beziehungen zu Südkorea und erkennen das dortige Regime nicht an. Deshalb wurde inzwischen versucht, einen Teil der Wettbewerbe in die Koreanische Demokratische Volksrepublik (KVDR), hier allgemein als „Nordkorea" bekannt, zu vergeben. Darüber ist noch keine endgültige Entscheidung gefallen. Die KDVR verlangt eine angemessene Berücksichtigung und nicht nur eine symbolische Beteiligung mit ein paar Disziplinen. Alternativ dazu wurden Gespräche zwischen den beiden koreanischen Olympischen Komitees über eine gemeinsame Mannschaft geführt, aber hier ist ein erfolgversprechendes Ergebnis noch unwahrscheinlicher.

Aber die anstehenden Spiele haben nicht nur einen außen- sondern auch einen gewichtigen innenpolitischen Aspekt. Im Schatten der über die staatlich kontrollierten Medien hochgepushten Sportbegeisterung werden Repressionen gegen die Opposition und drastische Verschlechterungen der Lebensbedingungen durchgezogen.

Unterschiedliche Haltung der Opposition zum Olympia-Spektakel

Innerhalb der Opposition gehen die Erwartungen und Befürchtungen auseinander. So heißt es im „Korea Forum Nr. 2": *Nur die vage Hoffnung, eine erzwungene Öffnung des diktatorischen Systems nach außen vor und während der Spiele könne günstige Bedingungen für die Opposition schaffen, ist zur Zeit die Devise der NDKP* (Neue Koreanische Demokratische Partei — parlamentarische Oppositionspartei. Ihr bekanntester Vertreter ist der aus dem Exil zurückgekehrte Kim Dae Jung). *Ein wesentlicher Teil der außerparlamentarischen Opposition sieht in den Spielen 1988 eine Legitimierung der Militärdiktatur und fordert daher den Boykott der Spiele; dieser Kreis berücksichtigt gleichzeitig die Massenstimmung unter der Bevölkerung.*

Ein anderer Teil der außerparlamentarischen Opposition, vor allem die inzwischen radikalisierten Studenten und Arbeiter, sieht in den Olympischen Spielen das Hauptübel der wachsenden Systemkonkurrenz und Spannung zwischen beiden Teilen Koreas. Dieser Kreis fordert daher die Durchführung der Spiele in Süd- und Nordkorea sowie die Bildung einer gesamtkoreanischen Mannschaft. Natürlich ist dieser Kreis innerhalb der außerparlamentarischen Opposition als ‚pro-nordkoreanisch' und ‚links' diffamiert und systematischer, brutaler Verfolgung ausgesetzt. („Korea Forum Nr. 2")

Erfahrungen mit den wirtschaftlichen Aspekten machte die südkoreanische Bevölkerung bereits während der Asien-Spiele 1986, einer Generalprobe für Olympia 1988: *Inmitten des Sportrausches wurde die 14prozentige Aufstockung des Haushalts für das Jahr 1987 bekannt, was zusätzliche Steuerbelastungen für die Bevölkerung bedeutet. Besonders die unteren Einkommensschichten werden durch die beiden Sportspektakel und eine Vielzahl indirekter Steuern überproportional belastet. Die Situation der Armen am Rande des städtischen Ballungszentrums von Seoul ist durch Sanierungsmaßnahmen und Bodenspekulation noch unerträglicher geworden. (...)*

Die Armen fordern ein engmaschiges soziales Netz und halten die Investitionen in Höhe von etwa vier Milliarden US-Dollar für beide Spiele für sinnlose Geldverschwendung. („Korea Forum Nr. 2")

„Arbeitsgemeinschaft Korea Olympia Kampagne '88"

Um auch in der BRD eine kritische Sicht der Olympiade 1988 in Seoul zu erreichen, hat sich eine **„Arbeitsgemeinschaft Korea Olympia Kampagne '88"** gegründet. Träger der Kampagne sind unter anderem: Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend, Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Evangelische Studentengemeinde Deutschland, Deutsch-Koreanische Freundschaftsgesellschaft, Koreanische Arbeitsgemeinschaft, Korea-Komitee, ASK, Jusos, Die Grünen, terre des hommes.

Die Arbeitsgemeinschaft hat bisher ein Faltblatt zur Begründung der Kampagne und mehrere Informationsblätter „Korea Forum" herausgegeben. In dieser Reihe soll Hintergrundmaterial zu den Stichworten:

- *Politische Entwicklung*
- *Wirtschaft/Soziales*
- *Widerstand/Opposition/Soziale Bewegungen*
- *Dokumente*
- *Kultur/Sport/Touristik*
- *Aspekte zu Nordkorea*
- *Literaturverzeichnis*

veröffentlicht werden.

Die Blätter erscheinen mindestens einmal monatlich und sind kostenlos zu beziehen.

Neben „Korea Forum" baut die Arbeitsgemeinschaft in den beiden nächsten Jahren auf:

- *Eine kommentierte Bücherrundschau und Zusammenstellung audiovisueller Medien*
- *Vermittlung von Referenten und Experten*
- *Angebote für Kulturveranstaltungen mit koreanischen Künstlern und Kulturgruppen.*

Informationen/Publikationen
Rainer Werning
Korea-Informationsstelle
c/o terre des hommes
Ruppenkampstraße 11 a
4500 Osnabrück
Telefon 0541 / 7101-122

Kontakt/Koordination/Anfragen
Michael Denis
Arbeitsstelle Ostasien
ESG Frankfurt
Guiollettstr. 64
6000 Frankfurt 1
Telefon 069 / 724898

Ho./Hamburg

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**VI. Parteitag der KP-Vietnam
Reform an Haupt und Gliedern**

Wenn die bürgerliche Presse von ,,Reformern'' und ,,Konservativen'' in sozialistischen Ländern berichtet, ist in der Regel Vorsicht geboten, denn bei den ,,Konservativen'' sind meistens die Linken gemeint. In Vietnam ist das anders. Der VI. Parteitag der KP-Vietnam hat sich für eine drastische Korrektur der Wirtschaftspolitik des Landes entschieden und dabei auch die Führungsspitze der Partei ausgetauscht. Dies bedeutet jedoch nicht, daß Vietnam seinen sozialistischen Entwicklungsweg verlassen wird.

VI. Parteitag der KP-Vietnam

Reform vom Haupt



In der Nähe von Ho-Chi-Minh-Stadt

In der Nähe von Ho-Chi-Minh-Stadt

Die Diskussion um die wirtschaftliche Entwicklung Vietnams bestimmten den Verlauf des VI. Parteitages der KP-Vietnams. Vorab ein paar Fakten zu den grundsätzlichen Problemen, mit denen Vietnams Ökonomie zu kämpfen hat.

Die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung

Vietnams Bevölkerung wächst in jedem Jahr um 3,04 % und hat damit eine der höchsten Zuwachsraten der Welt. Jährlich drängen eine Mill. Jugendliche zusätzlich auf den Arbeitsmarkt. Als Folge des jahrzehntelangen Befreiungskrieges verteilt sich die 60 Millionen starke Bevölkerung sehr unterschiedlich über die Regionen. So gibt es im Norden des Landes Gebiete mit einer Bevölkerungsdichte von mehr als tausend Menschen pro km², während im fruchtbaren Hochplateau 15 pro km² leben. Zwischen 900.000 und 1,2 Mill. ha Ackerland, das sich für den Anbau von Reis, Kautschuk, Tee und Kaffee eignen würde, liegt brach. Hinzu kommt eine riesige Waldfläche von ca. 12 Mill. ha, die forstwirtschaftlich nicht genutzt wird.

Nach der Befreiung Südvietnams 1975 und der baldigen Wiedervereinigung richtete die Regierung sogenannte neue ökonomische Zonen (NÖZ) in wenig besiedelten, fruchtbaren Landesteilen ein. Zwischen 1981 und 1985 wurden ca. 950.000 Menschen aus

den überquellenden Städten, insbeson- wenig besiedelten, fruchtbaren Landesteilen ein. Zwischen 1981 und 1985 wurden ca. 950.000 Menschen aus

den überquellenden Städten, insbesondere Südvietnams, in die NÖZ übersiedelt. Die Umsiedlungen in die NÖZ wurde oft überhastet betrieben; z. T. gab es dort keinerlei Infrastruktur, keine Wasser-, Energie- und Düngemittelversorgung. Viele der Umgesiedelten flüchteten aus den NÖZ zurück in die Städte, um dort das Heer der Arbeitslosen oder Klein- und Kleinstgewerbetreibenden aufzufüllen. Nach offiziellen Angaben gibt es heute in Vietnam eine Million Arbeitslose, auf dem Parteitag selbst war von ,,Millionen Arbeitslosen und Unterbeschäftigten'' die Rede. Vietnam ist es nicht gelungen, die in den vergangenen zwei Fünfjahresplänen gesteckten Ziele für die Industrie-, sowie Nahrungsmittelproduktion zu erreichen. Läßt man Faktoren, wie etwa die enormen Folgekosten des Befreiungskrieges oder die Unwetterkatastrophen der Jahre 1984/85 außer acht, so lassen sich im wesentlichen vier Gründe für die wirtschaftliche Stagnation ausmachen:

1. Der Versuch, in Vietnam aus dem Stand industrielle Großprojekte und eine Schwerindustrie aufzubauen, ohne daß dafür die erforderliche materielle Basis wie etwa die Energieversorgung, technologisches Know How und Managementwissen vorhanden war.
2. Die nach der Befreiung des Südens forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft, Verstaatlichung der Produktion und des Handels wurde z. T. mit rein administrativen Maßnahmen und gegen den Willen der Bevölkerung durchgeführt. Sie führte zu Versorgungsmängeln und Mißwirtschaft.
3. Die außenwirtschaftliche Isolierung Vietnams. Unmittelbar nach der Befreiung wurde Vietnam von den imperialistischen Ländern boykottiert, der Internationale Währungsfond erklärte Vietnam für kreditunwürdig. Außenpolitisch und wirtschaftlich isolierte sich Vietnam auch durch die Intervention in Kampuchea 1979. Es verlor jegliche Unterstützung durch die VR-China und muß sich heute in seinen Außenhandelsbeziehungen weitgehend auf die RGW-Staaten beschränken. Die Sowjetunion leistet eine jährliche Unterstützung im Gegenwert von 1. Mrd. US-Dollar, ohne die die vietnamesische Ökonomie kaum überlebensfähig wäre.
4. Vietnam unterhält mit ca. 1,1 Mill. Soldaten das drittgrößte stehende Heer der Welt. Etwa 150.000 Soldaten davon sind seit dem chinesischen ,,Erziehungsfeldzug'' 1979 an der Grenze zu China, etwa 140.000 in Kampuchea stationiert. Die Kosten des Truppenunterhaltes belasten den Haushalt und binden Gelder, die für Investitionen gebraucht werden.

Die staatlichen Handelsinstitutionen sind heute nicht mehr in der Lage, der Nachfrage nach Gebrauchsgütern und Lebensmitteln nachzukommen. Die Bevölkerung muß sich weitgehend auf dem freien oder Schwarzmarkt versorgen. Die Inflationsrate steht bei ca. 350%. Während im August 1985 25% des durchschnittlichen Lohnes für Lebensmittel ausgegeben wurden, waren es im Februar 1986 schon 81%, beklagt sich die Zeitung des vietnamesischen Gewerkschaftsverbandes.

Der VI. Parteitag

Alle fünf Jahre muß laut Statut der KP-Vietnam ein Parteitag zusammentreten. Die KP-Vietnam hat heute an die 2 Mill. Mitglieder, die in mehr als 100.000 Parteizellen organisiert sind. Zu den Aufgaben eines Parteitages gehört es, den Bericht des Zentralkomitees (ZK) über die Arbeit der letzen fünf Jahre zu billigen und ein neues ZK zu wählen. Das ZK wiederum bestimmt aus seinen Reihen das Politbüro, wählt ein Sekretariat und den Generalsekretär des ZK. Das ist die höchste Funktion, die innerhalb der KP zu vergeben ist. Neben diesen wichtigen Personalentscheidungen mußten die 1129 Delegierten, die sich vom 15.-18.12.86 in Hanoi versammelten, über die Grundlinien der Außen- und Innenpolitik für die Periode bis 1990 entscheiden.

Der Parteitag wurde mit dem Bericht des ZK eingeleitet. In einer für solche Veranstaltungen ungewohnt scharfen Weise setzt sich dieser Bericht mit den Fehlern und Irrtümern der Parteilinie der letzten Jahre auseinander. (s. a. nebenstehenden Kasten)

Der Bericht stellt fest, daß die Partei die Dauer der Phase des Übergangs zum Sozialismus unterschätzt habe. Für diese Übergangsphase sei es charakteristisch, daß kapitalistische, als auch sozialisierte Sektoren der Ökonomie nebeneinander existierten. In dieser Übergangsphase komme es darauf an, daß die sozialisierten Sektoren die führende Rolle übernehmen und die privaten Sektoren der Ökonomie kontrollierten. *,,Es gab eine ausgeprägte Hast, wir wollten die nicht sozialistischen Sektoren in einem Rutsch loswerden, die privatkapitalistischen Sektoren unmittelbar in staatlich geleitete Sektoren überführen.''* (1) So seien oftmals Kooperativen und Produktionsgenossenschaften der Form halber aus dem Boden gestampft worden, ohne daß die Partei das nötige Wissen und die qualifizierten Kader gehabt hätte, diese Kooperativen auch anzuleiten. Der Partei sei es vielfach wichtiger gewesen, formal die Eigentumsfrage an den Produktionsmitteln zu lösen, ohne nach der Qualität und Arbeitsproduktivität der neu geschaffenen sozialistischen Sektoren zu fragen. Weiter stellt der Bericht fest, daß sich die Partei zu sehr mit der Entwicklung von industriellen Großprojekten verzettelt habe, während die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln bis heute nicht gelöst sei. *,,Wir müssen sicherstellen, daß Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischereiwesen eingeschlossen bei der Versorgung mit Investionsmitteln, Energie, Material und technischer Intelligenz die allererste Priorität einnehmen. ... Wir müssen uns bemühen, Leichtindustrie, Handwerk und Handwerksbetriebe auszubauen, um einerseits mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften die Versorgung mit Konsumgütern zu gewährleisten und andererseits die Ausstattung der Nahrungsmittel-, Holz- und Fischindustrie sicherzustellen.''* (2) schlußfolgert das ZK für die Zukunft.

Der VI.Parteitag stellte die Weichen für eine Wirtschaftspolitik, die sich vornehmlich an den direkten materiellen Interessen der Bevölkerung orientiert. Dabei sollen auch freie Produktionskapazitäten der Schwerindustrie und Rüstungsindustrie für die Konsumgüterproduktion eingesetzt werden. Für den Bereich der Schwerindustrie beschloß der Parteitag, erst einmal die materiellen Voraussetzungen für eine Industrialisierung des Landes zu schaffen. So werden die Entwicklungsschwerpunkte der nächsten Zeit im Bereich der Energiewirtschaft liegen. Vietnam ist zur Zeit noch zu 100% von Erdöllieferungen der SU abhängig. Die Ausbeutung eigener Öl- und Kohlevorkommen steht also im Vordergrund.

Die Stellung der nicht-sozialistischen Sektoren der Ökonomie soll in Zukunft gestärkt werden. Dabei wird jedoch eine andere Politik verfolgt, als sie z. Z. in der VR-China betrieben wird. Während in der VR-China versucht wird, über die Öffnung für ausländisches Kapital und das ins Land holen von westlichem Know How, die chinesische Ökonomie insgesamt zu modernisieren, wird den privatkapitalistischen Sektoren in Vietnam lediglich eine ergänzende Rolle zugewiesen. In den Bereichen, in denen der sozialistische Sektor noch zu schwach ist, sollen mit dem Engagement von Privatkapital Versorgungsengpässe beseitigt werden. Dies bezieht sich jedoch nur auf die Produktion: ,,Im Bereich der Zirkulation der Waren muß das Handelskapital eleminiert werden.'' (3) Mittleres Handelskapital soll in halb staatliche, halb private Gemeinschaftsunternehmen überführt werden, um die vorhandenen Fähigkeiten der Kleinbourgeosie auch weiterhin zu nutzen.

,,Bürokratismus, Herumkommandieren, Entfernung von den Massen, das Außerachtlassen der Interessen schwächen die Partei.'' (4) Der bürokratische Zentralismus und der Mangel an qualifizierten Kadern mit modernen Managementmethoden sind nach Auffassung des ZK zu einer Fessel für die Produktivkräfte geworden. Die Erneuerung des sozialistischen Managements sei, parallel zur Erneuerung der ökonomischen Struktur, die Hauptaufgabe der Partei für die nächsten Jahre. Dabei gehe es insbesondere um die Wiedereinführung leninistischer Prinzipien, als da wären: demokratischer Zentralismus, kollektive Führung und individuelle Verantwortung, Unterordnung der Minderheit unter die Parteimehrheit, Unterordnung der gesamten Partei unter das ZK. Der bürokratische Zentralismus habe einen schwerfälligen, autoritär agierenden Apparat hervorgebracht, dessen Denken von übersimplifizierten Konzepten des Sozialismus, von Subjektivismus und Voluntarismus geprägt sei. In Teilen der Partei seien Korruption und individuelle Bereicherung am Gemeinschaftseigentum eingezogen. Den Basiseinheiten der Produktion, den Betrieben, fehle es bislang an autonomen Handlungsspielräumen... bislang an autonomen Handlungsmöglichkeiten, staatliche Organe griffen immer wieder in betriebliche Entscheidungen ein, ohne jedoch für Fehlentscheidungen verantwortlich gemacht zu werden.

Dezentralisierung der Planung und des Mangements

In Zukunft sollen lokale und zentrale Behörden sich aus direkten betrieblichen Entscheidungen heraushalten. Der Staat soll die wirtschaftlichen Rahmendaten vorgeben, die Einhaltung der Wirtschaftsgesetze überwachen und die technologische Erneuerung der Produktion steuern. Das Kontraktsystem soll weiter ausgebaut werden. Die staatlichen Handelsorganisationen schließen dabei Abnahmeverträge über Warenmengen mit den Betrieben ab. Betriebe mit höherer Produktivität werden in Zukunft vermehrt Gewinne an die Arbeiter ausschütten, um zu einer leistungsorientierten Lohnpolitik zu gelangen. Exportorientierte Großbetriebe dürfen in Zukunft direkt ins Ausland verkaufen, wobei ein Teil der erwirtschafteten Gewinne in den Betrieben verbleiben soll. Die bürokratische Erstarrung der vietnamesischen Ökonomie soll also von unten, durch die Initiativen und den Handlungsspielraum der Betriebe und Kooperativen aufgebrochen werden.

Auch wenn der Bericht des ZK und seine Vorschläge einmütig angenom-

ven aufgebrochen werden.
Auch wenn der Bericht des ZK und seine Vorschläge einmütig angenom-

men wurden, scheint sicher, daß die Erneuerungsbewegung von den bisher für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Kadern mit Skepsis betrachtet wird. Nach dem Scheitern des alten Konzeptes einer zentralistischen Wirtschaftspolitik, die das Schwergewicht auf die schnelle Umsetzung sozialistischer Strukturen in allen Bereichen der Ökonomie setzte, der es aber nicht gelang, die materiellen Lebensbedingungen des Volkes nachhaltig zu verbessern, wird nun dem reformpolitischen Flügel der Partei eine Chance gegeben. Das mußte sich auch zwangsläufig auf die personalpolitischen Entscheidungen der Partei auswirken.

Wechsel in der Führungsspitze

Truong Ching, der vor einem halben Jahr das Amt des verstorbenen Generalsekretärs Le Duan übernommen hatte, Pham Van Dong, der bisherige Ministerpräsident des Landes und Le Duc Tho vom Sekretariat des ZK, stellten sich nicht mehr für eine Wiederwahl zum ZK zur Verfügung. Diese drei Männer repräsentieren z. T. seit mehr als 30 Jahren die Führungsspitze der Partei. Alle drei sind älter als 75, werden sich jedoch nicht ganz aus dem politischen Leben zurückziehen. Sie erhalten einen informellen Beraterstatus am ZK.

Neuer Generalsekretär der Partei wurde Nguyen Van Linh. Er ist 71 Jahre alt und stellt damit nicht gerade eine Verjüngung der Parteispitze dar. Was Nguyen Van Linh zum Generalsekretär prädestinierte, waren seine Erfahrungen als Parteichef von Ho-Chi-Minh-Stadt. Bereits 1981 hatte er dort Reformen, wie sie jetzt offizielle Politik der ganzen Partei wurden, eingeleitet; damals wurde er für dieses Vorgehen von der Parteiführung kritisiert und 1982 nicht in das Politbüro wiedergewählt.

Weitere einschneidende Veränderungen gab es in der Zusammensetzung von Politbüro und Sekretariat. Im Politbüro wurden sechs von 14 Kadern ausgetauscht und das Sekretariat fast vollständig neugewählt. Wie seit Jahrzehnten üblich, ist nicht eine Frau in diesen höchsten Gremien der Partei vertreten.



Generalsekretär Nguyen Van Linh

Eine Lösung des Kampuchea-Konfliktes ist nicht in Sicht

Der VI. Parteitag fand unter sehr lebhafter ausländischer Beteiligung statt. Mehr als 30 Parteien und Befreiungsorganisationen hatten Delegationen entsandt. Neben den KP's der RGW-Staaten waren Organisationen wie FSLN, FLMN, SWAPO, ANC, PLO und andere vertreten. Mit großem Interesse wurde die Rede des sowjetischen Politbüro-Mitglieds Ligatschow verfolgt. Nach der von Gorbatschow verfolgten Normalisierung der Beziehungen zur VR-China und der Erklärung von Deng Xiaoping, die SU solle Druck auf Vietnam ausüben, seine Truppen aus Kampuchea abzuziehen, erklärte Ligatschwow ausdrücklich, daß die SU keinesfalls seine Beziehungen zur VR-China auf Kosten vietnamesischer Interessen verbessern wolle. Er machte gleichzeitig deutlich, daß die Zeit überreif für eine vietnamesisch-chinesische Aussöhnung sei und forderte beide Seiten auf, mit Verhandlungen zu beginnen. Vietnam hat dieses Verhandlungsangebot mehrfach gemacht; es wurde auf dem Parteitag wiederholt: ,,... zu jeder Zeit, auf jeder Ebene und an jedem Ort ...'' sei Vietnam bereit, Normalisierungsverhandlungen mit der VR-China aufzunehmen. Die VR-China macht jedoch zur Vorbedingung für solche Verhandlungen, daß Vietnam seine Truppen aus Kampuchea abzieht. Der sofortige Abzug aller Einheiten ist für Vietnam jedoch undenkbar, der blutige Guerillakrieg in Kampuchea würde sich in einen offenen Bürgerkrieg verwandeln.

Abzug aller Einheiten ist für Vietnam jedoch undenkbar, der blutige Guerillakrieg in Kampuchea würde sich in einen offenen Bürgerkrieg verwandeln.

Die Guerillatruppen des ,,Demokratischen Kampuchea'', die von Thailand aus oder im Landesinnern operieren, verfügen heute nach westlichen Schätzungen über eine Truppenstärke von 60.000 Mann. Darunter befinden sich 35.000 von der VR-China gut ausgerüstete Khmer Rouge des ehemaligen Pol Pot-Regimes. Das Heer der VR-Kampuchea ist einem solchen Truppenkontingent bislang nicht gewachsen. Vietnam hat den schrittweisen Abzug seiner Truppen begonnen, er soll 1990 abgeschlossen sein. Bis dahin konzentrieren sich die Bemühungen der VR-Kampuchea darauf, ein Verteidigungspotential aufzubauen, das sie in die Lage versetzt, ab 1990 ihr Land eigenständig zu verteidigen. Währenddessen geht der seit dem chinesischen Überfall 1979 schwelende Grenzkrieg zwischen der VR-China und Vietnam weiter. Bereits drei Wochen nach dem Parteitag, am 7. Januar, kam es abermals zu schweren Grenzgefechten, in deren Verlauf nach vietnamesischen Angaben 1500 chinesische Soldaten getötet wurden.

Als der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang Ende November die Grenzregion besuchte, betonte er: solange Vietnam mit seinen Aktionen gegen China und seiner Aggression gegen Kampuchea fortfahre, ,,wird China Druck auf Vietnam an der Grenze ausüben. Unsere Truppen müssen zu notwendigen Aktionen jederzeit bereit sein.'' (5)

Eine schnelle Lösung des Kampuchea-Konfliktes und eine Aussöhnung zwischen der VR-China und Vietnam bleibt leider bis auf weiteres unwahrscheinlich.

M.

Quellen:
a) Summary of World Broadcast, 17. - 20.12.86, BBC
b) Südostasien aktuell, Ausgaben 1986, Institut für Asienkunde, Hamburg, sowie die Tagespresse

Anmerkungen:
1) Zitat aus dem politischen Bericht des ZK, SWB 20.12.86, S. 5
2) Zitat aus dem Resolutionsentwurf des Parteitages, SWB 20.12.86, S. 4
3) wie 1) S. 20
4) wie 1) S. 8
5) zitiert nach FR vom 8.1.87

Interview mit Yassir Arafat über die Lage im Libanon

''Der Aufstand zeigt, das Volk steht hinter der PLO''

Interview mit dem PLO-Vorsitzenden Arafat aus der Zeitung "Al-Fajr", 19.12.86.

Al-Fajr: Was ist deine Meinung über die Ereignisse im Libanon und was sind dort deiner Ansicht nach die Ziele?

Arafat: Es handelt sich um eine israelisch-arabische Verschwörung, in die auch einige arabische Regimes verwickelt sind. Der Zweck ist, Libanon in religiöse Kantons zu teilen und die Region auf sektiererischer Grundlage zu ,,balkanisieren''. Was jetzt geschieht, ist nur ein Teil des Plans. Als Gegenleistung für die Erlaubnis, einen schiitischen Kanton zu schaffen, wird von Amal die Vernichtung der angegriffenen Palästinenserlager erwartet. Diese Runde des Lagerkriegs ist gekennzeichnet durch seinen umfassenden Charakter: Amal mit der israelischen Luftwaffe und Marine, zusammen mit israelischen Geschützen, greifen uns von Süden her an, und Amal und die syrischen Kräfte greifen uns von Norden her in Beirut an. Alle diese Kräfte gemeinsam haben sich gegen unsere Verteidiger im Gebiet von Sidon vereint. Die Kräfte der (Libanesischen) Ersten Brigade, die nur auf syrischen Befehl operiert, wurden mit syrischen Hubschraubern verlegt, während gleichzeitig israelische Düsenjäger im gleichen Gebiet in den libanesischen Luftraum einflogen, ohne daß Syrien dagegen etwas unternahm.

Al-Fajr: Gibt es noch andere Anzeichen für eine direkte Beteiligung Syriens am Kampf gegen die Lager?

Arafat: Alle Nachrichtenagenturen meldeten, daß an den Kämpfen gegen unsere Lager beteiligte Panzer Bilder von Hafez al-Assad und syrische Kennzeichen trugen; sie standen bei der kuwaitischen Botschaft, in der Nähe des Lagers Shatila. Es wurde auch beobachtet, daß syrische Geschütze die Lager aus dem Gebiet von Sofar heraus beschossen. Die (Libanesische) Erste Brigade, daran muß man denken, wurde von Syrien geschaffen, ausgebildet und bewaffnet...Die neuen, direkten Befehle Assads an seinen Operations- und Geheimdienstchef, der im Libanon vom Hamadeh Palast aus operiert, sehen vor, die beiden Fallschirmjägereinheiten einzusetzen, die Lager Sabra, Shatila und Burj al-Barajneh zu erledigen. (...)

Shatila und Burj al-Barajneh zu erledigen. (...)

Al-Fajr: Welche Voraussetzungen sind nötig, um die Angriffe auf die Lager zu stoppen?

Arafat: Dafür gibt es keine Voraussetzungen. Das Ziel ist die Zerstörung unserer Lager. Das zwischen Assad und McFarlane geschlossene Abkommen legt fest, daß die Rückkehr palästinensischer Kämpfer in den Libanon nicht erlaubt werden soll; daß die Sicherheit der nordisraelischen Siedlungen aufrechterhalten werden soll und daß eine Massenaustreibung der Palästinenser aus dem Libanon nach Jordanien unternommen werden soll, um den Sharon-Plan zur Schaffung eines alternativen homeland in Jordanien durchzuführen.

Al-Fajr: Wie endeten die Gespräche mit Dr. George Habasch (1) über die Einheit der (PLO-) Fraktionen, und gibt es eine Abmachung, sich wieder zu treffen?

Arafat: Die Gespräche waren gut. Es reicht zu bemerken, daß diese Gespräche eine positive Wirkung auf die Kämpfer in Beirut hatten, die alle zusammen gegen die Angreifer kämpften: Kämpfer von der PFLP, der PDFLP (2), Fatah, und alle, die da waren, kämpften unter der Fahne der PLO, um unsere Lager und die Menschen darin zu schützen. Die Gespräche sorgten auch für eine gute Grundlage für den Aufbau einer echten Einheit zwischen den palästinensischen Fraktionen. Die nationale Einheit der Palästinenser ist eine Realität. Der beste Beweis dafür ist das, was jetzt in den besetzen Gebieten und im Flüchtlingslager Yarmuk in Syrien passiert (Demonstrationen zur Unterstützung der Verteidiger in den Lagern).

Al-Fajr: Wer war Initiatorin der Gespräche, Fatah oder PFLP?

Arafat: Es kommt nicht darauf an, wer die Gespräche initiierte. Wichtig ist, daß beide Seiten ihre Bereitschaft ausdrückten, solche Gespräche zu beginnen.

Al-Fajr: Wie sind die Chancen, daß diese Gespräche erfolgreich verlaufen und Einheit zwischen den Fraktionen schaffen?

Arafat: Wir wünschen uns, daß sie Erfolg haben. Die PFLP hat uns gebeten, das Nationalratstreffen (3) zu verschieben (damit sie Zeit haben, über die Themen nachzudenken). Wir hoffen, daß es auch künftig solche Gespräche zur Herbeiführung der Einheit geben wird.

Al-Fajr: Gibt es eine Frist, bis zu der von der PFLP eine Antwort erwartet wird, und gibt es einen Zeitpunkt, zu dem der Nationalrat einberufen werden soll?

Arafat: Wir haben es nicht eilig. Wenn etwas mehr Wartezeit zu mehr gegenseitigem Verständnis führen und die Fraktionen enger zusammenbringen kann, dann haben wir mit der Zeit keine Probleme.

Al-Fajr: Es gibt Meldungen, daß die PFLP von Fatah die Kündigung des Amman- Abkommens (4) gefordert habe. Was ist dazu deine Meinung?

Fatah: Vergeßt nicht, daß ich Vorsitzender der PLO und als solcher vom Nationalrat gewählt bin. Es liegt allein beim Nationalrat, das Abkommen zu kündigen. Die Leute können sagen, was sie wollen, aber ich kann mich ohne Zustimmung des Naionalrats zu gar nichts verpflichten. Und was immer der Nationalrat beschließt, wird unsere Politik sein.

Al-Fajr: War Dr.George Habasch mit dieser Vorstellung einverstanden?

Arafat: Dies war alles, worüber wir sprachen und worauf wir uns einigten, ob nun in Prag, Moskau oder Algier, ob mit Dr. Habasch oder mit anderen. Wir sind eine demokratische Organisation, und die Demokratie hat ihre Spielregeln von Aktion und Wechselwirkung. Habasch und andere Fraktionen wissen, daß wir eine der wahren Oasen der Demokratie in dieser Region sind. Die Gespräche mit der PFLP waren ein guter Anfang, und wir hoffen, daß sie in künftigen Gesprächen bekräftigt werden.

Al-Fajr: Wann also erwartest du die nächste Sitzung des Nationalrats?

Arafat: Ich hoffe, das wird Anfang nächsten Jahres sein, unter Beteiligung der anderen Fraktionen. Wir haben ihnen Gelegenheit zum Nachdenken gegeben — aber nicht für unbegrenzte Zeit.



Al-Fajr: Was ist mit den Vorgängen in den besetzten Gebieten?

Arafat: Das ist die andere Seite der Verschwörung gegen unser Volk. Im arabischen Jerusalem und anderswo in den besetzten Gebieten gehen extremistische, terroristische Banden, die von den Besatzungsbehörden unterstützt werden, gegen unser Volk vor, töten und verletzen viele. Der Aufruhr in den besetzten Gebieten zeigt, wie unser Volk stets angesichts dessen empfunden hat, was in den Lagern im Libanon geschieht. Diese Welle von Protesten und Demonstrationen ist ein Zeugnis der Einheit unseres Volkes in unserer Heimat, Palästina, und in der Diaspora. Es ist ebenso ein klares Zeichen, daß unser Volk geschlossen hinter den Zielen unseres Kampfes und hinter der PLO steht, ihrer einzigen rechtmäßigen Vertreterin.

Al-Fajr: Gibt es besondere Pläne, wie angesichts der Ereignisse im Libanon und in den besetzten Gebieten vorgegangen werden soll?

Arafat: Was die Vorgänge in den besetzten Gebieten angeht: zum ersten Mal haben wir, mit der Hilfe unseres Freundes Zimbabwe und anderer Freunde in der Blockfreien-Bewegung, erfolgreich einen Konsens im UN-Sicherheitsrats zu unseren Gunsten erreicht. Der Rat stimmte 14 : 0; die USA enthielten sich, statt von ihrem Vetorecht Gebrauch zu machen, wie sie es sonst immer getan hatten. Wir haben versucht, das Gleiche hinsichtlich der Angriffe auf unsere Lager zu machen, aber der libanesische Vertreter stellte sich dagegen, daß wir unsere Beschwerde wegen der Vorgänge im Libanon vor der UNO bringen. Die Außenminister der Liga Arabischer Staaten verurteilten die Angriffe auf unsere Lager und unser Volk in den besetzten Gebieten.

Al-Fajr: Die Presse in den USA und anderen westlichen Ländern hat behauptet, daß die Verhaftung und Ausweisung nationalistischer Elemente in den besetzten Gebieten ein jordanischer Plan sei, der von Israel ausgeführt wird. Was meinst du dazu?

Arafat: Was in den besetzten Gebieten geschieht, ist eine amerikanisch-israelische Verschwörung gegen unser Volk, wie ich schon gesagt habe. Großer Druck wird auf die jordanische Regierung ausgeübt, sich diesem Plan anzuschließen und die gleiche Aktionslinie zu übernehmen. Leider haben einige Stellen dieser Regierung das tatsächlich getan; wir müssen die Dinge beim richtigen Namen nennen. Wir hatten lange Diskussionen, direkt oder durch arabische Freunde, mit unserer arabischen Familie in Jordanien über diese Dinge und über den Entwicklungsplan für die (besetzte) West Bank. Wir glauben nicht, daß die USA Jordanien 200 Millionen Dollar zur Entwicklung der West Bank geben werden. Was uns angeht: die PLO billigt die Ausgabe jedweden Geldbetrags, unabhängig von seiner Herkunft, so lange er dazu dient, die Leiden unseres Volkes unter der Besatzung zu erleichtern. (...)

(Das Interview fand am 10.12.86 in Bagdad statt)

Anmerkungen

1) G. Habasch ist Vorsitzender der wichtigsten linksoppositionellen PLO-Fraktion, der PFLP.

2) Die PDFLP folgt weitgehend der Politik der UdSSR und steht unter der Linksoppositionellen der Politik Arafats am nächsten.

3) Der Nationalrat ist das oberste Gremium der PFLP.

4) Das Abkommen von Amman beinhaltet Zusammenarbeit zwischen der PLO und der jordanischen Regierung. Es ist von beiden Seiten zur Zeit ,,eingefroren''. Die Linksopposition hat das Amman-Abkommen von Anfang an entschieden abgelehnt und fordert kategorisch dessen Kündigung.

Fatah-Truppen verweigern Abzug aus Maghdousheh

Palästinensische Kämpfer, die Maghdousheh, ein libanesisches Dorf nahe Sidon, kontrollieren, weigern sich, ihre Stellungen zu räumen, solange sie dazu keine klaren Befehle von der PLO-Führung erhalten. Das meldet die Presse am 16. Dezember aus dem Südlibanon.

Den Berichten zufolge haben die Palästinenser, die loyal zum PLO-Vorsitzenden Arafat stehen, gesagt, daß sie das strategisch bedeutende Maghdousheh halten würden, solange sich die schiitischen Amal Milizen nicht an einen vom Iran vermittelten Waffenstillstand zwischen den sich bekriegenden Gruppen halten. Das Waffenstillstandsabkommen, das letzte Woche in Damaskus zwischen Amal und Vertretern der in Damaskus residierenden Palästinensischen Nationalen Rettungsfront (NSF) unterzeichnet wurde, sieht vor, daß sich die Palästinenser aus Maghdousheh zurückziehen und daß Amal seine seit zweieinhalb Monaten andauernde Belagerung palästinensischer Flüchtlingslager in Beirut und im Südlibanon aufhebt. Mitglieder einer anderen shiitischen Gruppe, der pro-iranischen Hizbullah, sollten die von den Palästinensern geräumten Stellungen übernehmen.

Mitglieder der NSF, einer palästinensischen Gruppe, die in Opposition zu Yasser Arafat steht, deren Streitkräfte aber trotzdem im Lagerkrieg während der letzten zwei Monate Seite an Seite mit Fatah-Truppen kämpften, zogen sich am 14. Dezember aus einigen Stellungen in Maghdousheh zurück. Fatah-Guerrillas rückten sofort dort ein, um ihren Platz einzunehmen. Eine Reihe von Hizbullah-Kämpfern zog ebenfalls in Maghdousheh ein und errichtete neutrale Posten in der Nähe der Fatah-Guerrillas.

PLO-Vertreter erklärten, sie würden keinem Rückzug aus Maghdousheh zustimmen, falls sie nicht ganz klare Garantien von Amal und Syrien erhalten würden, daß das Dorf zukünftig nicht dazu benutzt werden wird, von dort aus das Flüchtlingslager Ein al-Hilweh bei Sidon zu beschießen. Sie forderten außerdem die sofortige Aufhebung der Belagerung der Flüchtlingslager Rashidiyeh bei Tyrus und Shatila in Beirut.

In einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur Reuter stellte der stellvertretende Kommandeur der palästinensischen Streitkräfte, Khalil al-Wazir (Abu Jihad) zwei Bedingungen für die Annahme einer endgültigen Vereinbarung mit Amal auf. Dazu gehört, daß die Kämpfe zu einem endgültigen, umfassenden Ende gebracht werden müssen, einschließlich der Aufhebung der Belagerung der palästinensischen Flüchtlingslager, und die Übergabe von Maghdousheh an neutrale Streitkräfte, die in den Angriff auf die Lager nicht verwickelt waren.

In dem am 15. Dezember veröffentlichten Interview sagte Abu Jihad, die PLO stehe in Kontakt mit der in Damaskus ansässigen NSF, um die Lage im Libanon zu diskutieren.

Unter denen, zu denen Abu Jihad Kontakt hatte, war Khalid al-Fahoum, früher Vorsitzender des Palästinensischen Nationalrats und jetzt Führer der NSF. Reuter zitierte eine palästinensische Quelle in Damaskus, al-Fahoum habe telefonisch Kontakt zu Abu Jihad aufgenommen, der sich in Damaskus befand. Dies ist das erste Mal seit 1983, daß so ein Kontakt zwischen einen Fatah-Vertreter und dem NSF-Führer zustande kam.

Inzwischen hat der libysche Führer Muammar Gaddafi die palästinensischen Kämpfer gedrängt, sich auf keinen Fall aus Maghdousheh zurückzuziehen. Gaddafi, der in Tripolis sprach, sagte, daß Maghdousheh die einzige Trumpfkarte sei, die den Palästinensern noch geblieben sei. Sie sollten sich daher nicht zurückziehen, bevor Amal die Belagerung der Flüchtlingslager aufhebt. Außerdem forderte er die Palästinenser auf, nicht mit Amal zu verhandeln.

Gaddafi sagte, Maghdousheh sei ein christliches Dorf und Amal hätte deshalb dort nichts zu suchen. Er sagte, Amal sei nicht die legitime Regierung im Libanon und habe daher kein Recht, über die Zukunft der Palästinenser dort zu entscheiden.

Maghdousheh ist ein griechisch-orthodoxes Dorf. Es hatte 6000 Bewohner, bevor Amal-Milizionäre dort vor zwei Jahren einzogen und es als Basis für die Beschießung des Lagers Ein al-Hilweh zu benutzen begannen. Nach den letzten Kämpfen dort haben die meisten Einwohner das Dorf verlassen und sind nach Ostbeirut geflüchtet. Nur 300 Menschen sind, Berichten zufolge, geblieben.

Unterdessen wird in anderen Gebieten des Libanon weiter gekämpft. Das belagerte Lager Rashidiyeh wurde am 16. Dezember beschossen, eine Frau wurde dabei getötet. Es wurde berichtet, daß die Geschosse aus Amal-Stellungen rund um das Lager gekommen seien.

Amal setzte auch die Versuche fort, die Verteidigung des Lagers Shatila im Gebiet Beirut zu durchbrechen. Eine grössere Amal-Offensive gegen das Lager am 13. Dezember wurde von Shatilas palästinensischen Verteidigern zurückgeschlagen. Dem Angriff war schweres Geschützfeuer mit 15 Granaten pro Minute vorausgegangen.

Schätzungsweise 700 Menschen wurden bisher im Lagerkrieg getötet und mehr als 1500 verletzt. Eine Presseerklärung der UNRWA vom 11. Dezember besagt, daß 157 registrierte palästinensische Flüchtlinge seit dem 30. September im Libanon getötet wurden. Von 604 sei bekannt, daß sie verletzt wurden, heißt es dort weiter. Diese Zahl schließt nicht die Verletzten aus dem Gebiet von Tyrus ein, wo sich die UNRWA-Leute nicht frei bewegen konnten. Laut Presseerklärung sind unter den Toten fünf palästinensische Mitarbeiter der UNRWA. UNRWA schätzt, daß durch die Kämpfe etwa 18.000 palästinensische Flüchtlinge obdachlos wurden, die nun in selbstgefertigten Unterkünften in basements, Baustellen und ,,sogar in Autos'' im Gebiet von Beirut und Sidon leben.

(aus Al-Fajr, 19.12.86)

Fortsetzung von Seite 1

Ein zweiter Anlauf
Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung

Kaum umstritten war in Frankfurt, daß der Versuch in Nürnberg gemacht werden sollte. Stundenlange Diskussionen und Auseinandersetzungen gab es dann aber um die Frage: Was tun bei einem neuerlichen Verbot? Der KB, die Radi-Aktiv, einige Autonome aus Frankfurt und Mörfelden-Walldorf u.a. schlugen vor, im Falle eines „harten Verbots", wie es der offenkundigen Absicht von Gauweiler (Polizei-Staatsekretär im Bayerischen Innenministerium), keine BUKO zustandekommen zu lassen, entspricht, einen Ausweich-Ort außerhalb Bayerns anzupeilen.

Dagegen stand der Vorwurf, solche Überlegungen seien zurückweichlerisch und man müsse mit aller Entschlossenheit und allen Mitteln die BUKO in Nürnberg durchsetzen. Schließlich habe die Anti-AKW-Bewegung auch schon andere Verbote durchbrochen, siehe Brokdorf-Demo 1981. Das Gegenargument, eine Demo mit 100.000 Leuten auf freiem Feld sei eine Aktion von ganz anderem Charakter als eine Versammlung von einigen hundert Leuten, die in geschlossenen Räumen und unter ruhigen Bedingungen stattfinden muß, wurde beantwortet mit Vorschlägen, man müsse möglichst viele Leute nach Nürnberg mobilisieren, alles müsse eben versucht werden usw. Konkret setzte sich das Frankfurter Treffen mit diesem Problem nicht weiter auseinander. Auf wiederholtes Nachfragen insbesondere der Radi-Aktiv, was denn nun im Fall des harten Verbots gemacht werden könnte — vor allem im Unterschied zur Regensburger Katz- und Maus-Situation, die ganz klar von der Polizei diktiert war — mußten sich die Nürnberger anhören (u.a. von Hamburger BI-Vertretern), ihnen fehle es wohl an Mut und Entschlossenheit.

Aber auch aus anderen Gründen wurde die Einbeziehung eines eventuellen Ausweichortes abgelehnt: Bremer BIler z.B. befürchteten, daß nicht mehr entschlossen genug für „Nürnberg" eingetreten werde, insbesondere daß bündnispolitisch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft würden. Ergebnis der gesamten Debatte war eine klare Zweidrittel-Mehrheit gegen jede Ausweich-Option.

Der Ablauf der BUKO:
Freitag, 16.1., 19.00 Uhr, KOMM
Veranstaltung
„Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung und die Folgen der neuen Anti-Terror-Gesetze 129a und 130a"
Referenten:
Robert Jungk, Brigitte Heinrich, Helga Davis (Burglengenfeld), Rolf Gössner, Wolf-Dieter Narr u.a.
Veranstalter: Radi-Aktiv

Samstag, 17.1., 10.00 Uhr, Lorenzkirche
Kundgebung und anschließende Demonstration zum KOMM
12.00 Uhr Beginn der Arbeitsgruppen
20.00 Uhr Fest im KOMM

Sonntag, 18.1., Plenum der BUKO

Kasten:

SPD für Durchführung der BUKO in Nürnberg

Vom 16.1. bis 18.1.1987 findet in Nürnberg die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung (BUKO) statt.

Diese Konferenz sollte vor einiger Zeit in Regensburg durchgeführt werden, wurde jedoch von der bayerischen Staatsregierung verboten. Dieses Verbot wurde damals auf ganz Bayern ausgedehnt und damit begründet, es sei nicht auszuschließen, daß während dieser Konferenz auch über den Einsatz von Gewalt diskutiert wird.

Die Nürnberger SPD verurteilt die Politik der bayerischen Staatsregierung, mit der unliebsamer Widerstand gegen die Atompolitik der CSU kriminalisiert werden soll. Die Grundrechte der Versammlungsfreiheit und der Meinungsfreiheit müssen auch in Bayern gewahrt bleiben. Verfassungsfeindlichen Tendenzen mit dem Ziel, diese Grundrechte rechtswidrig einzuschränken, wird die Nürnberger SPD entschieden entgegentreten.

Auch in Bayern gilt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Deshalb muß es möglich sein, die BUKO — wie vorgesehen — in Nürnberg durchzuführen.

Sollte während dieser Konferenz von einigen Gruppen der Einsatz von Gewalt diskutiert werden, vertraut die SPD auf die Mehrheit der demokratischen Kräfte in der BUKO, die Gewalt als Mittel der Politik ablehnen.

Ein solcher *öffentlicher* Klärungsprozeß in der BUKO über die Form des Widerstandes gegen die bedenkenlose Atompolitik der CSU entspricht demokratischen Grundregeln und ermöglicht es demokratischen Gruppierungen, sich klar von denjenigen zu distanzieren, die glauben unter Einsatz von Gewalt politische Ziele verwirklichen zu können.

Die Nürnberger SPD geht davon aus, daß die Durchführung der BUKO nicht durch parteipolitisch motivierte Verbote behindert wird und hofft auf ein gutes Gelingen dieser Konferenz mit dem Ziel eines *gewaltfreien*, effektiven Widerstandes gegen die Atompolitik der CSU.

— Stadtratsfraktion der SPD
— UB-Nürnberg (Unterbezirk)

Der aktuelle Stand vom 10.1.87

Die Bemühungen um eine Verbreiterung der öffentlichen Aufmerksamkeit waren — trotz der kurzen Zeit und der dazwischenliegenden Weihnachtstage — äußerst erfolgreich. Z.B. zeigt die Unterstützerliste unter dem Radi-Aktiv-Aufruf, daß der Skandal von Regensburg weit über den Rahmen der Anti-AKW-Bewegung hinaus bekannt gemacht werden konnte, bis in die christliche Friedensbewegung einerseits und Gewerkschaftskreise andererseits hinein. Der Erfolg dieses Aufrufs lieferte dann den notwendigen Druck, der die Nürnberger SPD dazu bewegen konnte, selber einen positiven Beschluß zu fassen (siehe abgedruckte Erklärung). Wochenlang hatten sich Stadträte und bayerische SPD-Mandatsträger bedeckt gehalten, hatten am Telefon immer wieder erklärt, sie seien überhaupt nicht informiert (obwohl sie umfangreiche Materialmappen erhalten hatten), sie müßten erst einmal Rücksprache halten usw.

Nicht nur Unterschriften wurden gegeben, auch konkrete Unterstützung wurde angeboten: Klaus Vack und Wolf-Dieter Narr vom „Komitee für Grundrechte und Demokratie" werden den gesamten Ablauf der BUKO beobachten. Der Bundeshauptausschuß der Grünen will seine Sitzung am gleichen Wochenende ebenfalls im KOMM durchführen. Journalisten vom österreichischen Fernsehen und Rundfunk wollen — gerade nach den letzten „Grenzzwischenfällen" — am 17./18.1. nach Nürnberg kommen und berichten.

Inquisitorische Befragungen

Wie ernst die SPD den ganzen Vorgang nimmt, zeigen Formalitäten: Nicht wie üblich soll der Mietvertrag zwischen Veranstaltern der BUKO und der Stadt Nürnberg über die Räume des KOMM auf unterer Ebene abgeschlossen werden. Diesmal hat sich der städtische Rechtsreferent Dr. Sauber — direkt dem Oberbürgermeister unterstellt — selbst eingeschaltet. Es fand inzwischen ein Gespräch statt zwischen den offiziellen Veranstaltern der BUKO (Hans-Günter Schramm, MdL für die Grünen/Friedensliste und jeweils einer Vertreterin der Nürnberger BI gegen die WAA und der Radi-Aktiv) und Vertretern der Stadt, in dem Dr. Sauber die Voraussetzungen für den Mietvertrag klären wollte.

Dort sahen sich die BUKO-Vertreter einer inquisitorischen Befragung ausgesetzt. Es reichte den städtischen Vertretern keineswegs, daß die BUKO-Veranstalter zusicherten, zu Beginn der BUKO offiziell erklären zu wollen, daß die Teilnehmer nicht zu Straftaten aufrufen dürfen. „Das ist ja wohl selbstverständlich", so Dr. Sauber. Nein, er wolle vielmehr wissen, was denn die Veranstalter zu tun gedächten, wenn solche Äußerungen fallen: Würden sie a) das Mikrofon abdrehen, b) den eigenen Ordnerdienst rufen und c) die Polizei verständigen, wenn solches geschähe? Wie wollten sie die Arbeitsgruppen-Leiter dazu bewegen, Gleiches zu tun? Wer denn eigentlich die Arbeitsgruppen-Leiter seien, ob die schon feststünden, wie die hießen? Was wollten sie machen, wenn ein Arbeitsgruppen-Leiter sich weigern sollte, diese Auflagen zu befolgen? Auf die Bemerkung der Radi-Aktiv-Vertreterin, es ginge hier ja wohl auch um die Durchsetzung der Meinungsfreiheit, antwortete Dr. Sauber nur: Die Einhaltung der Gesetze sei verlangt, nichts anderes. Auf eine Diskussion darüber, daß es ja manchmal auch umstritten sei, was eine strafbare Handlung ist und was nicht, und wie denn Laien entscheiden sollten in Dingen, über die selbst Rechtsprofessoren stritten, wollte er sich schon gar nicht einlassen. Das stünde alles im Gesetz, war seine lapidare Antwort.

Offensichtlich war, daß Sauber sich in seinen Fragen streng an das Urteil des Münchener Verwaltungsgericht zum Regensburger BUKO-Verbot hielt, das war seine einzige Orientierungslinie. Die BUKO-Veranstalter waren sich hinterher unsicher, inwieweit sie sich überhaupt auf so ein Gespräch hätten einlassen dürfen und ob es nicht schon „Verrat" sei, sich überhaupt auf die von Sauber eingeschlagene Diskussionsebene ziehen zu lassen. Resumée ist zumindest mal, daß es bereits Ausdruck der politischen Lage ist, wenn Veranstalter einer solchen Versammlung in eine so entwürdigende und inquisitorische Situation geraten, nur weil sie einen städtischen Raum mieten wollen.

Nach den neusten Informationen scheint nun aber die Stadtverwaltung doch bereit zu sein, das KOMM vom 16.-18. Januar an die BUKO-Veranstalter zu vermieten. Allerdings hat sich Oberbürgermeister Urschlechter (ehemals SPD, jetzt parteilos) schon *vor* Weihnachten vorbehalten, selbst die Entscheidung über den Mietvertrag zu treffen — das könne aber erst am Montag (den 12.1.) geschehen, weil er bis dahin „in Urlaub" sei. Aber selbst wenn diese Hürde genommen ist, hieße das noch nicht viel: Das bayerische Innenministerium kann in die kommunale Verwaltung eingreifen und selbst ein Versammlungsverbot aussprechen — und damit wäre nicht nur das KOMM sondern auch jeder andere Raum in Nürnberg „verbotenes Gelände". Gauweiler hat sich schon geäußert: Er könne sich nicht vorstellen, daß die Stadt Nürnberg eine Versammlung zulasse, in der zu strafbaren Äußerungen aufgerufen würde. D.h. er wartet ruhig ab — und entscheidet dann.

Zwischenbilanzierend kann man heute auf jeden Fall sagen: Sämtliche Vorbereitungen für die BUKO, die ungeheure Arbeit, die in Nürnberg bisher in kürzester Zeit geleistet worden ist, haben sich schon jetzt gelohnt. Das Verbot von Regensburg hat nachträglich einen großen Bekanntheitsgrad erreicht. Ein erneutes Verbot am nächsten Wochenende kann allein von daher nicht mehr so heimlich ablaufen wie noch im November. Es ist nur zu hoffen, daß es der CSU nicht gelingt, am Samstag in Nürnberg eine große Schlacht zu veranstalten.

M., KB/Gruppe Nürnberg

SPD gibt grünes Licht für ALKEM
SPD gibt grünes Licht für ALKEM

Schon vor der Bundestagswahl ist die Scham vorbei. Am 11. Dezember 1986 forderte die SPD-Bundestagsfraktion in einem Entschließungsantrag zu ALKEM, daß *„die Bearbeitung und Vorbereitung von Plutonium zur Herstellung von Mischoxidbrennelementen nur (!) noch ... bis zum 31. 12.1996 zulässig"* sein, also auf gut deutsch für weitere zehn Jahre genehmigt werden solle.

Die einzige bundesdeutsche Anlage zur Herstellung plutoniumhaltiger Mischoxid-Brennelemente liegt freilich in Hessen und heißt ALKEM. Die grünen Bundestagsabgeordneten haben diesen Vorgang komplett verschlafen. Dabei handelt es sich bei ALKEM um die derzeit wohl skandalumwittertste Plutoniumanlage der Welt: Die Staatsanwälte beschlagnahmten 2.000 ALKEM-Akten und erhoben anschließend gegen zwei ALKEM-Geschäftsführer und drei hessische „Aufsichts"beamte Anklage wegen illegalen Betriebs einer Atomanlage.

Die internationalen Kontrolleure gegen miltärische Atomabzweigungen raufen sich seit Jahren die Haare, weil die Bundesregierung gerade für den Plutoniumbunker der ALKEM adäquate Kontrollen hintertreibt.

Das vom hessischen Umweltminister bestellte Rechtsgutachten der Westberliner Rechtsanwaltskanzlei Schily/Geulen resümiert, daß die Hanauer Atombetriebe ALKEM, NUKEM und RBU *„von Anfang an bis heute keine Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb ihrer Anlage eingeholt haben"*, d.h. von Staats wegen als Sonderbetriebe schon immer illegal gehalten und gleichzeitig (mit mehr als einer halben Milliarde DM) üppig bezuschußt wurden. Kein Wunder also, daß ALKEM als *der* Bruchpunkt der Hessenkoalition und der miese hessische Atomkompromiß, eine ALKEM-Neugenehmigung sei „nicht entscheidungsreif", als *das* Fundament des rotgrünen Bündnisses gilt.

Noch einen Monat vor der Vorlage des unheilschwangeren SPD-Antrags gaben sich die hessischen Oppositionsparteien CDU und FDP deshalb auch überzeugt, *„daß es Wirtschaftsminister Steger (SPD) nicht riskieren werde, angesichts dieser Meinungsunterschiede die austehenden Genehmigungen für eine der Atomfirmen zu erteilen."* (FR, 6.11.86) Am 8.1.87 jedoch war es soweit. Steger verkündete vor Journalisten, daß unter bestimmten Voraussetzungen die Landesregierung noch Ende Februar die erste Teilerrichtungsgenehmigung für ALKEM nach § 7 Atomgesetz (1) erteilt. Als Voraussetzungen nannte er:

— statt der von ALKEM beantragten Erweiterung der Plutonium-Umgangsmenge auf 6,7 Tonnen sollte es beim jetzigen Umgang von 460 kg bleiben.

— ALKEM sollte zukünftig nur für Leichtwasserreaktoren, nicht aber für Schnelle Brüter plutoniumhaltige Brennelemente herstellen.

— Spätestens Ende 1996 sollte ALKEM auf nichtnukleare Technologien und Produkte umgestellt sein.

Da jedoch die Bundesregierung eine Genehmigung des ALKEM-Antrags ohne diese Änderungen erzwingen könne, „erwäge" für diesen Fall das Land Hessen eine Klage beim Bundesverfassungsgericht.

Bei Licht betrachtet bleibt von dem Beiwerk des hessischen Wirtschaftsministers wenig übrig: Eine Klage gegen den „Ausbau" der Plutoniumwirtschaft macht wenig Sinn, wenn eben diese für weitere zehn Jahre abgesegnet werden soll. (Darüberhinaus hatte bereits Ende '85 der SPD-nahe Jurist und Mitautor des hessischen Atomkompromisses, Prof. Stenberg, von einem derartigen Verfahren „nachdrücklich" abgeraten, da es „aussichslos" sei (FR, 29.11.85). Sicher ist nur, daß Steger erneut entschlossen ist, auf eine politische Konfliktstrategie im Falle einer Bundesanweisung durch Wallmann zu verzichten. (2)



Noch erbärmlicher stellen sich die Vorbehalte gegen zuviel Plutoniumwirtschaft dar:

— Die Befristung auf 1996 ist schon deshalb ein schlechter Witz, weil befristete Genehmigungen nach § 7 Atomgesetz ausgeschlossen sind. Abgesehen davon beabsichtigt ALKEM ab 1996 eine große Zweigstelle bei Wackersdorf zu betreiben.

— Die Brennelemente für den Kalkar-Brüter wurden selbstverständlich bereits produziert und lagern im Bunker der ALKEM. Darüberhinaus macht die ALKEM gar keinen Hehl daraus, daß Plutoniumbrennelemente für Normal-AKWs *und* Brüter *„mit derselben Technologie und den gleichen Fabrikationslinien"* hergestellt werden (Nuclear Europe 10/82).

— Die beantragte Plutonium-Umgangsmenge teilt sich in eine Lagermenge (5 Tonnen) und eine Verarbeitungsmenge (1,7to). Die ALKEM könnte problemlos 5 Tonnen auch weiterhin der Bundesregierung unterstellen. Bereits heute kann die ALKEM beliebig auf das Plutonium in Bundesverwahrung zurückgreifen, solange im Produktionsbereich die zugelassene Menge nicht überschritten wird.

Für die notorischen Verteidiger des hessischen Bündnisses stellt sich der Sachverhalt freilich ganz anders dar: Mit geradezu überschwenglichem Lob reagierte die „taz". Originalton des rotgrünen Hofchronisten kpk: *„Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik will ein Minister der Atomindustrie die kalte Schulter zeigen ... Daß die hessische SPD keine Plutoniumpartei mehr sein will"*, habe Steger mit der Ablehnung der Plutoniummarge von 6,7 to *„durchaus glaubwürdig unter Beweis gestellt."* (taz, 9.1.87) Da lacht der Regierungschef und der AKW-Gegner wundert sich.

MOX — die friedliche Alternative ?

Das schärfste Argument der ALKEM-Kritiker ist das Atomwaffenargument. Diese berechtigte Sorge wird nunmehr von der SPD als zentrales Argument *für* die Neugenehmigung der ALKEM ins Feld geführt. Da nun einmal das Plutonium aus der französischen WAA zurückkomme, sei es, so Steger, *„in neuen Brennelementen für herkömmliche Leichtwasserreaktoren einzubinden, um es besonders gegen militärischen Mißbrauch zu sichern."* Auch im Antrag der SPD-Bundestagsfraktion will man *„vor allem gegen militärischen Mißbrauch"* die Plutoniumverarbeitung bei ALKEM fortsetzen. Die Überlegung, Plutonium, wenn es nun schon da ist, nicht liegenzulassen, sondern lieber gleich weiterzuverarbeiten, leuchtet spontan vielleicht ein, bewegt sich aber realiter auf dem Niveau des bekannten Werbegags, wonach die WAA als Anlage zur Rohstoffverwertung durch Recycling in Wirklichkeit ein ökologischer Musterbetrieb sei. Zum einen hat sich die SPD im Rahmen des Bundestages immer *gegen* eine Kündigung der Wiederaufbereitungsverträge mit Frankreich und Großbritannien ausgesprochen. Der „Sachzwang" Plutonium ist in Wirklichkeit politischer Wille. So gäbe es kein besseres Druckmittel zur Aufkündigung der WAA-Verträge als jede weitere Plutoniumlagerung in Hessen zu untersagen.

Zum anderen ist auch die Plutoniumverarbeitung für MOX-Brennelemente kein Hindernis, sondern umgekehrt geradezu eine Vorausssetzung für den Griff zur Bombe:

— Bereits der Atombericht der Ford-Foundation von 1977 hat darauf hingewiesen, daß sich die Möglichkeiten zur nuklearen Bewaffnung mit dem Vorhandensein von Mischoxid (= MOX)-Brennelementen stark erhöht.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Denn: *„Die Trennung des Plutoniums aus frischem Oxid-Gemisch-Brennstoff wäre viel einfacher als die von bestrahltem Brennstoff, da sie nur einfache chemische Arbeiten benötigt und die Strahlungsgefahr gering ist ... Die Verfügbarkeit von Plutonium, als Ergebnis ... von Oxidgemisch-Brennstoff im eigenen Land, würde daher Konflikte verstärken und destabilisieren."*

— Durch den Einsatz von MOX-Brennelementen in AKWs wird selbstverständlich permanent weiteres abtrennbares Plutonium erzeugen. Es ist eine Lüge, zu behaupten, die Gesamtbilanz an Plutonium würde durch dieses Verfahren abnehmen.

— Nach Auskunft des ALKEM-Managers Roepennack verschafft die MOX-Produktion *„die Möglichkeit einer zusätzlichen Unterstützung für die Entwicklung der Plutoniumtechnologie"* (Nuclear Europe 10/82) Dies dürfte technisch wie auch politisch gelten: Nach dem offenkundigen Scheitern der Brüterlinie ist die MOX-Produktion das letzte „zivile" Mäntelchen für eine WAA.

— Interessant ist die technische Möglichkeit, über MOX-BEs den „wertvollen" Rohstoff Plutonium über längere Zeiträume hinweg optimal zu konservieren. So zerfallen im Falle einer simplen Plutonium-Lagerung jährlich 12% verschiedener PU-Isotope in starke Gamma-Strahler, die für eine Weiterverwendung des Plutoniums erst mühsam abgetrennt werden müßten. Über die MOX-Produktion hingegen ist es nach Auskunft des französischen Informationsdienstes WISE möglich, das Plutonium in eine langfristig lagerfähige Form zu bringen.

ist es nach Auskunft des französischen Informationsdienstes WISE möglich, das Plutonium in eine langfristig lagerfähige Form zu bringen.

Die BRD ist schon seit geraumer Zeit das Land mit der umfangreichsten MOX-Brennelementproduktion (40-80 to pro Jahr).

Nach den Berechnungen von Klaus Traube kostet die Herstellung eines MOX-Brennstabes heute etwa zehnmal mehr als die Verwendung von normalen Brennelementen mit leicht angereichertem Uran. Daß die Bundesregierung derartige Extrakosten (vgl. ALKEM-Subventionierung) ausgerechnet zur Verminderung der Atomwaffenrisiken ausgibt, wird nicht einmal der hessische Umweltminister ernsthaft annehmen.

Hessische grüne Landesversammlung am 8.2.87

„Die Landesversammlung stellt fest, daß die Koalition mit der SPD beendet ist, wenn diese nicht der Stillegung aller Atomanlagen in Hessen zustimmt, die bis zum Ende der Legislaturperiode abgewickelt sein muß. Vereinbarungen und konkrete Maßnahmen zum Erreichen dieses Ziels müssen noch vor Ende 1986 vollzogen werden."

Dieser Beschluß der letzten grünen Landesversammlung am 7.6.86 in Pohlheim wurde mit vier Gegenstimmen und drei Enthaltungen verabschiedet. Heute kann von Konsequenzen aus diesem Beschluß von Seiten der Grünen keine Rede sein. Im Nehmen sind die hessischen Grünen Weltmeister. Die von Gegnern und Befürwortern besetzte Biblis-Kommision zur Prüfung der AKW-Sicherheit ist nicht das Ergebnis der Koalitionsdrohung von Pohlheim, sondern war den Grünen bereits am 4.6.84 als Preis für die Tolerierung einer SPD-Regierung zugestanden worden.

Als in Sachen Hanau mit dem Geulen-Gutachten auch die juristische Stillegungsvoraussetzung perfekt schien, sagte Holger Börner schlicht und ergreifend No und begann, im hessischen Landtag von der Hanauer „Verbindung von unternehmerischem Wagemut und Forschungsdrang der Ingenieure" zu schwärmen. „Weiter wie bisher" soll an diesem Tag Joschka Fischers Losung und Hoffnung gewesen sein. Allein auch das macht die SPD nicht mit, sondern stößt mit Alkem weit vor. Bei den Grünen ist Rache Blutwurst. Ein neuer Minister, je eher desto besser. Das wird es sein. Weiter wie bisher ...!

ms, Bonn

Anmerkungen:

1 Seit 12 Jahren produzieren die Hanauer Anlagen ohne die seit 1975 vorgeschriebene Genehmigung mit Öffentlichkeitsbeteiligung nach Artikel 7 Atomgesetz.

2 Das Grundgesetz berücksichtigt in Artikel 37 ausdrücklich die Möglichkeit, daß sich ein Bundesland einer Anweisung durch die Bundesregierung widersetzt. In diesem Fall benötigte die Bundesregierung die Zustimmung des Bundesrates, um eine Zwangsanweisung anzuordnen. Bliebe die Landesregierung standhaft, müßte ein Staatskommissar die Anweisung durchsetzen.



Fortsetzung von Seite 1

Die Spät geburt

Erst später, nachdem sich die Wogen etwas geglättet hatten, holte Friedrich Karl Fromme höchstpersönlich auf den hinteren Seiten seines Organs zur Verteidigung des Kanzlers aus (s.u.).

Karl Fromme höchstpersönlich auf den hinteren Seiten seines Organs zur Verteidigung des Kanzlers aus (s.u.).

Relativ ausführlich gaben die Medien Kritiken an dem verbalen Unflat Kohls wieder, von DDR-Stellungnahmen bis zu Erklärungen von Vertretern der niederländischen Anne Frank-Stiftung oder des internationalen Komitees der Lager-Überlebenden (Wien). Progressive DDR-Dissidenten wie Wolf Biermann oder Roland Jahn wiesen den Vergleich in nicht gerade gewohnter Eindeutigkeit zurück. Falls es tatsächlich so etwas wie eine kritische Öffentlichkeit noch gibt, so pendelte sie sich ungefähr bei dem Standpunkt ein, Kohl habe diesen Ausfall inszeniert, um die Stimmen des rechtsradikalen Sumpfs für CDU/CSU zu sichern — eben das, was ansonsten der Job von Strauß sei.

Doch schon die Inszenierung des Spektakels widerspricht dieser Interpretation. Kohls Äußerung fiel ja keineswegs wie bei der Beleidigung von Gorbatschow im mehr oder weniger vertraulichen Tete-a-tete mit Journalisten. Seine Kulisse war eine Großveranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle, CDU-Auftakt für die heiße Phase des Wahlkampfs, den „Endspurt". Die „FR" (6.1.) berichtet von rund 50 000 Unionsanhängern, angetreten in schwarz-rot-goldenen Schals und sich bereits dem Rausch der Siegesstimmung hingebend. Man befand sich also weder in Passau noch in Kreuth und hatte wohl im wesentlichen Biedenkopfs Landesverband beisammen. Doch dort wurden starke Sprüche gefeiert, je rechter und lauter desto besser.

Zunächst heizte Strauß die Gemüter auf, indem er sich nicht entblödete, die Meute zum deutsch-nationalen „aufrechten Gang" aufzufordern. *„Wir müssen mit unserer Geschichte heraustreten aus dem Schatten der Vergangenheit"*. Nachdem der Bayer ausgiebig in der Masse gebadet hatte, kam Kohl. Langer Beifall, als er sagte, man sei von einer „Normalität in den deutsch-deutschen Beziehungen noch meilenweit entfernt", solange an der Mauer geschossen werde. Keine Zustimmung bei dem Nachsatz, man müsse trotzdem mit der DDR-Führung sprechen. Langer, starker Beifall aber für die dann folgende Behauptung, die DDR halte *„immerhin fast zweitausend unserer Landsleute als politische Gefangene ... in Gefängnissen und Konzentrationslagern"*.

Die *„großartige Veranstaltung"* (Geißler), die sich die CDU einiges hatte kosten lassen, hatte natürlich den Sinn, die eigenen aktiven Parteireihen auszurichten. Das, was in den letzten vier Jahren schon an angeblichen „Pannen" geboten worden war, von Bitburg über Fellner, Graf Spee von Korschenbroich und der Unterstützung für Waldheim bis zur Gorbatschow-Beleidigung, wird mit ziemlicher Logik nun auch auf dem Wege von Massenveranstaltungen ins Wahlvolk transportiert. Vor allem die anschließende Stellungnahme Geißlers läßt erkennen, daß es sich um einen wohlvorbereiteten Coup gehandelt hatte. *„Kommunismus und Nationalsozialismus seien allemal menschenverachtende Systeme, die Einrichtungen wie Konzentrationslager hatten oder haben. Im übrigen ... handele es sich um einen ganz allgemeinen Begriff, und bei der Benutzung des Wortes gebe es bestenfalls ‚semantische Unterschiede'."* („FR", 6.1.)

um einen ganz allgemeinen Begriff, und bei der Benutzung des Wortes gebe es bestenfalls ‚semantische Unterschiede'." („FR", 6.1.)

Allemal. Das Wort taucht in F.K. Frommes „FAZ"-Apologie wieder auf, schon in der Überschrift: *„Schrecklich sind solche Lager allemal"*. Hier haben wir die Fortsetzung der Historiker-Debatte um Auschwitz und Gulag. Fromme versucht eine Definition des Begriffes Konzentrationslager und kommt, was niemand verwundern wird, zum Schluß, daß nicht alle Nazi-KZs Vernichtungslager wie Auschwitz gewesen seien und daher ihre Entsprechung in anderen Ländern und Zeiten fänden. Fromme schlägt einen sachlich-informativen Ton an, was sein Unternehmen nur noch übler macht. Denn er unterschlägt vollständig, was das NS-Programm ausmachte, das sich, zumindest was seinen antisemitischen Teil betrifft, in drei Stufen vollzog, deren planvoller Zusammenhang — die Organisierung eines mit industriellen Techniken durchgeführten Massenmords — auf der Hand liegt: Registrierung, Konzentration, Vernichtung und dementsprechend gelber Stern, Ghetto, Lager, Gasöfen. Es ist mehr als bemerkenswert, wenn das Gespann Geißler/Fromme nur noch „semantische Unterschiede" zwischen diesem NS-Programm und beispielsweise Lagern von Kriegsgefangenen — die in der Tat schrecklich sind, weil der Krieg schrecklich ist — einräumt.

Es ging also wieder einmal um die absichtsvolle Entlastung bundesdeutscher Politik von ihren Vorgängern, deren Erbe die BRD doch ausdrücklich und per Rechtsanspruch sein will. Bewußt wird mit NS-Attributen gegen Länder und Politiker des realen Sozialismus um sich geworfen, um in der verblödeten Wendeanhängerschaft die letzten Erinnerungen daran zu tilgen, was deutsche imperialistische Großmannspolitik bedeutet. Dieses Unternehmen dient der systematischen Senkung von Hemmschwellen. Dabei ist die Methode, Begriffe ihres ursprünglichen Inhalts zu berauben und umzuwerten, wozu nebenbei bemerkt auch der Mißbrauch des „aufrechten Gangs" (Dutschke, Bloch) durch Strauß gehört, direkt von Hitler abgekupfert. Nicht nur allemal, sondern definitiv.

Es ist nicht falsch, wenn die SPD nun vor dem Rechtsruck warnt. Leider kann man keines ihrer Worte ernst nehmen. Denn sie ist es ja, die durch die strikte Absage an jedes Zusammengehen mit den Grünen von vornherein kapituliert und überhaupt erst bewirkt hat, daß dieser Wahlkampf noch vor dem 25.1. entschieden scheint. Und erst durch diese Selbstaufgabe der parlamentarischen Opposition können Kohls Blackouts zur massenwirksamen Wahlkampfhetze werden, statt daß die Union Stimmenverluste fürchten muß. Wobei wir nun die richtige Übersetzung kennen: Blackout — gemessen an der objektiven historischen Wahrheit handelt es sich wirklich um geistige Umnachtungen. Gemessen an Kohls und Geißlers subjektiven Absichten geht es darum, die schwarze Sau herauszulassen.

de.

DDR-Bürger:

Infam!

In der Woche nach Kohls Ausfall gaben DDR-Zeitungen Stellungnahmen einzelner Bürger wieder. Darin spiegelt sich zunächst Besorgnis vor einer westlichen Politik des Kalten Krieges wider. Auf dieser Basis könnten keine normalen Beziehungen zur BRD unterhalten werden, äußert eine Reihe von Betriebs-Kolleginnen und Kollegen. Mit unwahren Behauptungen und Unterstellungen würde das Bemühnen um friedliche Koexistenz zwischen den beiden Staaten untergraben. Mit Wahltaktik seien derart infame Unterstellungen nicht mehr zu entschuldigen. Ein Brief aus dem Jenaer Zeiss-Kombinat: *„Kohls Äußerungen vergiften die politische Atmosphäre und sind ganz auf Spannung ausgerichtet. Er soll wissen, daß wir seine Äußerungen nicht nur entschieden verurteilen, sondern als Bürger der DDR stets alles tun werden, damit der Sozialismus stärker und der Frieden sicherer wird."* (zit. nach „UZ", 9.1.) In solchen Reaktionen wurde auch darauf verwiesen, daß Nazi-Verbrecher in der DDR ganz anders zur Rechenschaft gezogen und sowohl strenger als auch schneller bestraft wurden als in der BRD.

Weiter findet die — westlichen Politikern und Journalisten genügend bekannte, aber hierzulande meist verschwiegene — Tatsache Erwähung, daß ein Gutteil der Staats- und Parteiführung der DDR selbst in Konzentrationslagern eingesperrt war, Honecker ebenso wie Volkskammerpräsident Sindermann, Politbüro-Mitglied Axen oder der stellvertretende Ministerpräsident Naumann.

Scharfe Worte fand auch der durchaus kritische Schriftsteller Stefan Hermlin. Wenn es auch tatsächlich politische Gefangene in der DDR gebe, könne Kohl unmöglich falsch informiert sein und lüge daher wissentlich. Seine Äußerung lasse den moralischen oder seelischen Druck derer erkennen, die die Nazi-Vergangenheit schönfärben oder nicht auf sich anwenden wollten. Die Verwendung dieses Begriffs in Richtung DDR sei nichts als der Versuch, die Hypothek der wirklichen Konzentrationslager aus der NS-Zeit loszuwerden („FR", 7.1.).

Weitere Reaktionen veröffentlichte das „Neue Deutschland" am 8.1.: So wie Kohl könne nur jemand sprechen, der die Vergangenheit nicht bewältigt hat, wird ein Arbeiter aus Magdeburg zitiert. Ehemalige KZ-Häftlinge werden mit den Worten wiedergegeben, Kohl wisse nicht, was die Hölle der Konzentrationslager gewesen sei.

„taz", 6.1.87

DOKUMENTATION

„taz", 6.1.87

DOKUMENTATION

DDR reagiert auf Kohl

Wortlaut der ADN-Meldung zu Kanzler Kohls KZ-Wort

„Auf Anfragen von Korrespondenten an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, ob die gestrigen Ausführungen Kohls in der Dortmunder Westfalenhalle zutreffen, wonach die DDR über 2.000 unserer Landsleute als politische Gefangene in Gefängnissen und Konzentrationslagern hält, wird von zuständiger Seite erklärt, daß

1. sich aus politischen Gründen kein Bürger der BRD in der DDR in Haft befindet;

2. DDR-Bürger, soweit sie aus irgend einem Grunde straffällig wurden, keine Landsleute von Kohl sind;

3. daß es in der DDR keine Konzentrationslager gibt, in denen man politische Gefangene festhalten kann;

4. in den Gefängnissen der DDR sich keine politischen Gefangenen befinden, mit Ausnahme von Personen, die wegen Kriegs- und Nazi-Verbrechen, Ermordung von jüdischen Bürgern, Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt sind;

5. Bürger der BRD, die wegen Spionage zu Gunsten bundesdeutscher Geheimdieste verurteilt wurden, werden in der DDR wie in anderen zivilisierten Staaten, nicht als politische Gefangene geführt, sondern als kriminelle Verbrecher."

„FR", 10.1.87

Im Wortlaut:

KZ-Überlebende verhöhnt

Mit Verbitterung hat der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma die jüngsten Äußerungen von Bundeskanzler Helmut Kohl zu angeblich in der DDR vorhandenen Konzentrationslagern zur Kenntnis genommen. In einer Erklärung wirft der Zentralrat dem Kanzler vor, die Überlebenden des Nazi-Terrors zu verhöhnen und ihre Anliegen nach Entschädigung lächerlich zu machen. Wir veröffentlichen die Erklärung im Wortlaut:

Mit der Verwendung des Begriffs „Konzentrationslager" für Gefängnisse in der DDR verhöhnt Bundeskanzler Helmut Kohl die Überlebenden der Völkermordpolitik der Nationalsozialisten. Der Bundeskanzler macht damit — mit oder ohne Absicht — die Anliegen ehemaliger KZ-Häftlinge, nach über 40 Jahren endlich minimale Entschädigungsrenten von monatlich 1000 Mark für ihre schrecklichen Leiden während der Nazi-Herrschaft zu erhalten, lächerlich.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma betrachtet dieses Reden über „Konzentrationslager" in der DDR deshalb mit Empörung, weil sich der Bundeskanzler bislang vor Finanzminister Gerhard Stoltenberg bei der Ablehnung dieser Entschädigungsrenten stellt. Stoltenberg begründet seine Ablehnungen zum Beispiel damit, daß die in den Nazi-Dokumenten als Konzentrationslager bezeichneten Orte im ehemals besetzten Frankreich nach Auffassung der Bundesregierung nicht als solche bezeichnet werden könnten.

Die Schicksale von „Zigeunern" und Juden in diesen Lagern, das Ermorden von Kindern im KZ Poitiers, das Zu-Tode-Foltern in mit Wasser gefüllten Stehbunkern im KZ Montreuil-Bellay, das Ertränken von jüdischen Kindern auf mit Sprengstoff gefüllten Schiffen im KZ Argeles sur Mer und das Wegräumen der angeschwemmten Leichen durch die Häftlinge, das Abmagern zu Skeletten während der Zwangsarbeit unter SS-Bewachung in diesen Lagern und ähnliche Schicksale seien laut Bundesfinanzminister Stoltenberg nicht Teil der nationalsozialistischen Rassenpolitik, sondern „kriegsbedingt" und „kein besonders schweres Verfolgungsschicksal" gewesen.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma betrachtet das Vorgehen der Bundesregierung als beängstigend und eine äußerst eigenartige Aussöhnung und Verständigung mit den Überlebenden der Völkermordpolitik der Nazis. Denn einerseits will Bundeskanzler Helmut Kohl über Haftbedingungen und „Konzentrationslager" in der DDR diskutieren. Aber andererseits teilte nur wenige Tage zuvor sein Kanzleramtschef, Minister Wolfgang Schäuble, dem Zentralrat mit, zum Thema sofortige Entschädigungsrenten für die 435 der Bundesregierung im November 1986 übergebenen Fälle von ehemals in Konzentrationslagern inhaftierten Sinti und Roma „erscheint ein Gespräch beim Bundeskanzler zum gegenwärtigen Zeitpunkt entbehrlich".

Dauerfinsternis

Kohl? Der Mann hat nicht gedient und trotzdem das klassische Gefreitengehirn. Das sagt alles über seine Fähigkeiten. er ist der Sprecher der Mehrheit, und die Mehrheit ist das Produkt von 30 Jahren Medienpolitik adenauerscher Prägung. Da sitzen keine Liebhaber von Blackouts vor dem Fernsehgerät, sondern Anhänger einer Dauerfinsternis, Gespensterjäger, die alles Nonkonforme ausgrenzen und dämonisieren. Vor 100 Jahren war's die Arbeiterbewegung, die Internationale der Vaterlandsverräter; dann das internationale Judentum, die Weisen von Zion; und schließlich die kommunistische Weltverschwörung. Kohl ist festverwurzelt in dieser Tradition hysterischer Angstbeißerei. Als deutscher Meister im Durchhinken von Vergleichen wertet er Goebbels auf und Nazi-KZ's ab, bis er eines Tages braune Scheiße zu einem schwarz-rot-goldenen Bonbon promoviert. Vermutlich hätte es der regierende Pfälzer Saumagen unter Bruder Eichmann auch mindestens bis zum Hauptabteilungsleiter gebracht, denn er verbindet in sich die Aufrichtigkeit Friedrich Zimmermanns mit der Kompetenz Heinrich Lübkes — und das sind genau die Charakteristika, die sich das Kapital von seinen Repräsentanten wünscht.

Kohl ist ein ganz normaler deutscher Stammtischnazi. Und er ist, wie wir alle, ein juristisch beglaubigter Affe. Das vor allem macht ihn gefährlich.

Venske



Die Wahrheit über den Kanzler

offene Worte — die Dinge beim Namen nennen

Die Wahrheit über den Kanzler

offene Worte — die Dinge beim Namen nennen

Der Un-Kanzler

Gelegentlich werden wir unsanft daran erinnert, daß der amtierende Bundeskanzler Helmut Kohl heißt. Das wird sich nach der kurz bevorstehenden Bundestagswahl höchstwahrscheinlich nicht ändern.

Was macht den Saumagenfresser aus Oggersheim mehrheitsfähig? Vorzüge und Fähigkeiten jedenfalls sind es mit Sicherheit nicht. Kohls unverkennbar von Underdog-Ressentiments und Neid geprägter Ausfall gegen Gorbatschow ließ es ahnen: für eine Persönlichkeit mit Ausstrahlung und politischem Geschick hält Helmut Kohl sich selbst nicht. Und das ist auch schon die

Bundestagswahl höchstwahrscheinlich nicht ändern.

Was macht den Saumagenfresser aus Oggersheim mehrheitsfähig? Vorzüge und Fähigkeiten jedenfalls sind es mit Sicherheit nicht. Kohls unverkennbar von Underdog-Ressentiments und Neid geprägter Ausfall gegen Gorbatschow ließ es ahnen: für eine Persönlichkeit mit Ausstrahlung und politischem Geschick hält Helmut Kohl sich selbst nicht. Und das ist auch schon die

erste wichtige Gemeinsamkeit, die den Kanzler mit seinen Wählern verbindet: auch sie halten Kohl für eine glatte Null. Kohl ist der Gegenpol zu Franz Josef Strauß, dem selbst seine Gegner hohe Intelligenz und Gefährlichkeit anrühmen. Wer Kohl wählt, erwartet von ihm keine Fähigkeiten. Kohl ist kein begeisternder Redner. Er ist kein gescheiter Analytiker. Er ist alles andere als ein „Macher". Frau Hannelore kann aus dem Stegreif eine Rede in Englisch oder Französisch halten. Ihr Ehemann könnte sie nicht einmal verstehen. Niemand würde ihm zutrauen, in einem richtigen Konzert auf dem Flügel begabt zu dilettieren wie sein Vorgänger. Höchstens „Alle meine Entchen" auf der Blockflöte, aber wirklich höchstens. Er kann vermutlich einen Chagall nicht von einem Kandinsky unterscheiden, und seine Fähigkeiten am heimischen Herd dürften mit der Zubereitung eines Spiegelei's schon ausgereizt sein. Der Mann ist nichts und kann nichts. Selbst seine Entgleisungen sind niveaulos, ohne die bierschwitzende Volkstümlichkeit eines Strauß, ohne die traumwandlerische Infamie eines Geißler, ohne Originalität und Phantasie. Die Vorstellung, daß Kohls Ausfälle an bundesdeutschen Stammtischen mit feuchtfröhlichem Applaus vermerkt werden — „Der hat's dem Gorbatschow aber gut gegeben!", „Genau, die Zone ist ein KZ!" usw. — überschätzt den Mann bei weitem. „Das hätte aber nicht sein müssen" oder allenfalls „Er hat ja nicht ganz unrecht, aber das war doch diplomatisch ungeschickt" lautet Volkes Stimme an den Stammtischen.

Was also ist sein Erfolgsgeheimnis? Warum wählen die Leute sich einen Mann als Repräsentanten, dessen Begabung und Erscheinung eher unter dem Durchschnitt seiner Wähler liegt und von dem sich niemand irgendetwas erhofft? Es kann gar nicht anders sein: Nicht obwohl, sondern weil Kohl eine Niete ist, fallen ihm die Stimmen zu. Wer darin eine Rechtswende sehen will, geht in die Irre. Die Stimmen für Kohl sind in erster Linie Ausdruck einer tiefsitzenden Staatsverdrossenheit und antiautoritären Aufsässigkeit: Die Leute wollen nicht mehr regiert werden. Weder gut noch schlecht, sondern am liebsten überhaupt nicht. „Keine Macht für niemand" ist angesagt. Helmut Kohl ist die personifizierte Absage an die menschenverachtenden Standards der Leistungsgesellschaft. Selbst die Dümmsten seiner Wähler können noch ein bißchen schadenfroh auf ihn herabblicken.

Die SPD hat das Problem anscheinend im Grundsatz begriffen und hat reagiert, indem sie Kohl einen Kandidaten entgegenstellt, der ähnlich wie der Kanzler selbst das absolute Nichts verkörpert. Jedoch: hat über Rau schon irgendwann mal das Volk von Herzen hämisch lachen können? Daran wird der SPD-Kandidat scheitern.

Kt.

Unser täglich Polit-AA

Der regierende Zuhälter des Historikerstrichs ist zum Glück kein neuer Führer, sondern nur der Triumph Görings über Hitler. Kohl verfügt über Tertiärtugenden, wie sie in Unternehmer- und anderen Syndikaten mit Barem aufgewogen werden: Hinter der harmlos gemütlichen Maske des Preiscatchers kombiniert er die Sensibilität eines Brecheisens mit der Skrupellosigkeit eines katholischen Ordens. Obendrein hat ihn die Natur mit dem frischen Charme einer Sondermülldeponie und der Ausstrahlung eines Parkhochhauses beschenkt.

Von Anfang an hat Kohl die Gesellschaft von Giftmischern, Weinpanschern, Abschreibungskünstlern, Steuer- und Subventionsbetrügern, Etikettenschwindlern, Waffenschiebern und Juwelenräubern gesucht und in seiner engsten Nachbarschaft gefunden. Als Zögling versierter Politökonomen, die ihren Schnitt mit Arisierung und Sklavenhaltung von Zwangsarbeitern gemacht haben, verfügt er über eine Ausbildung, die ihm im Umgang mit Reagan und Botha ungeheuer behilflich ist. Deren Dienst an Ehre und Größe des Vaterlands schwebt ihm vor, wenn er bei der Entgegennahme von Spendenschecks die Leistung rühmt, die sich wieder lohnen muß oder bei der Pensionierung von NS-Richtern die vorbildliche Pflichterfüllung gerade in harten Zeiten.

Das halbe Dutzend Faustregeln, das den Erfolg westlicher Politiker garantiert, ist ihm in Fleisch und Blut übergegangen: Daß ein akademischer Titel wertvoller als ein Intelligenzquotient ist, ein weißer Kragen wichtiger als ein reines Gewissen, die richtige Konfession, Partei und Burschenschaft nützlicher als Freundschaften und eine intakte Verdauung gesünder als ein unruhiger Kopf. Seine ethisch-religiösen Überzeugungen sind schlicht, aber effektiv: Lieber ein goldenes Kalb als zehn steinerne Gebote. Auf dem heiligen Stuhl würde er mit seinem feisten Grinsen eine taumhafte Figur machen. Der Machtantritt des schwarzen Simpel aus Oggersheim verhalf einem Sprachfehler zu internationaler Beachtung, markierte aber auch eine neue Qualität des eingeborenen Konservatismus. Unfähigkeit zu trauern steigert sich zu giftigen Abwehr- und Haßreaktionen gegen die sog. Miesmacher der Nation. In diesen Kontext gehört die Vergleichsmeierei, die uns an der Frage verzweifeln läßt, wie er die Aufnahmeprüfung ins Gymnasium bestand, wenngleich umgekehrt klar ist, daß er nur so die Heidelberger Universität absolvieren konnte.

Kohl war schon als Bub ein gieriger Schokoladenfresser, der sich nach reichlichem Puddinggenuß gern mit Klopapier den Mund wischte. Sein raffiniert bedachtsamer Einstieg in den braunen Urschlamm mag den analen Zwangscharakter des Bundeskanzlers tief befriedigen, verrät aber doch nur, was wir schon immer wußten, aber nie wahrhaben wollten: Daß es keinen Konservatismus ohne Faschismus gibt, weil es keinen Faschismus ohne Konservatismus gab.

Kohl wird weiter für Frohsinn in der Geisterbahn sorgen. Außerdem ist er ein Geschenk für die Jugend, die durch sein tägliches Polit-AA und Gemeinschaftskunde-Pippi den denkbar besten Anschauungsunterricht über diesen Staat erhält.

Zuwi

Profit interessen

Kohl ist nicht nur Spiegelbild eines Großteils bundesdeutschen Bewußtseins. Beleidigung und Realität decken sich: Kohl hat nie gegen die Kapitalinteressen seiner Brötchengeber BASF und Co. verstoßen. Genausowenig wie sein polychlorierter Weichmacher Wallmann. Mit seiner Industrie-PR-Maßnahme „Gorbatschow-Goebbels-DDR-KZs" will Kohl die mörderischen Verbrechen der IG Farben/BASF/Bayer/Hoechst AG zudecken. Damit auch in Zukunft für deren Profitinteressen Kinder ersticken, LandarbeiterInnen vergiftet werden — hier, in Lateinamerika oder anderswo.

Jutta Ditfurth

Vorsätzliche Beleidigung

Auf die strafrechtliche Bedeutung des Vorsatzes hingewiesen und unter Verzicht auf die Geltendmachung mildernder Umstände beleidige ich, der Unterzeichnete, im Vollbesitz meiner geistigen Kräfte und in Kenntnis der strafrechtlichen Bestimmungen (§§ 185/Beleidigung, 187a/Üble Nachrede sowie — sicherheitshalber — 189/Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener) den Herrn Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland wie folgt: Dr. Helmut Kohl ist ein großes Arschloch.

gez.
Hermann L. Gremliza
Hamburg, den 9.1.1987

Kein Zufall

„Es ist kein Zufall, daß solche Äußerungen ausgerechnet von jenen politischen Exponenten kommen, die sich früher von den Mordgehilfen Hitlers haben aushalten lassen."
Otto Schily („taz", 7.1.)

„Wir erleben in Anbetracht der bevorstehenden Bundestagswahl Auseinandersetzungen, die die große Gefahr in sich bergen, den letzten Rest von Gemeinsamkeit der demokratischen Kräfte in diesem Land empfindlich zu mindern. Bei diesen Äußerungen in letzter Zeit kann es sich nicht mehr um Zufälle alleine handeln, sondern hier wird offenkundig — das empört und er-
Otto Schily („taz", 7.1.)

„Wir erleben in Anbetracht der bevorstehenden Bundestagswahl Auseinandersetzungen, die die große Gefahr in sich bergen, den letzten Rest von Gemeinsamkeit der demokratischen Kräfte in diesem Land empfindlich zu mindern. Bei diesen Äußerungen in letzter Zeit kann es sich nicht mehr um Zufälle alleine handeln, sondern hier wird offenkundig — das empört und er-schreckt zugleich —, daß gewisse Instinkte bestimmter Bevölkerungskreise angesprochen werden sollen, die zum Kreis der Unbelehrbaren gehören."
Heinz Galinski, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Westberlin („Hamburger Abendblatt", 6.1.)

„Rüpelszene!"
Uwe Kant, DDR-Schriftsteller („HA", 7.1.)

„Es gibt miese Touren, vor denen man schier verzweifeln könnte."
Günter Gaus
(„Zeitung am Sonntag", 11.1.)

„In meinem Augen bedeutet diese Verharmlosung der Nazi-Verbrechen aus dem Munde des Bundeskanzlers eine noch schlimmere Verwüstung der politischen Landschaft als alles, was Terroristen bisher verbrochen haben."
Wolf Biermann
(„FR", 8.1.)

„Seit 33 Jahren bin ich in der DDR als Rechtsanwalt tätig. Ich nehme es auf meinen Eid, daß es Konzentrationslager nicht gibt. Mir ist um das Erreichte und die weitere humanitäre Verständigung bange."
Wolfgang Vogel, Berlin
(„FR", 7.1.)

„Die jüngste Äußerung des Kanzlers macht klar genug, worum es bei dem Schlußstrich (unter die Vergangenheit) geht: das instinktive Wissen, daß ein angriffslustiger Antikommunismus nur florieren kann, wenn der moralische Stachel der NS-Vergangenheit abgestumpft ist. Mehr als die Kohl-Äußerung muß die Einsicht erschrecken, daß es hierzulande keine wirksame öffentliche Macht mehr gibt, die diesem Kanzler wenigstens Zurückhaltung auferlegt. Wer sich mit der Analyse zu beruhigen versucht, es handle sich um ein wahltaktisches Manöver, den rechten Rand einzufangen, liegt falsch. Hier wird die Mitte nach rechts getrieben."
Klaus Hartung
(„taz", 6.1.)

Aufschub für die Hafenstraße

Solidaritätsbündnis setzt den SPD-Senat unter Druck



Foto: M. Stroux

Der Räumungstermin ist verstrichen, doch die Häuser in der Hamburger Hafenstraße sind immer noch bewohnt. Alfons Pawelczyk, aus der Traum? Noch im Bürgerschaftswahlkampf hatten sich oppositionelle CDU und regierende SPD in dem Versprechen übertroffen, dem Hamburger Chaos zum Jahreswechsel ein Ende zu bereiten. „*Ich bin nicht der einzige, der sich wegen der Hafenstraße Sorge um das Ansehen Hamburgs macht. Hüten wir uns, Hamburg zu einem Dorado für Chaoten und zum Ziel eines Anarcho-Tourismus zu machen.*" So mahnte der Handelskammer-Präses Illies in seiner traditionellen Neujahransprache des „Ehrbaren Kaufmanns" in Hamburg seine Regierenden, die er gleichzeitig zur Großen Koalition aufrief.

Neue Nahrung bekamen diese Sorgen kurz vor Weihnachten. Über 30 Organisationen hatten sich auf Anregung des „Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße" zu einem Bündnis zusammengeschlossen, von dem ausgehend vor der Räumung der Protest gegen den Kahlschlag in der Hafenstraße und die Hamburger Polizeistadt-Methoden am 20. Dezember auf die Straße getragen werden sollte. Vorausgegangen waren dieser Demonstration eine Reihe neuer Entwicklungen: Der Initiativkreis hatte eine öffentliche Erklärung von Prominenten für den Erhalt der Häuser in der Hamburger Presse veröffentlicht; Pastoren bemühen sich um eine friedliche Lösung mit eindeutiger Parteinahme für die Bewohner; in der SPD regte sich in unteren Instanzen Widerstand gegen die Pawelczyk-Lange-Dohnanyi-Politik am Hafen, das Wort von einem „Moratorium" zur Ermöglichung von Verhandlungen machte die Runde.

Die Demonstration am 20.12.86

Dennoch, eine Demo zur Hafenstraße am verkaufsoffenen Weihnachtssamstag war nicht ohne Brisanz. Nach dem stehenden Kessel vom Heiligengeistfeld und der von Polizei fast unbehelligt gebliebenen Scherbendemo am Tag X von Brokdorf gehörte in Hamburg der wandernde Kessel zum üblichen Bild von Demonstrationen einer bestimmten politischen Szene: Zwei spontane Demos nach Teilräumungen in der Hafenstraße und eine weitere ursprünglich von der GEW gegen den Sozialabbau geplante mit jeweils zwischen 600 und 2000 Teilnehmern waren so verlaufen. Noch einmal durfte es so nicht laufen, sollte das polizeipolitische Konzept nicht aufgehen, immer mehr Leute vom Demonstrieren abzuhalten.

Die Demo am 20. hatte daher für alle Seiten in dem Konflikt eine große Bedeutung. Für die Gegner der Senatspolitik mußte sie einerseits ein Mobilisierungserfolg werden, andererseits durfte die de facto Einschränkung des Demonstrationsrechts durch Einkesselung nicht erfolgreich sein. Das Bündnis von Jusos bis Autonomen sollte ein größeres Spektrum erreichen; durch gemeinsames Vorgehen sollte die Einkesselung verhindert und das volle Demonstrationsrecht durchgesetzt werden. Daß letzteres bei den unterschiedlichen Vorstellungen von zweckmäßigen Aktionsformen nicht einfach werden würde, war fast allen Beteiligten klar. Die Tatsache, daß Autonome bundesweit zum „Revolutionären Block" „mit Helmen und entsprechender sonstiger Ausrüstung" aufriefen, um gegen Polizei und Spalier gerüstet zu sein, ließ Befürchtungen für den Verlauf aufkommen. Tom Janssen, bewährter TAZ-Experte für alle Arten von Spökenkiekerei, sah „Die letzte Schlacht" herandämmern. Ein „neues Kleve" und das Laufen in die „staatliche Gewaltfalle" wären vorprogrammiert, wenn nicht der nicht-autonome Teil eindeutig erklärte „Mit uns nicht!". Er forderte zwei Tage vor der Demo eine entsprechende Distanzierung, was allerdings nicht geschah.

Die Gegenseite tat das ihrige. Die Demonstration wurde in einem Teil der Innenstadt aus Verkehrs- und Cash-Gründen verboten, eine Abschlußkundgebung in der Hafenstraße nicht genehmigt, sondern nur einen halben Kilometer davon entfernt. Die übliche Chaos-in-der-Innenstadt-Kampagne der Springerpresse setzte ein und Pawelczyk kündigte an, die Demonstration „einschließend zu begleiten". Dies wurde nach Verhandlungen mit den Anmeldern zunächst zurückgezogen, allerdings wurde das Einsatzmittel Spalier für den Fall von „Gewalttaten" angedroht.

Am 20. Dezember versammelten sich dann rund 10.000 Leute, darunter ein starker schwarzgekleideter Block. Zu Beginn wurde das Demoziel, gemeinsam und geschlossen ohne mobilen Polizeikessel zur Hafenstraße zu gelangen, verkündet. Ein Sprecher aus der Hafenstraße gab der eigenen Klientel bekannt, daß ausdrücklich diesmal keine anderen Ziele wie etwa Banken gewünscht seien. So zog der Demozug dann friedlich und mit Straßenmusik durch die Innenstadt, wobei Teile des autonomen Blocks ihr Silvesterfeuerwerk Richtung stehender Polizei vor Banken und Geschäften und teilweise auch Passanten abzogen. Bei zwei Banken ging jeweils eine Scheibe zu Bruch. Als der Demozug die Innenstadt verlassen und zu einer Kundgebung vor dem Untersuchungsgefängnis gestoppt hatte, folgte die vorbereitete Provokation der Polizei. Sie zog massive Kräfte um den „Revolutionären Block" zusammen und knüppelte wild drauflos. Offensichtliches, wenn auch bestrittenes Ziel war, den im Zug mitfahrenden Lautsprecherwagen des Blocks hopszunehmen. Das Polizeivorgehen stieß allerdings auf entschiedenen, militanten Widerstand des speziell für diesen Fall ausgerüsteten Blocks und konnte abgewehrt werden. Die Demonstration wurde gemeinsam fortgeführt. Von diesem Zeitpunkt an begannen Pawelczyks Truppen — zunächst einseitig, dann auf beiden Seiten des Demozuges — ihre einschließende Begleitung des Blocks aufzubauen. Den Demonstranten gelang es teilweise, dieses Vorgehen durch Einkesselung der Polizei, Abdrängen der Ketten etc. zu stören. Sie konnten aber nicht verhindern, daß das Spalier immer weiter verstärkt wurde.

Erfolg im Bündnis

Die Auseinandersetzung war vorprogrammiert, denn die Veranstalter hatten ausdrücklich in ihrem Aufruf erklärt, einen solchen Kessel nicht hinzunehmen. Eine Viertelstunde tobte auf der Feldstraße, nur unweit vom Ort des Heiligengeistfeld-Kessels entfernt, eine militante Straßenschlacht, die Demonstration war durch Polizeiketten mehrfach geteilt. Während dieser Auseinandersetzung verhandelten die Demoanmelder der GAL mit der Einsatzleitung und verlangten den Abzug der Polizeiketten. Der größte Teil der Militanten verhielt sich auch in dieser Situation sehr diszipliniert und verstand es diesmal auch, die eigenen Reihen zusammen- und zum richtigen Zeitpunkt zurückzuhalten, so daß es möglich war, die Demonstration wieder zu sammeln. (Dennoch waren wieder eine Reihe Leute mit dem eigene Leute gefährdenden und verletzenden Steinewerfen aus den unmöglichsten Situationen beschäftigt — mindestens in einem Fall hat eine Frau eine schwere Kopfverletzung durch Steinwurf aus den eigenen Reihen bekommen). Als die Polizei registrieren mußte, daß ihr Einsatz nicht zum gewünschten Erfolg geführt hatte, kam der Einsatzbefehl zum Abziehen und die Zusage an die Anmelder, auf weiteres Spalier zu verzichten. Schätzungsweise drei Viertel der Demonstranten blieben zusammen und zogen geschlossen zur Abschlußkundgebung am Hafen. Unter diesen Umständen wurde von fast allen Mitveranstaltern, die Jusos eingeschlossen, die Demonstration und ihre Durchsetzung als politischer Erfolg eingeschätzt, keiner der Veranstalter sah es für nötig an, sich angesichts des Auftretens der Hamburger Polizei von den militanten Gegenaktionen zu distanzieren.

Allerdings: Zwei schwere Verletzungen auf seiten der Demonstranten, eine Frau mit Kopfverletzung (s.o.) und der Grüne Michael Stamm, der bei dem ersten Polizeieinsatz Kopfverletzungen, Rippenprellungen und einen Wirbelsäulenbruch erlitt und einen Monat horizontal im Krankenhaus liegen muß (alle guten Wünsche an dieser Stelle, Michael). Über 80 Verletzte registrierten die Demo-Sanis, davon 50 durch Gaseinsatz, 31 durch Schlagstöcke, darunter 9 Kopfverletzungen. Ohne Helme, so die Sanis, hätte es bedeutend mehr Kopfverletzungen gegeben. Die Polizei meldete 100 Verletzte, davon eine schwere Kopfverletzung. Drei Demonstranten wurden festgenommen, gegen einen Haftbefehl erlassen, der nach vier Tagen gegen eine von der GAL bezahlte (BILD tobte) Kaution von 10.000 DM aufgehoben wurde.



Foto: M. Stroux



Foto: H. Wojahn

Mißerfolg für die harte Linie

Für den Senat und die Pawelczyk-Linie war dieser Tag ein weiterer Mißerfolg. Er mußte sich wieder Kritiken von links und diesmal vor allem von rechts gefallen lassen. Zu recht, denn einerseits begründete er den Polizeieinsatz mit der stattgefundenen Gewalt in der Innenstadt, andererseits trat er den Rechten, die ein Demoverbot von Anfang an forderten, mit der Aussage entgegen, die Polizei hätte ja die Gewalt in der Innenstadt verhindert. Daß seine Wertung, der Polizeieinsatz sei ein „großer Erfolg" gewesen, zum Aufheulen bei den Rechten führen würde (Zimmermann: 100 verletzte Bullen und nur drei Verhaftete, in München wären solche Häuser schon längst abgerissen), war vorhersehbar. Langsam verliert Pawelczyk selbst bei seiner CDU-Klientel an Glanz, konnte er doch die Scherbendemo am Tag X nicht verhindern und jetzt dieses, vor allem aber: die polizeiliche Einsatztaktik der Entmischung von Demonstrationen in Friedliche und Gewalttätige hatte keinen Erfolg. Von welchem simplen Weltbild ausgehend der Oberst a.D. die polizeiliche Einsatztaktik bestimmt, hatte er im „tagesthemen"-Interview am 22.12. zum Besten gegeben: „*Die Gewalt muß isoliert werden. Der friedliche Bürger ... soll dann mal bei einer Demonstration wegbleiben, damit man an die Gewalt herankommt ... es geht darum, Platz zu schaffen für das Vorgehen der Polizei gegen Gewalt*", eine Zielsetzung, die fast wortidentisch der Leitkommentar der BILD-Zeitung nach Brokdorf vom 7. Juni gefordert hatte. Dies ist am 20. Dezember gründlich danebengegangen.

Gedämpft wurde der Demoerfolg des Bündnisses und Pawelczyks Mißerfolg nur durch die Brandsätze, die „Revolutionäre für ein feuriges Fest" im ausdrücklichen Zusammenhang mit der Demonstration und der bevorstehenden Räumung in Hamburger Kaufhäusern gelegt hatten. Die Diskussion um Kaufhausbrände und Käufergefährdungen verdrängte die Diskussion um die Demonstration und das polizeiliche Vorgehen. Abgesehen von der Unbeteiligte gefährdenden Wirkung, die Revolutionäre sich nicht erlauben dürfen, zeugt die Placierung zu diesem Zeitpunkt von wenig politischem Gespür für das, was in der aktuellen Räumungssituation sinnvoll ist, es sei denn, man hat die Verhinderung der Totalräumung bereits aufgegeben. Es steht zu befürchten, daß bei Teilen von Autonomen und Antiimpis die Erfolge im Zusammenhang mit der Hafenstraße und der Verhinderung ihrer Isolierung politisch als Ergebnis der glänzenden Verbindung von wie auch immer gearteter „Guerilla" mit Massen- und Bündnispolitik abgefeiert werden. Vielleicht berechtigen die positiven Erfahrungen vom 20.12. ja zu der Hoffnung, daß sich solches perspektivloses Sektierertum nicht durchsetzt.

Wie weiter mit der Hafenstraße?

Wie geht's nun weiter mit der Hafenstraße? Hamburgs SPD hat sich nach intensiven Beratungen auf eine neue, typisch sozialdemokratische Lösung geeinigt, die jetzt offenkundig von allen maßgeblichen Flügeln vertreten wird. Pawelczyk kann weiterhin erklären, „*es wird konsequent weitergeräumt*" (in „tagesthemen") auf der Basis einer „*zügigen, aber streng rechtsstaatlichen Beendigung des Experiments*" (Senatserklärung) und der „linke" Sozialsenator Ehlers vertröstet auf die „*soziale Abfederung der Räumung*" („Hamburger Rundschau", 8.1.87). Im einzelnen: Die drei Sechserhäuser in der Hafenstraße sollen auf jeden Fall abgerissen werden und dem neuen Aushängeschild des „Unternehmen Hamburg" — der protzigen Hafenrandfassade — weichen. Die fünf benachbarten Fünferhäuser sind im neuen Bebauungsplan für die Modernisierung vorgesehen. Für alle acht Häuser sind die Mietverträge am 31. Dezember ausgelaufen. Dennoch ist bislang noch nicht weiter geräumt worden, obwohl seit einigen Tagen für drei Wohnungen gerichtliche Räumungsverfügungen der Eigentümerin SAGA vorliegen, die Pawelczyks Truppen umsetzen könnten. Möglicherweise wollte der Senator das neue Jahr nicht gleich wieder mit Schlagzeilen um die Hafenstraße beginnen. Hauptgrund für die Verzögerungen sind Klagen gegen mit dem Abriß der Häuser begründete Zwangsräumungen. Dieser Abriß ist weder im — noch nicht rechtswirksamen — Bebauungsplan zwingend vorgeschrieben, noch mit der Bausubstanz der Sechserhäuser zu begründen. Die ist nach den Erkenntnissen des alternativen Sanierungsträgers „Stattbau" teilweise besser als in den Fünferhäusern. Es wird damit gerechnet, daß sich diese juristischen Auseinandersetzungen Monate hinziehen können. Greift das Senatskonzept, dann wäre die Zahl der Bewohner von etwa 120 auf zunächst 70 verringert. Den Bewohnern der Fünferhäuser bietet der Senat bislang vage gehalten die Möglichkeit begrenzter Eigensanierung an: Gründung eines Nutzervereins, Beauftragung eines Architekten, „sie baufachlich zu begleiten", einen alternativen Sanierungsträger zu finden und „*sich selbst mit eigner Muskelkraft in die Sanierung einzubringen*" (Ehlers in „Hamburger Rundschau"). Gehen die Bewohner auf dieses Befriedungskon-

Fortsetzung nächste Seite

Schmetterlinge: „Mit dem Kopf durch die Wand"

so lautet der neueste Titel der österreichischen Politrockgruppe („Proletenpassion"). Sie treten auf einer Solidaritätsveranstaltung „Die Hafenstraße muß bleiben" des Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße auf. U.a. sprechen dort der Jugendrichter Joachim Katz von der AG sozialdemokratischer Juristen und der Pastor Wolfgang Grell von der Solidarischen Kirche.

19. Januar 1987 um 19.30 Uhr
Kampnagelfabrik, Jarrestraße 20
Eintritt: 10 DM/5 DM ermäßigt

Fortsetzung von vorheriger Seite

zept ein, wäre für den Senat zunächst mit den drei Hafenstraßenhäusern ein Hauptstein des Anstoßes beseitigt, der derzeitige Bewohnerzusammenhang geschwächt und für den Senat Zeit gewonnen. Gehen sie nicht drauf ein, verweist Ehlers darauf, daß auch in den Fünferhäusern die Mietverträge ausgelaufen sind und alternativ die Modernisierung nach dem „Standard des sozialen Wohnungsbaus" stattfände, was bedeuten würde: Die Bewohner müßten während der Sanierungsarbeiten ausziehen und könnten sich nach getaner Arbeit „die Rückkehr einfach nicht mehr leisten" (Ehlers). Der juristische Ärger wäre bei dieser Lösung allerdings erheblich größer.

Auf jeden Fall wird der Senat ein Wahlversprechen nicht halten können: Das Problem Hafenstraße zum Jahresanfang gelöst zu haben. Das hat der anhaltende Widerstand der Leute um die Hafenstraße erreicht, vor allem aber die labile politische Situation nach der Bürgerschaftswahl und die innensenatorische Situation seit dem „Hamburger Kessel" vom Juni letzten Jahres. Alles zusammen hat bewirkt, daß Hamburgs law and order-Politik ganz schön durch den Wind ist, wie man hier zu sagen pflegt. Doch glaube keiner, daß damit das letzte Wort bereits gesprochen ist. Zunächst einmal hoffen sozialdemokratische Senatskreise auf Stärkung durch die Bundestagswahlen.

hr.

Dialog mit der Jugend... und ein Waldspaziergang

Wie die Polizei in Göttingen versuchte, ein Deeskalationsgespräch zu führen

Nach der Räumung von drei besetzten Häusern und dem Überfall auf das Jugendzentrum Innenstadt (Juzi) am 1.12.86 hatten die Gasschwaden sich kaum verzogen, waren die Knüppel noch nicht wieder weggesteckt und fuhr die Polizei mit dem Mannschaftswagen noch Streife, da wurde schon die nächste Aktion vorbereitet, derweil Niedersachsens Innenminister in geheimer Mission in Göttingen weilte. Die Lokalpresse meldete Gespräche Hasselmanns mit dem Präsidenten der Uni, dem Oberbürgermeister und dem Oberstadtdirektor (GT, 5.12.). Über den Inhalt der Gespräche wurde nichts bekannt.

Erst am 17. Dezember, nach vollendeter Tat, war aus der Presse zu erfahren, welches Ei da gelegt und (fast) unbemerkt von der Öffentlichkeit ausgebrütet worden war: Für den Abend des 15. Dezember hatte man den „Dialog mit der Jugend" oder auch ein sog. Deeskalationsgespräch geplant und im Stillen sorgsam vorbereitet. Das also hatte Hasselmann gemeint, als er drei Tage zuvor dem Landtag über seinen Ausflug nach Göttingen berichtete: „Ich bin auch der Ansicht, daß wir uns morgen und übermorgen genau darauf konzentrieren müssen, die rechtsstaatlichen demokratischen Kräfte zu sammeln, die sich für die Bevölkerung in Göttingen sichtbar von solchen Randalierern distanzieren... Herr Levi (Göttingens OB) hat mir sogar den Vorschlag gemacht, die Kirchen, die Universitätsleitung, die Studenten und viele ander Gruppen einzubeziehen — dann kommen wir wohl einen Schritt voran."

Zunächst hatte auch alles bestens geklappt: Der Göttinger Stadtjugendring übernahm die Schirmherrschaft, Kirchenkreise zeigten sich interessiert, Erzieher und Lehrer konnten gewonnen werden, und wenn auch das Jugendzentrum eine Teilnahme am Dialog mit dem Hinweis ablehnte, es sei „pervers", sich mit den Verantwortlichen für die Polizeieinsätze an einen Tisch zu setzen, diese verfolgten die „Strategie, die einen zu verpügeln und zu kriminalisieren und mit anderen zu reden" (Pressemitteilung), waren dennoch einige von den Polizeieinsätzen Betroffene bereit, mit der Polizei das Gespräch zu suchen. Diese wiederum hatte ihre gesamte Führung zum Dialog abgeordnet, und die Stadt war durch den OB, den Oberstadtdirektor und den Sozialdezernenten vertreten.

Da es nichts umsonst gibt, außer der Prügel vielleicht, muß auch für solche Dialoge bezahlt werden, jedenfalls dann, wenn man zu den Opfern gehört(e). Den Preis bestimmte die Polizei, und der war hoch:

Die Veranstaltung sollte unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, lediglich ausgewählte Journalisten waren zugelassen. Die Teilnehmerzahl wurde begrenzt, eine entsprechende Namenliste war zuvor bei der Polizei einzureichen. Der Veranstaltungsort blieb bis zuletzt auch für die Teilnehmer geheim. Das Treffen fand schließlich „aus Sicherheitsgründen" in einem im Wald gelegenen städtischen Jugendgästehaus statt, bewacht von einer wie üblich ausgerüsteten Hundertschaft und ebenfalls üblichen Spezialtrupps. Zuvor hatte die Polizei zunächst eine Kirche und dann ein Gemeindehaus als Veranstaltungsort abgelehnt, weil dort „Gefahr für Leib und leben" ihres Chefs zu befürchten sei. Entsprechend zog die Polizei vor und in dem Gebäude auf, wie sie sich auch bei der Juzi-Razzia präsentiert hatte: In Leder, mit Helm und Knüppel. Die drei Herren von der Stadt (OB und Sozialdezernent von der SPD, der OStD von der FDP) fuhren in drei Limousinen vor und paradierten in schwarzem Schlips und schwarzem Anzug.

Veranstalter wie Teilnehmer hatten ein derart aufrichtiges Interesse am Dialog, daß um seinetwillen all diese Kröten geschluckt wurden und eigentlich alles seinen Gang hätte gehen können, wenn die Polizeiführung nicht noch beim Treffen selbst einen letzten Akt der Unterwerfung verlangt hätte: Ein Kamerateam des NDR sollte mit Filmverbot belegt werden, sonst ginge gar nichts, verkündete Polizeichef Will, unter eifriger Zustimmung der Stadtoberen. Man wolle schließlich kein „Tribunal gegen die Polizei" und keine „Fensterreden", und beides gäbe es nunmal, wenn die Kamera laufen würde, so die Begründung für das geforderte Verbot.

Diese Forderung brachte nun selbst die duldsamsten und willfährigsten unter den Dialogbereiten auf den Gedanken, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit eher um einen Unterwerfungsakt handeln sollte, und das Treffen platzte. Nun muß Hasselmann mit seiner „Sammlung der rechtsstaatlichen und demokratischen Kräfte" von vorn und in anderen Kreisen beginnen. Wer da wohl noch übrigbleibt?

KB Gruppe Göttingen

Volkszählung 87:

Ihr Privatleben ist vollkommen Ihr Bier...

Als die für 1983 geplante Volkszählung durch eine einstweilige Verfügung des Bundesverfassungsgerichtes gestoppt wurde, war die Freude zunächst groß. Von Teilen der damals binnen sehr kurzer Zeit entstandenen Bewegung wurde die neugeborene „Informationelle Selbstbestimmung" gefeiert, die Vernunft und Kritikfähigkeit des Bundesverfassungsgerichts gepriesen. Andere Teile freuten sich auch über die — wie wir heute feststellen müssen — vorübergehende Aussetzung der Volkszählung, betonten aber vor allem die Janusköpfigkeit des Gerichtsspruches: Zwar „Informationelle Selbstbestimmung" einerseits, aber andererseits eben auch die Zustimmung in den „Eingriff" in dieses neugeschaffene Grundrecht, wenn das „im überwiegenden Allgemeininteresse" geschehe. (1).

Durch dieses Urteil wurde nicht nur der Bundesregierung eine Schlappe erspart und dem radikalen Widerstand der Boden entzogen, sondern gleichzeitig eine verbindliche Rechtsgrundlage geschaffen. Genau bezugnehmend auf den Spruch des Verfassungsgerichts wurde dann in den letzten zwei Jahren die Debatte um die verschiedensten Maßnahmen zur Inneren Sicherheit vorangetrieben; gerade das geplante neue Bundesdatenschutzgesetz (das wie alle anderen aus der Reihe eigentlich einen richtigeren Namen verdiente) und auch das jetzt verabschiedete ZEVIS-Gesetz werden in der Begründung auf dieses Urteil des BVG zurückgeführt.

Keine „verfassungsrechtlichen Bedenken" werden aber auch beim maschinenlesbaren Personalausweis und Reisepaß sowie bei dem noch drohenden Rest der „Sicherheits"-gesetze gesehen.

Und jetzt geht's auch für die VoBo (Volkszählungsboykott)-Bewegung wieder von vorne los.

Daß die am 25. Mai startende Volkszählung die gesammelten — positiv zu bewertenden — Erkenntnisse des Verfassungsgerichtsurteils enthalte und daß die Bürgerinnen und Bürger nunmehr vor der mißbräuchlichen Weitergabe ihrer Daten geschützt seien — was nach Meinung der höchsten bundesdeutschen Richter 1983 nicht der Fall war — legt nahe, daß sich an Konzeption und Aussehen der Volkszählung gegenüber 1983 etwas grundlegendes geändert haben müsse. Dem ist allerdings nicht so. Geboten wird alter Wein in neuen Schläuchen, verlangt werden neue Daten für die alten Computer.

Hundertprozentige Etaterhöhuung

Der augenfälligste Unterschied ist zunächst einmal eine fast hundertprozentige Etaterhöhung, nämlich von 371 Mio. DM 1983 auf insgesamt 715 Mio. DM für 1987. Noch beeindruckender ist allerdings die Steigerung des Werbeetats von 50.000 DM auf 16 Mio. DM heute (2). Die Werbetrommel wird schon jetzt eifrig gerührt — für die Zukunft ist das schlimmste zu erwarten — und während die Bürger nach Religionsgemeinschaft, Schulbildung und Art des Einkommes („etwa Sozialhilfe?") gefragt werden, werden sie in schillernd bunten Anzeigen auch noch dreist angelogen: „Ihr Privatleben ist vollkommen Ihr Bier..."

Der sogenannte Melderegisterabgleich, also das Übermitteln von Ergebnissen an die Meldebehörden wurde durch das Verfassungsgericht verboten und darf gesetzlich gesehen nicht mehr stattfinden. Die Kopfgeldjagd auf nicht gemeldete Mitbürger, wie sie 1983 in Bayern praktiziert werden sollte (ein Ausländer brachte den doppelten Preis), fällt also weg. Trotzdem werden die Zähler mit einem „Melderegisterauszug" ins Rennen geschickt, der neben Name, Adresse etc. auch das Geburtsjahr und die Staatsangehörigkeit des Auszufragenden enthält. Ob eine „berichtige" Form dieses Auszuges an die Meldebehörden zurückgegeben werden kann, hängt von den Durchführungsverordnungen der einzelnen Bundesländer ab. (3)

Für ausländische Befragte wurde der Fragenkatalog erweitert. Italiener, Jugoslawen, Türken und Griechen bilden neben „sonstige EG" und „Andere" jeweils eine Extra-Kategorie.

Die Frage, ob man Anstaltsinsasse sei, wurde gestrichen, statt des genauen Geburtstages muß nur noch die Jahreshälfte angegeben werden, außerdem müssen die sog. „Erhebungsstellen" räumlich, personell und organisatorisch von anderen Verwaltungsstellen getrennt sein. Aus Kassel ist zu diesem Thema zu hören, daß dort die Bögen in einem alten Schwimmbad eingelagert werden sollen.

Und zuletzt: Die Volkszählung wird uns in neuem Gewande ereilen. Nachdem die schon gedruckten Fragebögen 1983 sämtlich wieder eingestampft werden mußten und sowieso ein neuer Druck anlag, sind sie jetzt auch gleich umgestaltet worden. Aber wie immer muß der Name außen drauf und 'ne Nummer innen rein, die dann später (?!) durch eine andere Nummer ersetzt werden soll, um so einen Rückgriff auf Personen und Haushalte auszuschließen. (4)

Feststellen läßt sich also: Obwohl die Fragebögen ein neues Format haben (nämlich A4 statt A3 wie beim letzten Mal), gilt das noch lange nicht für die Volkszählung. Zwar wurden diesmal einige überflüssige Provokationen — wie etwa die Frage nach den Anstaltsinsassen — unterlassen und die datenschützerischen Auflagen in Teilbereichen verbessert, aber das kann die epochemachende Weiterentwicklung auf datentechnischem Sektor weder ungesehen machen noch auffangen.

Datenverknüpfung

Im Gegenteil kann heute durch die Technik der Datenverknüpfung ein anonymer Datenbestand „reanonymisiert" werden, d.h. es kann anhand von nur zehn Merkmalen bei 100.000 Personen festgestellt werden, wer einen bestimmten Fragebogen ausgefüllt hat. (5) Kennern der Materie wird dieser Vorgang bekannt vorkommen, nämlich als „Rasterfahndung", wie sie seit Mitte der 70er Jahre vom BKA praktiziert wird.

Während es in wirtschaftlichen Rechenzentren eine Computerkriminalität gäbe, deren Schaden in die Milliarden ginge, traue man den Mitarbeitern der Behörden diese kriminelle Energie nicht zu, und da der Bürger nicht feststellen könne, ob, wann und von wem er reidentifiziert wurde (d.h. ob, wann und wer ihm seine Daten — freilich illegal — geklaut hat), laufe auch die vorgesehene Strafandrohung ins Leere, so der Hamburger Informatiker Brunnstein. (6) Durch die Volkszählung wird demnach ein Datenbestand entstehen, der für nicht absehbare Zeit den Zugriff auf 240 Daten aller Bürger, die sich an der Volkszählung beteiligen, sichert — sofern dabei gesetzliche Bestimmungen, die sich all zu oft schon als bloße Makulatur erwiesen haben, mit oder ohne Wissen, mit oder ohne Auftrag hoher Regierungsstellen umgangen werden.

Darüberhinaus muß auch als Argument gelten, daß viele Informatiker der Meinung sind, daß durch die Volkszählung in erster Linie Datenschrott produziert werde. Die Daten seien nach einer kalkulierten Auswertungszeit von drei bis sechs Jahren veraltet und könnten dann nicht mehr die Grundlage für eine vernünftige Planung liefern. Zwischen ein und fünf Prozent der Bevölkerung würden die Fragen falsch beantworten, weil sie sie nicht verstehen, dazu käme dann noch die Zahl der Boykotteure, die Brunnstein derzeit bei 15% ansetzt (7), was der Verwertbarkeit der Statistiken den Todesstoß versetzen würde.

Herrschaftswissen

Wesentlicher als diese an der Informatik und Statistik orientierten Argumentationen sind aber die politischen Argumente für einen Boykott der Volkszählung gerade in der heutigen Situation und sie sollten daher auch den Schwerpunkt unserer Argumentation gegen die Volkszählung bilden. Wie bei jeder Volkszählung wird auch hier wieder Herrschaftswissen produziert, werden auch hier wieder keine Daten für die bessere Wahrnehmung der Interessen der Bevölkerung sondern allenfalls Daten zur besseren sozialen Kontrolle der Bevölkerung gesammelt.

Es geht auch diesmal nicht darum, bessere Daten für eine Arbeits-, Umwelt- oder Energiepolitik zu gewinnen — eindeutigere Daten als das Arbeitslosenheer, als die totale Verseuchung des Rheines, als Harrisburg und Tschernobyl können wohl kaum erforderlich sein, um zu erkennen, wo „politischer Handlungsbedarf" besteht.

Allenfalls werden die gewonnenen Daten zur Rechtfertigung der herrschenden Politik im Interesse von Industrie und Kapital herangezogen werden, und bestimmt sind die gewonnenen Daten auch ein probates Mittel, die BRD nach Krisenherden (etwa hohe Ausländerdichte, miese soziale Bedingungen etc.) zu durchleuchten und dort eine stärkere soziale Kontrolle auszuüben, die bis hin zur Erarbeitung von „Krisenprogrammen" für zu erwartende Verschärfung der Konflikte gehen kann.

Vor allem aber muß der Zusammenhang mit den anderen Aktivitäten der Staatssicherheitsbehörden problematisiert werden, die wie seit langem nicht mehr zum Angriff auf Demokratie und Bürgerrecht blasen. Es sollte gelingen, deutlich zu machen, daß mensch die Polizeiorgien von Wackersdorf und Brokdorf, die Demonstrationseinkesselungen von Hamburg und Mainz, den Abbau des Datenschutzes zugunsten von Polizei und Geheimdiensten, das Schreib- und Redeverbot für die Anti-AKW-Bewegung in Bayern, den maschinenlesbaren Personalausweis, die Überwachungs- und Terrorgesetze nicht als Betriebsunfälle in einer ansonsten intakten Demokratie sehen darf.

Harter Boykott!

Trotz des verschärften Kurses, der gegen die Bürgerrechte in der BRD in der letzten Zeit gefahren wird, ist es bislang kaum gelungen — und der Skandal von Regensburg ist da nur ein trauriges Beispiel unter vielen — eine größere demokratische Öffentlichkeit zu mobilisieren. Das trifft derzeit auch noch auf die Volkszählungskampagne zu. Während die Volkszählung 83 ein Renner war, läuft's derzeit eher zäh an.

Ein erster Versuch, die Volkszählungsbewegung bundesweit zu konstituieren fand am 6. Dezember in Wiesbaden statt. Eingeladen hatten die Grünen in den hessischen Landtag, die Humanistische Union (HU), die Jungdemokraten, die Bremer Gruppe Bürger beobachten die Polizei. Gekommen waren ungefähr 50 Leute, von den Bundestagsgrünen Roland Appel und Christian Ströbele, der allerdings schon ziemlich bald wieder ging. Außerdem waren eine Menge Grüner Kommunalpolitiker vertreten, die sich besonders dafür interessierten, wie sich was auf kommunalpolitischer Ebene in Sachen Volkszählung bewegen ließe, was sich auch in einer Arbeitsgruppe niederschlagen sollte. Von den hessischen Landesgrünen war Marion Papaczek vertreten, ansonsten einige Funktionäre der HU und der Jungdemokraten, einige Leute aus dem gewaltfrei/antimilitaristischen Spektrum sowie viel zu wenige Vertreter von Bürgerinitiativen.

In verschiedenen Arbeitsgruppen lief die Diskussion sehr konstruktiv ab, Mißverständnisse verursachte allerdings die Arbeitsgruppe zu den Zivilmanövern Wintex/Cimex, die sich von der Zusammenkunft hauptsächlich Erkenntnisse für die eigene Arbeit im antimilitaristischen Bereich versprach. Im Plenum wurde dann hauptsächlich die Frage des harten oder weichen Boykotts diskutiert, also die Frage, ob eine Orientierung auf das bloße Verschmutzen, mit Kugelschreiber ausfüllen oder teilweise Verfälschen von Angaben sinnvoll sei. Für Verwirrung sorgten, auch schon im Vorfeld, die Grünen in dieser Frage, die in einem bundesweiten Flugblatt zu beiden Formen aufrufen. Man einigte sich schließlich darauf, daß der harte Boykott am sinnvollsten sei, evtl. kombiniert mit dem Abgeben der Bögen bei „alternativen" Sammelstellen. Nur durch diese Boykottform ist gewährleistet, daß eine Bewegung, die auch als gesellschaftliche Kraft sichtbar werden muß, entsteht. Beim weichen Boykott begreift sich jeder Volkszählungsgegner als Don Quichote, der allein gegen die Windmühlen kämpft und dessen Protest gegen die Volkszählung nur von zwei, drei Mitarbeitern der Erhebungsstellen zur Kenntnis genommen wird.

„Nicht der Mißbrauch, sondern der Gebrauch der Daten", wurde klargestellt, sei die eigentliche Gefahr.

f., Kiel

Quellen:

1 vgl auch: ARBEITERKAMPF Nr. 241
2 Der Spiegel, 18/86, S. 63
3 Volkszählung 87, Berlin Sept. '86, S. 11
4 ebda.
5 Der Hamburger Informatiker Brunnstein in einem Interview mit der taz, 6.1.87, S. 10
6 ebda.
7 ebda.

Literaturtips:

Neben den Statistischen Landesämtern, die ihre Informationen mit größtem Vergnügen unters Volk jubeln, sind mir derzeit folgende Bücher oder Broschüren bekannt:

Volkszählung 1987, Berlin Sept. 1986, 24 Seiten, 2,- DM, evtl. zu beziehen über: Papiertiger, Friedrichstr. 31, Berlin 61. Zur Zeit glaube ich, die beste Broschüre, die es gibt.

Volkszählungsbroschüre aus Mainz, die sich exemplarisch mit aktueller Werbung beschäftigt, zu beziehen über ESG Mainz/AGIS, Am Gonsenheimer Spieß 1, Mainz

M. Hoffmann, J.P. Regelmann, Volkszählung '87, 9,80 DM, Schwerpunkt liegt in der Dokumentation

Täger, Die VZ 83, rororo

G. Aly, K.H. Roth, Die restlose Erfassung, Rotbuch, Schwerpunkt liegt im historischen Teil / 3. Reich

Rottmann, Strohm, Was sie gegen Mikrozensus und VZ tun können, 2001, 5,- DM.

Was wird 1987 den Gewerkschaften bringen? Zwei Fragen werden im Mittelpunkt stehen: Die bereits im Dezember letzten Jahres begonnene Fortsetzung der Auseinandersetzung um die Einführung der 35-Stundenwoche und — bislang kaum beachtet — die Behandlung der in diesem Jahr auslaufenden Montanmitbestimmung. Beide Fragen sind für die DGB-Gewerkschaften von großer Bedeutung. Der 1984 begonnene Kampf um die 35-Stundenwoche, der mit dem 38,5-Stundenkompromiß und begrenzter flexibler Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung endete, soll die angeschlagene tarifpolitische Durchsetzungsfähigkeit kollektiver Vertragsregelungen durch die Gewerkschaften wiederherstellen und ihre Zukunft als gesellschaftlich relevanter Faktor rechtfertigen. Die Montanmitbestimmung ist praktisch das letzte Relikt gewerkschaftlicher Nachkriegsvorstellungen von der Neuordnung der Wirtschaft. Der Ausgang der Arbeitszeittarifrunde und die Kräftekonstellation der Tarifpartner, das Verhältnis des DGB zur voraussichtlich wieder konservativen Regierung wird darüber mitbestimmen, wieweit die Montanauseinandersetzung zu einer weiteren Kraftprobe um die Schwächung der politischen Stellung der Gewerkschaften wird.



Neue Kraftprobe mit den Gewerkschaften

Die politische Ausgangslage ist für die Gewerkschaften 1987 nicht günstig. Ihre Rolle ist in über vier Jahren konservativer Regierung geschwächt. Ihnen fehlt als ausdrücklich staatstragender Kraft seither der Zugang zu politischen Entscheidungen. Zudem haben die Auseinandersetzungen um die Neue Heimat und die übrigen gewerkschaftlichen Unternehmen ihnen erhebliche Ansehensverluste bereitet, die nicht ohne Einfluß auf ihre politische Durchsetzungsfähigkeit bleiben dürften. Wieweit sich ihr Gewicht als Sozialpartner weiter verringern wird, das wird die Entscheidung über die Zukunft der Montanmitbestimmung zeigen.

Das Ende der Montanmitbestimmung?

Das Ende der Montanmitbestimmung?

Im Herbst läuft nämlich das Mitbestimmungs-Ergänzungsgesetz aus dem Jahre 1981 aus. Montanmitbestimmung, das hieß 1951 nach gewerkschaftlicher Vorstellung Einfluß auf die Schlüsselindustrien von Eisen, Stahl und Bergbau. Das heißt paritätische Besetzung der Aufsichtsräte, wobei die Gewerkschaften die Hälfte der Arbeitnehmervertreter bestimmen dürfen. Das heißt Beteiligung an der Unternehmensführung durch den Arbeitsdirektor und die bescheidene Illusion, mit an den Hebeln unternehmerischer Macht zu sitzen.

Das heißt zudem eine ganze Menge an Pöstchen, auf denen Gewerkschafter sitzen und Geldern, die in ihre und ihrer Organisationen Tasche fließen. Montanmitbestimmung, das hieß in der Vergangenheit auch soziale Abfederung ökonomischer Krisenbereinigung insbesondere im Bergbau der sechziger Jahre. War das Montangesetz 1951 bereits ein Kompromiß zwischen den weitergehenden DGB-Vorstellungen von Wirtschaftsdemokratie und der damaligen Adenauer-Regierung, hat die Mitbestimmung seither keine Stärkung erfahren, sondern ist weiter abgeschwächt worden und zwar — was heute gern vergessen wird — in sozialliberalen Regierungszeiten. 1976 scheiterte der Traum von der Ausdehnung der Montanmitbestimmung auf die gesamte Wirtschaft. Statt Parität in den Aufsichtsräten verabschiedeten SPD und FDP das Übergewicht von Kapitalvertretern.

1981 folgte der Vorstoß von Mannesmann, durch Umstrukturierung des Konzerns die Voraussetzungen für die Montanmitbestimmung zu verändern und das Unternehmen in die allgemeine, nicht-paritätische Mitbestimmung zu überführen. Der Versuch der Gewerkschaften, dies durch ein Gesetz zu verhindern, brachte ihnen nur einen Teilerfolg. Das Mitbestimmungsergänzungsgesetz von 1981 sieht vor, daß in Betrieben, wo die Montanvoraussetzungen entfallen sind, die paritätische Mitbestimmung erst nach sechs Jahren ausläuft. In diesem Jahr ist so weit: Mannesmann und die Salzgitter AG fallen raus. Gibt es nicht noch eine gesetzliche Änderung, folgen 1989 Thyssen und 1992 Klöckner. Von den großen Stahlkonzernen haben nur Hoesch und der Stahlzweig von Krupp noch keine Anstalten gemacht, aus der Montanmitbestimmung auszusteigen. Für den DGB und die IG Metall geht es in dieser Frage ans Eingemachte, denn fällt die paritätische Mitbestimmung, dann entfällt auf absehbare Zeit die Perspektive nach Erweiterung der Mitbestimmung auf die heutigen Schlüsselindustrien, etwa Chemie-, Elektro- und Elektronikindustrie. Die CDU hält sich in dieser Auseinandersetzung bislang bedeckt, erwähnt schon mal den positiven sozialpartnerschaftlichen Beitrag der Montanmitbestimmung. Die FDP will sie auf jeden Fall beseitigen und möchte am liebsten auch das neue 1976er Gesetz kippen. Nach der Bundestagswahl sind konkrete Gesetzesvorstöße zu erwarten.

neue 1976er Gesetz kippen. Nach der Bundestagswahl sind konkrete Gesetzesvorstöße zu erwarten.

»Solange Unternehmer darauf setzen, die Gewinne auf Kosten der Beschäftigten zu steigern, suchen sie den Opfern einzureden, daß dies ihren eigenen Bedürfnissen entspreche. Vor 150 Jahren sollte die Fabrikarbeit die Kinder vor Müßiggang und Verwahrlosung schützen; die Kirche hielt ihre segnende Hand darüber. Später rechtfertigte Bismarck die Sonntagsarbeit damit, den Arbeiter in gleicher Weise vor Alkoholkonsum wie vor sozialdemokratischer Agitation zu bewahren. Merke: Nie ging es um Profit, stets um das leibliche und geistige Wohl der Ausgebeuteten.«

Detlef Hensche, 2. Vorsitzender der IG Druck und Papier (1)

Streit um Samstagsarbeit schwächt Gewerkschaftsposition

In der Metallindustrie begannen die Verhandlungen um den neuen Tarifvertrag zur Arbeitszeit bereits am 17. Dezember und wurden auf Mitte Januar vertagt. Der 1984 abgeschlossene Tarifvertrag, der die Arbeitszeit auf 38,5 Stunden in der Woche verkürzte, ist zum 31.12.86 gekündigt worden. Im Frühjahr folgt die Druckindustrie, die IG Druck hat die Verträge zum 31. März gekündigt. Drei Schwerpunkte wird diese Auseinandersetzung haben. Zum einen, ob der Sprung in die 35-Stundenwoche gelingt oder ob ein weiterer Stufenabschluß vereinbart wird. Zum zweiten, wieweit die Unternehmervorstellungen von Flexibilisierung der Arbeitszeit sich weiter durchsetzen können. Und zum dritten, ob es Regierung und Unternehmerverbänden gelingt, den im Mai letzten Jahres verabschiedeten neuen § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes zur Eindämmung gewerkschaftlicher Streikmaßnahmen anzuwenden.

Die Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung war von der IG Metall u.a. auch als Wahlkampfthema gedacht. Sie hatte einen denkbar schlechten Start. Der neue Arbeitgeberchef Klaus Murmann warf den Ball: Er wünsche sich eine stärkere tarifvertragliche Öffnung für die Option der Unternehmen auf Samstagsarbeit, erklärte er Anfang Dezember als ein Hauptziel der Kapitalisten. IG Chemie-Chef Hermann Rappe, eigentlich gar nicht Adressat dieses Vorstoßes, nahm den Ball auf: *,,Wenn wöchentliche Arbeitszeitverkürzung oder andere Arbeitszeitverkürzungsarten sich weiterentwickeln, dann ist bei zunehmender teurer werdender Technologie die Frage der Ausnutzung der Aggregate eine betriebswirtschaftliche Frage, die die Tarifvertragspartner lösen müssen.''* Unverblümt erklärte er die Ausdehnung der Betriebsnutzungszeit zur Ausdehnung der Schicht- und Samstagsarbeit: *,,Es geht dabei um die Frage, die die Tarifvertragspartner lösen müssen.''* Unverblümt erklärte er die Ausdehnung der Betriebsnutzungszeit zur Ausdehnung der Schicht- und Samstagsarbeit: *,,Es geht dabei um die Schichtbesetzung auch in der Sonnabendarbeit, die kein Tabu ist.''* (Nordwest-Zeitung, 6.12.86).

Die Aussage war eindeutig. Und sie produzierte wenig später einen innergewerkschaftlichen Eklat, als Rappes IG Chemie-Kollege Mettke auf einer Frankfurter DGB-Kundgebung für die 35-Stundenwoche am 12. Dezember vor 13.000 Teilnehmern wegen dieser Äußerungen dermaßen ausgepfiffen und ausgebuht wurde, daß er seine Rede abbrechen mußte. Die IG Chemie versuchte den Spieß umzudrehen und sich zum ,,Opfer der Krawalle'' und ,,akkustischen Terrors'' der IG Metall zu erklären. Sie kündigte zunächst den Boykott gemeinsamer DGB-Veranstaltungen an, bis geklärt ist, wie ihre Sprecher volles Rederecht bekämen. Nach DGB-Intervention ist dieser Konflikt auf ein gemeinsames Gespräch mit den beteiligten Gewerkschaften vertagt worden. Dennoch trommelte Rappe weiter. In der BILD-Zeitung wiederholte er die Bereitschaft, über die Ausdehnung von Samstagsarbeit zu verhandeln (15.12.86). Das Echo war entsprechend: BdA-Präsident Murmann wiederholte seine Forderung und bemühte dafür ,,Hunderttausende von Arbeitnehmern, die freiwillig lieber am Sonnabend arbeiten würden, um dafür einen freien Wochentag zum Einkaufen in weniger überfüllten Geschäften oder zum Besuch einer nicht so vollen Schwimmhalle zu haben'' (Hamburger Abendblatt, 15.12.). Blüm fand den Einstieg darüber, daß er sich als guter Christ kämpferisch gegen die Ausdehnung der Sonntagsarbeit aussprach, gegen mehr Samstagsarbeit aber nichts einzuwenden hatte.

Rappes Begründung für die Verhandlungen um Samstagsarbeit decken sich aufs Haar mit den Intentionen der Metallunternehmer von Gesamtmetall in dieser Tarifrunde: *,,Die kapitalintensiven Anlagen müssen aus betriebswirtschaftlichen Gründen möglichst extensiv genutzt werden. Die erforderliche Ausweitung der Betriebsmittel-Nutzungszeiten läßt sich nur durch eine vorausschauende und bewegliche Arbeitszeitgestaltung erreichen''* (3), was die IG Metall durch Rückkehr ,,zum Kolonnendenken, zur Trillerpfeife'' blockiere. Die ,,Entkopplung von Arbeitszeit und Betriebszeit'' erfordere nicht, daß nun jeder wieder samstags arbeiten müsse, sondern nur häufiger als bislang. Daß die Maschinen mehr als acht Stunden und fünf Tage laufen können, sei das Ziel. Das heißt zwangsläufig stärkere Verschiebemöglichkeiten beim Einsatz der Arbeitskraft, mehr Schicht-und Samstagsarbeit, Ausbau der Gleitzeit. Dieses sowie die Ausdehnung des Ausgleichszeitraums für unterschiedlich verteilte Arbeitszeit (der gültige Tarifvertrag schreibt den Freizeitausgleich innerhalb von zwei Monaten vor) sind daher auch Gesamtmetalls wichtigste Eckpunkte für die bevorstehenden Verhandlungen. Diese Forderungen wurden nur knapp zwei Wochen vor Rappes Intervention formuliert.

Dabei ist die Samstagsarbeit sowieso heute kein Tabu mehr. Fast ein Viertel

handlungen. Diese Forderungen wurden nur knapp zwei Wochen vor Rappes Intervention formuliert.

Dabei ist die Samstagsarbeit sowieso heute kein Tabu mehr. Fast ein Viertel

aller Werktätigen, 5 Millionen, müssen nach DGB-Angaben heute schon am Samstag arbeiten. Laut Angaben des nordrhein-westfälischen Arbeitsministers hat sich zudem die Zahl derjenigen, die zeitweise sonn- und feiertags arbeiten müssen, in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt.

»Für die gesetzliche Regelung der deutschen Arbeitzeitfrage ergibt sich für uns die Forderung, sich jedes schematischen Eingriffs zu enthalten, die betriebliche Regelung im Einvernehmen mit der Belegschaft nicht durch Tarifzwang zu hemmen und jede zweckmäßige Gestaltung auch in dieser wichtigen Wirtschaftsfrage zu vermeiden.«

Reichsverband der Deutschen Industrie, 1925 (2)

Die gewerkschaftliche Flexibilisierungsdiskussion

Die Rappe-IG Chemie-Variante ist nicht die einzige im DGB, die den Flexibisierungsvorstellungen der Unternehmer weit entgegenkommt. Sein Kollege Günter Döding von der NGG hat schon vor einiger Zeit unter Berufung auf den Arbeitnehmer-Wunsch nach variabler Arbeitszeit sehr weitgehende Vorstellungen entwickelt. Ihm schwebt ein Arbeitszeitkonto jedes einzelnen Beschäftigten vor, das für einen bestimmten Zeitraum vereinbart wird. Ein Jahr scheint ihm dafür zuviel, drei bis sechs Monate hält er für denkbar. Innerhalb dieses Zeitraums soll eine sehr unterschiedliche, zwischen Betriebsrat und Unternehmen auszuhandelnde Lage der Arbeitzeit möglich sein. Der Freizeitausgleich für längere Arbeitszeit soll dann in dem vereinbarten Zeitraum erfolgen (4). Auch er wirbt für dieses Konzept mit der freiwilligen Zustimmung der Beschäftigten zur Lage der Arbeits- und Freizeit — eine Freiwilligkeit, die nach Ansicht von IG Druck und IG Metall angesichts der realen Drucklage in den Betrieben alles andere als realistisch ist.

Solche Vorstellungen spielen in der Diskussion dieser Gewerkschaften bislang kaum eine Rolle und werden als Fortsetzung des Boykotts der Wochenarbeitszeitverkürzung durch Rappe/Döding betrachtet. Schärfster Gegner jeglicher Flexibilisierung ist der stellvertretende IG Druck-Vorsitzende Hensche. Die 35-Stundenwoche und der 7-Stundentag sollen nach seinen Vorstellungen der Normalfall bei der Arbeitszeitverkürzung sein. In der diesjährigen Verhandlung will die IG Druck nur in Ausnahmefällen der Ausdehnung auf 40 Wochenstunden zustimmen, wenn der Freizeitausgleich innerhalb von 14 Tagen vorgenommen wird. Zusätzlich fordert sie für Beschäftigte im Drei-Schicht-Betrieb und Nachtarbeiter einen Freizeitausgleich von 2,5 Stunden, das bedeutet die 32,5 Stundenwoche.

In der IG Metall hat nach den Erfahrungen mit der Umsetzung der 38,5-Stundenwoche seit 1984 eine intensive Diskussion um die Flexibilisierung eingesetzt, die auf ihrem Gewerkschaftstag im Oktober eine zentrale Rolle spielte. Einerseits machte der neue Vorsitzende Steinkühler seinen Gewerkschaftern Mut, als er einschätzte: *,,Auf vielen Feldern haben wir die Ausgangsbedingungen für den Kampf um die 35-Stundenwoche verbessert.''* Ihre *,,objektive Dringlichkeit ist gleichgeblieben. Die subjektiven Grundlagen für ihre Durchsetzung aber sind besser geworden. Wir haben mehr Mitglieder. Und wir haben mehr kampferfahrene Mitglieder.''* (5) Doch in der verabschiedeten Entschließung 12 zur Tarifpolitik heißt es auch besorgt, daß neben der Durchsetzung weiterer Arbeitszeitverkürzung *,,die Auseinandersetzung um die Differenzierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit immer mehr Gewicht (erhält). Gegen die unternehmerischen Flexibilisierungsvorstellungen stellen wir den Wert von kollektiv geregelten Arbeitszeiten und Normalarbeitsverhältnissen für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen, für die kollektive Interessenvertretung der Arbeitnehmer und für die Lebensbedingungen einer ganzen Gesellschaft.''* (6) Verteidigt werden daher die 5-Tage-Woche, das freie Wochenende und der 8-Stunden-Tag als tägliche Höchstarbeitszeit. Mehrarbeit (Überstunden) soll weiter begrenzt werden und ab der ersten Überstunde nicht durch Bezahlung (mit Ausnahme

als tägliche Höchstarbeitszeit. Mehrarbeit (Überstunden) soll weiter begrenzt werden und ab der ersten Überstunde nicht durch Bezahlung (mit Ausnahme

der Zuschläge) sondern in Freizeit ausgeglichen werden. Teilzeitarbeit soll eingegrenzt werden — ganz im Gegensatz zum Vorschlag Rappes, sie auszudehnen (7). Schicht- und Nachtarbeit sollen eingeschränkt werden und mit mehr bezahltem Freizeitausgleich entgolten werden. Flexible Arbeitszeitformen sollen in Grenzen möglich sein, wenn sie keine negativen Beschäftigungsfolgen haben, keine zusätzlichen Belastungen und verschlechterte Freizeitsituation nach sich ziehen. Als Grenzen der Flexibilisierung hat der neue Tarifexperte der IGM die folgenden Varianten angeführt: ganze freie Tage; Beibehaltung des 8-Stundentags, an einem oder mehreren Wochentagen früher frei; Kombination aus beidem im Zeitraum von zwei Monaten; bei Schichtarbeit acht Stunden in der Frühschicht, sechs Stunden in der Spätschicht; Einpassen der Verkürzung in die Gleitzeitregelungen. Voraussetzung dafür soll allerdings die tarifvertragliche Festschreibung solcher Grenzen sein (8). Gegenüber der ersten Arbeitszeittarifrunde 1984 wird damit der Abwehr von Flexibiliserung als Mittel der stärkeren Verfügbarkeit der Arbeitskraft eine wesentlich größere Bedeutung beigemessen.

Dennoch gab es gerade hierum eine größere Kontroverse auf dem Gewerkschaftstag, in der der Vorstand sich gegen Anträge vor allem aus Baden-Württemberg durchsetzte. Das Übel aller nachteiligen Flexibilisierung besteht nach Einschätzung von Kritikern des 1984er Tarifabschlusses vor allem in der erstmals vorge[...]enen Möglichkeit, die Betriebsnutzungszeit über die Arbeitszeit auszudehnen. Damit, so die Ergänzungsantragsteller, sei die ,,schleichende Einführung von Schichtarbeit vorprogrammiert'' und würde zudem zulasten der Arbeitsplätze gehen, da das erreichte Mehr in der Produktion nicht nur mit relativ weniger Arbeitskräften, sondern auch nur auf Kosten konkurrierender Betriebe zu erzielen sei. Die Ergänzungsanträge forderten daher, *,,die Betriebsnutzungszeit bei Normalschicht auf 40 Stunden zu begrenzen (entsprechende Regelung bei Schichtarbeit) und die Schichtar-*

Fortsetzung nächste Seite

'Deregulierung' von Arbeitszeiten und -märkten

Der folgende Textauszug beschreibt die Einschätzung der Politik der Flexibilisierung des Kapitals durch die Tarifabteilung der IG Metall.

(...) Die „Deregulierung" der Arbeitszeiten als erster Schritt zur „Deregulierung" der Arbeitsmärkte insgesamt steht auf dem Programm. Die sogenannten „Selbstheilungskräfte des Marktes" auch auf den Arbeitsmärkten wirksam werden zu lassen, ist erklärtes Ziel nationaler und internationaler konservativer Politik.

Die Zielsetzung einer „Flexibilisierung der Arbeitszeit" wird nicht isoliert verfolgt. Sie steht im Rahmen einer generellen Flexibilisierungsstrategie, die neben

— flexiblen Arbeitszeiten auch
— flexible Lohn- und Gehaltstarifverträge,
— flexible Einstellungs- und Kündigungsmöglichkeiten und
— flexible Einsatzmöglichkeiten der Arbeitnehmer in den Betrieben will.

Eine umfassende Flexibilität des Arbeitsmarktes wird von den Befürwortern dieser Strategie als Voraussetzung für die Besserung der Beschäftigungslage propagiert (vgl. FDP-Aussagen und Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels). Zur Erleichterung einer unternehmensorientierten Personalpolitik werden flexible Einstellungs- und Kündigungsmöglichkeiten verlangt („Heuern und Feuern"), die Erleichterung für Zeitarbeitsverträge, die Begrenzung von Sozialplänen, die Begünstigung von Leiharbeit und die Ausdehnung von Teilzeitarbeit gefordert. Wichtige Schritte in diese Richtung sind durch das am 1. Mai 1985 in Kraft getretene Beschäftigungsförderungsgesetz in der Bundesrepublik realisiert.

Insgesamt zielen diese Flexibilisierungsstrategien auf die Aufhebung kollektivrechtlicher Schutz- und Gestaltungsvorschriften (...)

Mit dem Tarifabschluß des Jahres 1984 sind die Flexibilisierungsvorstellungen des Arbeitgeberlagers in Sachen Arbeitszeit (und natürlich auch darüber hinaus) weder quantitativ noch qualitativ erfüllt.

— Quantitativ geht es den Arbeitgebern darum, die Differenzierungsmöglichkeit zu erweitern (d.h. die Anerkennung jedes Teilzeitarbeitsverhältnisses als „Regelarbeitszeit") und damit die Auflösung jeglicher genereller Regelarbeitszeit, sei es als abschließende Tarifnorm, sei es als Durchschnittsnorm zugunsten einer nur noch indivi-

1984 sind die Flexibilisierungsvorstellungen des Arbeitgeberlagers in Sachen Arbeitszeit (und natürlich auch darüber hinaus) weder quantitativ noch qualitativ erfüllt.

— Quantitativ geht es den Arbeitgebern darum, die Differenzierungsmöglichkeit zu erweitern (d.h. die Anerkennung jedes Teilzeitarbeitsverhältnisses als „Regelarbeitszeit") und damit die Auflösung jeglicher genereller Regelarbeitszeit, sei es als abschließende Tarifnorm, sei es als Durchschnittsnorm zugunsten einer nur noch indivi-

duellen Regelarbeitszeit. Und es geht um die Ausweitung des Bezugszeitraums, innerhalb dessen die individuelle Regelarbeitszeit erreicht werden muß, auf mindestens ein Jahr mit Schwankungsmöglichkeit innerhalb der Grenzen der AZO (Arbeitszeitordnung) (von 0 Stunden bis 48 bzw. 54 Stunden pro Woche).

— Unter qualitativen Aspekten geht es dem Arbeitgeberlager um eine Verlängerung der Betriebsnutzungszeit an allen Tagen der Woche und während 24 Stunden am Tag, d.h. also konkret um den Pausendurchlauf bei sämtlichen Pausen (Pausen aufgrund von Erholzeiten, Pausen zur Essenseinnahme, AZO-Pausen), Einbeziehung des Samstags in die regelmäßige Arbeitszeit und Ermöglichung der Sonntagsarbeit in einer Vielzahl von Fällen. Damit soll die Anpassung der Beschäftigung an das niedrigste Produktionsniveau und der Ausgleich von Produktionsspitzen durch Verlagerung der regelmäßigen Arbeitszeit in diese Zeiträume, die Vermeidung der Mitbestimmungsmöglichkeiten und der Kosten, die sonst bei Mehrarbeit erforderlich sind, ermöglicht werden. Den Arbeitgebern geht es um eine möglichst große Verringerung der technischen und räumlichen Produktionskapazitäten (Fabrikhallen, Verwaltungsgebäude und Maschinen), um eine maximale Auslastung dieser Betriebsmittel über eine Entkopplung von Arbeits- und Betriebszeit sowie eine Verdichtung der Arbeit durch maximale Ausnutzung des menschlichen Arbeitsvermögens.

(...)

Kurzfristig wird es voraussichtlich Ziel der Arbeitgeber sein, folgende Punkte durchzusetzen:

— eine Verlängerung der regelmäßigen täglichen individuellen Arbeitszeit auf 9 Stunden;
— die Einbeziehung des Samstags in die Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit;
eine Ausweitung der Gleitzeitspananne auf mindestens 12 Stunden täglich;
— eine Ausdehnung der Spanne bei ungleichmäßiger Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit auf einzelne Wochen auf 0 bis 48 Stunden;
— eine Ausdehnung des Ausgleichzeitraumes für Erreichung der wöchentlichen Arbeitszeit auf ein halbes Jahr, bzw, ein Jahr.

(Aus: „Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitnehmerinteressen", Positionspapier des Vorstands der IG Metall, vollständig abgedruckt in „Frankfurter Rundschau", 19.8.86).

eine Ausweitung der Gleitzeitspananne auf mindestens 12 Stunden täglich;
— eine Ausdehnung der Spanne bei ungleichmäßiger Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit auf einzelne Wochen auf 0 bis 48 Stunden;
— eine Ausdehnung des Ausgleichzeitraumes für Erreichung der wöchentlichen Arbeitszeit auf ein halbes Jahr, bzw, ein Jahr.

(Aus: „Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitnehmerinteressen", Positionspapier des Vorstands der IG Metall, vollständig abgedruckt in „Frankfurter Rundschau", 19.8.86).

Arbeitszeit und Betriebszeit entkoppeln

Der Einsatz der neuen Techniken hat zur Folge, daß nicht nur in der Fertigung, sondern auch in der Entwicklung/Konstruktion und in der Verwaltung der Kapitaleinsatz pro Arbeitsplatz erheblich steigt. Deshalb müssen diese kapitalintensiven Arbeitsplätze auch über die Arbeitszeit des einzelnen Mitarbeiters hinaus genutzt werden.

Neben der traditionellen Schichtarbeit sollten dazu neue, auch für die Mitarbeiter attraktive Arbeitszeitmodelle (individuelle Teilzeitarbeit, Flexibilisierung der Arbeitszeit bzw. Aufbau von Freizeitblöcken) entwickelt werden, die die individuelle Arbeitszeit und Betriebszeit zunehmend entkoppeln. Dabei sollten auch die durch die neuen Techniken entstehenden Möglichkeiten genutzt werden, Pausen und besonders unattraktive Zeiten (zum Beispiel Nachtarbeit) durch bedienerfreien Betrieb zu überbrücken.

Bei der Ausgestaltung der Einsatzpläne sollten alle Möglichkeiten der Flexibilisierung ausgeschöpft und den Mitarbeiterwünschen nach größerer zeitlicher Flexibilität entgegengekommen werden. Auch hier schaffen die neuen Techniken neue Spielräume.

Die Entkoppelung von Arbeitszeit und Betriebszeit erhöht die Produktivität und schafft Spielraum für neue attraktive Arbeitszeitmodelle.

Gesamtmetall, Neue Techniken und Arbeit — Empfehlungen an die Unternehmen der Metallindustrie, 1986

Fortsetzung von vorheriger Seite

beit mit dem Ziel ihrer Einschränkung weiter zu regeln". Und daß *„die Bedingungen der Arbeit so definiert werden, daß Arbeitszeitverkürzung nicht zu zusätzlichen Belastungen führt"* (9). Gegen beide Positionen polemisierte Steinkühler offenkundig von der Einschätzung ausgehend, daß sie in Verhandlungen mit Gesamtmetall nicht durchsetzbar seien. Sie wurden als Materialien angenommen, sind aber nicht Bestandteil des Tarifbeschlusses. Dennoch wird es in den demnächst fortgesetzten Tarifverhandlungen gerade um diese Fragen gehen und es wird sich zeigen, wie kompromißbereit der IGM-Vorstand ist. Steinkühler hatte in der Tarifrunde 1984 sogar die Samstagsarbeit zur Disposition gestellt und auch im letzten Jahr als Gegenleistung zur 35-Stundenwoche die 11-Stunden-Betriebsnutzung für möglich erklärt. Auf dem Gewerkschaftstag lehnte der Vorstand die Übernahme einer Position ab, die er selber zwei Monate vorher seinen Funktionären zu überlegen gab. Als Fazit seines Positionspapiers zur Flexibilisierung hieß es da: *„Für die Zukunft ist daher zu überlegen, ob aus humanen und beschäftigungspolitischen Gründen von uns nicht auch auf eine Regelung der Betriebsnutzungszeiten gedrungen werden muß. Dies gilt vor allem auch deshalb, weil eine Ausweitung der Betriebsnutzungszeiten und somit des Produktionsumfangs ohne Ausweitung der Absatzmöglichkeiten im In- und Ausland keine zusätzlichen Arbeitsplätze schafft und über ruinösen Wettbewerb Arbeitsplätze zu vernichten droht."* (10) Mehr Arbeitsplätze war bislang aber neben dem Humanisierungsaspekt eine der gewerkschaftlichen Hauptbegründungen für die 35-Stundenwoche.

hr.

Anmerkungen/Quellen:
(1) Detlef Hensche, Flexible Arbeitszeiten und Wertewandel, in WSI Mitteilungen 10/86
(2) WSI-Mitteilungen 10/86
(3) Gesamtmetall: Bewegliche Zeitgestaltung im Betrieb
(4) Interview mit Günter Döding in „Welt der Arbeit", 18.9.86
(5) Protokoll des 15. IGM-Gewerkschaftstages vom 19. bis 25.10.86
(6) Entschließung 12, Tarifpolitik, in „Der Gewerkschafter" 11a/1986
(7) Rappe im BILD-Interview: „Ich bin für Teilzeitarbeit. Warum soll es nicht neue Formen und Möglichkeiten für Teilzeitarbeitsplätze geben? Viele Arbeitnehmer wären dazu bereit. Wir werden im Januar gemeinsam mit den Arbeitgebern ein Papier dazu vorlegen." (15.12.86)
(8) Klaus Zwickel in „Frankfurter Rundschau", 1.12.86
(9) Sonderheft der „metall" mit den Anträgen zum Gewerkschaftstag
(10) „Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitnehmerinteressen", Positionspapier des IGM-Vorstands, veröffentlicht in FR, 19.8.86.



Drohung oder Klage?

Betriebliche Umsetzung der 38,5-Stundenwoche

So lautet der Titel eines Zwischenberichts des Projekts „Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung" (1), herausgegeben vom DGB-Institut WSI. Wie so vieles, was derzeit von Soziologen und Sozialwissenschaftlern zum Thema herausgegeben wird (2), ist auch diese bislang umfangreichste Untersuchung sehr schwer zu handhaben, da nur wenig konkretes Zahlenmaterial vorliegt und vor allem kaum Vergleiche angestellt werden, die es ermöglichen können, Entwicklungen einzuschätzen.

Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, daß die Tarifabschlüsse der IG Druck und der IG Metall 1984 *„eine allgemeine Tendenz zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit in Gang gesetzt"* haben. Für 45 % der in der Wirtschaft Tätigen betrage die Arbeitszeit mittlerweile 39 oder weniger tariflich vereinbarte Wochenstunden. Im Durchschnitt aller sei sie auf 39,3 Stunden gesunken (siehe Tabelle).

Auffällig sind die Autoren bemüht, die über den bisherigen Rahmen hinausgehende Flexibilisierung der Arbeitszeit eher zu verniedlichen: es habe sich der Flexibilisierungsdruck *„als Preis für die Arbeitszeitverkürzung eher verstärkt als verringert. Dennoch*

der Wochenarbeitszeit in Gang gesetzt" haben. Für 45 % der in der Wirtschaft Tätigen betrage die Arbeitszeit mittlerweile 39 oder weniger tariflich vereinbarte Wochenstunden. Im Durchschnitt aller sei sie auf 39,3 Stunden gesunken (siehe Tabelle).

Auffällig sind die Autoren bemüht, die über den bisherigen Rahmen hinausgehende Flexibilisierung der Arbeitszeit eher zu verniedlichen: es habe sich der Flexibilisierungsdruck *„als Preis für die Arbeitszeitverkürzung eher verstärkt als verringert. Dennoch*

sehen die ‚neuen Dimensionen differenzierter und flexibler Arbeitszeitpolitik' ... eher bescheiden aus", was sicherlich stimmt, denn diese „neuen Dimensionen" — eine Einschätzung von Gesamtmetall — sind tatsächlich nur erkennbar, aber nicht auf einen Schlag durchgesetzt. Zumal die Diskussion um die Abwehr der Unternehmer-Flexibilisierung nicht nur in kleinen Zirkeln geführt wird, sondern zur Gewerkschaftsdiskussion geworden ist. An anderer Stelle wird in dem Zwischenbericht — der auf dem Stand von Ende 1985 ist — vom „unverkennbaren Bemühen der Arbeitgeber zur Deregulierung der Arbeitszeiten" gesprochen; von „der Gefahr extrem schwankender Arbeitszeiten im Jahresverlauf, der Ausweitung der Samstags- und Nachtarbeit, der Aushöhlung des Normalarbeitsverhältnisses".

Einige Ergebnisse der Untersuchung im einzelnen: Für 37,8 % aller betroffenen Beschäftigten wurden einheitliche Formen der Arbeitszeitverkürzung gewählt, für 52,6 % ein sogenanntes dominantes Modell, d.h. für einen kleineren Teil eine andere Verteilung, als für die Mehrheit, für knapp 10 % differenzierte Modelle der Arbeitszeitverteilung. Die Zweimonatsfrist, innerhalb derer der Freizeitausgleich zu erfolgen hat, wird in 63,4 % der Betriebe eingehalten, in 13,6 % der Fälle überschritten, bei 23 % besteht kein genauer Einblick. Die Abkopplung der Betriebs- von der Arbeitszeit hat sich verstärkt. In 42,4 % der Betriebe sind explizit Vereinbarungen zur Aufrechterhaltung der alten Nutzungszeiten vereinbart worden, wobei sich dieser Trend bei Großbetrieben mit mehr als 5000 Beschäftigten verstärkt (69,3 %). Daß die Betriebszeiten im Durchschnitt erheblich über der tariflichen Arbeitszeit liegen, wurde bereits vor dem Tarifabschluß ermittelt. Im Verarbeitenden Gewerbe lag bereits 1984 die durchschnittliche Wochenarbeits-

er Einblick. Die Abkopplung der Betriebs- von der Arbeitszeit hat sich verstärkt. In 42,4 % der Betriebe sind explizit Vereinbarungen zur Aufrechterhaltung der alten Nutzungszeiten vereinbart worden, wobei sich dieser Trend bei Großbetrieben mit mehr als 5000 Beschäftigten verstärkt (69,3 %). Daß die Betriebszeiten im Durchschnitt erheblich über der tariflichen Arbeitszeit liegen, wurde bereits vor dem Tarifabschluß ermittelt. Im Verarbeitenden Gewerbe lag bereits 1984 die durchschnittliche Wochenarbeits-

zeit bei 40,4, die durchschnittliche Betriebszeit bei 60,6 Stunden.

Die Zahlen über Schicht- und Samstagsarbeit sind kaum brauchbar, da sie nur feststellen, daß 27,5 % der Betriebe Schichtarbeit, in 5,8 % Samstagsarbeit üblich ist, ohne daß eine Vergleichszahl zur Zeit vor dem Abschluß genannt wird. In 17,9 % der Fälle haben die Autoren versetzte Arbeitszeiten in den Betrieben ermittelt, eine Vorstufe der Schichtarbeit. In 30 % der Betriebe wird Gleitzeit praktiziert — in 72 % dieser Betriebe wurde die Arbeitszeitverkürzung auf die Gleitzeitregelungen übertragen.

Umstrittenster Teil des Metalltarifvertrags war die Möglichkeit der differenzierten Verteilung der Arbeitszeit auf unterschiedliche Beschäftigtengruppen in einem Betrieb zwischen 37 und 40 Wochenstunden. In 14 % der Betriebe — „überraschend" wenig, schreiben die Autoren — wurde dieses Modell angewandt. Je größer die Betriebe, desto mehr. Im Fahrzeugbau und der elektrotechnischen Industrie soll es jeder vierte Betrieb sein.

Anmerkung:
(1) Autorenkollektiv des WSI und des Forschungsinstituts für Arbeiterbildung, Betriebliche Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche, WSI-Arbeitsmaterialien Nr. 12, Oktober 1986.
(2) So u.a. verschiedene Aufsätze in den WSI-Mitteilungen 10/86.

„Mit Politik hat das nichts zu tun!"
Der „Fall Briefs" und die innergewerkschaftliche Demokratie

Unter diesem Titel hat das „Solidaritätskomitee für Ulrich Briefs" eine Dokumentation zum Fall des langjährigen WSI-Mitarbeiters herausgegeben. Briefs — als unbe-

„Mit Politik hat das nichts zu tun!"
Der „Fall Briefs" und die innergewerkschaftliche Demokratie

Unter diesem Titel hat das „Solidaritätskomitee für Ulrich Briefs" eine Dokumentation zum Fall des langjährigen WSI-Mitarbeiters herausgegeben. Briefs — als unbequemer und kritischer WSI-Mitarbeiter bekannt — wurde im letzten Jahr unter fadenscheinigen Vorwänden von der WSI-Geschäftsleitung und dem DGB-Bundesvorstand entlassen. Hintergrund: Er ist Mitglied bei und nordrheinwestfälischer Bundestagskandidat der Grünen. Sein sozialdemokratischer Gegenkandidat ist der berühmt-berüchtigte IG Bergbau-Schmierer Horst Niggemeier.

Die Dokumentation ist zum Preis von 3 DM zu bestellen bei: Komitee Solidarität mit Ulrich Briefs, c/o Annette Quaedflieg, Oberer Lindweg 38, 5300 Bonn.

Tarifvertraglich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit[1]
Stand: 30. 6. 1986

Wirtschaftsbereich[2]	Anteil der Beschäftigten mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von ... Stunden in vH[3]						durchschnittl. tarifl. Wochenarbeitszeit in Stunden
	unter 38	38	38,5	39	40	41 und mehr	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	—	—	0,0	—	97,7	1,3	40,1
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	—	2,2	0,3	0,0	97,5	—	40,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	—	16,8	3,6	—	79,6	—	39,6
Investitionsgütergewerbe	0,2	—	93,4	—	6,4	—	38,6
Verbrauchsgütergewerbe	—	3,8	32,0	—	63,5	—	39,4
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	—	—	—	—	100,0	—	40,0
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	—	—	—	—	100,0	—	40,0
Handel, Banken und Versicherungen	0,2	—	66,9	6,4*)	26,5	—	38,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0,1	—	7,1	—	92,7	0,0	39,9
Private Dienstleistungen und Öffentliche Dienste	1,2	0,2	3,1	0,0	94,6	0,4	39,9
Gesamte Wirtschaft	0,3	1,5	41,8	1,4	54,9	0,0	39,3

1) Die Tabelle bezieht sich auf die zum Stichtag 30. 6. 86 vereinbarte regelmäßige tarifliche Wochenarbeitszeit (bei stufenweiser Verkürzung der Arbeitszeit in der letzten Stufe) unabhängig vom Datum des Inkrafttretens der bis zum Stichtag vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen; ohne Wochenarbeitszeitverkürzung für einzelne Beschäftigungsgruppen; Tarifbereiche mit einer Arbeitszeitverkürzung in Form von freien Tagen unter Beibehaltung der tariflichen Wochenarbeitszeit von 40 Stunden sind in der Spalte „40" erfaßt, so z.B. der Steinkohlenbergbau mit 8, die deutschen Seehafenbetriebe mit 9, die Deutsche Bundesbahn und Bundespost sowie der öffentliche Dienst mit 2 zusätzlichen bezahlten freien Tagen. — 2) Siehe Fußnote 2 Tabelle 1. — 3) Die Berechnungen erfolgten auf der Basis aller von Tarifverträgen der DGB-Gewerkschaften begünstigten Arbeitnehmer = 100; sofern sich die Anteile nicht zu 100 aufaddieren, existiert in den betr. Wirtschaftszweigen eine Anzahl von Arbeitnehmern ohne tarifliche Arbeitszeitregelung oder Sonderregelung.

*) Darunter 205 000 Arbeitnehmer (≙6,1 vH) mit 38,75 Stunden/Woche.

Aus: WSI-Arbeitsmaterialien 12, Oktober 1986

Wannsee-Konferenz zur ''Endlösung der Judenfrage''

Fortsetzung von Seite 1

Die Judenvernichtung sei dort beraten oder sogar beschlossen worden, ist immer wieder zu hören und zu lesen. Die Wannsee-Konferenz verdankt diesen unbegründeten Ruf wahrscheinlich der Tatsache, daß sie das protokollarisch am besten dokumentierte Treffen auf dem Weg zur *praktizierten* ,,Endlösung'' war. Entschieden wurde dort gar nichts, denn Entscheidungen waren schon Monate vorher an höchster Stelle, wahrscheinlich in erster Linie zwischen Hitler, SS-Chef Himmler und Heydrich, gefallen. Auch diskutiert wurde am Wannsee nur wenig und eher Sekundäres, wie etwa die weitere Behandlung der Frage, wer denn nun als Jude im Sinne der ,,Endlösung'' zu definieren sei, was man den nicht unter diese Definition fallenden ,,Mischlingen'' antun könnte, und wie die ,,Endlösung'' in den (von Deutschland abhängigen) verbündeten Ländern zu ,,behandeln'' sei. In erster Linie scheint, dem Protokoll zufolge, Heydrich seine Gäste in Monologform über den Stand der Dinge ,,unterrichtet'' zu haben: Er sei mit der ,,Vorbereitung der Endlösung'' beauftragt worden. **,,Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht''**. Land für Land zählte er die geplanten Opfer auf, wobei er weder den Kriegsgegner England noch die neutrale Schweiz vergaß. (2) *,,Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa vom Westen nach Osten durchgekämmt. Das Reichsgebiet, einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren* (Westteil der Tschechoslowakei) *wird, allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstiger sozial-politischer Notwendigkeiten, vorweggenommen werden müssen. Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchgangsghettos gebracht, um von dort aus weiter nach dem Osten transportiert zu werden.''* Dort sollten sie ,,zum Arbeitseinsatz kommen''. Dabei schon ,,werde zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen''. Der ,,endlich verbleibende Restbestand'' werde den ,,widerstandsfähigsten Teil'' der versklavten Judenheit darstellen und müsse ,,entsprechend behandelt'', d.h. gezielt ermordet werden.

Die Wirklichkeit war noch schlimmer, als es aus diesem Protokoll hervorgeht: die NS-Führung hatte die totale Vernichtung der europäischen Juden beschlossen und zum Zeitpunkt der Wannsee-Konferenz schon eingeleitet, wobei die Herauspressung von Sklavenarbeit eher als Nebenprodukt erschien.

Den Auftrag zur ,,Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage'', auf den sich Heydrich bei der Wannsee-Konferenz bezog, hatte er schon am 31.7.41 erhalten. Der Befehl zum größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte lautete in klassischem Amtsdeutsch: *,,In Ergänzung der Ihnen bereits mit Erlaß vom 24.1.39 übertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen, beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa.*

Sofern hierbei die Zuständigkeiten anderer Zentralinstanzen berührt werden, sind diese zu beteiligen.

Ich beauftrage Sie weiter, mir in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen.''

Es ist unbekannt, ob ein derartiger ,,Gesamtentwurf'' jemals ausgearbeitet wurde, erhalten ist er nicht. Aus Heydrichs Referat bei der Wannsee-Konferenz geht hervor, daß es damals den ,,Gesamtentwurf'' jedenfalls (noch) nicht gab.(3)

Der Befehl an Heydrich ist nicht, wie man wohl erwarten würde, von Hitler oder Himmler (als direktem Vorgesetzten Heydrichs) unterzeichnet, sondern von Göring, und zwar in seiner Funktion als Beauftragter für den Vierjahresplan. Das führt zur direkten Vorgeschichte der ,,Endlösung''. Görings Auftrag an Heydrich vom 31.7.41, aus dem Stadium allgemeiner Absichten zur praktischen Vorbereitung (und Einleitung) der Judenvernichtung überzugehen, betont ausdrücklich die Kontinuität mit dem Heydrich schon Anfang 1939 ebenfalls von Göring erteilten Mandat. Dieses Mandat, das sich damals lediglich auf die Juden im ,,großdeutschen'' Gebiet (Deutschland, Österreich und Sudetenland) bezog und nur von ,,Auswanderung'', noch nicht von ,,Evakuierung'' sprach, ging einher mit der Bildung einer ,,Reichszentrale für jüdische Auswanderung'', zu deren Chef Heydrich ernannt wurde. Mit ,,jüdischer Auswanderung'', richtiger gesagt Ausplünderung und Vertreibung, befaßten sich in erster Linie Stellen des Außenministeriums, des Wirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums. Die Einsetzung des eigentlich bereichsfremden Heydrichs als Koordinator dieser Aktivitäten deutet auf die Langfristigkeit der NS-Vernichtungpläne hin. Die ,,(End-) Lösung der Judenfrage'' war schon Anfang 1939 aus den Händen der Ministerialbeamten in die der SS übergegangen.

Unmittelbar war die Bildung der ,,Reichszentrale'' und die Beauftragung Heydrichs mit der ,,Lösung der Judenfrage'' ein Produkt der verschärften antijüdischen Politik, zu der die NS-Führung 1938 übergegangen war. Diese Verschärfung verlief auffallend parallel mit dem gleichzeitigen deutschen Kriegskurs. Die Annektion Österreichs (März 1938) und des Sudetenlands (Oktober 1938) markieren die wichtigsten Daten dieser Konfrontationspolitik. (4) Nach dem großen Pogrom vom 9./10. November 1938 (,,Kristallnacht'') hatte am 12.11. eine Konferenz von Regierungsvertretern stattgefunden, auf der Göring bekanntgab: er habe von (Hitlers engem Vertrauten) Bormann einen Brief erhalten, in dem ihm ,,namens des Führers'' mitgeteilt worden sei, **,,daß die Judenfrage nun als Ganzes betrachtet werden müsse, um sie auf die eine oder andere Art zu lösen.''**

Erstmals auf dieser Konferenz wurde von Göring die Drohung geäußert, Deutschland würde bei einem künftigen (militärischen) Konflikt ,,in erster Linie'' daran denken, ,,mit den Juden abzurechnen''. Hitler trug diese Drohung mit einer Reichstagsrede am 30.1.39 auch in die Öffentlichkeit: **,,Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.''**

Eine knappe Woche zuvor, am 24.1., war an Heydrich das erste Mandat ergangen, ,,die Judenfrage einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen.'' Der enge zeitliche und sachliche Zusammenhang liegt auf der Hand.

Die erste Phase der Massenvernichtung begann mit dem Überfall auf die Sowjetunion, Ende Juni 1941. ,,Einsatzgruppen'' aus Polizei und SD betrieben in enger Kooperation mit den Wehrmachtsteilen die ,,Liquidierung'' der jüdischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten der UdSSR durch Massenerschießungen. Ihnen fielen innerhalb weniger Monate Hunderttausende zum Opfer.

Die zweite Phase der Judenvernichtung begann Mitte Oktober 1941 mit Deportationszügen aus Deutschland ,,nach Osten''. Ein großer Teil der Deportierten wurde nach der Ankunft sogleich erschossen. Damit waren nun auch Juden außerhalb der UdSSR zur Vernichtung ,,freigegeben''. Goebbels erinnerte in seiner Zeitschrift ,,Das Reich'' am 16.11.41 an Hitlers Vernichtungsdrohung vom 30.1.39 und kommentierte triumphierend: *,,Wir erleben eben den Vollzug dieser Prophezeiung.''*

Die dritte Phase der Judenvernichtung begann im Dezember 1941 mit der Anwendung von Giftgas, zunächst in mobilen ,,Gaswagen'' im KZ Chelmno/Kulmhof. Als die Wannsee-Konferenz stattfand, hatten die Gaskammern in Auschwitz bereits zu ,,funktionieren'' begonnen.

Kt.



Land		Zahl
A. Altreich		131.800
Ostmark		43.700
Ostgebiete		420.000
Generalgouvernement		2.284.000
Bialystok		400.000
Protektorat Böhmen und Mähren		74.200
Estland - judenfrei -		
Lettland		3.500
Litauen		34.000
Belgien		43.000
Dänemark		5.600
Frankreich / Besetztes Gebiet		165.000
Unbesetztes Gebiet		700.000
Griechenland		69.600
Niederlande		160.800
Norwegen		1.300
B. Bulgarien		48.000
England		330.000
Finnland		2.300
Irland		4.000
Italien einschl. Sardinien		58.000
Albanien		200
Kroatien		40.000
Portugal		3.000
Rumänien einschl. Bessarabien		342.000
Schweden		8.000
Schweiz		18.000
Serbien		10.000
Slowakei		88.000
Spanien		6.000
Türkei (europ. Teil)		55.500
Ungarn		742.800
UdSSR		5.000.000
Ukraine	2.994.684	
Weißrußland ausschl. Bialystok	446.484	
Zusammen: über		11.000.000

,,Im Zuge der Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht'': Eine Seite aus dem Protokoll der Wannsee-Konferenz.

Anmerkungen

1) Am 7.12.41 griff Japan den US-Stützpunkt Pearl Harbour auf Hawaii an. Am 8.12. erklärten die USA Japan den Krieg. Am 11.12. folgte die deutsche Kriegserklärung an die USA.

2) Heydrichs Zahlen für die einzelnen Länder waren teils zu hoch, teils zu niedrig angesetzt, in der Summe schließlich zu hoch. Im ,,deutschen Einflußgebiet'' lebten damals etwa 8 Millionen Juden, von denen 6 Millionen ermordet wurden.

3) Goebbels erwähnt in seinem Tagebuch am 7.3.42, er habe gerade eine ,,ausführliche Denkschrift des SD und der Polizei über die Endlösung der Judenfrage'' gelesen. Dies könnte der ,,Gesamtentwurf'' sein, vermutlich aber nur das Wannsee-Protokoll, das z.T. erst Ende Februar 1942 verschickt worden war. — Heydrichs Mandat für die ,,Endlösung'' endete am 4.6.42 durch seinen Tod infolge eines Attentats.

4) Daß dieser Zusammenhang schon damals im Staatsapparat weithin begriffen wurde, zeigt ein Memorandum des Auswärtigen Amts vom 25.1.39 (notabene: einen Tag nach dem ersten Mandat Görings an Heydrich!), in dem es heißt: ,,Es ist wohl kein Zufall, daß das Schicksalsjahr 1938 zugleich mit der Verwirklichung des großdeutschen Gedankens die Judenfrage ihrer Lösung nahegebracht hat. Denn die Judenpolitik war sowohl Voraussetzung wie Konsequenz der Ereignisse des Jahres 1938.''

Der Traum vom Sattwerden

Hamburg in den Hungerjahren 1945/46

Mit den Hungerjahren 1945 - 1948 in Hamburg hat sich der Historiker Michael Wildt in einem Buch mit dem Titel ,,Der Traum vom Sattwerden'' beschäftigt. Die handliche und durch zeitgenössische Fotos anschauliche Untersuchung basiert auf der Auswertung einer Fülle von Material, das von Zeitungen jener Jahre und zahlreichen Veröffentlichungen bis zu erstmals publizierten Berichten von Zeitgenossen reicht. Vor allem aber hat der Autor die im Hamburger Staatsarchiv befindlichen Akten der Behörde für Ernährung und Landwirtschaft ausgewertet. Was die Hamburger damals aßen, wie sie sich ihre Lebensmittel beschafften, wie der Alltag aussah, darüber gibt das Buch Auskunft. Angesichts der erbärmlichen Lebensmittelrationen verfällt Wildt erfreulicherweise nicht in Larmoyanz über schuldlos in Not geratene Deutsche. Er konstatiert, daß 1945 die osteuropäischen Länder verwüstet waren, Asien einschließlich Indien vor einer Hungerkatastrophe stand, und überdies in Kanada, Australien und Argentinien schlechte Ernten hinzukamen. *,,Vor diesem Hintergrund''*, so Wildt, *,,darf es nicht verwundern, daß diejenigen, die den Krieg angezettelt und wie Vandalen in den eroberten Ländern gehaust hatten, mit Lebensmittelimporten nicht gerade verwöhnt wurden.''*

Bei der Beschreibung des legendären ,,Schwarzen Marktes'' weist der Autor nach, daß es d e n Schwarzmarkt als Einheit nicht gab und daß sinnvollerweise zwischen Otto Normalverbraucher, der sich mit Lebensnotwendigem versorgte, und professionellen Großschiebern unterschieden werden muß. An die Adresse der z.T. skrupellosen Schieber, die sich eine ,goldene Nase' verdienten, richtete sich das von der KPD favorisierte Gegenmittel aus dem Rezeptbuch Stalins: Arbeitslager. Auch wenn dieses Mittel von den Besatzungsbehörden und ihren deutschen Hilfsstellen nicht angewandt wurde, verurteilten in den Jahren 1945 bis 1948 alle Parteien von CDU bis KPD den Schwarzmarkt. Differenzen traten jedoch bald zutage, als es um das zukünftige Wirtschaften ging. Bemühungen der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften, die Kontrolle über die Lebensmittelverteilung zu erlangen, kamen über halbherzige Vorstöße nicht hinaus. Die autoritären und schwerfälligen Strukturen des Nazi-,,Reichsnährstandes'' wurden in den Westzonen von den Besatzungsbehörden übernommen und zeigten ihre Unfähigkeit, ohne Ausplünderung ganz Europas die Ernährung der deutschen Bevölkerung zu gewährleisten.

Den Schönrednern der ,,freien Marktwirtschaft'' gelang es unter diesen Umständen leicht, jegliche wirtschaftliche Planung zu verteufeln. Die Währungsreform im Juni 1948, die volle Läden bei zunächst nahezu leeren Geldbeuteln bescherte, konnte nach den Jahren der Mangelwirtschaft langfristig leistungsmotivierend wirken. Gegen die Legende allerdings, die Westdeutschen hätten 1948 allesamt mit 40 Mark in der Tasche Ludwig Erhard zugejubelt, setzt Michael Wildt Fakten: Am 12. November 1948 streikten in der britischen und amerikanischen Zone 9,25 Mio. Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die hohe Arbeitslosigkeit und die für die Arbeiter extrem ungünstige Lohn-Preis-Schere. Parlamentarische Gremien jedoch stützten die Wirtschaftspolitik des CDU-Politikers Erhard. Bereits vor dem Siegeszug der ,,freien Marktwirtschaft'' wurde manch NS-Mitläufer durch amerikanische Freßpakete dazu becared, sein Heil in künftigen Siegen Amerikas zu erblicken. Wer nicht in den Genuß nordamerikanischen Eipulvers und Corned beefs kam, bemühte sich einstweilen, aus Eichelmehl Brot zu backen oder aus einer Mischung von Ahorn-, Brombeer- und Kirschblättern einen Tabakersatz zu mischen, vor dessen Nikotingehalt keine Krankenkasse zu warnen brauchte.

Als die ohnehin schmale Brotration im März 1946 noch halbiert wurde, ließen es zahlreiche Hamburger nicht bei der Suche nach Ersatzstoffen bewenden. Hunderte von Frauen, Männern, Jugendlichen und Kindern plünderten am hellichten Tage Brotläden, Bäckereien und Brotwagen. Solche spontanen Selbsthilfeaktionen waren allerdings eher die Ausnahme als die Regel. Anstöße zur eigenwilligen Selbstbedienung gaben in den Monaten nach der Währungsreform im Sommer 1948 mancherorts die Obst- und Gemüsepreise. In Kiel führte dies dazu, daß Marktbesucher die Verkäufer verprügelten und das Gemüse untereinander verteilten.

Kollektive Selbsthilfe gab es in den Hungerjahren in Hamburg kaum. Jeder war sich selbst der nächste. Wildt sieht darin eine Folge der zwölf Jahre langen Nazi-Diktatur, die nicht nur die politischen Strukturen und soziokulturellen Zusammenhänge der Arbeiterbewegung zerstörte, sondern auch durch Modernisierung der Fertigungstechnik und soziale Differenzierung einen Individualisierungsprozeß vorantrieb. Die gelegentlich von Zeitzeugen zu hörende Bemerkung, nach 1945 sei hinter der Fassade der ,,Volksgemeinschaft'' ein gemeines Volk hervorgekrochen, findet hier eine plausible Erklärung.

Ich habe in Wildts Buch eine klassenspezifische Untersuchung der Alltags- und Ernährungsverhältnisse in Hamburg vermißt. Wurden von den von Bomben weitgehend verschont gebliebenen Villen an der Elbchaussee auch Brote aus Eichelmehl gebacken, waren die Mahlzeiten dort auch so kärglich wie in den Etagenwohnungen in Altona und Barmbek? Darüber freilich dürfte empirisches Material in größerem Umfang nur schwer zu erhalten sein. Vermutlich galt schon damals die Devise: Der Hanseat genießt und schweigt.

Gerd Eggeling

Michael Wildt: Der Traum vom Sattwerden. Hunger und Schwarzmarkt, Protest und Selbsthilfe, VSA-Verlag, 176 Seiten, 19,80 DM.

Über den Wahnsinn der Normalität oder Die Unaushaltbarkeit des Kapitalismus

Gespräch mit Böll-Preisträgerin (1986) Elfriede Jelinek



Jelinek

Foto: Sepp Dreissinger

,,Zwanghaft'' ist eines ihrer auffälligsten Worte. ,,Geradezu zwanghaft'' begann sie vor ca. 20 Jahren zu schreiben. ,,Geradezu zwanghaft'' zerstören sich ihre Figuren selbst, wenn sie nicht andere zerstören.

Zwangsläufig muß diese patriarchalische und kapitalistische Gesellschaft in der Katastrophe enden, wenn sie nicht grundsätzlich verändert wird.

Das ist Elfriede Jelineks Botschaft: ätzend, aufstachelnd, unerträglich, aufrührerisch, radikal feministisch, von aggressiver literarischer Attraktion.

Im Sommer wurde ihr der Böll-Preis 86 ,,für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der deutschen Literatur'' zugesprochen, den sie am 2. Dezember erhalten hat. Die CDU/CSU schäumte.

Wir führten ein Gespräch mit Elfriede Jelinek in ihrer Wiener Wohnung: über ihre Arbeit, über sie selbst, über den alltäglichen Wahnsinn, über Feminismus, über ihre Mitgliedschaft in der KPÖ.

Einen ersten Teil der Gespräche bringen wir in diesem AK. Eine Fortsetzung zum Feminismus und zur KPÖ folgt in der nächsten Ausgabe.

Kai Ehlers alias F.

Beginnen wir mit einer kleinen Skizze von Arbeit und Person unserer Gesprächspartnerin, bevor wir uns in das Interview stürzen.

Elfriede Jelinek, 40, Kind einer großbürgerlichen Mutter und eines jüdisch-sozialistischen Vaters, Alt-68erin, radikale Feministin, Mitherausgeberin der radikal-feministischen ,,Schwarzen Botin'', heute Mitglied der KPÖ, schon vor Erhalt des Böll-Preises mehrfach prämiertes enfant terrible der heutigen deutschsprachigen Literatur, ist dem offiziellen Kulturbetrieb und der Reaktion ein Ärgernis, in Österreich nicht anders als in der BRD. Die österreichischen Medien schneiden sie, ihre Hörspiele werden selten gesendet, ihre Stücke nicht auf österreichischen Bühnen gespielt. Ihr neuestes Bühnenstück ,,Burgtheater'', das sich mit der unbewältigten faschistischen Vergangenheit der österreichischen Kulturindustrie auseinandersetzt, durfte in Wien nicht einmal aufgeführt werden. Ihre seit 1968 veröffentlichten rund 25 Lyrikbände, Hörspiele, Dramen, Romane erschienen sämtlich in der BRD. Das sagt über die BRD allerdings nichts weiter Positives aus, als daß es Ausland für Elfriede Jelinek ist. Bekanntlich gilt der Prophet im Vaterlande weniger als anderswo, erst recht die Prophetin im Mutterland. Umgekehrt weiß man ja auch hier einen Wallraff z. B. des Landes zu vergraulen. Und deutlich genug waren die Anpissereien der CDU gegen die ,,Pornoschriftstellerin'' und ,,Kommunistin''

Bibliographisches:

— „Ende", ein Lyrikband, ihre ersten Arbeiten, erschienen im Schwiftinger Galerie-Verlag

Bibliographisches:

— „Ende", ein Lyrikband, ihre ersten Arbeiten, erschienen im Schwiftinger Galerie-Verlag

— „Bukolit", erste Prosa, allerdings erst später erschienen, inzwischen vergriffen, Rhombus-Verlag
— Einzelveröffentlichungen im Rowohlt Verlag:
+ „Wir sind Lockvögel, Baby"
+ „Michael, ein Jugendbuch für die Infantilgesellschaft", wird soeben neu aufgelegt
+ „Die Liebhaberinnen"
+ „Die Ausgesperrten"
+ „Die Klavierspielerin"
+ „Oh Wildnis, oh Schutz vor ihr!"
— Übersetzungen und redaktionelle Betreuung diverser Büchern des amerikanischen Autors Thomas Pynchon
+ Übersetzungen von Theaterstücken des Franzosen George Feydeau
— Theaterstücke:
+ „Was geschah, nachdem Nora ihren Mann verlassen hatte?"
+ „Clara" (eine theatralische Biografie von Clara Schumann)
+ „Burgtheater"
+ „Krankheit oder moderne Frauen." Nur als Manuskript veröffentlicht.
— Filmdrehbücher zu den „Ausgesperrten" und aktuell zu der „Klavierspielerin" (wo sie selbst mitspielt)
— Mindestens 13 Hörspiele

Preise:
— Würdigungspreis für Literatur vom österreichischen Unterrichtsministerium
— Roswitha-von-Gandersheim-Preis
— Heinrich-Böll-Preis, 1986

anläßlich des Preisverleihungsvorschlags seitens des Böll-Komitees im Frühsommer des Jahres.

Kein Wunder: Bei Elfriede Jelinek erleben Leser und Leserin die Unerträglichkeit, die Destruktivität, die Ausweglosigkeit des Kapitalismus pur. Ihre Literatur ist politisch und moralisch anstößig, soll es sein. Zu ihren Veröffentlichungen verbietet es sich, vertraulich ,,Lyrik'', ,,Hörspiel'', ,,Drama'' oder ,,Roman'' zu sagen. Eher schon sind es verbale Rasierklingen, mit denen sie die Werte spießiger Normalität unserer heutigen Gesellschaft gnadenlos auftrennt. Hinter der alltäglichen Neurose, der sexuellen doppelmoralischen Normalität, der Verknöcherung und Infantilität patriarchalischer Herrschaftsstrukturen, der Brutalität der sozialen Verhältnisse, der öden Sinn- und Perspektivlosigkeit läßt sie den Kapitalismus selbst als Ursache hervortreten.

,,Ich funktioniere nur im Beschreiben von Wut'', hat sie in einem älteren Interview gesagt. *,,Ich kann keinen positiven Ausweg zeigen. Ich kann nur zeigen, warum die Personen so handeln, wie sie es tun. Denn meine Personen handeln ja nicht so, weil sie es wollen, sondern weil sie nicht anders können''*, sagte sie im Gespräch mit uns. Ihre Vision ist apokalyptisch, besonders wenn es um die Entwicklung des Verhältnisses der Geschlechter zueinander geht. Aber *,,so ein genüßliches Sich-Wälzen in der Apokalypse und atomarem Schmutz''*, das sei nicht ihre Sache. *,,Ich bin immer dafür die Verursacher zu benennen und zu bekämpfen.''*

Es ist keine bloße Betroffenheits-Literatur, kein zielloses Geschimpfe, keine bloße Beschreibung von Ungerechtigkeit, die sie produziert, und so-

ursacher zu benennen und zu bekämpfen.''

Es ist keine bloße Betroffenheits-Literatur, kein zielloses Geschimpfe, keine bloße Beschreibung von Ungerechtigkeit, die sie produziert, und so-

mit auch nicht bloße hilflose Wut, die sie provoziert: Mit dem Skalpell ihrer satirischen Sprach- und Kompositionskraft ermöglicht sie im literarischen Erleben die Entstehung von Bewußtsein für die Notwendigkeit einer radikalen Umwälzung der bestehenden Verhältnisse. — Dafür einen Böll-Preis, dotiert mit 25.000 DM: das mag schon einiges reaktionäre Blut in Wallung bringen!

Ein paar Beispiele

Schon in einem ihrer früheren Hörspiele, ,,Die Bienenkönige'', skizzierte sie ihre radikal-feministische Kritik an den bestehenden Verhältnissen durch die Schilderung einer apokalyptischen End-Zeit-Situation, die die patriarchalischen Strukturen der heutigen Gesellschaft extrem in die Zukunft verlängert und ihre Verfestigung beschreibt: In einer den Untergang der Menschheit überlebenden Forschungskolonie funktionalisiert die herrschende Männerclique die Frauen über gentechnische Steuerung als Gebär-Organ nach Art der Bienenkönigin zum einen, als hirnlose Sexualobjekte zum andern. Nach der Entwicklung eines medizinischen Präparats zur Lebenserhaltung wird auch der männliche Nachwuchs durch Selektion auf der mittleren Intelligenzstufe eines auswechselbaren Sklaven gehalten, der sofort vernichtet wird, sobald er durch zu hohen Intelligenzquotienten eine Gefahr für die Herrschaft der Wissenschaftler werden könnte.

Letztlich aber erweist sich die menschliche Natur dann doch als nicht ausreichend steuerbar. Unter Führung der Frauen revoltieren Männer und Frauen gemeinsam. Das Herrschaftsgebäude der Wissenschafts-Patriarchen versinkt im Chaos. Ein wirklicher Ausweg wird allerdings nicht sichtbar.

Nach Jahren aktiver Teilnahme in der feministischen Frauenbewegung hat sich Elfriede Jelineks frühe Vision eher verschärft. Die Frauenbewegung habe den Frauen keine wirklichen Fortschritte für ihre Befreiung gebracht, resümiert sie. Ihre Erwartungen für die Zukunft sind eher düster. In ihrer neuen Arbeit, die sie zur Zeit unter den Händen hat, will sie deutlich machen, daß — bei Fortsetzung der absehbaren Entwicklungen der kapitalistischen Gesellschaft — in Zukunft nicht einmal mehr Sexualität zwischen den Geschlechtern möglich sein werde. Unter den Bedingungen der von der patriarchalischen Dynamik vorangetriebenen Entwicklung der technischen Reproduzierbarkeit des Menschen werde die Männer- und die Frauenwelt vollkommen auseinanderdriften, keine Verbindung mehr möglich sein.

Der Radikalität dieser Sichtweise stehen ihre übrigen Schriften in nichts nach:

,,Michael, ein Jugendbuch für die Infantilgesellschaft'', 1972, eine provokative Infragestellung der heutigen Wirklichkeit als *,,Wirklichkeit aus zweiter und dritter Hand''*, eine fundamentale Medienkritik anhand satirisch karikierter und mit Alltagserfahrungen überschnittener Trivial-Mythen und Heile-Welt-Illusionen, wie sie die Bewußtseins-Industrie tagtäglich auf allen Kanälen produziert. Elfriede Jelineks Technik läßt den ideologischen Gehalt der Medien-Traumwelt erkennen: Gerade in der Phrase der Klassenversöhnungs-Ideologie erscheint Klassen-Wirklichkeit um so nackter.

allen Kanälen produziert. Elfriede Jelineks Technik läßt den ideologischen Gehalt der Medien-Traumwelt erkennen: Gerade in der Phrase der Klassenversöhnungs-Ideologie erscheint Klassen-Wirklichkeit um so nackter.

Als ,,paradigmatisch'' versteht Elfriede Jelinek die beiden ,,Romane'', ,,Die Ausgesperrten'' von 1980 und ,,Die Liebhaberinnen'' von 1984, jeder ein Mikrokosmos, in dem die zerstörerische Tendenz der Gesamtgesellschaft exemplarisch vorgeführt wird.

,,Die Ausgesperrten'' ist ein auf einem wirklichen Kriminalfall der späten 50er Jahre basierender ,,Roman'' über die Entwicklung einer Jugendgruppe, die ihren Frust über die gesellschaftliche Lähmung in kriminellen und terroristischen Unternehmungen zu überwinden versucht. Es bleibt kein Raum für ein happy-end und keine Konsequenz ungenannt: der Ausflug aus den gültigen Normen der Mittelstandsgesellschaft endet in Mord und Selbstmord, Terror und Selbstzerstörung der handelnden Personen. *,,Es ist beinahe ein Lehrstück''*, sagt Elfriede Jelinek, *,,wohin kleinbürgerlicher Anarchismus führt, wenn er nicht politisch wird''* — ein Lehrstück, muß man hinzufügen, das Kriminalität, Mord, Terrorismus nicht moralisch anklagt, sondern lediglich Ursachen, Entwicklung, Entstehung schonungslos vorführt.

,,Die Liebhaberinnen'' von 1984, wohl eines der bisher stärksten feministischen Bücher von Elfriede Jelinek: Die Geschichte zweier junger Provinz-Frauen aus proletarisch-mittelständischem Milieu, die sich mit ihren heißen Aufstiegswünschen hoffnungslos in ihrer Frauenrolle verfangen, d.h. sich eine eigene Entwicklung nur vermittelt über einen sozial attraktiven Mann vorstellen können. Statt ins große Leben treten sie in die kleinliche Abhängigkeit als Möchte-Gern-Provinz-Geliebte und Provinz-Hausfrau ein. Beide gehen daran zugrunde, die eine physisch, die andere psychisch.

Das Buch ist — nicht zuletzt in der Sprachführung — eine ätzende Satire auf den dumpfen patriarchalischen Alltag des proletarisch-mittelständischen Milieus, gekennzeichnet von alltäglicher Brutalität, spießiger Doppelmoral, sozialen Aufsteigersehnsüchten, ein Schlag gegen jeden Proletkult mit seiner Schwärmerei vom blitzsauberen und blitzgescheiten, kampfbereiten und um Emanzipation ringenden Proletariat. Elfriede Jelinek zwingt dazu, sich schonungslos mit dieser Realität auseinanderzusetzen.

Ihre Schreibweise gibt der Illusion keine Chance. Das gilt für ihre frühen Arbeiten ebenso wie für die späteren, auch wenn die Ausformung des Stils im Konkreten jeweils unterschiedlich ist. Ich muß darauf verzichten, das hier genauer zu skizzieren, obwohl gerade die Dialektik ihrer Sprache sehr interessant und durch die ideologische Entlarvung, die sie an Worten vornimmt, prickelnd lehrreich ist. Aber mag es sich jede/r selbst anschauen. *,,Ich bin geradezu eine manische Entmythologisiererin,''* sagt sie dazu, *,,d.h. ich will die Dinge nicht in ihrer scheinbaren Unschuld belassen, sondern versuche in ihre Geschichte einzudringen.''* Diese Methode der Satire, der *,,extremen Beugung''* und Karikatur sei im Grunde eine jüdische Tradition in Nachfolge eines Karl Kraus, eines Jura Soyfer, auch eines Kurt Tucholsky. In der Literaturgeschichte falle ja die jüdische Skepsis und auch die jüdische Liebe zum Wort einfach auf, *,,so eine antimetaphysische Literatur, wo metaphysische oder mythologisierende Aspekte sehr mißtrauisch betrachtet werden, während man dem Wort selbst mehr vertraut, gleichzeitig aber in einer gewissen Skepsis das Wort immer wieder auf seine Bedeutung hin abklopft.''*

sische oder mythologisierende Aspekte sehr mißtrauisch betrachtet werden, während man dem Wort selbst mehr vertraut, gleichzeitig aber in einer gewissen Skepsis das Wort immer wieder auf seine Bedeutung hin abklopft.''

„Gegen die Einheit im falschen Gefühl"

Das neueste Buch ,,Oh Wildnis, oh Schutz vor ihr'' ist sowohl stilistisch, als auch thematisch eine Synthese der bisherigen Arbeit Elfriede Jelineks. *,,Ich schreibe mal ein mehr politisches, mal dann wieder ein eher feministisches Buch. Das wechselt sich schon beinahe dialektisch ab''*, sagt sie. Mit dem neuen Buch habe sie versucht, eine ästhetische Form für Politik zu finden.

Tatsächlich ist es ein *,,sehr politisches Buch''*, wie sie es nennt, das zugleich ihre feministische Grundhaltung durchgängig thematisiert. Sie unterzieht darin den neo-romantischen, mit alt- und neu-faschistischem Gedankengut durchsetzten Heimatkult der österreichischen GRÜN-Szene einer beißenden Kritik. Im Klappentext des Buches heißt es: *,, ,Oh Wildnis ...' ist eine Entmystifizierung aktueller Hingabe an die Natur. Ein Hohnlachen geht durch den Text über die neue Einheitsfront von Waldschützern und Waldbesitzern, die dem Mythos vom Ende der Klassenschranken aufsitzt. Millionen unterschreiben unterdessen das Volksbegehren für die schöne Natur, die den Millionären gehört.''*

Anstoß für das Buch, sagt Elfriede Jelinek, war für sie zum einen der *,,neuerliche Verrat der österreichischen Sozialdemokratie''*, die Einbeziehung deutsch-nationaler Politiker durch die SPÖ in die Regierung, die Begrüßung eines Nazi-Verbrechers Reder durch Regierungsmitglieder per Handschlag usw. Zum zweiten die *,,prinzipiell guten Erfahrungen, daß das AKW-Hainburg nicht gebaut werden konnte''*. Sie brauche ja eigentlich nicht zu sagen, daß sie das großartig finde. Wogegen sie sich aber wende, das sei die *,,Einheit im falschen Gefühl, die Einheitsseligkeit dieser guitarrespielenden, letztlich wieder mythologisierenden Naturschützer, denen es eigentlich egal ist, wie die Besitzverhältnisse an der Natur sind.''* Sie sei absolut für eine politische Ökologie, dafür, *,,daß man die Profiteure beim Namen nennt''*, aber eben auch dafür, die gefühlsseligen Einheitsfantasien sehr zu hinterfragen, auf ihre Brauchbarkeit abzuklopfen. Deswegen habe sie die Besitzer der Natur benannt. *,,Natürlich wollen die Eigner der Natur, daß ihr Eigentum möglichst unversehrt bleibt. Deswegen muß man sie aber trotzdem bekämpfen.''*

Obwohl am Beispiel des provinziell-faschistoiden Heimatkultsumpfes Österreichs entwickelt, ist das Buch eine über Österreich hinausweisende exemplarische politische und kulturphilosophische Auseinandersetzung mit moralisierender rechter Naturschwärmerei generell. Elfriede Jelinek löst die Begriffe ,,Natur'', ,,Kultur'', ,,Kunst'' aus ihrer mystifizierenden und schematisierenden Erstarrung, die sie auch in der neu-idealistischen grünen Naturphilosopie haben. Mit experimenteller, zudem noch zu literarischem Genuß verführender Prosa macht sie die dialektischen Übergänge zwischen den verschiedenen Begriffs- und Realitätsebenen sichtbar. Das gelingt ihr durch die Konstruktion eines präzise geflochtenen Assoziationsteppichs, in dem sie unterschiedlichste Begriffsfäden zu verblüffendsten und erhellenden neuen Bildern zusammenfügt.

präzise geflochtenen Assoziationsteppichs, in dem sie unterschiedlichste Begriffsfäden zu verblüffendsten und erhellenden neuen Bildern zusammenfügt.

,,Das ist immer mein Problem gewesen'', kommentiert sie das grüne Natur-Verständnis, *,,diese Naturvorstellung von etwas, das rein ist, unschuldig und rein, Mythos ist, etwas ist, das durch den Menschen beschmutzt wird, was man wieder sauber machen muß. Das ist auch wieder so eine Mythologisierung. Es haben sich auch gar nicht so viele marxistische Philosophen zur Natur geäußert, was ja sehr seltsam ist. Es war immer so dieser revolutionäre Optimismus: Der Mensch, der sich die Natur mittels Technik untertan macht, ist apriori gut. Wie gut müssen dann erst Mensch und Technik zusammen mit der Natur umgehen können. Von der politischen Praxis her wird es sich erweisen, daß diese Mangelwirtschaft in den sozialistischen Ländern, diese Knappheit an Autos, diese Untermotorisierung vielleicht doch der bessere Weg ist.''*

Ein klein bißchen aus der Reihe ...

Das gilt für den halbwegs autobiografischen Roman Elfriede Jelineks, ,,Die Klavierspielerin'', eine recht schonungslose Abrechnung mit der possessiv pflegerischen Mutterrolle in unserer Gesellschaft, konkret der eigenen Mutter und den aus dieser Beziehung resultierenden Abhängigkeiten, Persönlichkeits-Deformationen, sexuellen Frustrationen und Agressionen.

Obwohl Elfriede Jelinek selbst dieses Buch exemplarisch faßt, sich keineswegs in individuellen Schicksalsnachzeichnungen ergeht, sich auch hier nicht, wie sie sich ausdrückt, erlaubt *,,mal so richtig loszukotzen''*, verweist

Fortsetzung nächste Seite

Das Interview

Arbeiterkampf: In der „Emma" wurdest du wie folgt charakterisiert: „Die Jelinek ist eine Provokation. Sie ist Spezialistin für den Haß. Sie schreibt eine Literatur der totalen Negation. Keine Haltung ist mehr möglich, weil alle Haltungen negiert werden. Jede Individualität wird aufgelöst. Anstelle von Individuen finden sich extreme Prototypen und meist aus dem Kleinbürgertum lauter defekte, aber exemplarische Monster. ‚Nur das Exemplarische reizt mich', sagt die Jelinek." In einem Interview der „Cosmopolitan" hieß es noch: „Der Pessimismus der sozialkritischen Feministin ist bodenlos." Erkennst du deine Arbeit und dich selbst in diesen Charakteristiken wieder?

Elfriede Jelinek: Das sind ja sehr viele diffuse Punkte. Da müßte man im Grunde auf jeden einzelnen eingehen. Manche stimmen. Manche stimmen überhaupt nicht. Eines stimmt sicher, daß ich offenbar nicht imstande bin, positive Dinge zu schildern, meine Gesellschaftskritik immer negativ formulieren muß, geradezu zwanghaft. Das liegt vielleicht an den Haßgefühlen, die mir gesellschaftliche Zustände einflößen, die ich wiedergebe. Ich bin nicht imstande, meine Kritik an einer positiven Utopie zu messen. Das ist mir nicht möglich.

Andererseits ist es mir immer unverständlich gewesen, wieso man mich so herzlos und auch teilnahmslos gefunden hat in dem, was ich schildere. Das hat man ja Flaubert — er war ja Arzt — auch vorgeworfen, daß er in seinen Figuren wie mit dem Skalpell herumschneidet. Es war aber bei Flaubert schon falsch. Flaubert hat sich mit seiner Madame Bovary geradezu leidenschaftlich identifiziert. Es ist mir unbegreiflich, wie man bei mir darauf kommen kann. Ich finde, daß meine Parteinahme für meine Figuren eine extrem starke und auch leidenschaftliche ist. Nur ist die Parteinahme nicht so, daß ich sage, das sind die Unterdrückten, leidet mit ihnen und vernichtet die Ausbeuter, diese Schweine, also im Sinne einer Agitprop-Literatur des sozialistischen Realismus. Meine Teilnahme für meine Figuren ist eben eine indirekte, liegt in der Schilderung selbst. Es ist nicht Satire, aber ich beuge die Wirklichkeit, und in dieser extremen Beugung, die auch extremes Schlaglicht bewirkt, das auf diese Wirklichkeit geworfen wird, versuche ich eben einen Bewußtmachungsprozeß einzuleiten.

Wenn man mir z.B. nach den „Liebhaberinnen" gesagt hat, ich würde die Ehen vernichten, dann kann ich nur sagen: Die Ehen sind schon vernichtet. Ich bin nicht diejenige, die sie vernichtet. Ich bin diejenige die aufzeigt, warum sie es sind. Es ist eben ein vollkommener Kurzschluß, den Schilderer von Zuständen mit einem Verursacher dieser Zustände gleichzusetzen. Das ist allerdings etwas, was den meisten gesellschaftskritischen Autoren, ob das jetzt Brecht oder wer immer war, geschehen ist.

Was heißt für dich „exemplarisch" ?

Exemplarisch heißt, daß ich die relativ einfachen Strukturen bloßlege, die den gesellschaftlichen Prozessen zugrundeliegen. Der Kapitalismus hat zwar etwas sehr Kompliziertes, aber man kann Ausbeutungsstrategien eigentlich sehr klar und sehr einfach bis in privateste Verästelungen und Details hinein darstellen. Insofern bin ich eine Vereinfacherin. Ich bin nicht jemand, der mit Zwischentönen arbeitet, sondern — ich sag das immer so — der dann mit der Axt dreinschlägt.

Heißt „exemplarisch" bei dir also sozial-, schichten-, klassentypisch?

Ja, absolut. Deshalb Prototypen, weil es eine Illusion wäre, daß bei der Geschlossenheit dieses Systems noch ein Individualismus möglich wäre. Diese Lüge des Individualismus des 19. Jahrhunderts von dem bürgerlichen Individuum, das noch ungebrochen agiert und reagiert, muß man als Idelogie und Lüge entlarven. Individuelles Handeln ist einfach nicht mehr möglich. Deshalb kann ich auch Personen exemplarisch beschreiben. Eben als Prototypen, als Bedeutungsträger, als Figuren, die für etwas stehen. Vor allem in meinen Stücken sind das keine Menschen, die da auftreten, sondern Figuren, die eben eine Ideologie oder eine Lehrmeinung transportieren.

Dein Stil spiegelt diese unterschiedlichen Realitätsebenen ja offensichtlich bewußt wieder.

Ja, natürlich! Und es ist mir unklar, wie jemand behaupten kann, es wäre nur vergröbert, wäre einfach nur pessimistisch, es wäre keine Parteinahme, ich wäre meinen Figuren gegenüber — was ich sehr oft gehört habe — kalt und arrogant. Dieser ferne Blick, den ich auf meine Figuren werfe, also gewissermaßen dieser Naturforscherblick, bedingt ja auch eine größere Scharfsichtigkeit, eine größere Klarsichtigkeit für gesellschaftliche Prozesse. Diese Klarsichtigkeit hat man wahrscheinlich nicht, wenn man sich mitten unter sie begibt, weil man einfach durch den fernen Blick mehr sieht. In den „Liebhaberinnen" ist es ganz eindeutig, daß ich auf der Seite der Unterdrückten bin, genauso wie in den anderen Büchern meine Parteinahme eindeutig ist. Nur ist sie nicht ausgesprochen, sondern literarisch verarbeitet. Das soll Literatur eigentlich leisten.



Elfriede Jelinek in ihrer Wohnung

Foto: Sepp Dreissinger

Individualität aus dritter Hand

Was meinst du, wenn du sagst, es sei nicht mehr möglich, individuell zu handeln?

Es wird ständig vorgegaukelt, daß man die Wahl hätte zwischen verschiedenen Dingen. Die hat man eben nicht, weil die Wirklichkeit so ist, wie sie ist. Deswegen kommt in fast allen meinen Büchern irgendwann mal eine fundamentale Medienkritik vor. Mir wird dann z.B. vorgeworfen, ich würde meine Wirklichkeit nicht aus erster Hand beziehen, sondern aus zweiter und dritter Hand, nämlich durch Medien, durch Fernsehen gefiltert. Als ob es irgendjemand von uns noch möglich wäre, Wirklichkeit aus erster Hand wahrzunehmen. Mich hat von den frühesten Sachen an, die ich geschrieben habe, immer die Trivialmythologie interessiert, wie sich Wirklichkeit gefiltert in Trivialromanen, in Groschenromanen, in der Fernsehserie, in der Familienserie niederschlägt, wie diese Wirklichkeit aus zweiter Hand dann wieder in uns. Wir haben dann die Wirklichkeit aus dritter Hand.

Ich glaube, daß die Kritik im Grunde davon ausgeht, daß Literatur einen Ausweg zu zeigen hat.

Ich würde niemanden davon abraten oder verbieten wollen, einen Ausweg aus der Misere zu zeigen. Ich wäre selbst glücklich, wenn ich einen wüßte. Aber ich weiß keinen und ich kann ihn nicht liefern. Bis jetzt beschränkt sich meine Literatur ausschließlich darauf, die Verhältnisse mit den Mitteln der Übertreibung, der Satire und der Beugung der Wirklichkeit, also zugegebermaßen tendenziös und manipulativ so zu schildern, daß man mit Wut und Abscheu auf diese Verhältnisse reagiert, in denen sich Menschen so verhalten müssen, wie sie es tun. Denn meine Figuren verhalten sich nicht so, weil sie sich so verhalten wollen, sondern weil sie sich nicht anders verhalten können. Die Dinge laufen einfach so ab, wie sie ablaufen müssen. Zufall ist nur eine geringe Bandbreite. Das Entscheidende ist für mich ist die Zugehörigkeit einer Person zu einem bestimmten Geschlecht, zu einer bestimmten Klasse. Die bedingt schon ihre Determiniertheit. In dieser Determiniertheit kann sie so oder so handeln, aber ihr Spielraum ist relativ eng. Das ist eigentlich das, was ich beschreibe.

Was heißt Determiniertheit für dich? Ist sie unüberwindbar?

Diese Determiniertheit ist natürlich überwindbar. Es gibt ja Klassenverräter, sowohl in der einen wie in der anderen Richtung. Es gibt einen Engels und es gibt die Emporkömmlinge, die charakteristisch sind für das Kleinbürgertum. Trotzdem kann man Klassenzugehörigkeit schon sehr genau beschreiben. Mit Determiniertheit meine ich aber nicht Unabwendbarkeit. Ich will ja keinem Determinismus das Wort reden. Aber wenn man heute sagt, es gibt keine Arbeiterklasse mehr, dann ist das eine Lüge. Es gibt sehr wohl eine Arbeiterklasse, nur hätten viele gerne, es gäbe sie nicht.

Jüdische Traditionen

Die Kritik hält dir vor, daß du deine Figuren als Monster schilderst. Siehst du sie auch so?

Monströs sehe ich sie überhaupt nicht, aber sie sind natürlich deformiert. Wenn ich die herrschende Klasse schildere z.B. in „Oh Wildnis, oh Schutz vor ihr!", schildere ich sie wahrscheinlich schon als Monstren. Aber das ist auch ein legitimes Mittel der Literatur und auch der bildenden Kunst von George Grosz oder Daumier. Da gibt es ja genügend Beispiele, auch in der Literatur. Natürlich sind da auch Karikierungen zu finden, Übertreibungen, aber das ist eben meine Methode und das ist eine literarische Technik von vielen. Im Grunde ist es eine jüdische Tradition. Es ist eben das Satirische. Ich will da jetzt nicht auf rassistische Dinge hinaus. Aber in der Literaturgeschichte fällt jüdische Skepsis und auch die jüdische Liebe zum Wort einfach auf, so eine antimetaphysische Literatur, wo metaphysische oder mythologisierende Aspekte sehr mißtrauisch betrachtet werden, während man dem Wort selbst mehr vertraut, gleichzeitig aber in einer
werden, während man dem Wort selbst mehr vertraut, gleichzeitig aber in einer
gewissen Skepsis das Wort immer wieder auf seine Bedeutung hin abklopft. Die jüdische Religion ist ja sehr auf das Wort gegründet, auf den Text des alten Testaments. Und mir ist alles sehr suspekt, was in mythologisierender Weise die Dinge verewigt, erstarren läßt. Ich bin eigentlich eine manische Entmythologisiererin, d.h. ich will die Dinge nicht in ihrer scheinbaren Unschuld belassen, sondern versuche — wie Roland Barthes sagt, in ihre Geschichte einzudringen. Diese Tradition ist aber — wie viele andere, auch experimentellere Traditionen — durch den Faschismus unterbrochen. Deswegen wirken meine Sachen vielleicht manchmal etwas fremdartig und ungewohnt, weil diese Tradition — sei es jetzt Karl Kraus oder auch Walter Serner und andere — vernichtet worden ist und wir eigentlich bei Null anfangen.

Du siehst dich ausdrücklich in der Tradition von Nestroy, Kraus...

Ich sehe mich in der ost-österreichischen, wienerischen Tradition der Literatur, die doch eine jüdische Tradition ist im Gegensatz zur west-österreichischen. Diese satirische Literatur, wie auch Tucholsky in der deutschen Literatur, das ist eine Tradition, die vernichtet worden ist. Die aber z.B. in Amerika noch ganz ungebrochen ist.

Phallische Anmaßung?

In den erwähnten Kritiken erscheinst du auch selbst als neurotisches Monster, das seine schwere Jugend als „Kunstkind" u.a.m. nicht überwinden konnte, und das nun seine Neurose als Schrifstellerin selbst-therapiert und mit einem exzessiven Individualismus kompensiert — geradeso als wärst du aus einem deiner Bücher entsprungen. In der „Emma" heißt es: „Sie hat es verstanden, ihre Aggressionen als Extravaganzen herzurichten und ihre Zerstörungslust glanzvoll böse zu literarisieren. Bei ihr ist Schreiben auch Selbsttherapie, Ersatz für Psychotherapie."

Kannst du dich selbst so sehen oder ist das ein journalisiertes Bild von dir?

Da sind eben auch wieder zwei verschiedene Dinge. Das eine ist der Prozeß des Schreibens, also der libininöse Akt. Das ist ja ein libidinöser Akt, das Schreiben, auch ein aggressiver Akt und für eine Frau auch eine phallische Anmaßung — wenn wir schon mal bei der Psychoanalyse sind. Das andere ist der Gegenstand, die Arbeit selbst, das was ich schreibe. Und bis auf die „Klavierspielerin" sehe ich da keineswegs neurotische Monster. Im Gegenteil, es ist eigentlich so, daß sie noch viel de-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

das Buch doch darauf, daß sie nicht nur Risse und Abgründe, Widersprüche und Unerträglichkeiten, Neurose und terroristischen Umgang der Menschen miteinander im kapitalistischen Alltag mit messerscharfer Sprache sichtbar zu machen weiß, sondern daß sie auch selbst Produkt scharfer Widersprüche ist, eine Person, die schwer in irgendjemandes Schubladen weggesteckt werden kann:

Zwischen den verschiedenen Welten von Mutter und Vater hin und her gerissen, erlebte sie früh die Wirkung extremer Klassenspannungen in der eigenen Familie und vor allem am eigenen Leibe: Seitens der Mutter — schon vom dritten Lebensjahr an — eine frühe Dressur zum leistungsorientierten „Kunstkind", wie Elfriede Jelinek es nennt, fortgesetzt mit dem Besuch der Klosterschule und des Konservatoriums. Seitens des Vaters Mitgliedschaft bei den „Roten Falken", Berührung mit der jüdischen Tradition, dem Wissen um die von ihm erlittenen antisemitischen Verfolgungen, die eigene Diskriminierung als Halbjüdin. *„Es war ein ewiges Gezerre um mich als Kind"*, sagt Elfriede Jelinek, *„letztlich erwies sich Mutter aber als die Stärkere."* Der Vater starb unter tragischem Umständen geistig umnachtet in einer Heilanstalt.

Mit zwanzig, nach Abschluß der Konservatoriumsprüfung, erleidet Elfriede einen Totalzusammenbruch. Ein Jahr lang verläßt sie *„aus klaustrophobischen Gründen"* das Haus nicht, abhängig von der Pflege ihrer Mutter, aus deren Dominanz sie sich zugleich zu befreien sucht. In dieser Zeit beginnt sie zu schreiben, zunächst Lyrik, dann erste Hörspiele, *„einfach weil ich zu nichts anderem mehr fähig war."* Im Grunde, meint sie, war dieser Zusammenbruch überhaupt nichts Besonderes. *„Das ist eine vollkommen natürliche Reaktion. Man wundert sich ohnehin, daß nicht viel mehr Leute wahnsinnig werden oder durchdrehen oder Morde begehen. Wo sowas passiert, da sind dann immer nur die Sicherungen durchgegangen."*

Obwohl extrem individualistisch, organisiert sie sich politisch: 68 ist sie aktiv in der Wiener maoistischen Linken. 1974 wurde sie Mitglied der KPÖ, der sie noch heute angehört, obwohl sie sowohl in politischen als auch speziell kulturpolitischen Fragen in scharfer Opposition zum offiziellen Kurs der KPÖ steht — ganz zu schweigen von ihrem radikalen Feminismus, der nun so ganz und gar nicht dem offiziellen Kurs der Partei entspricht.

Heute lebt Elfriede Jelinek im Vorort-Reihenhaus bei ihrer Mutter, von der sie sich versorgen läßt, wenn sie sich nicht bei ihrem Mann in München aufhält, dies beides, obwohl sie zum einen dem Zusammenleben der Geschlechter generell keine Chance einräumt und zum zweiten eben jene

Geschlechter generell keine Chance einräumt und zum zweiten eben jene

„pflegerische" weibliche Rolle, die ihre Mutter ihr gegenüber einnimmt, für sich militant ablehnt. Mit solchen Widersprüchen müsse sie leben, sagt sie.

Der Kritik war „Die Klavierspielerin", obwohl als „hart am Rande der Pornografie" klassifiziert, doch noch das sympathischste von allen Jelinek-Produkten. Die Kassandra der übrigen Bücher ist dem Feuilleton dagegen offenbar eher unheimlich. Lieber macht man sich schon wie im FAZ-Magazin vom Okt. 86 über die aufregende Frage her, warum sich eine radikale Feministin so auffallend schminke. Es charakterisiert Elfriede Jelinek, daß sie selbst auf solche blöden Fragen souveräne Antworten findet: *„Im Grunde, um mich zu vergrößern, genau wie ich in meiner Literatur keine psychologischen Texte schreibe. Ich habe eine Tendenz, die Dinge flächig zu machen und ihnen besondere Konturen zu geben. Das ist ein Entmythologisierungsvorgang. Ich denke mir, dieses Bloßlegen von Strukturen unterliegt demselben Impetus. Ich verändere ja auch die Form der Augen. Ich habe von meinen jüdisch-mongolischen Vorfahren ein leicht slawisches Gesicht. Das betone ich, indem ich die Augen schräger male. Ich betone, um leichter durchzudringen."*

Selbst die linke feministische Kritik wie z.B. die der "Emma" neigt dazu, Elfriede Jelinek in das Image des neurotischen Monsters zu verpacken, das es geschafft hat, die eigene Destrukvitität literarisch zu verkaufen.

Ich, angestoßener Leser, Mann, Redakteur dieser Zeitung einer ehemals neuen kommunistischen Bewegung, der ja auch Elfriede Jelinek entstammt, wollte für den AK wissen, wie sie — zusätzlich zu der von ihr geschilderten Unerträglichkeit der Verhältnisse — dieses Image erträgt. Welche Hoffnungen sie hat, persönliche, weibliche, politische. Ob überhaupt. Warum sie trotz Kritiken Mitglied der KPÖ geworden ist.

Zum Gespräch lud sie mich nach einem gemeinsamen Essen, das sie bezahlt, in das Vorort-Reihenhaus in Wien/Hütteldorf ein. Zwei ineinanderübergehende Zimmer mit weiter Glasfront zu den Hängen des Wienerwaldes hinaus. In einem ein großer schwarzer Flügel, im andern ein cremefarbener Computer, großzügig aufgebaut, Blick frei nach draußen wie vom Cockpit eines Flugzeugs. Ein paar Bücherstapel, ein paar hochsäulige klassizistische Konsolen für ihre Pflanzen, ein Glastisch, ein paar new-wave-gestylte Stahlsessel. Viel Raum trotz baulicher Enge. Kaffee. Etwas zu knabbern. Endlich: Das Gespräch kann beginnen.

Kai Ehlers alias F.

Fortsetzung von vorheriger Seite

formierter sein müßten. In den „Liebhaberinnen" z.B. unterliegen ja die Frauen vollkommen ihrer Illusion eines ganz glücklichen normalen, gesunden Hausfrauenlebens. Von mir wird das aber so geschildert, daß das, was diesem glücklichen, normalen, angepaßten Leben zugrundeliegt, eigentlich der nackte Machtkampf, der nackte Terror, eben unmenschliche Verhältnisse sind. Ich seh mich komischerweise auch gar nicht so sehr neurotisch.

Wie glaubst du, kommt das Bild zustande, das da von dir entsteht?

Das ist mir eigentlich auch nicht ganz erklärlich. Im Gegenteil, da ich eine Arbeit mache, die relativ wenig entfremdet ist im Verhältnis zu anderen Arbeiten, die andere Leute machen, bin ich im Grunde eigentlich sehr gesund. (lacht) Ich wage es kaum zu sagen. Niemand ist gesund von uns, aber zumindest habe ich eben die Chance, mich in meiner Arbeit so weit wie möglich zu verwirklichen. Wer hat denn die schon! Es gibt ja kaum eine weniger entfremdete Arbeit als Kunst zu machen. Im Grunde sind wir in einer unglaublich privilegierten Situation im Vergleich zu den Leuten, die Fließbandarbeit machen oder ähnlich entfremdete, langweilige uninteressante Arbeit. Die müßten alle neurotisch sein. Sind sie ja auch.



Der Traum von Doris Day

Kannst du dir überhaupt Menschen vorstellen, die unter den bestehenden Verhältnissen nicht neurotisch sind? Heile Welt? Harmonische Familienverhältnisse?

Kann ich mir nicht vorstellen, aber ich muß zugeben, da ich aus chaotischen Familienverhältnissen komme, daß manchmal die Illusion einer heilen Familienwelt, wie mir das hier in meiner Umgebung so geboten wird, schon große Sehnsüchte in mir auslöst. Und auch wenn ich weiß, daß mir dieser Weg versperrt ist, ich dann doch

Umgebung so geboten wird, schon große Sehnsüchte in mir auslöst. Und auch wenn ich weiß, daß mir dieser Weg versperrt ist, ich dann doch

manchmal so den Wunsch habe, bzw. früher hatte, in einen Doris Day-Film zu gehen. Mich hat die scheinbare Harmonie dieser Filme seltsamerweise sehr fasziniert. Obwohl ich doch ständig damit beschäftigt bin, diese Tünche abzukratzen, die Fratze, die dahintersteckt zum Vorschein zu bringen, muß ich doch zugeben, daß ich oft den Wunsch gehabt habe, mich selbst einmal dieser scheinbaren Harmonie hingeben zu können, das Leben einer Vororthausfrau mit zwei, drei Kindern zu führen. Das ist schon etwas, womit ich spiele. Es erscheint mir aber so exotisch, wie irgendwelche südseeinsulanischen Ausflüge von Margret Mead.

Das Chaos, von dem du sprichst, waren ja vor allem wohl extreme Widersprüche zwischen großbürgerlichem Katholizismus deiner Mutter und dem jüdisch-proletarischen Herkommen deines Vaters. Das muß ja auf dich zerreißende Wirkung gehabt haben.

Ja, es war der Zusammenprall zweier Welten. Das kann man wirklich sagen. Vater war ja nicht nur jüdisch und proletarisch, sondern auch politisch. Er war ja Sozialist wie sein Vater auch. Es war sozusagen ein ständiges Gezerre um mich als Kind, welche Seite die Oberhand gewinnt, d.h. ich bin zur Fronleichnamsprozession im weißen Kleid gegangen und am 1. Mai mit roten Zopfschleifen zum Mai-Aufzug (lacht). Normalerweise hat sich aber meine Mutter als die sehr viel stärkere durchgesetzt. Mein Vater ist ja auch unter tragischen Umständen geistig umnachtet gestorben. Er ist auch irgendwo — ich will das nicht mythologisieren — schon an den Verhältnissen zugrundegegangen. Jedenfalls hat sich meine Mutter als die Stärkere durchgesetzt. So kann ich sagen, daß der sechsjährige Aufenthalt in einer exklusiven privaten Klosterschule einem tiefere Einsichten in die Klassengesellschaft beschert als einige Sommeraufenthalte bei den „Roten Falken" oder im „Kinderland Junge Garde".

Nach dem Abitur hattest du einen Totalzusammenbruch, bist in der Behandlung mehrerer Psychiater gewesen. Welche Erfahrung hast du daraus gezogen. Kann Psychotherapie Problemlöser sein?

Mir sind halt nach dem Abitur die Sicherungen rausgeknallt. Im Grunde müßte das bei jedem passieren und schon früher passieren, nur die einen passen sich leichter an, setzen der Anpassung weniger Widerstand entgegen. Offenbar war es mir nicht möglich, mich so nahtlos anzupassen. Mein Protest war eben, ein Jahr nicht auf die Straße gehen zu können, aus klaustrophobischen Gründen in kein Verkehrsmittel mehr steigen zu können. In diesem Jahr, in dem ich nur zuhause war, habe ich intensiv zu schreiben begonnen, weil ich zu nichts anderem imstande war. Also gar kein so seltenes Schicksal. Ich habe neulich erst gelesen, daß es — bedingt natürlich durch die wirtschaftlichen Krisenzeiten — immer mehr arbeitslose Akademiker oder Jugendliche, die keine Lehrstelle bekommen , gibt, die auch so reagieren: Schließen sich ein, gehen nicht hinaus, weil sie die verachtungsvollen Blicke usw. der anderen nicht ertragen. Das ist eine vollkommen natürliche Reaktion. Man wundert sich ohnehin, daß nicht ständig viel mehr Leute wahnsinnig werden oder durchdrehen oder Morde begehen. Wo sowas passiert, da sind dann immer nur die Sicherungen rausgegangen.

Bist du wegen deiner jüdischen Herkunft selbst mit Diskriminierung und Verfolgung konfrontiert worden?

Also nicht wie mein Vater, der ja tatsächlich verfolgt war. Die einzigen antisemitischen Anwürfe, die ich erlebt habe, kamen von sozialdemokratischen Funktionären, bezeichnenderweise, auch die einzigen antisemitischen Briefe, die ich je bekommen habe — als Reaktionen auf Sachen, die ich geschrieben habe. (nachdenkliches Schweigen, dann leise) Das ist schon lustig, schon sehr interessant. Einer vor allem, der hat sich deklariert als SPÖ-Funktionär — wenn er es war, ich will es sogar glauben —, der mich als slawische Nutte beschimpft hat. Ich sollte doch zurückgehen. Gerade noch, daß er nicht gesagt hat: Sie haben vergessen, dich zu vergasen. Also wirklich unverstellter Antisemitismus. Mit verschleiertem Antisemitismus habe ich es sehr oft zu tun. Vor dem Waldheim-Wahlkampf haben die sich nicht so herausgetraut. In diesem Wahlkampof haben sie sich sehr wohl herausgewagt.

„Umgekehrtes Prinzip Hoffnung"

„Umgekehrtes Prinzip Hoffnung"

Du lehnst den Zwang zum Positiven, die Forderung, literarische Gesellschaftskritik müsse mit dem Aufzeigen eines Auswegs, einer positiven Utopie verbunden sein, für dich ab. Unterliegt deiner Kritik trotzdem eine utopische Grundhaltung? Hast du Hoffnung, daß eine Gesellschaft anders sein könnte, als du sie schilderst?

Ich weiß nicht genau, wie diese Gesellschaft aussieht, aber natürlich habe ich, seit ich mich überhaupt politisch betätige, schon die Hoffnung auf eine gerechtere Gesellschaft. Alle meine Inhalte zeigen, daß das unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen nicht möglich ist, ausssichtslos ist und implizieren, daß sich die Verhältnisse einfach ändern m ü s s e n. Dann würde ich sicher ganz andere Literatur schreiben, wenn die Verhältnisse sich geändert hätten. Daß sich aber die Frau nicht automatisch befreien wird, selbst wenn die Vergesellschaftung der Produktionsmittel stattgefunden hat, ist auch eine Tatsache. Ich schwanke so: Ein Buch von mir ist eher politisch, eins feministisch. Ich habe das Gefühl, das wechselt sich immer, schon fast dialektisch, ab. Immer wenn ich ein politisches Buch schreibe, habe ich dann sehr stark das Bedürfnis (lacht), ein feministisches zu schreiben.

Siehst du das als Gegensatz?

Ich sehe es überhaupt nicht als Gegensatz. Aber ich sehe sehr wohl, daß die Frau nicht automatisch befreit sein wird, wenn die Produktionsmittel vergesellschaftet sind, sondern daß die Frau immer noch weiter darum kämpfen wird müssen. Vielleicht ist es auch einfach ganz banal so, daß ich, wenn ich mich an dem einen Punkt abreagiert habe, sofort den Wunsch habe, mich auch bzgl. des anderen abzureagieren. Das kommt einfach darauf an, welche Dinge einem im Augenblick die größere Frustration bereiten. Bei „Oh Wildnis, oh Schutz vor ihr!" waren es eindeutig die politischen Verhältnisse, die Entwicklung, die die österreichische Sozialdemokratie genommen hat, die mich dazu gebracht hat, zu versuchen, eine ästhetische Form für die Politik zu suchen. Das hat Jura Soyfer eigentlich zuletzt gemacht. Er hat eine Partei zum Gegenstand eines Romans gemacht. Nur er hat ihn natürlich nicht fertig schreiben können, weil die Nazis ihn umgebracht haben. Aber das hat mich eben sehr gereizt, eine ästhetische Form zu finden, in der man Politik so darstellt, daß sie über ihre leicht verderbliche Aktualität hinaus eben Literatur wird und eine gewisse längerdauernde Gültigkeit bekommt. Im nächsten Text werde ich sicher wieder feministischer werden. Das sehe ich schon kommen (lacht).

Siehst du dich in der Rolle einer Kassandra, einer Mahnerin, einer nicht gehörten Seherin?

Ja (nachdenkliche Pause), so habe ich mich eigentlich noch nicht gesehen. Aber jetzt wo du es sagst! — Da ist schon was dran. Vor allem eine, die auch ziemlich angefeindet wird, denn Kassandra ist das auch nicht gedankt worden. Ich hab immer mehr den Eindruck, daß die Leute das nicht gerne hören. Sie fragen mich immer, wo das Positive bleibt. Sie lassen sich nicht gern deprimieren. Aber ich seh die Zustände nun einmal deprimierend. Auch im Widerspruch zu meiner politischen Überzeugung kann ich leider keinen revolutionären Optimismus aufbringen. Leider nicht. Da gerate ich selbst mit meinen Eigenen, die mir politisch am nächsten stehen, in Konflikt, weil ja auch sie das eigentlich von mir erwarten. Aber ich würde das schon als verlogen ansehen, wenn ich einen Parteieintritt oder eine Politisierung als Rezept ausgeben würde. Diesen Schritt habe ich noch nicht machen können. Vielleicht kommt er noch.

Elfriede Jelinek
Die Liebhaberinnen
Roman

vorwort:

kennen Sie dieses SCHÖNE land mit seinen tälern und hügeln?
es wird in der ferne von schönen bergen begrenzt. es hat einen horizont, was nicht viele länder haben.
kennen Sie die wiesen, äcker und felder dieses landes? kennen Sie seine friedlichen häuser und die friedlichen menschen darinnen?
mitten in dieses schöne land hinein haben gute menschen eine fabrik gebaut. geduckt bildet ihr alu-welldach einen schönen kontrast zu den laub- und nadelwäldern ringsum. die fabrik duckt sich in die landschaft.
obwohl sie keinen grund hat, sich zu ducken.
sie könnte ganz aufrecht stehen.
wie gut, daß sie hier steht, wo es schön ist und nicht anderswo, wo es unschön ist.
die fabrik sieht aus, als ob sie ein teil dieser schönen landschaft wäre.
sie sieht aus, als ob sie hier gewachsen wäre, aber nein! wenn man sie näher anschaut, sieht man es: gute menschen haben sie errichtet. von nichts wird schließlich nichts.
und gute menschen gehen in ihr ein und aus. anschließend ergießen sie sich in die landschaft, als ob diese ihnen gehören würde.
die fabrik und das darunterliegende grundstück gehören dem besitzer, der ein konzern ist.
die fabrik freut sich trotzdem, wenn frohe menschen sich in sie ergießen, weil solche mehr leisten als unfrohe.
die frauen, die hier arbeiten, gehören nicht dem fabrikbesitzer.
die frauen, die hier arbeiten, gehören ganz ihren familien.
nur das gebäude gehört dem konzern. so sind alle zufrieden.
die vielen fenster blitzen und blinken wie die vielen fahrräder und kleinautos draußen. die fenster sind von frauen geputzt worden, die autos meistens von männern.
die vielen fenster blitzen und blinken wie die vielen fahrräder und kleinautos draußen. die fenster sind von frauen geputzt worden, die autos meistens von männern.
alle leute, die zu diesem ort gekommen sind, sind frauen.
sie nähen. sie nähen mieder, büstenhalter, manchmal auch korsetts und höschen.
oft heiraten diese frauen oder sie gehen sonstwie zugrunde. solange sie aber nähen, nähen sie. oft schweift ihr blick hinaus zu einem vogel, einer biene oder einem grashalm.
sie können manchmal die natur draußen besser genießen und verstehen als ein mann.
eine maschine macht immer eine naht. es wird ihr nicht langweilig dabei.
sie erfüllt dort ihre pflicht, wohin sie gestellt ist.
jede maschine wird von einer angelernten näherin bedient. es wird der näherin nicht langweilig dabei. auch sie erfüllt eine pflicht.
sie darf dabei sitzen. sie hat viel verantwortung, aber keinen überblick und keinen weitblick. aber meistens einen haushalt.
manchmal am abend fahren die fahrräder ihre besitzerinnen nach hause.
heim. die heime stehen in derselben schönen landschaft.
hier gedeiht zufriedenheit, das sieht man.
wen die landschaft nicht zufrieden machen kann, den machen die kinder und der mann vollauf zufrieden.
wen die landschaft, die kinder und der mann nicht zufrieden machen kann, den macht die arbeit vollauf zufrieden.
doch unsre geschichte beginnt ganz woanders: in der großstadt.
dort steht eine zweigstelle der fabrik, oder besser, dort steht die hauptstelle der fabrik und jene stelle im voralpengebiet ist die zweigstelle.
auch hier nähen frauen, was ihnen liegt.
sie nähen nicht, was ihnen liegt, sondern das nähen an sich liegt den frauen schon im blut.
sie müssen dieses blut nur noch aus sich herauslassen.
hier handelt es sich um eine ruhige weibliche arbeit.
viele frauen nähen aus halbem herzen, die andre herzenshälfte nimmt ihre familie ein. manche frauen nähen aus ganzem herzen, das sind nicht die allerbesten, die das tun.
in der städtischen insel der ruhe beginnt unsre geschichte, die bald wieder zu ende ist.
wenn einer ein schicksal erlebt, dann nicht hier.
wenn einer ein schicksal hat, dann ist es ein mann. wenn einer ein schicksal bekommt, dann ist es eine frau.
leider geht hier das leben an einem vorbei, nur die arbeit bleibt da.
manchmal versucht eine der frauen, sich dem vorbeigehenden leben anzuschließen und ein wenig zu plaudern.
leider fährt dann das leben oft mit dem auto davon, zu schnell fürs fahrrad. auf wiedersehn!

Was hältst du von der wachsenden apokalyptischen Literatur?

So: Nach Tschernobyl ist kein Gedicht mehr möglich? Wie schon Adorno nach Auschwitz keines mehr für möglich gehalten hat? — Es sind eine Menge Gedichte geschrieben worden. Ich glaube auch nicht, daß Adorno das so gemeint hat. Der hat wohl gemeint, man muß erst recht Gedichte schreiben, obwohl sie eigentlich nicht möglich sind. Wie auch die Günter Anders'sche Position, der sagt: Es ist eigentlich alles verloren. Wir können nichts mehr tun. Wir müssen aber immer noch kämpfen. Also ein umgekehrtes Prinzip Hoffnung, wo man nicht weiß, wofür man kämpft, aber man kämpfen muß. Auf jeden Fall weiß man, daß das Kämpfen vergeblich ist, aber man muß trotzdem kämpfen. Ich meine, wenn man sich in dieser Endzeitstimmung bequem einrichtet, wie mir das bei Lektüre einschlägiger Zeitungen manchmal vorkommt, einfach so ein genüßliches Sich-Wälzen in der Apokalypse und atomarem Schmutz usw., das liegt mir, glaube ich, weniger. Ich bin immer dafür, die Verursacher zu nennen und so zu bekämpfen. Also keine irrationalen ökologischen Kassandra-Schreie. Sehr wohl ein Benennen derjenigen, die Schuld sind. Eine politisierte ökologische Sichtweise.

Politischer Anarchismus

In den „Ausgesperrten" stellst du als letzten Ausweg für die Identitätsfindung der dort von dir dargestellten jugendlichen Gestalten den ritualisierten Mord, die Zerstörung der eigenen Umwelt, die Zerstörung des sozialen Zusammenhangs usw. dar ...

Also, als Ausweg stelle ich es überhaupt nicht dar. Ich stelle einen Fall dar, wo es scheinbar der letzte Ausweg ist oder wo es zwanghaft darin münden muß, wenn Anarchismus eben nicht politisch wird. Es ist fast wie ein politisches Lehrstück. Es sind alle Klassen vertreten. Es ist die Arbeiterklasse, allerdings in Gestalt des Verräters an der eigenen Klasse, es sind zwei Kleinbürgergeschwister und ein Mädchen aus dem Großbürgertum. Es wird einfach gezeigt, wie der Anarchismus des Kleinbürgers, wenn er nicht politisch wird, sich in persönlichem Egoismus und Gewinnstreben, also im stirnerianistischen Sinn von „Der Einzige und sein Eigentum", in individuellem Anarchismus äußert, und daß, wenn es eine gewalttätige Aktion — die werfen ja auch Bomben — betrifft, das Mädchen, das aus der herrschenden Klasse kommt, in seiner kriminellen Energie viel stärker ausufern kann. Das Mädchen kann frei von ökonomischen Ängsten und Zwängen, von den damit verbundenen Aufstiegswünschen und Ehrgeiz agieren, freier als die beiden

chen kann frei von ökonomischen Ängsten und Zwängen, von den damit verbundenen Aufstiegswünschen und Ehrgeiz agieren, freier als die beiden

Geschwister, die ursprünglich eigentlich die treibende Kraft dieser anarchistischen Gruppe waren, dann aber an ihren Aufstiegswünschen in ihrer verelendeten Kleinbürgerschicht scheitern. Das kann eigentlich nur in einer Katastrophe enden — oder in der Anpassung. Was anderes bleibt nicht.

Was meinst du mit Anarchismus, der nicht politisch wird?

Ich will damit — ohne jede Parteinahme — einfach nur abgrenzen von kommunistischen Anarchisten wie Bakunin z.B. Ich benutze den Begriff „politischer Anarchismus" nur als historische Terminologie. Gemeint ist: Nicht-Durchsetzung der eigenen egoistischen Wünsche auf Kosten von Minderheiten, auf Kosten ganzer gesellschaftlicher Gruppen — was ja andersherum der Faschismus ist. Ein Anarchist dagegen muß ja schon ein allgemein gesellschaftliches Ziel im Auge haben, also ein gewaltsames Zustandebringen der Herrschaft der Arbeiterklasse — was ja nur selten in der Geschichte funktioniert hat und auch nicht sehr gut, wie man weiß.

Kannst du dir einen solchen politischen Anarchismus heute vorstellen?

Wenn ich mir die neuen ökologischen Bewegungen anschaue, die in ihrer Verzweiflung immer gewalttätiger werden, kann ich ihn mir allerdings vorstellen. Ich kann mir sogar vorstellen, daß in einer zu hoch technisierten Gesellschaft auf diese Weise ein neues revolutionäres Potential heranwächst, was ich zum Beispiel 68 nicht für möglich gehalten hätte. Diese Entwicklung haben wir wohl alle nicht vorausgesehen, daß sich gerade an ökologischen Fragen ein neues revolutionäres Potential, das nicht unter der Hoheit einer Partei steht, bilden würde. Aber die Entwicklung ist sehr interessant und ich würde nie sagen, daß das abzulehnen wäre.

Dem Müll eine Abfuhr erteilen

Joschka Fischer organisiert den Notstand

Die erste Pflicht eines grünen Ministers, sprach Joschka Fischer im Sommer 85, noch vor seiner Amtseinführung, *wäre es, diese Kluft* (zwischen dem Notwendigen und dem Machbaren; Anm. AK) *zur Mobilisierung zu nutzen, das heißt, das Machbare bis an die Grenzen des politisch und rechtlich Möglichen umzusetzen und gleichzeitig deutlich zu machen, wo die Hauptwiderstände gegen weitere Verbesserungen zu finden sind: bei der Industrie, in regionalen Gremien oder beim politischen Gegner, bei der SPD und den rechten Oppositionsparteien.*[1]

Nach einjähriger Amtszeit mobilisiert der erste grüne Minister der Welt zunehmend gegen sich selbst. Auch bei der Benennung der Hemmnisse und Widerstände gegen seine total neue Reformpolitik wird Joschka Fischer immer ungenauer: Neben den Oberschurken Wallmann, Hoechst und die „seit mehr als 40 Jahren in der Regierungsverantwortung"[2] stehende, vielfach unbewegliche SPD treten mehr und mehr die „schrecklichen Sachzwänge", die „Altlasten" und die Müll-„Beseitigungslücke".

Seine wesentliche Aufgabe sieht Joschka heute darin, im Amt zu bleiben: *Die Leistung der ersten anderthalb Jahre wird vor allem das Überleben sein, weil man uns im wahrsten Sinne kaputtmachen will. Das habe ich damals schon gesagt: Nicht unterzugehen, diese Koalition 1987 wieder bestätigt zu bekommen, das ist die Funktion, die diese Koalition erst mal hat.*[2]

Knietief im Müll

Nach den Schlagzeilen zum hessischen „Müll-Skandal", speziell der „Spiegel"-Enthüllung über „Joschkas Dioxin-Export", sah sich der Hessische Minister für Umwelt und Energie (HMUE) einer „regelrechten Kampagne" ausgesetzt und reagierte über sein Pressereferat mit einem acht Seiten langen Rechtfertigungspapier adressiert an die grüne Basis.

In Hessen besteht eine „Beseitigungslücke" von etwa 2/3 der jährlich anfallenden 300.000 Tonnen Sondermüll. Im übrigen kommt „kein einziges Bundesland ohne Export" aus. Schwerpunkt ist der Müll-Export in die DDR-Deponie Schönberg. Kein schöner Zustand für die hessischen Grünen, vertreten sie doch die *Ansicht, daß bei gleicher ökologischer Eignung die Deponierung im Inland (bei allen Protesten) dem Export in Länder, in denen aufgrund ihres politischen Systems der Protest sich nicht artikulieren kann, vorzuziehen ist.*

Andererseits geht es auch nicht ohne Länder-übergreifenden Müll-Austausch: *Da wir erhebliche Mengen gefährlicherer Abfälle aus anderen Bundesländern annehmen, um sie in die nach bisherigem Standard in Europa sicherste Deponie Herfa Neurode einzulagern, gehen wir davon aus, daß auch uns Deponiekapazitäten in den Bereichen, wo wir aktuelle Engpässe haben, zur Verfügung gestellt werden müssen.* Eine Krähe wäscht eben die andere. Den verantwortungslosen Fundis fällt stattdessen nur die „schöne Forderung" nach sofortigem Stop aller Mülltransporte ein — *angesichts der vorgefundenen Situation würde dies praktisch aber die rot-grüne Landesregierung unter einem Industriemüllnotstand begraben.*

Die eigentlich erforderliche „konsequente Vermeidungspolitik" sei derzeit nicht machbar. Außer „hochqualifizierten Experten" fehlen auch rechtliche Instrumente: *Da hier konkurrierende Gesetzgebung herrscht, liegt der Schlüssel für den Erlaß solcher Gesetze beim Bund.* Das haben wir auch schon mal gehört — wenn Sozialdemokraten über die Schwierigkeit des Einstiegs in den Ausstieg philosophieren. Bis auf weiteres muß noch im Müll gewühlt und geforscht werden. *Anfangen kann man sofort, aber wirkliche Erfolge brauchen Zeit, Wissen, Organisation und Durchsetzungsmacht.*

Nachdem die Giftmüllexporte in die DDR inzwischen gerichtlich untersagt wurden und der für 60 Mio. DM fast fertig gebauten Deponie Mainhausen ebenfalls durch Gerichtsbeschluß die Genehmigungsgrundlage entzogen wurde, müssen neue Geschäftspartner gefunden werden. Mit dem Vorhaben, 10.000 Tonnen dioxinbelastete (an der Nachweisbarkeitsgrenze belastet wie das Ministerium versichert) Filterstäube aus Müllverbrennungsanlagen in Österreich zu deponieren, hatte der Minister dann echtes Pech: *Daß das österreichische Parlament sich während der Verhandlungen der HIM* (Hessische Industriemüll GmbH; Anm. AK) *auflöst, das war nicht vorauszusehen. Als ich von dem Vertragsabschluß erfahren habe, war der Wahlkampf in vollem Gange, da war nichts mehr zu halten, und so ging die Lawine nach bekanntem Muster zu Tale.*[2] Und daß der „Spiegel" aus diesem dann geplatzten Geschäft den Müll-Skandal des Jahres macht, ist natürlich total ungerecht.



Vorbereitung auf den „Beseitigungsnotstand"

Trotz dieser arg am Image kratzenden Panne soll weitergewurschtelt werden. Sich mit der Industrie anlegen? In diese Falle geht Joschka Fischer nicht: *Wir würden Hoechst natürlich einen Gefallen tun, wenn wir ihnen jetzt die Möglichkeit bieten würden, Kurzarbeit durch das von Fischer herbeigeführte sogenannte Abfallchaos einführen zu können.*[2] Stattdessen wenden sich die Wiesbadener „Müllschlucker aus der Dostojewskistraße" (hauseigene Formulierung) an die grünen Müll-Experten aus anderen Bundesländern mit der Bitte um „praktikable Vorschläge". Kennt vielleicht irgend jemand eine noch nicht ausgelastete, halbwegs umweltverträglich Deponie? Nicht praktikabel, weil zu naiv findet man in Wiesbaden den Vorschlag der niedersächsischen Grünen: *Die Industrie dazu zu bringen, ihren Sondermüll in ‚Parkhäusern' unterzubringen, bis Wiederverwertung bzw. schadlose Deponierung sichergestellt werden können, könnte eine Regierung, die sich stark fühlt, vielleicht ja neu vorschlagen.* Wer aber soll das dann kontrollieren? *Das Schwein, der Verantwortliche, ist wieder der Fischer.*

So wie der Ausstieg aus der Atomenergie nur im Einvernehmen mit den AKW-Betreibern machbar ist (Hauff, Dohnanyi), so gilt das Konsensprinzip auch in der Müllvermeidungspolitik. Dies ist der düstere „Ausblick" des Acht-Seiten-Papiers:

Bis zur Entwicklung von umweltverträglichen Vermeidungstechnologien und ihrer wirksamen praktischen Anwendung in der Industrie, bis zur Realisierung neuer, umweltverträglicher Deponien braucht es, wie gesagt noch Zeit. Bis dahin heißt die Alternative: Produktionsstillegung, — weil der Müll nicht wegkommt, oder weitere Flickschusterei bei der Abfallbeseitigung. Das erstere halten wir politisch nicht für realistisch — wir Grüne haben dafür ganz einfach nicht die Macht, und die SPD auch nicht. Dazu wären 90 % nötig. Ein Versuch, z.B. Hoechst an diesem Punkt ‚in die Knie zu zwingen', würde allenfalls damit enden, daß Wallmann hessischer Ministerpräsident wird. Deshalb einen reaktionären Durchmarsch in Hessen zu verantworten und anschließend zuzusehen, wie unsere Skrupel und Umweltprobleme mit dem Polizeiknüppel beiseite gewischt werden, dazu sind wir nicht bereit.

Die Aufforderung zur Geduld und die Warnung vor der noch schlimmeren CDU-Politik, immer wiederkehrende Leitmotive nicht nur dieses Papiers, sind wesentliche Geschäftsgrundlage der hessischen Koalition. Die Sozialdemokraten, aus deren Munde vor allem das Zeit-Argument nach vierzigjähriger Regierungstätigkeit nicht mehr so richtig überzeugend klingen würde, sind dabei in der angenehmen Lage, das Wort an ihren Juniorpartner abtreten zu können. Der ist neu im Geschäft und fühlt sich sogar stark genug, seine links-grünen Kritiker zu beschimpfen. Woraus schöpft der gebeutelte hessische Umweltminister seine Kraft? Aus den Massen natürlich: *Unsere Wähler sind doch viel avantgardistischer als breite Teile unserer Partei, und unsere Wähler werden den Konservatismus Tramperts und Ditfurths, der sich bloß radikal geriert, nicht mitmachen. Die Wähler wollen Bewegung.*[2] Bewegung aber schafft Joschka Fischer: von Wiesbaden und Frankfurt nach Schönberg — und zurück über Hannover nach Herfa Neurode.

Js./ Hamburg

Anmerkungen
1) „Von der Machbarkeit des Unmöglichen. Politische Gespräche über grüne Praxis und grüne Perspektiven" herausgegeben von Sabine Stamer (Junius-Verlag).
2) „Schreckliche Sachzwänge" - Interview mit Joschka Fischer in „Kommune" Nr. 1/1987.





Üble Eskapaden eines grünen MdB

Frechheit siegt! Das muß sich der grüne Bundestagsabgeordnete Reents wohl gedacht haben, als er seine Partei mit dem Antrag konfrontierte, ihm und einer weiblichen Begleitung seiner Wahl einen Honeymoon auf der Vanille-Insel Madagaskar zu spendieren. Er hat seine Pappenheimer und Pappenheimerinnen offenbar richtig eingeschätzt, denn in beispielloser Dreistigkeit verzichtete er von vornherein darauf, halbwegs plausible politische Gründe für sein Vorhaben zu konstruieren. Seine Beschwörungen der „immergrünen" Regenwälder und der vorgeblich tierpflegerischen Gesichtspunkte müssen jedem, der wirklich mit der Dritten Welt aktiv solidarisch ist, die Schamesröte ins Gesicht treiben. Reents' Krokodilstränen über seine ganz persönliche „Betroffenheit" kann man nur als zutiefst verlogen und zynisch kennzeichnen. Noch korrupter und brutalegoistischer geht es wohl nicht mehr. Kein Wunder bei einem „Volksvertreter", dessen dekadente Vorlieben für französische Parfüms und Weine, für mindestens 30 Jahre alten Scotch und für erlesene baskische Kräuterliköre im Lande mittlerweile sprichwörtlich geworden sind.

Als besonders beschämend kommt hinzu, daß dieses im Jetset zwischen Bonn und Hamburgs Schickeriaviertel Eppendorf vor sich hinfaulende Früchtchen der „ökologischen Revolution" den Reihen einer kommunistischen Organisation entstammt, für die er vor einigen Jahren sogar als Verleger und Presseverantwortlicher aktiv war. Aber Reisen mit Damenbegleitung auf irgendwelche Südseeinseln hat man ihm da natürlich nicht bieten können und wollen.

Dem Skandal die Krone aufgesetzt wird durch die Tatsache, daß dem Antrag des grünen „Schnorrerkönigs" von seinen Mitstreitern auch noch stattgegeben wurde. „Eine Hand wäscht die andere", scheint man sich da listig schmunzelnd gedacht zu haben. Lenin hat schon gewußt, warum er einst dazu aufrief, die bürgerlichen Parlamente auseinanderzujagen. „Schwatzbuden", sagte Lenin. „Reisebüro" muß man heute wohl hinzufügen. Es wird dem siegreichen Proletariat nach der sozialistischen Revolution die Wahl schwerfallen, ob man diesen Halunken an die nächste Laterne hängt oder ihn für 20 Jahre in die Fischmehlfabrik nach Cuxhaven schickt.

Willi Dschugasch



Im Wortlaut: Der Antrag des J.R.

Hiermit beantrage ich, mir zum Jahresende eine zweiwöchige Reise nach Madagaskar zu bewilligen.

Begründung: Bei Durchsicht der knapp vierjährigen Reisetätigkeit unserer Fraktion ist mir aufgefallen, daß es bislang keine einzige Reise nach Madagaskar gegeben hat. Mich hat das traurig, wütend und betroffen gemacht, und ich bin nicht bereit, dieses Versäumnis persönlich noch länger mitzutragen.

Offensichtlich herrscht eine Geringschätzung gegenüber diesem Land bis weit in die Reihen der Grünen hinein. Dabei handelt es sich hier um die viertgrößte Insel der Erde mit heute wohl mehr als acht Mio. Einwohnern. Die führende Position Madagaskars in der Weltproduktion von Vanille, seine erloschenen Vulkane, seine immergrünen Regenwälder und die in Madagaskar noch häufig anzutreffende Schleichkatze, wie auch die Tatsache, daß 5% der Madagassen Moslems sind, sind für mich Grund genug, jetzt endlich diesen Reiseantrag zu stellen.

Daß andere in der Fraktion es bislang peinlichst vermieden haben, das Thema Madagaskar überhaupt auch nur anzuschneiden, hängt nach meiner Einschätzung damit zusammen, daß die CDU-Lüge von der Pest an Bord aller Schiffe, die vor Madagaskar liegen, ihre Wirkung auch in unserer Fraktion getan hat. Nach meiner Überzeugung darf man diese Behauptung nicht länger unwidersprochen so stehen lassen, sondern es kommt darauf an, sie durch eigene Erfahrungen zu widerlegen. Dazu bin ich bereit.

Um den Grundsätzen unserer Partei in vollem Umfang Rechnung zu tragen, erkläre ich mich außerdem bereit, mich noch um eine weibliche Beteiligung an dieser Reise zu bemühen.

Ich bitte um Beschlußfassung auf der AFI-Sitzung am 9.12.86.

Schöne Grüße
Jürgen Reents

Außenpolitik alternativ

Innenansichten über eine Moskaureise der GRÜNEN

„Grüner Protest im Kreml. Gegen Atomkraft, für Menschenrechte" — auf diese griffige Formel bringt das „Extrablatt", zentrale Wahlkampfzeitung der Grünen, die jüngste Reise einer grünen Delegation in die Sowjetunion. Der Ausflug dauerte vom 11. bis 14. November; mit dabei waren die Bundesvorstandsmitglieder Lukas Beckmann, Jutta Ditfurth und Norbert Kostede, Annemarie Borgmann für die Bundestagsfraktion und Otto Schily für sich selbst.

Ein inhaltliches Konzept war vorher nicht festgelegt worden. Vier der fünf Ostreisenden (alle außer Annemarie Borgmann) hatten sich ersatzweise darauf festgelegt, alles zu tun, um nicht „als Sprachrohr Gorbatschows" zu erscheinen (N. Kostede in der „Kommune" 1/87). Hatte sich 1983 die Moskau-Touristin Petra Kelly noch mittels beschrifteter Pullover und T-Shirts (mit Parolen zur einseitigen Verschrottung der SS 20, zur Achtung der Menschenrechte und Auflösung des Warschauer Pakts) deutlich sichtbar von ihren Gastgebern distanziert, so schien das den Delegierten von November 86 entbehrlich. Sie verzichteten auf Verkleidung und setzten stattdessen — Zeichen gewachsener politischer Reife? — auf markige, im bundesdeutschen Wahlkampf verwendungsfähige Worte: „*Die Grünen protestieren nicht nur dagegen, daß die Sowjets trotz Tschernobyl ihr Atomprogramm ungebremst durchziehen. Sie brachten auch das Thema Afghanistan zur Sprache und forderten Staats- und Parteichef Gorbatschow auf, die politischen Gefangenen in seinem Land freizulassen. Sie übergaben eine Liste von 18 Frauen und Männern, die seit vielen Jahren aus politischen Gründen inhaftiert oder verbannt sind. Außerdem verlangten die Grünen den in Gorki verbannten Nobelpreisträger Sacharow sprechen zu können*" („Extrablatt").

Gemeinsamkeiten in der Abrüstungsfrage wurden von den Grünen bewußt nicht thematisiert. Zum Gorbatschow-Goebbels-Vergleich von Kanzler Kohl äußerten sie sich erst auf Anfrage ihrer Gastgeber. Zu einigen bemerkenswerten Einzelheiten der grünen Moskau-Reise drucken wir Auszüge aus dem kritischen Reisebericht von Annemarie Borgmann:

(...)

Klar war für mich, daß zum Gebiet Friedenspolitik das Thema „Situation nach Reykjavik, wie kann es weitergehen?" Schwerpunkt sein würde. Dabei hielt ich es für selbstverständlich, das zu vertreten, was Standpunkt der Fraktion, der BAG Frieden ist, was ich anläßlich verschiedener Presseerklärungen und Reden im Bundestag dazu erklärt habe, wohlwissend, daß in Moskau natürlich im Anschluß an die Darstellung der Berührungspunkte unsere weitergehenden Vorstellungen von einseitiger Abrüstung, unsere Vorschläge/Forderungen zum Verhalten der Sowjetunion zum Komplex Menschenrechte/Afghanistan vehement eingebracht werden müßten. Darüber gab es erwartungsgemäß erhebliche Differenzen in der Delegation. Was dazu führte, daß jedes Delegationsmitglied mit seinem „Steckenpferd" die Gespräche zu dominieren versuchte.

Inhaltliche Differenzen:

Offensichtlich wollten einige Teilnehmer (für das Thema Frieden fühlten sich außer mir noch Lukas, Norbert und Otto zuständig) nicht, daß die Gemeinsamkeiten zwischen Grünen und Sowjetunion in der Abrüstungsfrage auch nur benannt würden. Auch das zentrale Thema „Kohl-Äußerungen" sollte von uns aus nicht thematisiert werden.

Nachdem man mir großzügigerweise das Eingangsstatement bei Gromyko zugestanden hatte (mit dem „alten Knochen" war man ja schon im April zusammengetroffen), übernahm Lukas bei Schewardnadse, im Friedenskomitee und bei Dobrynin den Eingangsbeitrag und die Diskussionsführung. Lukas, O-Ton: „Sie kennen unsere Positionen im Bereich der Friedenspolitik. Ich möchte die Gemeinsamkeiten, die wir auf diesem Gebiet haben, politisch in den Vordergrund stellen, aber nicht hier im Gespräch." Das war's dann auch schon zum Thema Gemeinsamkeiten. Dann hagelte es Kritik, Vorwürfe, Forderungen: Paketlösung von Reykjavik schlecht, Junktim SDI schlecht, die Nichteinbeziehung der französischen und britischen Atomraketen gut, aber kein Verständnis dafür, daß Abbau von Mittelstreckenwaffen an Globallösung gekoppelt wird ...

Dieser außenpolitische Kurs wurde von Lukas ohne Abstimmung, ohne Diskussion, ohne Vorgespräche mit uns gegenüber derjenigen Blockmacht eingeschlagen, die von den Grünen im Bundestag mehr denn je als Hoffnungsträger für einen Ausstieg aus der Rüstungsspirale angesehen wird — von allen Menschenrechts- und sonstigen Problemen mal abgesehen. Das kleingeistige Argument, wir würden uns bei Hervorhebung der Übereinstimmungen bzw. Anerkennung der sowjetischen Vorschläge zum Moskauer Sprachrohr machen lassen, zeugt nicht eben von Gelassenheit und politischem Selbstbewußtsein, sondern eher vom Gegenteil,

Auf die (nach dem im Januar zu erwartenden Wahlergebnis mehr denn je) hypothetische Frage von Lukas, wie die Sowjetunion auf einen einseitigen Abzug von Pershing II und Cruise Missile reagieren würde, antwortete Schewardnadse, daß die Sowjetunion mit Sicherheit positiv reagieren würde. Darauf Lukas, O-Ton: „Das heutige Gespräch ist der schwärzeste Punkt in meiner politischen Arbeit ... Wenn die Friedensbewegung das hören würde, würde sie in tiefe Depressionen fallen ..."

Was glaubt Lukas denn? Wenn die Grünen kommen, dann unterbreiten die Sowjets freimütig ihre zukünftigen Pläne? SDI wird ab sofort uninteressant, eine separate Nullösung im Bereich der Mittelstreckenwaffen in Europa unter Nichteinbeziehung der französischen und britischen Atomwaffen wird den Grünen zugesichert? ... Wie verständlich die sowjetische Haltung ist, zeigt gerade jetzt der endgültige Bruch von SALT II durch die USA. Ich möchte wirklich mal wissen, wer hier naiv ist, Lukas oder ich.

Nun zu Ottos Gutsherren-Diplomatie: Otto fühlte sich offensichtlich als *der* Vertreter grüner Außenpolitik. O-Ton Otto: „Den Palme-Vorschlag halte ich für ungenügend, mein Vorschlag einer Europäischen Friedensunion ist ja viel umfassender ..." Nun, er ist so umfassend, daß er in Ottos neuem Buch eine gute Seite ausfüllt — jedenfalls was die konkrete Skizzierung (mehr ist es nicht) dieses Gebildes ausmacht. Die übrigen sechs Seiten „Friedensunion" erschöpfen sich in Gegenwartsanalyse. Ach ja, und dann sind da noch die siebzehn innenpolitischen Bundestagsreden, die so ziemlich den Rest des Buches anfüllen. Und so stellte er in jedem Gespräch ausführlich „seine" Europäische Friedensunion vor, so daß jeder den Eindruck gewinnen mußte, das ist *das* grüne Ei des Kolumbus zur Lösung des Ost-West-Konfliktes (mir ist nicht bekannt, daß dies einvernehmlich grüne Programmatik wäre), anschließend überreichte er sein Buch und ein u.a. von ihm gezeichnetes „Memorandum gerichtet an die Bürgerinnen und Bürger, an gesellschaftliche Gruppen und an die Regierungen aller KSZE-Staaten" (was mir bis dahin unbekannt war und auch der Mehrheit der Fraktionsmitglieder nicht bekannt sein dürfte). Strenge Frage Ottos, nachdem ich am Schluß zweier Gespräche über den Kohl-Patzer meine außenpolitische Rede zu eben dem Goebbels-Vergleich überreicht hatte: „Sag mal, was hast Du denn da eigentlich abgegeben?"

Pressekonferenz in Moskau

Bei der Vorbesprechung war klar, daß nicht alle fünf Delegationsteilnehmer mit einem langen statement zu Wort kommen konnten. Daher einigten wir uns darauf, daß Lukas das Thema Frieden und Abrüstung in 10 Minuten abhandeln und Jutta über die Gespräche zum Thema Atomenergie referieren sollte. Die anderen sollten dann auf die von den Journalisten kommenden Fragen nacheinander Stellung nehmen, so daß jeder zu Wort käme.

Während der Pressekonferenz wurde mir klar, auf welchen Kuhhandel ich mich da eingelassen hatte. Sozusagen noch bevor die Journalisten ausgesprochen hatten, setzten sich Otto und Lukas aufs Mikrofon. Sogar, als die Frage kam, ob bei unseren Gesprächen auch das Newsweek-Interview von Kohl thematisiert worden sei (zu diesem Thema fühlte ich mich nun durch meine Presseerklärungen und Ausführungen im Bundestag wirklich kompetent) ergriff Otto voreilig das Wort und nachdem Norbert Kostede mir erklärte, daß meine Haltung in dieser Frage nicht Konsens sei, mußte er nach Ottos Erklärung noch ungefragt hinzufügen, daß es ja schließlich nicht Aufgabe der Grünen sei, sich für die Kohl-Äußerungen in Moskau zu entschuldigen.

Welche allzubekannte, kleingestrick-



te deutsche Zuständigkeitsgesinnung aus solcher Äußerung spricht, mag jeder für sich entscheiden. Ich empfinde gerade als Deutsche die Notwendigkeit kollektiver Scham — auch und eben für eine so peinliche Existenz wie Kohl — als unverzichtbar.

Es hätte, das muß ich wohl zugeben, *eine* Möglichkeit gegeben, doch noch mit einem Beitrag während der Pressekonferenz durchzudringen: durch eine Kontroverse physischer Art!

Der Brachialo-Flügel in Moskau: mir war elend und zum Kotzen zumute!

Zur allgemeinen Selbstdarstellung der Delegation in Moskau:

Empfang am Flughafen: Jutta verweigert die Annahme eines ihr zugedachten Blumenstraußes, dafür verbittet sie sich kurz vor Gesprächsschluß energisch das Rauchen. Bei den Abfahrten vom Hotel zu den Gesprächen fehlen regelmäßig einzelne, verspäten sich um 10-15 Minuten (wir sind die Grünen, wer ist schon Schewardnadse?). Statt kleiner persönlicher Geschenke (die alle Delegationsteilnehmer von den Sowjets gerne annehmen) überreichen die Grünen pfundweise deutschsprachige Bücher („Wir können doch keine Geschenke machen, die den Konsumtrip fördern!"). Bei der Verabschiedung durch unsere Gastgeber nicken mir meine Mitreisenden aufmunternd zu. Ich soll die Abschiedsworte sprechen. Nein danke!

Auch während des Rückfluges wieder exaltiertes VIP-Getue: Nachdem verschiedene Mitreisende zwangsläufig bemerken, daß sich Grüne im Flugzeug befinden, wird Otto von einem Geschäftsmann um ein Autogramm gebeten — er gibt es bereitwillig. Jutta will ein Autogramm nur gegen die Vorlage von 15 Otto-Autogrammen geben. Otto gibt natürlich dem Mann die 15 Autogramme ... .

Glaubt mir, ich habe mich für das Auftreten der Grünen geschämt!

(...)

Auch bei gutgläubigen Menschen setzt sich ja mittlerweile die Erkenntnis durch, daß die „Pannen", „diplomatischen Entgleisungen" und „Geschmacklosigkeiten" Helmut Kohls wohlkalkuliert sind. Die grünen Husarenritte gen Osten folgen aber nicht nur der gleichen wahltaktischen Logik. Sie offenbaren darüberhinaus — und auch darin unterscheiden sie sich nicht von den Kohl'schen Fettnäpfchen — echte Herzensanliegen. Lukas Beckmann oder Jutta Ditfurth brauchten sich in Moskau nicht zu verstellen: gegen die „Supermächte" und ihr gleichermaßen schurkisches Ränkespiel waren sie schon immer.

Die Sowjetregierung wird natürlich auch weiterhin grüne Delegationen mit offenen Armen empfangen — wen soll man auch sonst überhaupt noch einladen? „*Gorbatschows Partnersuche konzentriert sich auf die blockfreien Staaten und auf die linke und grüne Szene in Westeuropa*", schreibt Norbert Kostede ganz richtig und faßt diese spezielle sowjetische Bündnispolitik in dem hübschen Satz zusammen: „*Kurzum: Roter Bär sucht grünen Gartenzwerg.*" Wobei es vor allem letzteren unfreiwillig immer wieder gelingt, seinem Namen Ehre zu machen.

Js./Hamburg

Schwulengruppen gründen Bundesverband

Die Gründungstagung des Bundesverbandes Homosexualität (BVH) fand nach mehreren Vorbereitungstreffen am 1./2. November in Köln statt. Anwesend waren 200 Vertreter und Einzelpersonen aus städtischen bzw. regionalen Schwulengruppen, studentischen Schwulenreferaten, sowie Vertreter anderer schwuler Verbände (Arbeitsgruppe Homosexualität und Kirche, die DKP-nahe Demokratische Lesben- und Schwuleninitiative, Schwule Jungsozialisten usw.)

Lesben sind in diesem Verband nicht vertreten, da sie bereits einen Lesbenring mit 150 Mitgliedern als Bundesorganisation gegründet haben. Der neue Bundesverband Homosexualität strebt jedoch mit dem Lesbenring eine enge Zusammenarbeit an.

In der Diskussion um die politische Plattform kam es zu einer erneuten heftigen Debatte um die Bewertung von Pädosexualität (hiermit ist die beiderseits einvernehmliche Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern gemeint) und die daraus resultierenden Konsequenzen für das Sexualstrafrecht. Altbekannte Argumente wurden ausgetauscht. Die Pädosexuellen wiesen darauf hin, daß die Bestrafung von Sexualität ein Unding sei, daß lediglich Gewalt und Nötigung strafrechtlich relevant seien. In den Ermittlungsverfahren wegen Pädosexualität komme nur die voyeuristische Frage nach dem sexuellen Akt, die Frage nach Gewalt und Abhängigkeitsmißbrauch sei für den Staat von geringerem Interesse. Überhaupt müßten die Gewaltverhältnisse problematisiert werden. Logische Konsequenz hieraus müsse es sein, daß der zu gründende Bundesverband als ein solches Gewaltverhältnis die Familie angreife.

Andere Redner vertraten, daß es eines Prozesses von hunderten von Jahren bedürfe, bis solche Herrschaftsverhältnisse aufgehoben werden könnten und auch das Tabu von Sexualität mit Kindern gebrochen sei. Der zu gründende Verband solle sich realistische Zielsetzungen geben und nicht eine Fundamentalopposition betreiben, die politisches Handeln erschwere. Nachdem sich die Pädosexuellen mit ihrer Stoßrichtung in der Plattform nicht durchsetzen konnten, zogen sie mit 25 Leuten aus dem Saal. Die Gruppe will nun eine eigene bundesweite Organisation mit dem Namen Netzwerk Sexualität und Herrschaft gründen.

Der Auszug wurde von der Mehrheit der Anwesenden mit Unverständnis aufgenommen, zumal in der Diskussion übereinstimmend von allen erklärt wurde, daß Homosexualität — wie es auch aus der Politischen Plattform des Verbandes hervorgeht — unabhängig vom Alter der Beteiligten zum Gegenstand des Verbandes gemacht werden sollte.

Um die jetzige Gründung des Bundesverbandes Homosexualität richtig würdigen zu können, muß man berücksichtigen, daß es kaum noch Länder in Westeuropa gibt, in denen es nicht nationale Schwulenverbände gibt. Dieser Mangel wurde in der BRD überdeutlich, als im November 1984 im Rahmen der AIDS-Hysterie, von der Bundesregierung ein Gesetz geplant (aber zum Glück nicht verabschiedet) wurde, nach dem es zur Erfassung, Kontrolle und Isolierung AIDS-Infizierter und der strafrechtlichen Verfolgung ihrer Intimkontakte kommen sollte. Hiervon wären in erster Linie Homosexuelle betroffen gewesen, da sie als eine der „Risikogruppen" gelten. Eine Überziehung der homosexuellen Subkultur (d.h. alle Orte wo sich Schwule treffen: Bars, Kneipen, Saunen usw.) mit polizeilichen Razzien, Verboten und anderen Repressalien wären die logische Folge gewesen.

Damals kam aus den Niederlanden eine der ersten Protesterklärungen. Der nationale Homosexuellenverband der Niederlande (COC) bezeichnete die geplanten Maßnahmen in einem Protestschreiben an die Bundesregierung als „skandalös, diskriminierend und ungerecht". Er forderte die Bundesregierung auf, sich an den Niederlanden ein Beispiel zu nehmen. Es kann durchaus sein, daß bei den Autoren des Protestschreibens auch Assoziationen an die deutsche Geschichte wachgerufen wurden.

Der deutsche Faschismus, der die Sexualwissenschaft der Weimarer Republik ausradierte und Zehntausende von Homosexuellen bestialisch umbrachte, war für diese auch 1945 noch nicht zu Ende. Der weiterbestehende Naziparagraph 175 sorgte bis zu seiner „Reformierung" 1969 dafür, daß auch in dem „freiesten Staat, den es je auf deutschem Boden gab" sich kein schwules Leben und erst recht keine Interessenorganisationen entfalten konnten.

Aber auch in der im Rahmen der APO entstandenen neuen Schwulenbewegung zu Beginn der siebziger Jahre gelang es nicht, die regionalen und bereichsweise organisierten Gruppen zusammenzuschließen. Wo nun ein wichtiger Schritt in der Organisierung der Schwulen getan ist, ist dem BVH auch zu wünschen, daß es ihm gelingt, trotz drohender weiterer vier Jahre Oggersheimerisierung von Staat und Gesellschaft ein anhaltendes „perverses Störfeuer" zu eröffnen.

In diesem Sinne: *Schwule Rechte jetzt!*

Ein schwuler Genosse des KB/Gruppe Westberlin

Quelle: Schwulenzeitung „Rosa Flieder", Dez./Jan. 86/87. Insbesondere die Wiedergabe der Diskussion auf dem Gründungstreffen ist dieser Ausgabe entnommen.

Gedenkveranstaltung in ehemaligen KZs

Der Bundesverband Homosexualität ruft auf:

Zur Teilnahme an den Gedenk- und Protestveranstaltungen für homosexuelle und andere KZ-Opfergruppen in den ehemaligen Konzentrationslagern: Bergen-Belsen, Dachau am 11. Januar 1987 um 14.00 Uhr.

Im November 1986 hat die Bundesregierung einen zynischen Bericht über die bisherige Entschädigungspraxis von NS-Unrecht vorgelegt. Skandalös ist, daß die BR die bisherigen Entschädigungsleistungen als „historisch einzigartige Leistung" preist, wohl wissend, daß viele nicht genehme Opfergruppen bis heute weder rehabilitiert sind noch irgendwelche Entschädigungen erhalten haben.

Deshalb rufen wir alle Homosexuellen und andere vergessene Opfer nationalsozialistischer Willkür, sowie alle demokratischen Kräfte zur Teilnahme an den Gedenkveranstaltungen am 11.1.1987 auf.

Vor der Bundestagswahl wollen diese Gedenkveranstaltungen ein Zeichen setzen, daß eine umfassende Entschädigung aller Opfer jetzt erfolgen muß!

Wir werden es nicht zulassen, daß die Bundesregierung auf eine „biologische Lösung" der Entschädigung vertrauen kann!

Bundesverband Homosexualität
c/o Postfach 120 630
5300 Bonn 12
Konto: 34150 bei Integra Spar- und Kreditgenossenschaft e.G., München, BLZ 701 902 00

(aus: Rosa Flieder, Dez./Jan. 86/87)

Erste Aktivitäten des Bundesverbandes Homosexualität

Bislang ist der Bundesverband Homosexualität zweimal an die Öffentlichkeit getreten. Zum einen forderte der Bundesverband eindringlich gesetzliche Grundlagen, um Homosexuelle und andere „vergessene" Opfer der Nazi-Diktatur unbürokratisch und angemessen zu entschädigen.

Hintergrund für diese Forderung war die Hinhaltetaktik zum Ende der Legislaturperiode des Bundestages und das vorhersehbare Scheitern einer Gesetzesinitiative. Wahrscheinlich wird bald der letzte Schwule mit Entschädigungsanspruch dahingeschieden sein, ohne daß er als Verfolgter des Nazi-Terrors anerkannt worden wäre — zynischer kann der Mangel an Geschichtsbewußtsein in der Nachkriegsepoche nicht dokumentiert werden!

Die zweite öffentliche Erklärung des Bundesverbandes richtet sich gegen die Erklärung der Römischen Glaubenskongregation zum Thema Homosexualität. Der BVH-Vorstand sieht darin den Versuch, „das vor allem im Zuge der sexuellen Liberalisierung verlorene Moralmonopol und damit einen Grundpfeiler kirchlicher Macht, zurückzuerobern."

(aus: Rosa Flieder, Dez./Jan. 86/87)

Klaus Jünschkes

Offener Brief an die RAF

(in ungekürzter Fassung)

Am 29. 10. 86 veröffentlichte die taz — gekennzeichnet — eine gekürzte Fassung eines Briefes von Klaus Jünschke an die RAF. Jünschke, z. Zt. im Knast in Diez an der Lahn, verbüßt seit 1972 eine lebenslange Haftstrafe wegen Mitgliedschaft in der RAF. Eine Woche nach Erscheinen des Offenen Briefes distanzierte Jünschke sich auf den taz-Leserbriefseiten mit einem knappen Statement von den taz-Kürzungen: ,,Der Veröffentlichung dieser politisch und inhaltlich verhunzten Version meines Offenen Briefes hätte ich niemals zugestimmt. Ein Freund wird den Brief drucken und ihn über die taz-Wiese allen Interessierten zugänglich machen."

Der nachfolgende Text ist die uns jetzt zugesandte Originalfassung. Die von Klaus Jünschke monierten taz-Kürzungen sind kursiv kenntlich gemacht.

Im übrigen enthält das an den AK gerichtete Begleitschreiben das Angebot, Stellungnahmen zum Offenen Brief bzw. "zur immer wieder neu entstehenden Amnestiediskussion" entweder direkt an Klaus Jünschke oder seine Kieler Kontaktadresse zu schicken:

Klaus Jünschke
Limburgerstr. 122
6252 Diez/Lahn
oder
Dirk Komicz
Trauerweg 60
2300 Kiel 14



Offener Brief
an die Genossinnen und Genossen der RAF:
ich schreibe euch diesen Offenen Brief, weil ihr keinen Briefkasten habt und um der notwendigen öffentlichen Diskussion willen. *Länger schon schreibe ich Briefe an Politiker (CDU und Grüne), nichtöffentlich, weil die im Gegensatz zu euch nicht auf einen Offenen Brief eines Gefangenen reagieren können.*

Ich sag da ungefähr:
Über die Ursachen des bewaffneten Kampfes in der Bundesrepublik, über die Gründe, die dazu führten, wird man sich noch in den nächsten Jahrzehnten streiten. Obwohl es so einfach ist: RAF und 2. Juni waren die ,,Folge der Unfähigkeit dieser Gesellschaft, sich der politischen Kritik (der APO, K.J.) zu stellen und anders als repressiv darauf zu reagieren." (Reinhard Kreissl).
Bei euch weiß man noch besser wo ihr herkommt, wie ihr euch politisiert habt. Ihr kommt mehr oder weniger alle aus den Gruppen, die jahrelang gegen die Isolationshaft protestiert und demonstriert haben. Die endliche Aufhebung und Ächtung dieser Haftform wurde auch wieder im neuesten Jahresbericht von amnesty international gefordert, ich weiß nicht zum wievielten Mal schon. Das ist denen immer wieder zu sagen, die sich heute über die ,,Ursachen des Terrorismus" und seine repressive Bekämpfung auf die bekannt makabre Weise streiten: ächtet endlich die Isolationshaft.
Das andere: es muß für jede/n, der/die in die Illegalität gegangen ist, auch wenn sie/er die schwersten Straftaten verübt hat, auch bei Tötungsdelikten, einen Rückweg zu einem Leben in der Legalität geben, der mit aufrechtem Gang begehbar ist.
Wer eine Wiedereingliederung im Kriechgang will, der will eine Gesellschaft von Kriechern, und das ist allerdings nicht akzeptabel. Wer bereit ist, einem Kronzeugen Straffreiheit anzubieten, auch wenn er gemordet hat, der kann euch das genausogut direkt anbieten, dafür daß ihr aufhört.
Damit würden die Politiker auch ihrer Verantwortung für das, was sich in den letzten Jahren an Anschlägen und Attentaten ereignet hat, gerecht.
Zu euch:
In den zwei Jahren, von 1970 - 1972, in denen die ersten RAF-Mitglieder in der Fahnung waren, hatten wir als Verfolgte noch Sympathien, konnten auch unsere Sympathisanten aus diesem Rückhalt die Stärke beziehen, die es ihnen möglich machte, uns zu helfen. Die ungeplanten und ungewollten zufälligen Schießereien bei Verhaftungsversuchen, bei Personenkontrollen

nen möglich machte, uns zu helfen. Die ungeplanten und ungewollten zufälligen Schießereien bei Verhaftungsversuchen, bei Personenkontrollen

und Banküberfällen, die von uns selbst als Unfälle und Notwehr verarbeitet worden waren, wurden von Teilen der Bevölkerung ähnlich bewertet, selbst wenn es Tote gab. Auch weil es Tote auf unserer Seite gab.
Als wir im Frühsommer 72 fast alle eingesammelt wurden, war das auch nicht unmittelbarer Erfolg dieser damals in der bundesdeutschen Geschichte beispiellosen Großfahndungen. Straßensperren, Fahndungsplakate, Aufrufe, der durch diese Maßnahmen erzeugte Druck, all das machte uns zu schaffen, es war aber nicht das Problem. Was uns schaffte war unsere Offensive, war die Tatsache, daß wir dazu übergegangen waren, bewußt und gewollt Menschen zu töten. Die Bombenanschläge des Frühjahrs 72 gegen amerikanische Hauptquartiere in Frankfurt und Heidelberg, gegen das Springerhochhaus in Hamburg, gegen einen BGH-Ermittlungsrichter in Karlsruhe, gegen Polizeidienststellen in München und Augsburg — diese Bombenanschläge änderten unsere Situation schlagartig. Wir alle konnten die Angst unserer Sympathisanten erleben. Und viele von uns die eigene. Wir konnten damit nicht mehr souverän umgehen. Mit der Entscheidung, Menschen zu töten, war eine Grenzlinie überschritten worden, die uns und unsere Sympathisanten überforderte.
Indem wir uns als Partei in einem weltweiten Krieg gegen die USA definiert haben, haben wir begründet, was wir taten. Tatsächlich hat uns zu Terroristen gemacht, daß wir für die Freiheit und das Glück aller Menschen Menschen getötet und verletzt haben, fast beliebig ausgewählte — ausgesucht vom jeweiligen Detonationszeitpunkt der Sprengkörper. Wer gerade in der Nähe war, den hat es erwischt. Damit hatten wir Angst und Schrecken auch in die eigenen Reihen getragen. Der Zweck heiligt eben nur die Mittel, die ihm entsprechen. (Henry Jacoby)
Konkret haben wir das damals begründet mit der Verminung nordvietnamesischer Häfen und den Bombardements nordvietnamesischer Deiche, später fast nur noch mit der erst im nachhinein bekanntgewordenen Tatsache, daß im Heidelberger Hauptquartier der US-Army Computer durch die Explosion zerstört wurden, mit denen

tier der US-Army Computer durch die Explosion zerstört wurden, mit denen

Bombardements in Vietnam berechnet und dirigiert wurden. Krieg in Vietnam von bundesdeutschem Boden aus.
Wenn die Zerstörung dieser Maschinen wirklich unser Hauptanliegen gewesen wäre, hätten wir diese Computer sicher auch außer Funktion setzen können, ohne Menschen zu töten und zu verletzen. Unsere ohne Zweifel aufrichtige und gut gemeinte Solidarität mit dem vietnamesischen Volk war viel blinder, als wir es später darstellten.
Mit vielen kleinen und großen Lügen machten wir unsere potentielle Basis zu Objekten, und wir verloren sie, indem wir sie so instrumentalisierten. Diese Einseitigkeit ist in eurer Sprachlosigkeit nur größer geworden.
Unsere Vorstellungen von der Entwicklung einer Revolution in der Bundesrepublik waren abgeleitet von der cubanischen Erfahrung. Regis Debray hatte das nach Diskussionen mit Fidel Castro und Che Guevara in dem Buch ,,Revolution in der Revolution" niedergeschrieben. Die sehr lesenswerte Kritik von Debray an der Focus-Theorie und ihren Folgen, die 1975 unter dem Titel ,,Kritik der Waffen" bei Rowohlt erschienen ist, wurde hier leider nie öffentlich diskutiert.
Was in Cuba erfolgreich war, die Schaffung einer revolutionären Situation durch einen Kern entschlossen und intelligent kämpfender Guerillas, war kein Rezept für die Bundesrepublik. Uns ist es jedenfalls nicht gelungen, mit denen, die sich in der Zeit der Außerparlamentarischen Opposition politisiert hatten, eine Aufstandsbewegung zu entwickeln. Als wir verhaftet wurden, waren wir politisch selbst innerhalb der Linken isoliert.
Da war etwas zum Punkt gekommen, was schon in der APO angelegt war, in der RAF nur eine andere Gestalt angenommen hatte als beispielsweise in den verschiedenen K-Gruppen.
In der Bundesrepublik der 60er Jahre, einer Demokratie mit viel zu wenig Demokraten, traf eine Protestgeneration, die noch nicht geworden war, was sie sein wollte, auf ein Establishment und eine Polizei, die auch 20 Jahre nach 1945 noch nicht geworden waren, was die dem Grundgesetz nach sein sollten. Die Verzweiflung, die aus diesen Zusammenstößen resultierte, läßt sich vielleicht am Beispiel des Verhältnisses zur Polizei vermitteln:
Anfangs sah das sehr hoffnungsvoll aus. So hieß es in einer Instruktion zur Spaziergangsdemonstration am 17.12.1966 auf dem Ku-Damm, die von der Kommune 1 und vom SDS organisiert wurde: ,,Um uns nicht zusammenschlagen zu lassen, um nicht die hilflosen Objekte der Aggressivität junger Leute in Polizeiuniform zu sein, demonstrieren wir nicht in der alten Form, sondern in Gruppen, als Spaziergänger, um uns beim Nahen der Freunde von der Polizei zu zerstreuen und an einem anderen Ort wieder aufzutauchen."
Da war noch Spiel in der Konfrontation. Dabei ist es nicht geblieben, wie man weiß.
Ulrike Meinhof im Interview mit der Journalistin Ray 1970: ,,Wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm auseinanderzusetzen."
Wie aus den Zellenzirkularen der 70er Jahre ersichtlich wurde, war Bulle und Schwein neben Ratte und Votze eines der markanten Schimpfwörter geworden, mit dem wir uns zuletzt gegenseitig und unsere Sympathisanten belegten.
Wie ihr heute miteinander umgeht, weiß ich nicht, euren Aktionen nach zu urteilen, kann es nur ähnlich finster sein.
Was Ulrike Meinhof damals der Ray sagte und später zurücknahm, war keine RAF-spezifische Tirade. So sprach damals ein Teil des militanten, gewaltbefürwortenden Spektrums der APO. ,,Pig is pig und pig muß putt." Pig kam aus dem amerikanischen Getto und wurde mit der Identifikation mit dem schwarzen Getto-Widerstand übernommen und über die Identifikation mit den Randgruppen hier, die deutschen Varianten dieser barbarischen Sprache, in der sich die barbarischen Verhältnisse in Gefängnissen und Erziehungsheimen spiegelten.
Diese kaputte Sprache des Gettos hier in der Bundesrepublik als die Sprache einer Avantgarde von Militanten, die einen revolutionären Prozeß einleiten wollten, der diese Gesellschaft umwälzen sollte — eine der unmöglichen Voraussetzungen und Produkte in diesem Unternehmen.
Zweifellos haben alle revolutionären Gruppen — bei denen es auch heute noch sehr beliebt ist, sich gegenseitig und untereinander als ,,Spalter" zu denunzieren — eines geleistet: mit ,,Bulle" und ,,Schwein" und ,,natürlich kann geschossen werden" wurde dieser Polizeiapparat geeint — gegen sie. *Und die Tendenzen in diesen Polizeiapparaten zur Demokratisierung wurden von dieser Sorte Zuwendung geplättet.*
Es war hilflos. Und so dumm sind die Autonomen heute noch, die die Hunsrückdemonstrationen vom letzten Wochenende denunzieren, weil sie Volksfestcharakter hatten, und es Gespräche mit Polizeibeamten gab. Vorstellungen, man könnte diese Gesellschaft ändern, ohne große Teile der Polizei und des Militärs auf seiner Seite zu haben, sind kindisch.
Der Niedergang der APO war daher nicht nur Ergebnis von Resignation und Beschwichtigung. Der Rückzug von dem entwickelten Militanzniveau war nicht nur realistisch, weil es zu wenige waren, die letztlich diesen Polizeiketten gegenüberstanden, es waren auch destruktive Seiten in den eigenen Reihen so unübersehbar geworden, daß es nur noch selbstmörderisch gewesen wäre, so weiterzumachen, ohne das aufgelöst zu kriegen.
Es gab auch andere Aspekte:
Wir waren 1968 Zeugen des Prager Frühlings und des Pariser Mai gewesen, nach dem Obristen-Putsch von 67 in Griechenland haben wir in Massendemonstrationen gegen die Notstandsgesetze und den Völkermord in Vietnam tatsächlich Massen in Bewegung erfahren. Neben allem, was dagegen sprach, hatten wir auch allen Grund zu glauben, daß es in der Bundesrepublik 25 Jahre nach dem Faschismus möglich sein könnte, die Ausgebeuteten und Unterdrückten, die Erniedrigten und Beleidigten in Bewegung zu setzen. Die Lehre unserer Niederlage: die tätige Entwicklung der Massen ist nicht ersetzbar durch Stellvertreterpolitik, und die strategische Stärke der untersten Massen, ihre zahlenmäßige Überlegenheit kann nur zur Geltung gebracht werden, wenn die moralische Stärke des Kampfes sich in seiner Entwicklung nicht in ihr Gegenteil verkehrt. Wir sind darüber im Frühsommer 72 wie Maikäfer vom Baum geschüttelt worden, weil unsere Aktionen im Frühjahr 1972 eben nicht in einem ,,transparenten Zusammenhang zu der Herbeiführung menschenwürdiger Zustände" (Adorno) standen, sondern als Barbarei wahrgenommen wurden, weil sie das auch waren. Wir hatten mit diesen Aktionen, bei denen es zu beliebigen Opfern kommen mußte, das Versprechen gebrochen, das wir uns gegeben haben, als wir in die Illegalität gegangen sind. Keiner von uns war als Terrorist in die Illegalität gegangen. Wir sind dazu geworden.
Dabei hatten wir in der Legalität mit

gangen sind. Keiner von uns war als Terrorist in die Illegalität gegangen. Wir sind dazu geworden.
Dabei hatten wir in der Legalität mit

unseren Initiativen in der Randgruppenarbeit einen Schlüssel schon in der Hand: diese Gesellschaft läßt sich durch die Integration der Randgruppen verändern und nicht über das Abknallen von Spitzen aus Wirtschaft, Politik und Militär.
Die Morde jetzt und in den letzten Jahren sind auch Weigerungen, zur Kenntnis zu nehmen, daß das Konzept Stadtguerilla 1972 gescheitert ist. Sie verlängern dieses Scheitern und verschlimmern die Folgen dieser Niederlage von damals immer mehr.
Es ist verantwortungslos gegenüber euch selbst, gegenüber euren Familien, gegenüber den sozialen Bewegungen, gegenüber der Arbeiterbewegung, gegenüber dieser Gesellschaft, das, was ihr antiimperialistischen Kampf nennt, fortzusetzen. Diese destruktive Praxis macht niemandem mehr Hoffnung auf Freiheit und Glück. Wieviele Menschen wollt ihr noch unglücklich machen?
Je mörderischer ihr zuschlagt, desto härter wird darauf reagiert werden. Trotz aller Dementis identifizieren die meisten Politiker und Strafverfolger soundso Stärke mit Härte, menschliche Größe mit durch ein brutalisiertes Klima erzeugten großen Wahlerfolgen.
Die vergangenen 16 Jahre könnten gelehrt haben, daß der Versuch, diesen Konflikt repressiv zu lösen, die Entscheidung für die Veränderung dieses Staates und dieser Gesellschaft in einen Staat des Ausnahmezustands und eine immer destruktiver werdende Gesellschaft ist. Mir scheint, gerade weil diese Entwicklung so offensichtlich von allen Seiten wahrnehmbar mit einer gewissen Zwangsläufigkeit daherkommt, daß es genau deshalb bei den Verantwortlichen die Neigung gibt, ,,sich davon nicht erpressen zu lassen." Und so wird wider besseren Wissens fortgesetzt das Falsche getan, nicht wenige tun es, weil es ihnen in den Kram paßt. Wo sich eine Endsiegmentalität gegen diese offenkundigen Tatsachen durchsetzt, wird deutlich, wie sehr in unserer Gegenwart unsere Vergangenheit anwesend ist. Dies gilt zweifellos für beide Seiten in diesem Konflikt.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Was eine weitere Esklation bringen wird, hat die italienische Entwicklung gezeigt. Hier kann es nur noch finsterer werden. Wenn es zu einem großen Abräumen der militanten Kerne der verschiedenen sozialen Bewegungen und Widerstandsinitiativen kommt — das macht nur ,,Plopp'', wie das Geräusch eines Steins, der ins Wasser fällt, und diese Gesellschaft geht davon unberührt ihren normalen Gang. Morgens die Massenverhaftungen und abends Dalli, Dalli im TV mit den üblichen Einschaltquoten. Und nicht, weil diese Gesellschaft vorwiegend aus verkommenen und konsumbetäubten Menschen bestünde, sondern, weil ihr mit euren Aktionen auf alles scheißt, was diese Menschen denken und fühlen, werdet ihr in diesen Niederlagen alleingelassen bleiben. Das ist aber nicht mehr eure Sache allein, weil das, was ihr provoziert, mehr angeht als ein paar Dutzend RAF-Genossinnen und Genossen und ihre Helfer. Und macht euch darüber keine Illusionen: weil ihr durch eure Aktionen so attraktiv auf Typen mit Aggressionsproblemen wirkt, habt ihr genügend labile jugendlich gebliebene Erwachsene um euch, die das keine 24 Stunden aushalten, was auf sie zukommt. Auch dafür seid ihr verantwortlich.

Als die amerikanischen Neger unter Führung von Martin Luther King ihren militanten gewaltlosen Widerstand gegen die Rassentrennung aufnahmen, hatte er aus zwei Gründen zur Gewaltlosigkeit aufgerufen: ,,nicht nur, weil er an die Lehren Christi glaubte, sondern auch, weil allein dadurch die Lage der Neger zu ändern war. Wie er einst darlegte, kann gewalttätige Revolution nur gelingen, wenn die Rebellen in der Mehrheit sind oder doch eine beträchtliche Minderheit der Bevölkerung bilden. Im Fall der amerikanischen Neger, die weniger als 12 Prozent der Bevölkerung der Vereinigten Staaten ausmachen und einen verschwindend kleinen Prozentsatz der verfügbaren Waffen besitzten, ist Gewalt selbstmörderisch.'' (Coretta Scott King)

Das ist auch unsere Situation.

Es nicht sehen zu wollen ist unverantwortlich.

Verantwortliches Handeln setzt Selbst-

Das ist auch unsere Situation.

Es nicht sehen zu wollen ist unverantwortlich.

Verantwortliches Handeln setzt Selbsterkenntnis und die Fähigkeit zur Wahrnehmung der Wirkungen der eigenen Handlungen voraus. Beides geht euch ab. Das ist beängstigend. Und ihr wollt dennoch dieser Gesellschaft und den Kräften in ihr, die für menschlichere und menschenwürdigere Formen des Zusammenlebens kämpfen, vorschreiben, wo es längs zu gehen hat. Das ist grotesk. Den politischen Unterricht, den ihr mit euren Genickschußmorden gebt, den hat niemand nötig.

So sind auch die Rechtfertigungen eurer Morde:

Beispiel GI Pimental.

Aus dem Arbeiterkampf (Hamburger Zeitschrift der gleichnamigen Gruppe, immer lesenswert) war dankenswerter Weise zu erfahren, wie ihr das zu rechtfertigen versucht: ,,Wir sagen heute, daß die Erschießung des GI in der konkreten Situation im Sommer ein Fehler war, der die Wirkung des Angriffs gegen die Air-Base und so die Auseinandersetzungen um die politisch-militärische Bestimmung der Aktion, wie der Offensive überhaupt, blockiert hat.'' Das habe ,,die Orientierung der Aktion verwischt und so natürlich — verstärkt dadurch, daß wir die ID-Cart losgeschickt haben, ohne was dazu zu sagen — der Staatsschutzpropaganda und auch einem Haufen Arschlöcher in der Linken die Munition geliefert, den Widerstand an der Erschießung des GI zu spalten, unsere Fehler gegen die Einheit der Revolutionären Front, in der der Widerstand und wir uns im Winter einen entscheidenden Schritt weitergebracht haben, auszuspielen.''

Ihr ermordet einen 20jährigen Amerikaner, von dem ihr nur wußtet, daß er GI war, mit einem Genickschuß, nennt das hinterher einen Fehler, ohne ein Wort des Bedauerns, und prangert gleichzeitig diejenigen, die diese Sorte ,,Politik'' oder ,,Krieg'' ablehnen, als Arschlöcher an.

Da kann einem schon die Spucke wegbleiben.

Trotzdem versucht der Arbeiterkampf, als eine der wenigen Gruppen, die dazu noch bereit sind, die Diskussion zu führen. Er fragt euch, warum es denn überhaupt möglich war, daß ihr so gehandelt habt, wie vorstellbarerweise auch von Faschisten hätte gehandelt werden können? Eure Antwort auf diese Frage steht aus.

Ihr seid dem, was ihr zu bekämpfen vorgebt, zu ähnlich geworden, ihr müßt davon Abstand kriegen, anders könnt ihr solche Fragen nicht beantworten.

Jörg Schröder hat das mal sehr schön formuliert: ,,Man kann das große Wahnsystem nicht mit einem kleinen Wahnsystem bekämpfen.''

Das jüngste Beispiel dafür ist eure neueste Erklärung. Es war ja zu befürchten, daß ihr den ,,Fehler Pimenthal'' mit ,,besseren'' Morden zu korrigieren versucht, statt mit der einzig möglichen Korrektur, der Aufgabe eures bewaffneten Kampfes. Ihr seid dem nicht gewachsen, und nicht, weil ihr dazu nicht ,,gut'' genug seid, sondern weil dem kein Mensch gewachsen sein kann, dieser Falschheit.

Um den Unterschied zwischen Genscher/Wischnewski , d.h. der Bundesrepublik einerseits und den USA andererseits zu bestimmen, bemüht ihr in der Kommando-Erklärung zum Mord an von Braunmühl den ,,Unterschied zwischen den amerikanischen Angriffen auf Libyen und den Einsatz der GSG 9 in Mogadishu.''

Unter den Gefangenen gab es 1977 immerhin noch den Konsens, daß die Entführung der Urlaubermaschine keine legitime Handlung in einem Befreiungskampf sein kann. Das ist jetzt bald 10 Jahre her und auf diese Entführung der Urlaubsmaschine und die Ermordung des Piloten — darauf sollte anders zu reagieren gewesen sein, als durch die Befreiung der Geiseln?

Was waren denn die Voraussetzungen für das, was in der Nacht zum 18.10.1977 in Stammheim passierte und Wochen später mit Ingrid Schubert in München, wenn nicht die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer und die Ermordung seiner Bewacher und die Entführung der Lufthansa-Maschine?

Drei derjenigen, die damals auf der Liste der zu befreienden Gefangenen standen, sind in den Jahren danach aus den Gefängnissen entlassen worden. Drei andere könnten demnächst entlassen werden, weil die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, was die abgesessenen Jahre angeht. Vier sind tot. Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Ingrid Schubert.

Wer hat 1977 die Situation so verschärft, daß es dazu kam? War das allein der Staat?

Das ist heute meine Frage an euch, und nicht die nach ,,Mord oder Selbstmord''. Obwohl es wünschenswert ist, daß alle offenen Fragen zu Stammheim endlich beantwortet werden, auch von euch. Aber es ist doch ein Irrtum zu glauben, daß darüber eine genauere

endlich beantwortet werden, auch von euch. Aber es ist doch ein Irrtum zu glauben, daß darüber eine genauere

Auskunft über diesen Staat und diese Gesellschaft zu erhalten wäre. Die Lebensmittelüberschüsse und der Umgang damit in unseren westlichen und östlichen Industriegesellschaften und der millionenfache jährliche Hungertod in der dritten Welt, das sind doch Auskünfte, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Es sind UNO-Angaben, die Jahr für Jahr bekanntgegeben, daß in der Dritten Welt jährlich mehr Menschen verhungern und an heilbaren Krankheiten sterben als im 2. Weltkrieg insgesamt — über 50 Millionen, Jahr für Jahr.

Ihr schafft weder mehr Bewußtsein und Sensibilität für die globalen Widersprüche, noch bringt ihr die Menschen der Dritten Welt dem Ende dieses Elends näher. Dazu seid ihr zu hochpolitisch, zu sehr vom realen Boden abgehoben, in Höhen, wo Politik nur dreckiges Geschäft ist.

,,Es sind immer nur die vermittelnden und vermittelten Aktionen und Gedanken, die sich massenhaft durchsetzen und verändernd wirken können.'' (Peter Brückner) Und bei emanzipatorischen Zielvorstellungen müssen sie wahrhaftig sein.

18.10.1986

Klaus Jünschke

PS: Ich schrieb diesen Brief nicht, weil Klaus Hartung am 14.10. in der taz in seinem schwachsinnigen Kommentar zum Mord an von Braunmühl u.a. schrieb ,,Die Gefangenen stehen hier in der Pflicht, Stellung zu nehmen.'' Er und die taz hat zu solchen Sprüchen solange kein Recht, solange sie nicht alles dafür getan haben und tun, daß alle Gefangenen erträgliche Haftbedingungen haben und sich frei äußern können.

Am nächsten Tag stand auf Seite 1 der Frankfurter Rundschau im Artikel über den neuen Jahresbericht von amnesty:

,,In Sachen Bundesrepublik kritisierte amnesty außerdem die oft monatelange (in Wirklichkeit jahrelange, K.J.) Isolationshaft von Gefangenen, die terroristischer Aktivitäten verdächtigt wurden. Bei all diesen Gefangenen habe es an kontinuierlicher medizinischer Beobachtung gemangelt, was ,im Blick auf die schädliche Wirkung der Isolation auf die Gesundheit von Gefangenen' dringend notwendig gewesen wäre.'' Im Beitrag der taz zum Jahresbericht von amnesty international fand ich keine Zeile zum Thema Bundesrepublik.

Die unentbehrliche taz hat neben ihren guten noch viel zu viele gemeine, ignorante, dumme und verletzende Seiten.

Konservative Frauenpolitik

Nur neue Propaganda

(Replik auf die Thesen zur CDU in AK 276)

Im Arbeiterkampf 276 stellte B. aus Stuttgart Thesen zur Diskussion der neuen konservativen (CDU-)Frauenpolitik auf. Sie ist der Auffassung, daß es mehr sei als eine plumpe, zeitlich begrenzte Anbiederung in Wahlkampfzeiten, daß die Rechten den Politikbereich ,,Frauen'' in den Mittelpunkt (?) der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gerückt haben. Die Rechten hätten zweierlei erkannt: daß die Frauenfrage zunehmend mit der Lösung der gesellschaftlichen Probleme (Lösung? in wessen Interesse?) verknüpft sei und daß die allgemein gestiegene Anspruchshaltung von Frauen nicht so einfach wieder zurückzuschrauben sei.



Die Ministerin ...

Die Ministerin ...



... und ihr Minister

Die Benutzung der Begriffe Gleichberechtigung, Feminismus und Partnerschaft setze sehr geschickt am Alltagsbewußtsein vieler Frauen an. Insofern kann zumindest von einer ,,plumpen'' Anbiederung nicht die Rede sein, sondern eher von einer geschickten, die für eine massiv gegen die Frauen gerichtete Politik eine solche Wortwahl benutzt.

Die Frage stellt sich natürlich, warum die CDU die Frauen ,,braucht'' bzw. meint, sich so frauenfreundlich gebärden zu müssen.

B. stellt dazu die These auf, daß die Einbeziehung der weiblichen Qualifikationen für die Kapitalseite zur Notwendigkeit werde, wenn sie dem internationalen Wettbewerbsdruck standhalten wolle. Die Umwälzung der Produktionsbedingungen durch die rasche technologische Entwicklung bringe zweierlei mit sich. Einerseits würden mit der Verwissenschaftlichung der Produktion stärker als bisher typische Eigenschaften der Reproduktion, eben sog. ,,weibliche Eigenschaften'' benötigt (,,stärkere Ausprägung kollektiver Aspekte des Arbeitsprozesses, kollektive Aneignung und Vergegenständlichung, aber auch Konfliktabwehr und Altruismus''). Andererseits komme es unter kapitalistischen Bedingungen zur massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen, insbesondere auch von Frauenarbeitsplätzen. Um dennoch eine gesellschaftliche Stabilität zu erhalten, müsse ein bestimmtes Wert- und Rollenverhalten verankert werden. (Wettbewerbslogik nach dem Motto ,,Jeder ist seines Glückes Schmied'').

Zur Bedeutung der „weiblichen Intelligenz" für das Kapital

Während die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen für jede Frau deutlich sichtbar ist, ist überhaupt nicht sichtbar, wo ,,weibliche Qualifikationen'' in der verwissenschaftlichten Produktion gebraucht/genutzt würden. CDU-Worte aus ihren ,,Leitsätzen für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau'' (1985 zum Essener Parteitag) hören sich zwar so gut an wie das Zitat von Irmtraud Morgner: *,,Ohne den Sachverstand und die Kreativität der Frauen kann unsere Gesellschaft die Herausforderungen nicht bestehen, die an eine moderne und humane Industrienation gestellt werden. Die CDU ist davon überzeugt, daß das Ziel einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht nur erreicht werden kann, wennn Frauen auf allen Ebenen und in allen Bereichen an verantwortlicher Stelle mitwirken.''* (Wohlgemerkt: an verantwortlicher Stelle.) Aber real haben diese Worte doch keine Bedeutung. Die ,,Menschenführung alter Prägung'' (Autorität und Hierarchie) mag im modernen Management ,,sanfteren'' Umgangsformen (Selbsterfahrungskurse... für Manager usw.) gewichen sein, die vertuschen, daß Autoritäten und Hierarchien die gleichen geblieben sind. In vielen Branchen nimmt durch die Verflechtung von Unternehmen, die zusätzliche Abhängigkeit der Unternehmen von Computer- und Softwareproduzenten und die zunehmende Aufspaltung der Arbeitnehmer in unbefristet oder befristet Voll- und Teilzeitbeschäftigte, ABM, Leiharbeitnehmer, ungeschützt Beschäftigte usw. die Hierarchie eher zu. Die zunehmende Konkurrenz um die Arbeitsplätze auch in Bereichen hoher Qualifikation auf wissenschaftlich-technischem Gebiet wird eher eine völlige Vereinzelung denn Teamgeist, sog. ,,männliche Eigenschaften'' wie z.B.Ellenbogen-gebrauchen, Sichdurchschlagen, volle Einsetzbarkeit der Arbeitskraft ohne Rücksicht auf familiäre oder andere Belange fördern.

Ist auch in den letzten Jahren der Bildungsgrad allgemein und damit auch der der Frauen gestiegen, sodaß Frauen in Bereiche vordrängen, die ihnen bis dahin verwehrt blieben, so ist doch festzuhalten, daß es nur eine verschwindend kleine Minderheit der ,,weiblichen Intelligenz'' ist und sein wird, die tatsächlich die Chance hat, Karriere zu machen.

Und wenn *,,die weibliche Intelligenz ... für das Kapital in seinem neokonservativen Konzept eine Schlüsselfunktion (hat)''*, ist es doch nicht einleuchtend, daß gerade auf den Karriereposten so wenig Frauen zu finden sind, sei es im Management der Unternehmen, sei es im Hochschul- oder juristischen Bereich, in den Parteien, hier vor allem in der CDU... Lt. einer Studie des Instituts ,,Frau und Gesellschaft'' sind in der bundesdeutschen Industrie von 52.000 Führungspositionen 2.000 mit Frauen besetzt (Süddeutsche Zeitung, ,,SZ'', 5.11.86). Obwohl 40 % aller Studierenden Frauen sind, beträgt der Anteil der Akademikerinnen am ,,Mittelbau'' der Universitäten 11 %, bei den Professorinnen 5-7 %. Die absolute Zahl der Professorinnen sinkt derzeit, während die ihrer männlichen Kollegen steigt. (Lt. ,,Lila Schwarzbuch. Zur Diskriminierung von Frauen in der Wissenschaft''). ,,Lovely Rita'' Süßmuth will die Frauen vor allem auf die neuen technologischen Berufe hinführen. In diesen Bereichen seien die neuen Sachbearbeiter verstärkt Männer, das zeigten schon die ersten Zahlen in der Arbeitsmarktstatistik, und die Frauen würden auf die einfachen, um nicht zu sagen ungelernten Tätigkeiten abgedrängt . (Süßmuth im Interview mit ,,Emma'', Oktober 1985). Und was werden da ein paar Modellversuche an einer sich so entwickelnden Struktur ändern?

Ebensowenig einleuchtend ist, daß heute eine Hochschul-, Bildungs- und Ausbildungspolitik betrieben wird, in der erwiesenermaßen die Mädchen/Frauen als erste aus dem Rennen geworfen werden (Hochschulrahmengesetz, Bafög-Entwicklung, Bevorzugung von männlichen Auszubildenden in den Betrieben usw.), wenn gerade

zukünftig die Einbeziehung der weibli-
gung von männlichen Auszubildenden in den Betrieben usw.), wenn gerade

zukünftig die Einbeziehung der weiblichen Qualifikationen notwendig sein soll.

Wie sieht die Erwerbsarbeit der Frauen aus?

Der größte Teil der Frauen in der Erwerbsarbeit ist mit Automatisierung auch in den Büroberufen, Dequalifizierung ihrer Tätigkeiten durch Computerisierung, wenn nicht Arbeitslosigkeit bedroht/konfrontiert, arbeitet nach den Bedürfnissen des Kapitals: mit flexiblen (Teilzeit-)Tätigkeiten, Kapovaz, Job-sharing, 410 DM-Beschäftigungen ohne Sozialversicherung, zunehmend befristeten Arbeitsverträgen usw.. Arbeitsminister Blüm erklärte vor kurzem, die Erwerbstätigkeit von Frauen habe einen Höchststand in der BRD erreicht, nachdem 85 % der in den Jahren 1984 und 1985 zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze von Frauen eingenommen worden seien (,,SZ'', 19.12.86). Dem steht gegenüber, daß sich das weibliche Arbeitsvolumen (also die Summe aller geleisteten Arbeitsstunden) seit 1976 nur unwesentlich erhöht hat (lt. Ursula Engelen-Käfer, Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit; Frankfurter Rundschau, ,,FR'', 19.7.86).

93 % aller sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Dabei geht der Wunsch nach einem Teilzeitjob bei den Arbeitslosen seit einigen Jahren zurück. Die gestiegene Nachfrage nach einer vollen Stelle führt Engelen-Käfer auf die Tatsache zurück, daß die Gesamteinkünfte der Familie zurückgegangen seien und ein Teilzeitjob der Ehefrau deshalb häufig nicht mehr ausreiche. (,,FR'', 19.7.86). *,,Obwohl sich die Wünsche nach reduzierter Arbeit auf 25 bis 35 Stunden in der Woche konzentrieren''*, liegt lt. einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin *,,das größte Wachstumspotential offenbar nahe bei oder im — nicht sozialversicherungspflichtigen — ,Geringfügigkeitsbereich'''*. Es gibt in der BRD zwischen 3,1 und 3,5 Millionen Teilzeitjobs, zwischen 800.000 und gut einer Million obengenannter Mini-Arbeitsplätze. (,,FR'', 3.1.87).

Dieser Flexibilisierung der weiblichen Beschäftigung steht eine gleichzeitige Flexibilisierung der männlichen Beschäftigung gegenüber — Wechselschichten, Wochenendarbeit, 36 Stunden Arbeit am Wochenende, dafür in der Woche frei, mehrere Überstunden-Wochenschichten, dafür ein paar Wo-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

chen frei, je nach Interesse der Arbeitgeber an der optimalen Auslastung ihrer Produktionsanlagen. Je mehr die Männer derartige Arbeitsbedingungen haben, umso mehr bleiben Haushalt und Kindererziehung Frauensache, und umso mehr sind die Frauen darauf angewiesen, die Beschäftigungsbedingungen des Kapitals anzunehmen.

Nicht die Politik hat sich geändert, sondern die Ideologie

B. betont sehr stark, daß die CDU/die Rechten ihre Politik geändert hätte/n, weil die weiblichen Qualifikationen für die veränderten Produktionsbedingungen notwendig seien und der weiblichen Intelligenz eine Schlüsselfunktion für das Konzept des Kapitals zukomme.

Wichtig scheint mir zu sein, daß die CDU nicht ihre **Politik**, sondern ihre **Ideologie** bzw. **Propaganda** geändert hat, und das nicht, weil sie die Frauen als qualifizierte Frauen in der Produktion braucht, sondern weil ihr sonst sowohl die weibliche Intelligenz als auch die breite Masse der Frauen davonläuft. Es geht darum, die Ideologie der realen Situation der Frauen und dem entsprechend geänderten gesellschaftlichen Bewußtsein anzupassen, gerade ohne dem Kapital einen Strich durch seine Rechnung zu machen, die Frauen als flexible billige Arbeitsmasse einzusetzen bzw. um sie ihm gerade zu erleichtern.

Die reale Situation ist heute, daß nur noch ein geringer Teil der Frauen dem Bild „Kinder, Küche, Kirche" entspricht. Die Feministin Cora Kaplan schrieb 1984, daß *„lediglich fünf Prozent der britischen Haushalte einen männlichen ‚Versorger', eine nicht berufstätige ‚Hausfrau und Mutter' und kleine Kinder aufweisen"* (Cora Kaplan, „Rote Weihnachten", „taz", 24.12.86). In der BRD dürfte der Anteil nicht viel anders sein. Diese „Minderheitenform des Haushalts" (Cora Kaplan) kann demnach nicht immerzu als die Idealform der Familie, wie sie sich die CDU wünscht, propagiert werden.

In einer Zeit, in der über 40 % der Erwerbstätigen weiblichen Geschlechts sind, ist es in der Tat müßig, darüber zu debattieren, ob Frauen zu Hause oder im Berufsleben tätig sein sollen." („SZ"-Kommentar, 21.7.86). Für die Familie gibt es nach Auffassung von Frau Süßmuth keine Zukunft, wenn *„wir nicht die veränderte Lebenssituation und die veränderten Lebensplanungen von Frauen in aller Konsequenz uns deutlich machen und Antworten darauf finden"* („FR", 12.5.86).

Familie gibt es nach Auffassung von Frau Süßmuth keine Zukunft, wenn „wir nicht die veränderte Lebenssituation und die veränderten Lebensplanungen von Frauen in aller Konse-

Schon das bis hin zu den CDU-Frauen selbst verschrieene „Blüm-Papier" (familienpolitische Leitsätze der CDU-Sozialausschüsse) von 1981 hatte sich raffiniert an gewisse „alternative" Modeströmungen angebiedert, um *„den zu erwartenden Mißständen mit einem Arsenal von neuen Wertzuweisungen und Pseudonymen zuleibezurücken"* (AK 213; z.B. in einer Zeit zunehmender Erwerbslosigkeit: „Die Erwerbsarbeit verliert ihren Nimbus. Freizeit gewinnt an Bedeutung.")

Nichts anderes gilt für die neuen Leitsätze der CDU von 1985 und für die CDU-Frauenpolitik seit Geißler und Süßmuth. Auf der materiell-sozialen Ebene hat sich die Situation der Masse der Frauen verschlechtert. Das betrifft die oben beschriebene Entwicklung der Beschäftigungsstruktur von Frauen ebenso wie die Tatsache, daß eine Umverteilung der Sozialleistungen stattfindet. *„Wichtig ist noch festzuhalten, daß der Familienlastenausgleich vor allem über steuerliche Maßnahmen greift, während der Anteil der direkten Transfer-Zahlungen wie Bafög, Kindergeld, Erziehungsgeld abnimmt, was sich zugunsten der einkommensmäßig besser gestellten Familien auswirkt."* (Claudia Pinl, „taz", 6.12.86). Bezugnehmend auf die veränderte Beschäftigungsstruktur meint Claudia Pinl: Die Berufstätigkeit von Frauen in Form von Heimarbeit, sozialer Arbeit, Familienarbeit, unqualifizierter Industriearbeit könne sich die „moderne" CDU sogar und gerade auch für Mütter vorstellen, *„wechselnd zwischen ‚privater' und ‚öffentlicher' Tätigkeit, zwischen entlohnter und nichtentlohnter oder nur gering entlohnter Arbeit.*

Die CDU knüpft dabei geschickt an real vorhandene Bedürfnisse von Frauen an: mehr Durchlässigkeit zwischen Familien- und Erwerbsarbeit, Geld für die bisher ‚unsichtbare' Familienarbeit. Gleichzeitig wird aber durch die Aufrechterhaltung der herkömmlichen Familien und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung die Marginalisierung der Frauen im Erwerbsleben verfestigt. Die lebenslange Berufsarbeit von Männern in den Stammbelegschaften bleibt erhalten. Frauen als Verschiebemasse im Erwerbsarbeitsbereich, als diejenigen, auf deren Schultern die Privatisierung des Dienstleistungsbereichs lastet (Erziehungsgeld statt Förderung kollektiver Formen wie Krippen oder Kindergärten), sind dann Ergebnis einer ***Politik****, die* ***Abhängigkeiten verfestigt bei gleichzeitiger Behauptung des Gegenteils.****"* („taz", 6.12.86; Hervorhebung AK).

Die Offensive der CDU in der Frauenpolitik wird ihr nicht zuletzt leichtgemacht durch eine kaum vorhandene Frauenbewegung, die gegen eine solche „Umwidmung" von Begriffen u.a. aus der Frauenbewegung (die etablierten Parteien machen es mit Entsorgung, Beschäftigungsabwuchs usw. ja genauso) protestieren würde. Während um „Frauen und Macht", Quotierung, Frauen und Karriere usw. diskutiert wird, wo die Frauen sämtlicher Parteien Schwierigkeiten haben, zu beweisen, daß sie die besseren Quotierer sind, um Frauenforschung, „neue Mütterlichkeit", Gentechnologie usw., führt die Diskussion um die ökonomische und soziale Lage der Masse der Frauen eher ein Schattendasein - unter Gewerkschaftsfrauen, in Frauenerwerbsloseninitiativen usw.

Verwiesen sei auf folgende Artikel:

Die sanfte Gewalt der Reaktion — CDU will familienpolitisches Rollback, AK 213, 23.11.81, S. 24f.

Ti Grace-Atkinson: Vom Scheitern der Frauenbewegung — oder: Das Versagen des radikalen Feminismus, „taz", 6.12.86

CDU-Parteitag im Zeichen der Frau — Ist Geißler ein Feminist?, AK 257, 9.4.85, S. 8f.

Claudia Pinl: Die CDU und die Frauen. Zwischen Modernität und Tradition flexibel über die Frauen verfügen — eine Bilanz, „taz", 6.12.86 (Originalfassung in „Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis", Heft 18, Köln 1986)

E., Frauenzelle HH-Eimsbüttel

Verfassungsklage gegen den §218

Das Ziel erreicht?



Franziska Becker/Emma

Im letzten AK zogen wir eine vorläufige Bilanz über die Initiative von Alice Schwarzer für eine Verfassungsklage gegen den § 218. Wir wollen mit dieser Bilanzierung fortfahren, vor allem mit Blick auf die Aussagen der EMMA zu den anstehenden Bundestagswahlen, denn, so hatte die EMMA ja in der September-Ausgabe angekündigt: eine Partei, die keine Verfassungsklage gegen den § 218 einreicht, bekommt unsere Stimme nicht.

Unter der Überschrift „Mehrheit für Verfassungsklage!" stellt die EMMA in ihrer Januar-Ausgabe eine Leserinnenumfrage vor. 84,1% von 1.898 befragten EMMA-Leserinnen sind demnach für eine Verfassungsklage. Davon sind 70,8% für die gänzliche Abschaffung des § 218 und 13,3% für eine Fristenregelung. Gegen den § 218, aber auch gegen eine Verfassungsklage sind insgesamt 15,1% der befragten EMMA-Leserinnen. Damit ist für die EMMA klar: die Basis, zumindest die der Grünen, ist in ihrer überwältigenden Mehrheit für einen offensiven Kampf gegen den § 218, denn gleichzeitig wählen 70,4% der EMMA-Leserinnen die Grünen.

Unter der Fragestellung Parteidisziplin vor Fraueninteresse zieht die EMMA dann vor den Wahlen abschließend Bilanz in Punkto Parteien und § 218. Der SPD und FDP bescheinigt sie, daß es bei ihnen so schwarz aussehe wie bei der CDU/CSU. Unter den insgesamt 3.110 Unterschriften unter das Manifest seien nur 45, die sich als SPD-Mitglieder auswiesen. Die EMMA beklagt auch die Haltung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), die sich gegenüber ihrem Parteivorstand in Sprachlosigkeit übt. Dieser wirbt ja z. Zt. bekanntlich für die Indikationsregelung. Hart ins Gericht geht die EMMA in diesem Zusammenhang auch mit der 1980 von Bonner SPD-Frauen gegründeten „Fraueninitiative 6. Oktober", die, so die EMMA, in Vorwahlzeiten immer in schöner Regelmäßigkeit für die SPD aktiv wird.

diesem Zusammenhang auch mit der 1980 von Bonner SPD-Frauen gegrün-

Hatte die EMMA also anfangs vielleicht noch die Hoffnung gehegt, daß die SPD oder einzelne SPD-Mitglieder sie bei ihrer Initiative unterstützen würden, muß sie nun konstatieren, daß mit dieser Partei nichts (mehr) geht. Damit scheint sich die EMMA vorläufig von der SPD zu verabschieden. Das war nicht immer so. In einem Artikel zum Wahlverhalten der EMMA-Leserinnen (ebenfalls in der Januar-Ausgabe) unter der Überschrift „Darum verliert die SPD die Wahl", stellt die EMMA fest: Die SPD bezahlt die Rechnung für ihre Frauenignoranz. Für die SPD waren die Frauen in den letzten Jahren weniger denn je ein Thema. Nur noch 14,8% der EMMA-Leserinnen wählen 1987 die SPD (1976 waren es noch 68,6%). Der Trend weg von der SPD setzt sich auch bei den EMMA-Redakteurinnen durch, die in der Januar-Ausgabe ein offenes Streitgespräch über die „Qual der Wahl" führen. Bekennen einige, in der Vergangenheit noch SPD gewählt zu haben, schwankt frau jetzt zwischen Grün und Wahlboykott. Dennoch klingt bei Alice leichte Wehmut an: *„Ob die SPD das nun glauben mag oder nicht — eindeutig ist die Tatsache, daß ihr die ‚progressiven' Frauen weglaufen."* (S. 13)

Hoffnungen setzt die EMMA statt in die SPD nun in die Gewerkschaften, von denen ja tatsächlich immer mehr die Streichung des § 218 fordern. Nach Meinung der EMMA sind gerade die Gewerkschaften die einzige gesellschaftliche Kraft, die zunehmend gegen den § 218 Position bezieht. Und sie fragt: *„Werden also die Gewerkschaften zu den Kräften gehören, die wenigstens nach den Wahlen versuchen werden, die SPD in dieser zentralen Frauenfrage in die Pflicht zu nehmen?"* Dies kann aber kaum ernsthaft erwartet werden. Bleibt die Frage, ob es den Gewerkschaftsfrauen gelingen wird, über Beschlüsse hinaus die Gewerkschaften darauf zu verpflichten, mehr als bisher in der Öffentlichkeit gegen den § 218 aktiv zu werden. Bislang ist davon nämlich noch nicht viel zu spüren.

Gewerkschaftsfrauen gelingen wird, über Beschlüsse hinaus die Gewerkschaften darauf zu verpflichten, mehr als bisher in der Öffentlichkeit gegen den § 218 aktiv zu werden. Bislang ist davon nämlich noch nicht viel zu spü-

Zurück zu den Parteien. Nachdem die Auseinandersetzung zwischen der EMMA und den Grünen in den letzten Monaten reichlich eskaliert war, glaubte frau fast, daß die Würfel gegen die Grünen schon gefallen waren. Einige prominente Grüne Frauen hatten sich etwas voreilig und vehement von der Verfassungsklage gegen den § 218 distanziert, andere Grüne Frauen, die das Manifest unterzeichnet hatten, wurden zurückgepfiffen. Die EMMA ihrerseits reagierte darauf auch nicht gerade zimperlich. (s. AK 277) Da erstaunt es doch jetzt, daß die EMMA in ihrer Januar-Ausgabe vor der Wahl recht vorsichtig und differenziert auf die Grünen eingeht: *„Bei den Grünen ist es gemischt: Da sind die 'neuen Nachdenklichen', die das Recht von Frauen auf eine selbstbestimmte Mutterschaft neuerdings wieder offen in Frage stellen. Da sind die Gleichgültigen (Männer), denen die Frage eigentlich egal ist, und die sie nur angehen werden, wenn entsprechend Druck gemacht wird. Da sind die Gegner/innen des § 218, von denen ein Teil für die Verfassungsklage ist, ein Teil dagegen."* Daß das Ja zur Verfassungsklage „quer durch alle grünen Polit-Fraktionen" geht, stört sie nicht. Neben 'Realos' wie Haibach haben jetzt auch 'Fundamentalisten' wie Ebermann das Manifest unterschrieben. Und obwohl von den grünen Frauenorganisationen bisher nur die grünen Frauen aus Niedersachsen und Hessen die Verfassungsklage unterstützen, kann die EMMA zufrieden feststellen: *„Die Taktik einiger, eine wirkliche Diskussion um die Forderung einer Verfassungsklage zu verhindern ('Nacht und Nebelaktion') hat also nicht geklappt. Die Diskussion läuft breit und quer durch die Fraktionen. Zumindest bei den Grünen."*

Eine eindeutige Aussage, ob frau denn nun die Grünen wählen soll oder nicht, trifft die EMMA nicht. Im September hatte sie ja, wie schon erwähnt, angekündigt, die Wahlaussage von der Unterstützung der Verfassungsklage abhängig zu machen. Wohl auch mit Rücksicht auf ihre Leserinnen, von denen rund 70% die Grünen wählen, vermeidet es die EMMA, nun zur Nichtwahl der Grünen aufzurufen. Im Gegenteil, die Grünen kommen vor den Wahlen noch erstaunlich gut in der EMMA weg.

Zumindest bei den Grünen."
Eine eindeutige Aussage, ob frau denn nun die Grünen wählen soll oder nicht, trifft die EMMA nicht. Im September hatte sie ja, wie schon erwähnt,

In dem Schlußresümee zu ihrer Kampagne stellt die EMMA dann fest: Drei Ziele hätte die Kampagne, zwei hätte sie schon erreicht. Erstes Ziel: *„Raus aus der Defensive (wir sind keine Mörderinnen) und rein in die Offensive (wir fordern statt der Gnade das Recht auf Abtreibung)."* Zweites Ziel: *„Die Parteien sollen nicht nur reden, sondern Farbe bekennen, sie sollen endlich wieder handeln."* Drittes Ziel: *„Abschaffung des § 218 oder zumindest die Fristenregelung."* Sie kündigt an, wenn die Parteien nicht handeln, wird sie selbst handeln. Dabei läßt sie immer noch offen, wie das konkret aussehen kann.

Ein so eindeutiges Gelingen ihrer Kampagne, wie es die EMMA konstatiert — zwei von drei Zielen wären erreicht — läßt sich nun u. E. allerdings nicht so einfach festmachen. Zwar ist die Zahl von insgesamt 3.110 Unterschriften unter das Manifest beachtlich und auch eine erneute Diskussion um den § 218 hat Alice Schwarzer zweifellos erreicht. Darin liegt heute vielleicht auch die eigentliche Chance, nämlich stärker als bisher zwischen den diversen Frauenzusammenschlüssen, § 218-Gruppen und § 218-Gegner/inne/n bei den Grünen zu einer Zusammenarbeit gegen den § 218 zu kommen.

S.

Veranstaltungen zum § 218 und Verfassungsklage
— am 19.1. in Hamburg

Veranstaltungen zum § 218 und Verfassungsklage

— am 19.1. in Hamburg im Curio-Haus um 19.30 Uhr mit: Alice Schwarzer (EMMA), Lisa Degener (§ 218-Koordination), Renate Sadrozinsky (Pro-Familia Hamburg) Verena Krieger, Antje Vollmer (Grüne) Moderation: Regula Bott (GAL)

— am 23.1. in Bonn in der Aula Beethoven-Gymnasium um 20 Uhr mit: Alice Schwarzer (EMMA) Lisa Degener (§ 218-Koordination) Marita Haibach (Grüne/Hessen) Rita Werkmeister (Grüne/Frauenreferentin)



Die Ergebnisse von 15 Jahren Besetzung durch die britische Armee: Die sogenannte „Friedensgrenze", die das protestantische vom katholischen Gebiet trennt.

Ein Jahr britisch-irisches Abkommen:
Ein Ende des Alptraums ist nicht in Sicht

Im November 1985 unterzeichneten die britische und die irische Regierung im nordirischen Örtchen Hillsborough ein „historisches" Abkommen, dessen Inhalt und Intention sich wie folgt zusammenfassen läßt: Der Dubliner Regierung wird ein Mitsprache- bzw. Vorschlagsrecht bezüglich Nordirland eingeräumt, das jedoch die alleinige Souveränität Londons unangetastet läßt. Sinn dieses eher symbolischen Mitspracherechtes ist es, Dublin zu ermöglichen, sich gegenüber der katholisch/nationalistischen Minderheit in Nordirland als deren von London akzeptierte Interessenvertretung aufzuspielen. Denn die Unfähigkeit des „konstitutionellen Nationalismus" — repräsentiert durch die nordirische gemäßigt nationalistische SDLP und die Dubliner Regierung —, auf London in Richtung Verbesserung der Situation der Minderheit hinzuwirken, hatte zur Stärkung des radikalen Republikanismus sowie zum Autoritätsverlust des „konstitutionellen Nationalismus" geführt. Desweiteren sollten eine Reihe von Reförmchen die Integration der Minderheit und ihre Anerkennung des nordirischen Staatswesens von britischen Gnaden erlauben. Die Entfremdung der nordirischen Minderheit gegenüber dem Staat und seinen Organen — hier insbesondere den sogenannten „Sicherheitskräften" — wird von der Dubliner Regierung als hauptsächliche Ursache für Gewalt und Instabilität sowie für die Zustimmung, die die IRA erhält, betrachtet. Tatsächlich ist diese Entfremdung jedoch nur Ausdruck weit tiefer liegender Bestimmungsfaktoren, nämlich der imperialistischen Anbindung Nordirlands wie der dort nach wie vor existierenden Apartheidsstrukturen.

Die Londoner Regierung zeigt sich vorrangig an den sicherheitspolitischen Aspekten des „Hillsborough"-Abkommens interessiert, wozu vor allem der Ausbau der Kooperation der „Sicherheitskräfte" beiderseits der inneririschen Grenze zählt. Auf der politischen Ebene erhofft sie sich vom Abkommen eine Spaltung des loyalistischen/protestantischen Blocks und Herausbildung einer modernen und moderateren Fraktion des Unionismus, die dazu bereit ist, mit der „konstitutionell-nationalistischen" SDLP einen „deal" einzugehen. Die Etablierung einer mehrheitsfähigen „interkonfessionellen Mitte" soll London den Rückzug aus dem „Norden" ermöglichen, ohne daß es in dessen Folge zu einer weitreichenden, am Ende auch noch die Republik Irland erfassenden, Destabilisierung kommt. Bislang ist es London jedoch noch nicht gelungen, die nordirischen Protestanten, deren Uhren um ca. 350 Jahre nachgehen, in das 20. Jahrhundert zu ziehen und den aktuellen Erfordernissen des britischen Imperialismus anzupassen.

Zwölf Monate später ...

„Hillsborough" hat nicht, wie es seine süd- und nordirischen Protagonisten versprachen, dem Alptraum der Minderheit ein Ende bereitet. Im Gegenteil: Wie es nicht anders zu erwarten war, hat die sektiererische Gewalt der Loyalisten, die um ihre Privilegien fürchten und von daher auch der kleinsten Reform eine Absage erteilen, seit Unterzeichnung des Abkommens zugenommen. Eine derartige Reaktion stünde zwar auch für den Fall eines tatsächlichen Rückzugs der Briten und einer Auflösung der britsch-nordirischen Verbindung zu erwarten, doch im Falle „Hillsborough" erfolgt die Eskalation loyalistischer Gewalt „für nichts".

Nordirland erlebt seit einigen Monaten die schlimmste Welle sektiererischer Attacken seit 1969, dem Jahr des Ausbruchs des jüngeren Konflikts. Über 400 katholische/nationalistische Familien wurden bislang aus ihren Häusern — in mehrheitlich protestantischen Vierteln oder an deren Rand gelegen — vertrieben, zahlreiche katholische Schulen und Kirchen niedergebrannt, zwölf Zivilisten von loyalistischen Todesschwadronen ermordet. Elf der Opfer waren Katholiken; eine Protstantin wurde ermordet, weil sie einen Katholiken zum Ehemann hatte.

In den Monaten seit „Hillsborough" wurde die britische Regierung lediglich in einer Angelegenheit aktiv, die dokumentiert, daß es sich bei dem Abkommen in erster Linie um einen „Sicherheitspakt" handelt: Entlang der Grenze zwischen dem nordirischen South Armagh und der Republik Irland wurden für die briti-

sich bei dem Abkommen in erster Linie um einen „Sicherheitspakt" handelt: Entlang der Grenze zwischen dem nordirischen South Armagh und der Republik Irland wurden für die briti-

sche Armee bislang fünf gigantische Beobachtungstürme installiert, die eine bessere Überwachung der Grenze, über die ein Teil des IRA-Nachschubs erfolgt und von deren anderer Seite her die IRA auch Operationen startet, zu gewährleisten. Von der dort ansässigen Bevölkerung wird diese Anlagenkette bereits „Hillsborough"-Wall" genannt. Desweiteren wurden im Landesinneren — auf den Hügeln von South Armagh — befestigte Beobachtungsanlagen errichtet, wofür die britische Armee Land konfiszierte. In South Armagh, das auch als „Provo-Land" bezeichnet wird, bewegt sich die Armee bereits seit Jahren aus Angst vor Minen und Heckenschützenattacken vorwiegend mit Hilfe von Hubschraubern.

Keine Realisierung ...

Hingegen ist eine Realisierung der Reformversprechen nicht in Sicht:
— Die „Diplock-Courts", Sondergerichte, die ohne Geschworene tagen und in denen in der Regel ein eingefleischter Unionist (oftmals ehemalige Politiker) als Richter fungierten, bleiben auch fortan bestehen. Selbst der kosmetische Reformvorschlag, die Gerichte zukünftig mit drei Richtern zu bestellen, wurde von der britischen Regierung mit der bereits bekannten Arroganz abschlägig beschieden. Nicht beendet wird auch die Praxis der Kronzeugen-Prozesse, die bisweilen die Form von Massen- und Schauprozessen annehmen. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß erst kürzlich ein Kronzeugen-Prozeß zusammenbrach, da der aussagewillige Kronzeuge sich derart offensichtlich in Widersprüche verwickelte und das Blaue vom Himmel log, daß dem verärgerten Richter nichs anderes übrig blieb, als die Angeklagten wieder auf freien Fuß zu setzen. Daß dies ab und an vorkommt, ist dem Charakter der Kronzeugen, die nach Auffassung liberaler Prozeßbeobachter den Eindruck erwecken, als seien sie einer Gehirnwäsche unterzogen worden, sowie der ausgezeichneten Verteidigung geschul-

Prozeßbeobachter den Eindruck erwecken, als seien sie einer Gehirnwäsche unterzogen worden, sowie der ausgezeichneten Verteidigung geschul-

det.
— Das verhaßte „Ulster Defence Regiment" (UDR) (eine nordirische Einheit der britischen Armee, deren Mitglieder nachweislich über enge Verbindungen zu den loyalistischen Paramilitärs und Terrorkommandos verfügen) wurde weder reformiert geschweige denn aufgelöst, wie dies vor noch nicht allzu langer Zeit auch Forderungen der SDLP entsprach. Auch an der sektiererischen Praxis der Polizei (RUC), die von London und Dublin zur modernen und „unsektiererischen" Polizeikraft gekürt wurde, hat sich seit „Hillsborough" nichts geändert. Die von „amnesty" und anderen Menschenrechtsorganisationen scharf attackierte „shoot to kill"-Politik der RUC — eine an Todesschwadrone erinnernde Hinrichtungspraxis — hat dieses Jahr weiteren vier nationalistischen Jugendlichen das Leben gekostet. In diesem Zusammenhang ist die sogenannte „Stalker-Affäre" von Interesse, die in den Sommermonaten dieses Jahres die Spalten der irischen und britischen Gazetten füllte. Der stellvertretende Polizeipräsident von Manchester, John Stalker, war seitens der Regierung beauftragt worden, den „shoot to kill"-Vorwürfen nachzugehen. Als Stalker einen für die Regierung unbequemen Bericht vorbereitete, der schwere Beschuldigungen gegen Armee, Polizei und Nordirlandministerium enthielt, wurde er mittels der Inszenierung einer Schmierenkomödie seines Postens und des Kommissionsvorsitzes enthoben. Als Hintermann der Schmierenkomödie entpuppte sich John „Göring" Hermon, der Chef der nordirischen Polizei. Laut „amnesty" wurden seit Herbst 1982 34 Nordiren Opfer der offiziellen „shoot to kill"-Politik. 18 der Ermordeten waren nachweislich unbewaffnet, als sie erschossen wurden. Die Exekutionen gingen zumeist auf das Konto einer „Headquarter Mobile Support Unit" (HOMSU) der nordirischen Polizei. Laut „Observer" bestand sie zum größten Teil aus ehemaligen Soldaten, die von Angehörigen der berüchtigten Anti-Terror-Einheit SAS ausgebildet wurden. Verantwortlich für die Sondereinheit, die direkt der politischen Abteilung der Polizei („Special

die von Angehörigen der berüchtigten Anti-Terror-Einheit SAS ausgebildet wurden. Verantwortlich für die Sondereinheit, die direkt der politischen Abteilung der Polizei („Special

Branch") in Belfast unterstand, war RUC-Chef John „Göring" Hermon.

Polizeiführung und Regierung mußten die Veröffentlichung des Stalker-Reports aus zweierlei Gründen verhindern: Zum einen widersprechen die Erkenntnisse Stalkers ganz offensichtlich der offiziellen Propaganda, die die RUC als „unsektiererisch" darzustellen versucht. Von daher mußte selbst Dublin gegen eine Veröffentlichung des Reports sein, da sich die Regierung darum bemüht zeigt, die Minderheit für die RUC zu erwärmen, um so der Entfremdung gegenüber dem nordirischen Staat und seinen ausführenden Organen ein Ende zu bereiten. Zum anderen drohte jeder Versuch, einzelne RUC-Beamte oder gar ganze RUC-Einheiten für ihre Missetaten zur Verantwortung zu ziehen, eine Rebellion innerhalb der Polizei auszulösen, zumindest aber die ohnehin zu registrierende Tendenz der Demoralisierung zu verstärken. Ohnehin sind Mittelbau und Basis der RUC mehrheitlich gegenüber dem „Hillsborough"-Abkommen und Reformen skeptisch bis offen ablehnend eingestellt. Lediglich die in England nach metropolitanen Mustern ausgebildete — einem modernen Sicherheits- und Anti-Terrorismus-Verständnis verpflichtete — Führungsschicht der RUC kann sich für das Abkommen begeistern und begreift dessen sicherheitspolitischen Wert. Der Mittelbau und die Basis sehen sich hingegen durch „Hillsborough" zwischen zwei Stühle manövriert. Einerseits sind sie einer IRA-Offensive ausgesetzt, andererseits verlangt das Abkommen von ihnen, partiell auch die Konfrontation mit den radikalen Loyalisten einzugehen, was ihnen im eigenen Lager den Vorwurf des „Verrats" einbringt. Da die RUC jedoch die „Sicherheitskraft" ist, auf die London bezüglich der Durchsetzung von „Hillsborough" baut, mußte und muß alles unterlassen werden, was die RUC-Mitgliedschaft zusätzlich in Rage bringt oder in die Demoralisierung treibt.

... der Reformversprechen

— Auch auf dem kulturellen Sektor hat sich seit der Unterzeichnung des Abkommens nichts getan. Selbst so eher symbolische Reformen, wie die Legalisierung der irischen Sprache und das Gestatten des Hissens der irischen Fahne, blieben bislang bloße Ankündigungen. Die Loyalisten, in deren Denken Symbole eine enorm große Rolle spielen, sollen nicht unnötig provoziert werden. Die RUC entfernt auch weiterhin die irische Trikolore, wo sie nach Auffassung der „Sicherheitskraft" eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung darstellt. Andererseits sind Nordirlands Republikaner überhaupt nicht darauf angewiesen, daß Dublin und die SDLP ein solches Zugeständnis für sie erringen. In Belfast und Derry tragen zahlreiche Straßen bereits Namensschilder in gälischer Sprache, was auf die Eigeninitiative der Bewohner zurückgeht. Ebenso sieht mensch hier auf Häuserdächern immer wieder die Trikolore flattern.
— Die soziale Diskriminierung der katholischen/nationalistischen Min-

der Bewohner zurückgeht. Ebenso sieht mensch hier auf Häuserdächern immer wieder die Trikolore flattern.
— Die soziale Diskriminierung der katholischen/nationalistischen Min-

derheit wurde durch „Hillsborough" nicht vermindert. Ein Beispiel dafür, wie die sektiererische Praxis der Subventionsvergabe auch noch in den 80er Jahren funktioniert, liefert die Belfaster Werft Harland & Wolff. Auf dieser Werft sind fast ausschließlich Protestanten beschäftigt, sie gilt als Hochburg des militanten „working-class"-Loyalismus. 1979 erhielt Harland & Wolff Subventionen in einer Höhe von 291 Millionen britischen Pfund, während die Thatcher-Administration — gemäß ihrer monetaristischen und marktwirtschaftlichen Philisophie — gleichzeitig erhebliche Einschnitte bei den Sozialleistungen etc. vornahm, die gerade die nordirischen Unterschichten hart trafen. 1980 forderte der „Economist", die Subventionen für Harland & Wolff einzustellen: Es handle sich genau betrachtet um Unterstützungsleistungen für militante protestantische Arbeiter, die in einem Industriezweig beschäftigt seien, der ansonsten überall untergehe. Doch die konservative britische Regierung betreibt bezüglich Harland & Wolff auch weiterhin eine staatsinterventionistische Praxis. Harland & Wolff ist hier die Ausnahme von der Regel. Mit 7.269 britischen Pfund wird jeder Arbeitsplatz in diesem Unternehmen jährlich subventioniert. Zum Vergleich: In der britischen Schiffbauindustrie beträgt diese Summe 3.359 Pfund, also weniger als die Hälfte, Harland & Wolff kommt zudem bevorzugt in den Genuß von staatlichen Rüstungsaufträgen.

War das „Hillsborough"-Abkommen innerhalb der Minderheit zunächst auf mehrheitliche Zustimmung gestoßen, so ist die anfängliche Euphorie mittlerweile einer weit verbreiteten Ernüchterung und Skepsis gewichen. Viele Katholiken mußten zu der Auffassung gelangen, daß damit die Einführung von Reformen verbunden war und die Architekten des Abkommens der Minderheit Schutz vor der loyalistischen Reaktion bieten konnten. Das Wahlergebnis, daß die SDLP im Januar 1986, zwei Monate nach Unterzeichnung des Abkommens, errang, dürfte wohl in die Annalen als das beste dieser Partei eingehen. War es schon damals nicht gelungen, Sinn Féin entscheidend zu distanzieren und in die Knie zu zwingen, so zeichnete sich bereits wenige Monate später anläßlich von Nachwahlen im Raum Enniskillen ein Trend zugunsten des radikalen Republikanismus ab.

Dennoch findet das Abkommen bei Teilen der Minderheit noch immer eine gewisse Zustimmung. Diese Zustimmung lebt nicht von reformerischen Veränderungen, sondern ausschließlich von der begrenzten Konfrontation zwischen Polizei und radikalen Loyalisten. Am Verhältnis der Polizei gegenüber der Minderheit haben die Auseinandersetzungen zwischen der RUC und militanten Loyalisten allerdings überhaupt nichts geändert. Zudem läßt sich das Vorgehen der RUC in Sachen militanter Loyalisten mit der polizeilichen Praxis in den katholischen Vierteln noch immer nicht vergleichen. Aber die Reaktion der Loyalisten und die begrenzte Konfrontationspolitik der Polizei suggerieren, daß an dem Abkommen vielleicht doch „etwas dran" ist.

Faschistischer Terror

Die Loyalisten sehen sich damit konfrontiert, daß die britische Regierung — ihrer Rebellion zum Trotze — am Abkommen festhält, wenngleich nur hinsichtlich dessen sicherheitspolitischer Inhalte. Ihr Verhalten wirkt zuweilen irrational bis absurd: Sie rebellieren gegen ein Abkommen, das bislang noch nicht die kleinste Reform zum Ergebnis hatte, sondern immer offensichtlicher ausschließlich der Bekämpfung ihres Hauptfeindes, der IRA, gilt. Doch für die Loyalisten ist das, was Dublin und London vereinbart haben, noch nicht ausreichend.

Vor einigen Wochen hoben die „Democratic Unionist Party" (DUP) -Führer Ian Paisley und Peter Robinson sowie der Sprecher des „Ulster Clubs' (eine Basisorganisation des Anti-„Hillsborough"-Widerstandes), Alan Wright, eine neue Organisation mit dem Namen „Ulster Resistance" aus der Taufe. 3.000 Loyalisten hatten sich zu diesem Anlaß in der Belfaster Stadthalle versammelt. Die Konstituierung der faschistischen Bürgerwehr erfolgte unbehelligt von den staatlichen Organen. Auch dies hat Tradition: Obgleich unter dem Deckmantel der größten paramilitärischen Organisation „Ulster Defence Association" (UDA) Todesschwadrone operieren, die sich „Ulster Freedom Fighters" nennen, blieb der legale Status der UDA bisher unangetastet. Die Formierung der „Ulster Resistance" ist ein loyalistisches

Todesschwadrone operieren, die sich „Ulster Freedom Fighters" nennen, blieb der legale Status der UDA bisher unangetastet. Die Formierung der „Ulster Resistance" ist ein loyalistisches

Signal der Eskalationsbereitschaft. Es ist das erklärte Ziel der „Ulster Resistance", „die wahren Feinde — Sinn Fèin und IRA — zu zerstören".

Die IRA hat sich gegenüber dem faschistischen Terror bisher eher zurückhaltend gezeigt. Ein wesentliches Motiv hierfür ist die Furcht, sich durch ständige Vergeltungsaktionen auf eine Konfliktebene zu begeben, wo die Auseinandersetzung nicht mehr primär zwischen der IRA und den offiziellen „Sicherheitskräften", sondern zwischen der republikanischen Guerilla und den loyalistischen Paramilitärs verläuft. Eine derartige Auseinandersetzung würde vom britisch-irischen Disput ablenken und zudem den Eindruck eines „Religionskrieges" erwecken. andererseits steht die IRA vor dem Problem, daß ihre Reputation Schaden nehmen würde, wenn sie dem loyalistischen Terror nicht Einhalt gebietet und der „community" nicht den notwendigen Schutz gewährleistet. Bisher beschränkte sich die IRA gegenüber den loyalistischen „Paras" auf defensive Operationen. Auch der Fall Bingham steht noch in diesem Zusammenhang. Im September exekutierte die IRA John Bingham, Anführer der „Protestant Action Force"-Todesschwadrone im Belfaster Shankill-Bezirk. Die „Provos" bezichtigten Bingham, Hintermann jener sektiererischen Morde zu sein, die seit „Hillsborough" die katkolischen/nationalistischen Enklaven im Norden Belfasts in Angst und Schrecken versetzen. In einer Erklärung stellte die IRA klar, daß die Tötung Binghams nicht Auftakt einer sektiererischen „tit for tat"-Kampagne sei, sie sich andererseits jedoch das Recht vorbehalte, auch in Zukunft Führer des loyalistischen Untergrundes zu exekutieren, sofern deren Verantwortung für die Ermordung katholischer Zivilisten erwiesen sei.

dsm

Jerusalem: Konflikte in der Altstadt

Wiederum ist in Israel die Debatte über das aufgeflammt, was sich möglicherweise hinter dem Begriff vom „Jüdischen Untergrund" verbirgt. Mit dem verstärkten (Aus-)Bau von Siedlungen im seit dem Juni-Krieg 1967 besetzten Gebiet des Jordan-Westufers, formierte sich in Israel eine von den etablierten Parteien unabhängige rechte bis rechtsradikale Bewegung. Besonders sind zu nennen die Siedlerorganisationen „Gusch Emunim", bekannt u.a. durch Rabbi Levinger aus Hebron/Kirjat Arba und die offen faschistische „Kach" von Meir Kahane. Offene Ohren und eine gewisse Breite finden sie in einigen Kreisen, in denen strenge Religiosität und anti-arabischer Chauvinismus sich durch die Regierungspolitik nicht mehr genügend vertreten sehen.

Weit über die Parole „Araber raus" (aus dem von Gott verheißenen Großisrael) hinaus gingen 1980 die Bombenattentate gegen die der PLO-Mitgliedschaft verdächtigten Bürgermeister der größten Westuferstädte Hebron und Nablus. Die damalige Tätergruppe, der auch weitere ähnliche Aktionen zugerechnet werden, wurde als „Jüdischer Untergrund" bezeichnet. Nach Enthüllungen und einer wahrhaft nationalen Debatte wurde deutlich, daß für die Mehrheit der Israelis ein derartiges Agieren unakzeptabel ist, da es gegen die Humanität oder zumindest gegen staatliches Recht verstößt. Einige Täter wurden zu drei Jahren Haft verurteilt. Ob das „Untergrund"-Netz gänzlich aufgedeckt wurde, steht dahin.

Die aktuelle Diskussion läuft seit zwei Monaten. Anlaß sind die Racheakte nach dem Mord an dem jüdischen Jeschiwa-(Religions-)studenten Elijahu Amedi am 15. November 1986 in der arabischen Altstadt von Jerusalem.

Aufgrund ihrer Geständnisse, Amedi erstochen zu haben, wurden drei 20-22jährige Palästinenser aus Jenin Ende Dezember zu lebenslanger Haft verurteilt. Die drei, die angegeben haben sollen, der PFLP anzugehören, stellen die Tat als Vergeltung gegenüber an Arabern verübte Repressalien dar (Jerusalem Post — Internationale Ausgabe, 3.1. 1987).

Die durch die israelische Besatzungspolitik sowieso angespannte Situation auf dem Westufer erfuhr in Jerusalem in den letzten Jahren zusätzliche Verschärfung. Der Erwerb einiger Häuser im arabischen Teil der Altstadt für offen nationale/religiöse Zwecke förderte die — ab und zu gelobte — friedliche Koexistenz zwischen Palästinensern und Juden nicht. Der seit 1967 wieder aufgebaute jüdische Altstadtteil hingegen findet vergleichsweise auch bei arabischen Bewohnern Akzeptanz.

Gruppen von Studierenden der „Schuvu Banin Jeschiwa", der auch Amedi angehörte, trieben ihren Haß auf Araber über verbale Attacken hinaus zu körperlichen Angriffen gegen Bewohner der Nachbarschaft. Hier konnten sie auch im angrenzenden neuen jüdischen Viertel „abtauchen"". Nach dem Tode Amedis steigerten sie und andere ihre Überfälle auf arabische Altstadtbewohner. Mehrere durch Brandsätze verwüstete Wohnräume und Ladentüren und einige Verletzte sind Höhepunkte einer Welle der Gewalt. Währenddessen fanden mehrere Gedenk- und Anklagekundgebungen in der Straße statt, in der Amedi umgebracht wurde. Die größte versammelte über 150 Menschen. Polizei-, Grenzpolizei- und Armeeinheiten sicherten den Ort über acht Stunden massiv ab und ließen dadurch kleine Ansätze von Protesten rasch verstummen. So wie sicher nicht alle Kundgebungsteilnehmer den genannten rechten Gruppierungen angehörten, so bekundeten auch religiöse und orthodoxe Juden Solidarität mit verfolgten Arabern, wenn sie z.B. eine Gruppe Araber, die vor der Gewalt hatten fliehen müssen, bei ihrer Rückkehr eine Woche darauf demonstrativ begleiteten.

Die Hetzaktionen der jüdischen Rechtsradikalen konnten einerseits unter den Augen von Polizei und Armee stattfinden, stießen aber andererseits auch auf Ablehnung und teilweise Verurteilung durch Repräsentanten des öffentlichen Lebens und der Medien. In diese Situation hatte die Dachorganisation „Schalom achschaw" (Frieden jetzt) eine Kundgebung vor den Altstadtmauern setzen wollen. Sie ließ jedoch davon ab, als Bürgermeister Kollek der gereizten Stimmung wegen davon abriet. So waren es nur kleinere Aktionen der jüdischen und arabischen Linken, wie „Jesch Gwul" (Es gibt eine Grenze) und „Campus", die öffentlich Stellung gegen Repression und Besatzung bezogen. Nach weiteren Ereignissen (s.u.) protestierte auch die KP, „Rakach", in größeren Kundgebungen im Norden des Landes. Hervorzuheben sind die Streiks der Ladenbesitzer und anderer Bewohner der Altstadt an mehreren Tagen sowie die vielen späteren Demonstrationen in fast allen Orten des Westufers und des Gazastreifens. Last not least muß die mutige arabische Presse im annektierten Ost-Jerusalem genannt werden.

In einer israelischen Kabinettsrunde wurde u.a. mit Vertretern der Polizei über die Lage gesprochen. Einer der Jerusalemer Polizeichefs, Kraus, befürchtete noch schärfere Ausschreitungen gegen Araber, da seinen Hinweisen nach in einigen Jeschiwot (Religionsschulen) Waffen versteckt würden. Zu Hausdurchsuchungen wurde erst nach fast drei Wochen geschritten, nachdem eines Nachts drei Männer in einem Auto vor einer Polizeikontrolle flüchteten und danach mit Explosivmaterial gefaßt wurden. Der Fahrer, der kurzzeitig in Gewahrsam blieb, und die anderen gehören den ins Auge gefaßten Schulen an. Die Durchsuchungen der Schuvu Banim Jeschiwa und der Jeschiwa auf dem Zionsberg erbrachten keinerlei Funde — nur etwas Handgemenge und den Besuch Kahanes vor Ort.

Mittlerweile gibt es für die palästinensische Bevölkerung neue wichtige Ereignisse, die Kämpfe im Libanon zwischen der schiitischen Amal und PLO-Kräften. Es gab Demonstrationsversuche, zuerst in Bir Zeit, der größten palästinensischen Universität. Dabei wurden zwei Studenten (aus Gaza) erschossen. Zwei weitere Jugendliche wurden nahe eines Flüchtlingslagers bei Nablus in den folgenden Tagen ebenso Opfer der Armee.

In allen Fällen hat nach amtlicher Version Notwehr bestanden; die Soldaten hätten sich, wie vielerorts, vor Steinewerfern sichern müssen. Nach Warnschüssen seien die Vier bei gezielten Schüssen auf die Beine tödlich getroffen worden.

Bald darauf hieß es von Seiten der untersuchenden Behörden, die Soldaten hätten in Bir Zeit die Todesschüsse nicht abgegeben, da sie andere Munition verwenden als die, die die Studenten tötete. Tage später stellt sich heraus, daß ein Soldat zwar der Schütze war, er aber privat als Begleiter eines israelischen Siedlers in Notwehr geschossen habe.

Dazu muß man wissen, daß viele Soldaten auch außer Dienst Waffen tragen, es daneben verschiedene bewaffnete Wächtergruppen gibt und es Westufersiedlern zusätzlich erlaubt ist, Waffen zu tragen.

Durch mehrere Ereignisse fühlen sich die Rechtsradikalen ermutigt. Ein älterer orthodoxer Jude wird Mitte Dezember, vermutlich von zwei Arabern, in West-Jerusalem mit einem Messer schwer verletzt. Eine Aktion, die umgehend von vielen palästinensischen Persönlichkeiten, so auch vom Herausgeber der im arabischen Teil Jerusalems erscheinenden Zeitung „Al Fadjr" (Die Dämmerung) verurteilt wurde. Nur Tage später wird ein bemerkenswert mildes Urteil gegen einen Planer der „Terroristischen Organisation", die die oben erwähnten Attentate ausführte, gesprochen. Ira Rappaport, der nach Jahren des Exils in den USA kürzlich nach Israel zurückkehrte, wurde vor einem Jerusalemer Gericht nur noch zu 30 Monaten Gefängnis verurteilt, weil u.a. seine zuvor geleistete Gemeindearbeit für ihn spreche.

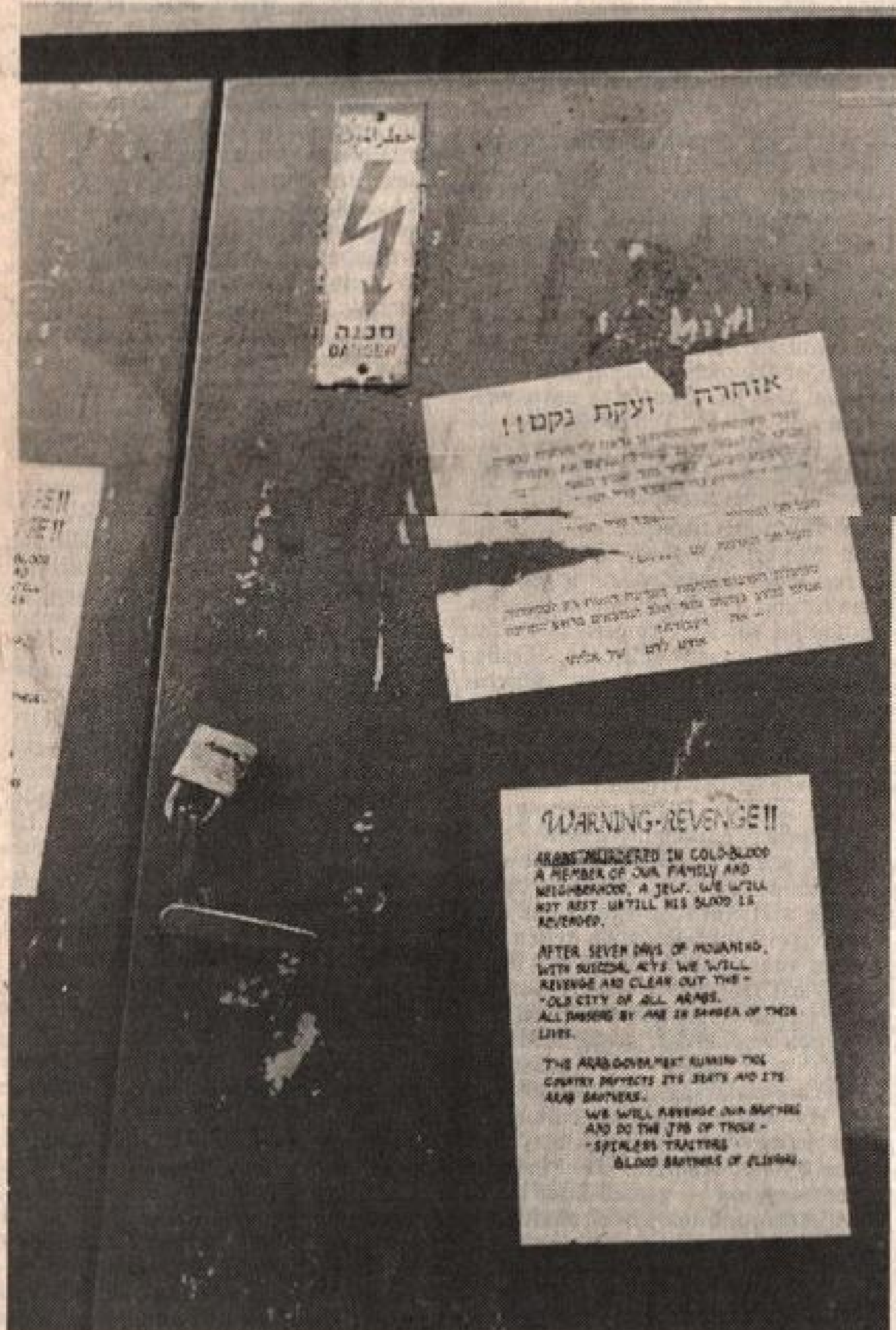
Entgegen internationalen Abmachungen wird zur selben Zeit Frankreich die Auslieferung des israelischen Staatsbürgers W. Nakasch, der vor vier Jahren in Besancon einen Araber ermordete, verweigert. Nakasch beruft sich darauf, aus politischen Gründen gehandelt zu haben. Dagegen haben es arabische Zeitungen schwer, wenn sie tatsächlich einen oppositionellen Kurs halten wollen. Eine Zeitung ist noch verboten, der Herausgeber einer anderen ist gerade deportiert worden, und „Al Fadjr" durfte um die Jahreswende für zwei Wochen nicht erscheinen.

Die Kach Meir Kahanes schickte inzwischen an die Adresse jüdischer Linker, die sich im vergangenen November mit PLO-Vertretern in Rumänien getroffen hatten, Leichenwagen und ähnliche „Aufmerksamkeiten" (FR 6.1. 1987). Für die deutschsprachige israelische Zeitung „Israel Nachrichten" war es trotzdem schon am 25.12.1986 klar: „Es gibt keinen jüdischen Untergrund".

Was in Israel noch legal oder schon Untergrundtätigkeit ist, vermag ich im Moment nicht zu beurteilen, genauso was möglicherweise über die Hände von staatlichen Stellen gehen mag. Als nicht wirksam genug wird sich jedenfalls eine Beschneidung der parlamentarischen Möglichkeiten des rechtsextremen Abgeordneten Kahanes erweisen, wie sie die „Jerusalem Post" nahelegt.

Eine wirksame Kontrolle rechtsradikal gewirkter Gruppierungen wird möglicherweise so lange auf sich warten lassen, wie die Änderung der offiziellen Politik gegen die Palästinenser.

N.



„WARNUNG — RACHE!! Araber ermordeten kaltblütig ein Mitglied unserer Familie und Nachbarschaft, einen Juden. Wir werden nicht ruhen, bis sein Blut gerächt ist. Nach sieben Tagen der Trauer werden wir mit selbstmörderischen Akten Rache üben und die Altstadt von allen Arabern säubern. Alle Passanten sind in Lebensgefahr. Die arabische Regierung (gemeint: die Regierung Israels — Anm. AK) dieses Landes schützt ihre Sitze und ihre arabischen Brüder. Wir wollen unsere Brüder rächen und die Arbeit dieser rückgratlosen Verräter tun. Blutsbrüder von Elijahu"

(Dieses Plakat wurde im November und Dezember 86 — in einer englisch- und einer hebräischsprachigen Version — in der Jerusalemer Altstadt angeklebt.)

Foto: AK

NATO-Truppen im Irak?

Türkisches Eingreifen im Golfkrieg wird vorbereitet

Von der bundesdeutschen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, wird im NATO-Staat Türkei offen über einen Einmarsch türkischer Truppen im Nordirak diskutiert. Die International Herald Tribune veröffentlichte ein Scenario in vier Punkten, das sich in der türkischen Hürriet (5.11.86) folgendermaßen liest:

„*1. Der Iran wird die irakische Verteidigung durchbrechen.*
2. Bevor die iranischen Truppen Kirkuk erreichen, wird die Türkei in den Irak eindringen.
3. Die UdSSR wird der Türkei drohen.
4. Die USA wird zur Verteidigung der Türkei und der Erdölanlagen in Kirkuk die schnellen Eingreiftruppen ins Land schicken ..."

Hintergrund solcher Scenarios ist die aktuelle Entwicklung im Golfkrieg, die lang gehegte Expansionswünsche der Türkei nun realisierbar erscheinen lassen: Die Stadt Kirkuk, etwa 200 km südlich der türkischen Grenze gelegen, ist wirtschaftlich und strategisch wichtig wegen ihrer Erdölanlagen (die bedeutendsten des Irak überhaupt). Dort wird auch Petroleum für die Türkei raffiniert, das über eine irakisch-türkische Pipeline nach Dortyol am Golf von Iskenderun fließt. Diese Erdölleitung quer durch Kurdistan war mehrfach das Ziel von Angriffen der irakisch-kurdischen Guerilla, die ihrerseits vom Iran unterstützt wird. Aktivitäten „kurdischer Separatisten" hat die Türkei wiederholt zum Anlaß für militärische Aktionen im Nordirak genommen (zuletzt die Bombardierung mehrerer kurdischer Dörfer im August).

In der Türkei wird in den Medien massiv das Bild vermittelt, die türkische Sicherheit sei unmittelbar bedroht. Nachdem der Iran erklärt hatte, auch Kirkuk zum Ziel militärischer Aktionen zu machen, und die iranische Nachrichtenagentur IRNA die Einigung von Barzanis PDK-Irak und Talebanis PUK im Kampf gegen die irakische Regierung bekannt gegeben hatte, kündigte die Türkei an, sie werde die Erdölleitung auf jeden Fall schützen. Gleichzeitig erscheinen in der Presse „historische" Artikel, nach denen Kirkuk sowieso der Türkei angehöre und sehr viele Türken dort lebten.

Die Hoffnung, auf diese Weise aus dem Golfkrieg Kapital schlagen zu können, ist alt: Schon am 15.7.83 meldete der New Statesman, Ankara wünsche von Washington „*freie Hand, in den Irak zurückzukehren und die Kontrolle der Ölfelder von Kirkuk zu übernehmen, falls die Bagdader Regierung Saddam Husseins stürze*". Mittlere US-Beamte, so der New Statesman damals, schlössen nicht aus, daß solche Vorschläge weiter oben geprüft würden.

Es ist unwahrscheinlich, daß über die türkischen Ambitionen nicht auch auf der 32. Tagung des NATO-Rates gesprochen wurde, die just im November in Istanbul stattfand. Der der politischen Kommission vorgelegte Bericht betonte jedenfalls die wachsende strategische Rolle des Südostens der Türkei angesichts der Entwicklungen in Syrien und im Iran. Die Stellungnahme des bundesdeutschen SPD-Abgeordneten und Berichterstatters der politischen Kommission des Nordatlantikpakts, Peter Corterier, kann jedenfalls nur als Ermunterung an die Türkei begriffen werden. Auf die Frage der Milliyet (15.11.86), ob es möglich sei, daß die NATO aufgrund der jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten ihren „*Verantwortungsbereich*" ausdehne oder ihre bisherige Strategie verändere, antwortete Corterier: „*Es ist nicht ausgeschlossen, daß die NATO ihre Grenzen erweitert oder verändert. Das heißt aber nicht, daß die NATO durch Probleme außerhalb ihrer Mitgliedsländer nicht beeinträchtigt würde. Allerdings gibt es keine feste Strategie der NATO gegenüber dem Nahen Osten. ... Gerade in den Fragen bezüglich des Nahen Ostens fällt der Türkei von der Sache her eine besondere Verantwortung zu.*"

J./KB Freiburg

Informationen aus: Türkei-Depesche 12/86 und türkei-information Nr. 21

Über die Rolle der Polizei in Nicaragua

Interview mit der Chefin der „Policia Sandinista"

Was bringt einen Linken, einen Teilnehmer an einer der bundesdeutschen Arbeitsbrigaden für Nicaragua dazu, sich als Souvenir seiner schweißtreibenden Solidarität, ein Uniformhemd der sandinistischen Polizei mit in die Heimat zu nehmen und stolz zur Schau zu tragen. (Und das ist keine erfundene Geschichte!) Wir kennen Polizei durch Knüppel und Reizgase, als observierende Zivis oder Under Cover-Agents, sagen wir als das Gegenteil von „Freund und Helfer". Wie stehen wir aber zum polizeilichen Apparat eines revolutionären Landes? Was wird anders an einer Polizei, wenn sie sich sandinistisch nennt? Was ist die Funktion einer Polizei innerhalb eines revolutionären Prozesses?

Wir haben aus der Zeitschrift „Pensamiento Propio" (1) ein Interview mit der Polizeichefin Nicaraguas, Doris Tijerino, übersetzt. Das Interview läßt vieles offen und es ist sicherlich in Rechnung zu stellen, daß es sich um eine Selbstdarstellung handelt und somit einige Aspekte einer kritischeren Hinterfragung würdig wären. Aber es ist einer der wenigen Texte überhaupt, die es zum Aufbau und Konzept der Polizei in Nicaragua gibt.

Der Polizeiapparat ist ein Mittel zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und damit Faktor zur Stabilisierung staatlicher Macht. Dies ist in Nicaragua nicht an- Der Polizeiapparat ist ein Mittel zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und damit Faktor zur Stabilisierung staatlicher Macht. Dies ist in Nicaragua nicht an-ders als in anderen Ländern. Entscheidend zur Einschätzung sind die Fragen, *wer* diese Macht in den Händen hält und *wie* sie *wem* gegenüber aufrechterhalten wird. Tijerino äußert sich in dem Interview zu dieser allgemeinen Funktion der Polizei nicht. Einige Aspekte erscheinen uns jedoch unterstreichenswert und erlauben diese Schlußfolgerungen:

— Tijerino reduziert den Aufgabenbereich der Polizei und sieht den Schwerpunkt polizeilichen Handelns in der Regelung des Straßenverkehrs.

— Tijerino sieht Kriminalität als Folge sozialer Probleme, die mit *sozialpolitischer*, nicht mit *polizeilicher* Prävention zu lösen sind. Im Gegensatz zu bundesdeutschen Polizeikonzepten bspw. wird die Polizei nicht zu einem „Hüter der gesunden Gesellschaft", sondern der reduzierte direkte Zuständigkeitsbereich führt zu einer Zusammenarbeit der Polizei mit anderen gesellschaftlichen oder politischen Organisationen, wie bspw. INSSBI (2) oder AMNLAE (3). Siehe im Text das Beispiel zur Prostitution.

Was die Zusammenarbeit der Polizei angeht sind uns zwei weitere Aspekte wichtig:

— Die Polizisten sind im Durchschnitt sehr jung. Die Polizei als Ausdruck der Erwachsenengeneration, die gegen jugendliches Protestverhalten vorgeht ist für Nicaragua undenkbar.

— Und schließlich ist es die Tatsache selbst, daß mit Doris Tijerino die sandinistische Polizei als einzige der Welt eine Frau zur Chefin hat. Warum soll man dies nicht programmatisch nehmen?

Alles in allem entspricht die sandinistische Polizei nicht dem bild eines Polizeiapparates, den man von einem Land im Notstand und im Kriegszustand erwartet. Daß dem nicht so ist, liegt u.a. auch an einer klaren Arbeitsteilung im MINT (4), in das neben der Polizei noch die speziellen Truppen (bewaffnet) und der Staatssicherheitsdienst eingegliedert sind.

Die Sandinisten übernahmen aus der Somozazeit, als die Nationalgarde als Repressionsorgan gleichzeitig Militär, Sicherheitsdienst und Polizei verkörperte, ein schwere Erbe. Ihr Ziel war, eine neue, andere Polizei zu schaffen. In Nicaragua bleibt die Polizei weiterhin Instrument zur Bewahrung der staatlichen Gewalt. Jedoch ist sie kein Repressionsorgan, d.h. sie verteidigt diesen Staat nicht gegen das eigene Volk. Von ihrem Selbstverständnis und ihrer Organisationsstruktur her ist sie Teil der bewaffneten Volksmacht.

Doris Tijerino wurde 1965, als Studentenführerin in die FSLN aufgenommen. Sie arbeitete eng mit Carlos Fonseca zusammen, Gründer der FSLN. 1968 wurde sie in die Nationale Leitung aufgenommen. Zwischen 1967 und 1978 fiel sie viermal in die Hände der Somozisten und erlitt Folter und Gefängnis. Nach der Besetzung des Nationalpalastes 1978 wurde auch sie aus den Kerkern Somozas befreit. Nach dem Sieg der Revolution begann sie in der Abteilung für internationale Beziehungen der FSLN zu arbeiten und 1980 wechselte sie ins Innenministerium über. Dort übernahm sie 1985 die Führung der Sandinistischen Polizei (Policia Sandinista).

U.+U.

Welche Erfahrungsgrundlage hatte die FSLN in Bezug auf Rolle und Funktion der Polizei nach dem 19. Juli 1979?

Doris Tijerino: Im geschichtlichen Gedächtnis des nicaraguanischen Volkes gibt es nur die Nationalgarde, die in jeweils verschiedenen Uniformen aufgetreten ist, um die verschiedenen Aufträge der Diktatur zu erfüllen. Wir hatten keine, sagen wir, Polizeikultur, wie in anderen Ländern, in denen die Polizei vom Militär und vom Sicherheitsapparat getrennt ist. Wir mußten also recht erfinderisch sein.

Lassen wir die Geschichte beiseite. Welche Bedürfnisse und welche Erfahrungen waren ausschlaggebend für den Aufbau der sandinistischen Polizei?

Nach dem Sieg der Revolution war die sandinistische Polizei ein Gebot der Stunde. Es gab ja den Straßenverkehr, es gab den Handel, die Vergnügungszentren und es gab Probleme. Das alles mußte geregelt werden. So war es not- sandinistische Polizei ein Gebot der Stunde. Es gab ja den Straßenverkehr, es gab den Handel, die Vergnügungszentren und es gab Probleme. Das alles mußte geregelt werden. So war es not-wendig, eine Polizei zu organisieren. Auf welcher Erfahrungsgrundlage? Schlicht auf gar keiner! Bis zu diesem Moment waren wir Guerilleros, die in militärischen Zusammenstößen mit der Diktatur ein gewisses Entwicklungsniveau erreicht hatten. Das hat aber überhaupt nichts zu tun mit den Aufgaben einer Polizei. Klar, wir wußten, zu den Funktionen der Polizei gehört die Verkehrsregelung, die Ausgabe von Lizenzen für dies und das, und die Kriminalitätsbekämpfung, also all das, was mit öffentlicher Ordnung zu tun hat. Von dieser allgemeinen und einfachen Erkenntnis her, begannen wir, die Polizei aufzubauen.

Die Polizei und das EPS waren die ersten Einheiten, die aus den bewaffneten Kräften hervorgingen. Im August 1979 war die sandinistische Polizei bereits ins Leben gerufen. Sofort daraufhin begannen wir die Erfahrungen anderer Länder zu untersuchen, zum Beispiel Panama hatte eine entscheidende Mitwirkung.

Man sagt, nach dem ersten Jahr habe es eine radikale Wende in der Polizei gegeben ...

Das war ganz normal. Jeder Organismus macht Reinigungsprozesse durch. In unserem Fall war es folgendermaßen: Wer 1979 zur Polizei kam, hatte keine Ahnung, was auf ihn zukam. Heute hingegen wissen die Leute, was in der Polizei gemacht wird. Und wir haben viel Wert darauf gelegt, daß der Großteil unserer Jugendlichen technisch und beruflich ausgebildet wird. Es genügt jetzt einfach nicht mehr, nur Polizist sein zu wollen, sondern man muß auch als Polizist ausgebildet sein.

Wie ist die sandinistische Polizei heute zusammengesetzt?

Unsere Arbeit stützt sich auf die direkte Teilnahme der Massenorganisationen in Form der Freiwilligen Polizei (Policia Voluntaria) und dem Gebäude- und Objektschutz (Cuerpo de Protección Fisico). Der Schutz von Fabriken bspw. wird nicht von der Berufspolizei geleistet, sondern durch Leute, die aus den Massenorganisationen kommen und in ihrer Freizeit die Uniform anziehen. In politischer und beruflicher Hinsicht ist dies eine sehr effektive Polizei, da sie aus der Gemeinde kommt und dort Autorität und Respekt genießt. Als ausgebildete Polizeitruppe, als professionelle Polizei sind wir zahlenmäßig nur eine kleine Gruppe, etwa 3.000 Berufspolizisten und dazu etwa 8.000 Mitglieder der Freiwilligen Polizei.

Neben der Jugendlichkeit der Polizei und der besseren Ausbildung gilt als ein Charakteristikum der sandinistischen Polizei ihr gutes Verhältnis zur Bevölkerung. Wie habt ihr das erreicht?



Commandate Tomás Borge hat einmal gesagt, wir sollten nicht eher ruhen, bis sich der Polizist zu einem Menschen entwickelt hat, der von dem Kriminellen gefürchtet und vom Volk geliebt wird. Nun ist dies fürwahr keine leichte Aufgabe. Dies erfordert politische Arbeit der Verantwortlichen auf allen Ebenen. Wir haben aber auch einen ganz speziellen Mechanismus entwickelt, um die direkte Verbindung zur Bevölkerung herzustellen. Innerhalb seines Arbeitsplanes muß jeder Verantwortliche einen ganzen Tag vorsehen, um Leute zu empfangen, deren Beschwerden entgegenzunehmen, ihre Vorschläge anzuhören und ihre Probleme, die sie im Umgang mit der Polizei haben.

Ein allgemeines Problem in fast allen Polizeiapparaten der Welt ist die Korruption. Wie wird diesem Problem in der sandinistischen Polizei begegnet?

Bislang sind mir keine Praktiken über Schmiergelder zu Ohren gekommen und ich glaube auch, daß das nicaraguanische Volk die Polizei in dieser Hinsicht respektiert. Die Schmiergelder sind praktisch abgeschafft worden.

Was sind die beunruhigendsten Delikte derzeit?

Als Polizei beschäftigen wir uns mit Eigentumsdelikten, also Raub und auch mit der Jugendkriminalität. Ich meine damit nicht das Problem der Jugendbanden (5), dies ist etwas völlig anderes. Das ist keine Kriminalität. In Bezug auf die Eigentumsdelikte: Die Statistiken zeigen eine steigende Zahl von Einbrüchen an, vor allem in leerstehenden Häusern. Dies muß nicht unbedingt auf eine steigende Kriminalität hinweisen, sondern erklärt sich auf der einen Seite bereits daraus, daß die Polizei eine größere Kapazität besitzt, solche Fälle überhaupt ausfindig zu machen. Auf der anderen Seite ist das Vertrauen der Bevölkerung in die Effizienz unserer Arbeit gestiegen, das heißt: es werden mehr Delikte zur Anzeige gebracht. Ansonsten würde ich sagen, daß hier das Problem der Armut und auch der Krieg einen großen Einfluß auf die real steigende Anzahl der Delikte haben. Wir erleben eine Einwanderungswelle hin zu den städtischen Zentren. Dies sind alles Menschen, die dort später keine Arbeit finden aber auf irgendeinem Weg ihr Überleben sichern müssen, so beginnen sie zu stehlen.

Uns besorgt besonders das Problem der Minderjährigen zwischen 8 und 15 Jahren. Viele Kinder stehlen. Viele, im Verhältnis zu den drei Millionen Einwohnern unseres Landes. Wir haben etwa 500 Kinder erfaßt und bauen derzeit ein Rehabilitierungszentrum auf, daß dieses Jahr noch fertig sein soll.

Vor kurzem wurde das Problem der Jugendbanden breit in den Medien diskutiert. Sie sagten eben, das sei keine Kriminalität ...

Ich glaube, diese Banden sind eine gesellschaftliche Erscheinung. Das hat etwas zu tun mit der Tendenz, daß Jugendliche sich immer in Gruppen zusammentun, auch hier in Nicaragua. Das Problem entsteht dann, wenn zu dieser Tendenz bestimmte Einflüsse, die nichts mit der Realität des Landes zu tun haben, hinzukommen. Konkret: Wenn Filme gezeigt werden, die Jugendbanden verherrlichen, die dann im Film tatsächlich kriminell sind.

Ich habe mit vielen Jugendlichen gesprochen aus solchen Gruppen, die die öffentliche Ordnung gestört haben. Und nicht immer kommt es soweit, daß sie Delikte begehen. Unsere Sorge besteht darin, daß sich in diese Gruppe Einzelne einschleichen, seien es Drogenabhängige oder Kriminelle, die die Jugendlichen zu Straftaten verführen.

Alles in allem kann man sagen, ist Managua eine der sichersten Städte in Lateinamerika, nach La Habana. Was meinen Sie?

Ja, ich glaube, daß es eine der sichersten Städte des Kontinents ist, abgesehen von Einzelfällen. Man kann, wo auch immer, ruhig auf die Straße gehen, ohne Angst vor einem Überfall. Hier vielleicht eine interessante Zahl: 1985 wurden 75% aller Fälle aufgeklärt. Die Verbrechen gegen Personen sind weniger geworden, es handelt sich vor allen Dingen um Verkehrsdelikte.

In Bezug auf eines der Grundübel anderer Gesellschaften, den Drogenmißbrauch; wie manifestiert sich dieses Problem in Nicaragua?

Tja, die Drogenproblematik entstand hier erst verhältnismäßig spät, in den 70er Jahren und es handelt sich vornehmlich um Marihuana. Es ist also ein Übel, das nicht allzu sehr verbreitet ist.

Besonders grassierte der Drogenmißbrauch im modernen Lumpenproletariat, einigen Mitgliedern der Mittelschichten und innerhalb der Schüler und Studenten. Damals haben wir, die FSLN, gemerkt, daß der Drogenkonsum von der Diktatur gezielt in die Studentenschaft eingeführt wurde. Wir versuchten das Phänomen mit unserer politischen Arbeit zurückzudrängen. Wir machten den Jugendlichen klar, daß dies nur ein Mittel war, um sie vom Kampf abzuhalten. Heute, kann ich sagen, und die Statistiken beweisen es, beschränkt sich der Drogenkonsum auf Asoziale und Kriminelle. Wir gehen dabei besonders gegen den Drogenhandel und die Herstellung vor. Der Konsument steht unter geringerer Strafe, fast immer einhergehend mit einer Untersuchung der Gründe die ihn zur Droge führten. So haben wir eine ganze Reihe Jugendlicher retten können.

Und der Gebrauch harter Drogen?

Aufgrund unserer Statistiken kann ich versichern, daß wir kein Problem haben mit einer anderen Art von Drogen. Die Polizei hat keine Kenntnis von solchen Phänomenen. Vor dem Sieg der Revolution handelte Somoza mit Heroin und Kokain, aber die Ware gelangte nie bis zur Bevölkerung. Somoza war der größte Drogenhändler in ganz Lateinamerika, und die Nationalgarde und die Polizei waren seine Verteilstellen. Ich erinnere mich nicht, daß die USA jemals Somoza des Drogenhandels bezichtigt haben, selbst dann nicht, als eines seiner Flugzeuge voller Kokain abstürzte.

Dennoch klagen sie heute die Führer der Revolution des Drogenhandels an.

Ja, aber einfach nur deshalb, weil der Imperialismus ihr Ansehen zerstören muß. Aber wir kennen die moralischen Qualitäten unserer Führer; die Diktatur kannte sie auch. Die Diktatur konnte sie weder brechen noch korrumpieren. Die Verleumdumgskampagne der USA soll Wirkung zeigen in anderen Regierungen, um schließlich leichter eine Invasion durchführen zu können. Sie wissen genau von wo hier mit Drogen gehandelt wird, und ich rede nicht von Marihuana.

Denn der größte Drogenkonsument sind die USA selbst.

Es wäre viel wichtiger, daß sie Mittel ergriffen, in Bezug auf ihre eigene Bevölkerung, die von dem Problem betroffen ist, als ihre Aggressionspolitik zu rechtfertigen.

Ein anderes Thema: Der Alkoholismus ist ein weiteres schweres Problem der Nicaraguaner.

Der Alkoholismus hat viel zu tun mit den 50 Jahren Somozismus und mit dem Druck, den die US-Agression auf unser Land ausübt. Also sagen wir, es ist ein Problem, das keine polizeiliche, sondern eine soziale Lösung erfordert. Gemeinsam mit der FSLN, den CDS und den Massenorganisationen sind wir dabei zu analysieren, wieweit es nötig und möglich ist, das kulturelle Leben unseres Volkes zu reaktivieren. Es geht darum, intensive Kampagnen durchzuführen und Alternativen anzubieten für die Freizeitgestaltung, insbesondere für Jugendliche.

Der einzige Aspekt, der hierbei unter polizeiliche Verantwortung fällt, ist der Straßenverkehr. 1985 haben wir ein Programm durchgeführt, um hart gegen Alkohol am Steuer vorzugehen.

Und wir haben es geschafft, daß der Alkohol als Unfallursache vom Platz eins auf Platz vier gerutscht ist.

Ein weiteres Problem, dem sich die Polizei gegenüber sieht, ist die Prostitution ...

Ja, während des Somozismus waren die Ortskommandanten die Besitzer der größten Bordelle oder zumindest kassierten sie Steuern. Wir haben es geschafft, die Bordelle als Institution abzuschaffen und damit diese Art der Ausbeutung von Frauen. Vom rechtlichen Standpunkt aus existiert die Prostitution bereits nicht mehr. Aber dennoch gibt es immer noch organi-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

sierte Prostitution. Es gibt Bars und Tanzlokale, wo die Frauen und der Barbesitzer gemeinsam von der Prostitution profitieren. Das wird von uns weiterhin bekämpft. Wenn wir ein solches Lokal aufspüren, nehmen wir dem Besitzer die Lizenz zum Alkoholausschank und schließen das Lokal. Selbstverständlich wissen wir, daß dies keine Lösung ist, weil andere Orte entstehen, sogar in Privathäusern und das Problem besteht weiter. Wir gehen hier sehr vorsichtig vor. Vor allem dann, wenn es sich um arme Frauen handelt mit tausenden von Problemen. Deshalb unterstützen wir die Projekte diverser Wiedereingliederungshilfen von INSSBI. Auch nehmen wir teil an den INSSBI-Operationen gegen die Prostitution. Unsere Aufgabe ist es, zu erreichen, daß niemand tätlich angegriffen wird und wir helfen, daß die Frauen, die zur Prostitution gebracht worden sind, zur Schule gehen können. Selbstverständlich können wir sie nicht dazu zwingen.

Die Vergewaltigungen sind ebenfalls ein ernstes Problem?

Ja, Ende des letzten Jahres haben wir der Presse unsere Besorgnis ausgedrückt, da in den ersten zehn Monaten des Jahres 1985 alle zwei Tage eine Vergewaltigung geschah. Und das war zuviel.

Wir haben entsprechende Mittel ergriffen im Zusammenhang mit der revolutionären Nachtwache (Vigilancia Revolucionaria). Aber die Vergewaltigungen werden nicht immer in der Öffentlichkeit begangen, sondern vielfach in den Privathäusern. Darauf können wir keinen Einfluß nehmen. Was wir machen können, ist, gemeinsam mit Psychologen und anderen Spezialisten sowie Regierungsstellen, Pläne ausarbeiten, um die Ursachen und die Art des Problems zu bestimmen und sehen, inwieweit wir mit poli-Spezialisten sowie Regierungsstellen, Pläne ausarbeiten, um die Ursachen und die Art des Problems zu bestimmen und sehen, inwieweit wir mit polizeilichen Mitteln zur Lösung beitragen können.

Ein ganz offensichtlicher Erfolg der Frauen in dieser Revolution, ist die Tatsache, daß eine Frau an der Spitze der Polizei seht. Was ist die Vorgeschichte dieser Ernennung?

Bis 1980 arbeitet ich mit Comandante Tomás Borge im Innenministerium und eines Tages ging es um die Ernennung eines neuen Chefs für die Polizei und eines Chefs für die Truppen. Und zweifellos konnte ich nicht Chefin der Truppen werden.

Warum?

Das war nie meine Spezialität. Ich hatte vielmehr immer zu tun mit politischer und organisatorischer Arbeit und da die Polizeiarbeit — unabhängig davon, daß es sich um einen zwangausübenden Apparat handelt — grundsätzlich eine politische ist und mit der Bevölkerung zu tun hat, hat mich Borge dazu ausgewählt. Danach sagte er mir, daß er ein wenig Angst hatte, wie das wohl ausgehen mag, aber daß er überzeugt sei, daß ich es schaffe. Und jetzt sagt er, er sei zufrieden. Ich fühle mich auch wohl mit meiner Aufgabe. Am Anfang dachte ich, da bist du fehl am Platz. Ich beherrschte ja noch nicht einmal das polizeiliche Vokabular. Es hat mich viel gekostet, zu verstehen, von was sie überhaupt reden. Zum Glück hatte ich Unterstützung durch die Verantwortlichen, die schon länger dabei sind als ich. Die haben mich eingearbeitet.

Wie sieht es mit der Eingliederung der Frauen in die Polizei aus?

Im Moment sind wir erst dabei, geschlechtsbezogene Daten zu erheben. Bislang gab es nur Daten allgemeiner Art. Jedoch habe ich den Eindruck, daß die Anzahl der in der Polizei beschäftigten Frauen in der Tendenz eher gesunken ist. Als ich hierherkam, gab es keine Frauen als Verantwortliche in den kriminalpolizeilichen Untersuchungen. Jetzt versuchen wir rauszukriegen, woran das liegt und wie wir mehr Frauen motivieren können für diese Arbeit.

In anderen Bereichen gibt es ja auch Frauen in verantwortlichen Stellungen. Warum nicht auch bei der Polizei? Früher gab es eine ansehnliche Anzahl Frauen in der Straßenverkehrsregelung, aber auch da hat die Zahl im Vergleich zu 81/82 abgenommen. Heute sitzen die Frauen mehr im Verwaltungsbereich. Im operativen Sektor ist ihr Anteil zurückgegangen. Unter anderem wollen wir einen Kindergarten aufbauen, um Müttern mit Kleinkindern die Arbeit in der Polizei zu erleichtern.

Denn das ist und bleibt eine der wichtigsten Ursachen dafür, daß Frauen ihre Arbeit verlassen.

Auf der anderen Seite existiert auch das Problem des Machismo!

Ja klar, es gibt Machismo in Nicaragua. Es gibt reale, objektive Schwierigkeiten bei der Einbeziehung der Frauen in den Beruf. Die Revolution hat nicht die Möglichkeit, in ausreichender Anzahl Kindertagesstätten aufzubauen, damit Frauen mit Kindern arbeiten können. Außerdem gibt sehr dramatische Fälle: es gibt Männer, die Frauen schlagen. Andere mögen nicht mit Frauen zusammenarbeiten. Es gibt auch Frauen, die nicht mit Männern zusammenarbeiten wollen. Es gibt auch den umgedrehten Machismo, Diskriminierung von Frauen durch Frauen. Trotz all dieser Einschränkungen, allein die Tatsache, daß sie uns anerkennen, als menschliche Wesen, die in der Lage sind, sich egal in welcher Sache nach unseren Möglichkeiten zu entwickeln, das ist bereits ein Erfolg. Auch die Gesetzeslage hat sich für die Frauen verbessert. Es geht nicht nur um die Integration in den Arbeitsprozeß aus ökonomischer Notwendigkeit oder aus dem geistigen Bedürfnis, sich als Mensch zu entwickeln, sondern es geht auch um eine Verpflichtung innerhalb des revolutionären Prozesses dafür zu arbeiten, daß wir nicht als Frauen diskriminiert werden.

In der Nationalen Leitung der FSLN gibt es jedoch keine Frauen.

1967 war ich Mitglied der Nationalen Leitung. Später, ab 1969 aufgrund notwendiger Umstrukturierungen, übernahm ich andere Verantwortlichkeiten. Es gab auch Frauen in der zweiten Linie der Leitung, aber diese Tatsache ist wenig bekannt. Ich glaube nicht, daß die Abwesenheit von Frauen in der Nationalen Leitung ein Ergebnis von Diskriminierung und Herabsetzung unserer Fähigkeiten ist. Im Augenblick des Sieges der Revolution gab es eben nur tionalen Leitung ein Ergebnis von Diskriminierung und Herabsetzung unserer Fähigkeiten ist. Im Augenblick des Sieges der Revolution gab es eben nur Männer in der Nationalen Leitung. Aber gut, irgendwann wird es einen Kongreß geben und wer weiß, wird vielleicht eine Frau in die nationale Leitung gewählt werden.

Anmerkungen:

1) Pensamiento Propio (eigenes Denken) 32/86, hrsg. v. CRIES = Regionale Koordination für ökonomische und soziale Studien, Managua.
2) INSSBI = Instituto Nacional de Seguridad Social y Bienestar, nicaraguanisches Wohlfahrtsinstitut.
3) AMNLAE = nicaraguanische Frauenorganisation.
4) MINT = Innenministerium.
5) In Managua und auch in anderen Städten der Pazifikküste hat sich im Laufe des Jahres 1985 das Phänomen der Jugendbanden entwickelt, das zum Teil den Ruf der „sicheren" Städte in Frage zu stellen drohte. Die Banden bekämpfen sich gegenseitig, sind bewaffnet und überfallen Passanten, auch werden ihnen Vergewaltigungen vorgeworfen.



Waffen sammeln oder Kaffee ernten?

Perspektivdiskussion der Mittelamerika-Solidaritätsbewegung

Der Kongreß (ca. 200 Anwesende) wurde im wesentlichen bestimmt durch die Auseinandersetzung um die Fragen: Mit welcher Zielrichtung soll die Solidaritätsbewegung weiterarbeiten, ist Nicaragua der Hauptbezugspunkt (bzw. El Salvador) oder die BRD, ist eine möglichst große Breite der Bewegung anzustreben oder ist Radikalisierung angesagt?

Hintergrund der Auseinandersetzung ist die eigentlich von allen akzeptierte Tatsache, daß die Solidaritätsbewegung in einer Krise steckt; über die Gründe dieser Krise jedoch besteht keine Einigkeit.

Für die Leute vom Westberliner Ides besteht die Krise in dem Bedeutungsverlust der radikalen Linken seit Ende der 70er Jahre. Die Solidaritätsbewegung hat sich in die Breite entwickelt, was an und für sich noch nicht schlecht wäre, wenn sie nicht angesichts der vom US-Imperialismus betriebenen Verschärfung der Lage in Mittelamerika, des Krieges, den die USA in Nicaragua seit mehr als fünf Jahren führen lassen, und der (auch politischen) Offensive der Contra versagen würde. Die Entführung der BRD-Brigade im Mai, die Ermordung von Bernd Koberstein und anderen Internationalisten und das ideologische Wirken der Contra der BRD haben keine adäquate Antwort der Solidaritätsbewegung gefunden, die Kampagne „Waffen für El Salvador" ist am Einschlafen. In der Bewegung machen sich statt dessen die Grünen, die SPD und ihr Anhang immer mehr breit, gefördert durch Kampagnen wie die zur Städtepartnerschaft, die natürlich nicht ohne diese Parteien durchführbar sind.

Nur dann, das ist für die Leute vom Ides und eine Reihe von Komitees die Konsequenz, wenn die verschiedenen radikalen Bewegungen in der BRD wieder gemeinsam auftreten (Anti-AKW, Startbahn, WAA usw.), kann es gelingen, von einer Position der Stärke aus mit anderen Kräften konkrete Aktionsbündnisse einzugehen, ohne dabei einen inhaltlichen Substanzverlust zu erleiden. Dafür muß die internationalistische Bewegung nicht nur klar machen, daß der Anti-AKW-Widerstand auch ihr eigener Kampf ist, es muß ihr auch gelingen, inhaltlich zu bestimmen, daß die Solidarität mit den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen ein Teil des Kampfes gegen die imperialistische Formierung hier ist. Es muß deutlich werden, daß die radikale Linke zwar mit verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten, aber doch gemeinsam kämpft.

Dem steht die Haltung des Hamburger Nicaragua-Komitees total entgegen, das auf seinen Veranstaltungen zu Nicaragua Kritik an der SPD als nicht zum Thema gehörig betrachtet. Die Krise ist danach bedingt durch die Unfähigkeit, der Desinformationskampagne der Rechten zu Nicaragua etwas entgegensetzen zu können, einer Desinformationskampagne, in „deren Sog sich auch die Kloses und Wischnewskis begeben haben". Das soll jetzt mit dem großen gemeinsamen Solidaritätsprojekt mit der nicaraguanischen Revolution anders werden, und das heißt, mit allen (potentiellen) Sympathisanten zusammenzuarbeiten, inklusive SPD, Gewerkschaften, Kirchen. Dazu sei es notwendig, die nicaraguanische Revolution um ihrer selbst willen und ihrer Bedeutung für den Antiimperialismus wegen zu unterstützen und sie nicht zu einem Projekt unter vielen zur Beeinflussung der Situation in der BRD zu machen. „Radikalisierung der Bewegung auf einen kompromißlosen 'Antiimperialismus'" käme „einer Aufgabe gemeinsamer Perspektiven mit anderen Kräften" gleich. (Aus der Stellungnahme des Hamburger Nicaragua-Komitees, veröffentlicht im West-Berliner Ides vom 14.11.86). Dreimal darf man raten, wer damit gemeint ist.

Das große Projekt ist die von Nicaragua initiierte weltweite Kampagne „Nicaragua muß überleben", für die die Hamburger und ein paar andere kräftig Geld sammeln wollen, mit Nicaragua-Fahrzeugen und Buttons.

Nun hat niemand etwas dagegen, Nicaragua in der jetzigen Situation des Embargos und des eskalierenden Krieges auch materiell zu unterstützen, das ist im Gegenteil notwendig und wird auch von den anderen Komitees gemacht, aber man kann die Wirksamkeit einer Bewegung nicht durch Unterschriftenkampagnen und Sammeln nach dem Motto „Jetzt erst recht" steigern, und wir können erst recht nicht soviel Geld sammeln, wie die Bundesregierung Nicaragua verweigert; 40 Mio. DM, die noch die SPD-Regierung Nicaragua gesperrt hat. Schon dafür müßte der Kampf hier forciert werden.

Der Debatte (am Samstag) zur Frage „Wie weiter?" stellten sich dann diejenigen nicht, die den antiimperialistischen Kampf allein den Nicaraguanern überlassen wollen. Die Debatte zeigte dann aber neben den verschiedenen Arbeitsgebieten, zu denen jetzt schwerpunktmäßig Untersuchungs- und Mobilisierungsarbeit geleistet werden soll (IWF-Tagung 1988 in West-Berlin, Contra in der BRD, BRD-Interessen in Nicaragua), daß es eine vereinheitlichte Meinung der Komitees (noch) nicht gibt („Wir sind keine Partei"), daß eine Reihe von Komitees und Gruppen sich zwischen dem Hamburger und dem Ides-Standpunkt einordnen und daß schließlich die inhaltliche Bestimmung der Verbindungslinien zwischen den Kämpfen hier und den antiimperialistischen Kämpfen der Völker der sog. Dritten Welt noch nicht geleistet ist.

D., HH

Das Jahrhundert der Wirbelwinde

Gespräch mit Eduardo Galeano anläßlich seiner Rückkehr nach Uruguay

Das Buch „Die offenen Adern Lateinamerikas" ist immer noch weltweit ein Bestseller des Autors aus Uruguay. Nun steht E. Galeano mit seiner historischen Triologie „Memory of Fire" in der Endphase der Produktion. Seine neue Geschichte endet 1984, mit seiner Rückkehr aus einem zwölfjährigen Exil. In diesem Interview kommt er auf seine Gefühle zurück, die er hatte als er nach einer langen Zeit wieder Fuß auf den Boden von Montivideo setzen konnte, und er erzählt von der Rolle des Intellektuellen in der „3. Welt".

Mit Eduardo Galeano sprach Beatriz Bissio für die Zeitschrift „third world"(Rio de Janeiro, Nr. 3, August/September 1986). Unsere Übersetzung ist leicht gekürzt.

E. Galeano: Ich kehrte nach fast zwölfjähriger Abwesenheit Ende Februar 1985 zurück. In dem Moment, in dem ich mich wieder in Uruguay befand und meinen Fuß auf den Boden dieses Landes setzen konnte, wußte ich sofort, daß ich dort war, wohin ich gehörte. Ich kehrte in das Land zurück, das ich am meisten liebe, trotz seiner Fehler.

Tatsächlich glaube ich, daß sich das Land im Wesen nicht verändert hat. Es ist verletzt worden, ja natürlich — in gewisser Hinsicht sehr verletzt worden — während all der Jahre unter der Militärherrschaft.

Die ökonomische Tragödie ist überall zu sehen. Nicht nur die Statistiken zeigen dir, daß die Menschen in Uruguay weniger Schuhe kaufen und weniger Milch trinken. Es ist ein schockierendes Drama, das dich zutiefst berührt. Die Zahl der notleidenden Menschen, die vom Müll und anderen Überresten anderer Menschen leben, ist in diesen Jahren enorm gestiegen. Eine erschreckende Zahl von Menschen durchwühlen Müllhaufen auf der Suche nach Eßbarem. Sie sind zu einer marginalen Existenz verdammt, von einem System, das sie ausschließt und ihnen die Arbeit verweigert.

Mein Land leidet weiterhin unter der Flucht der Menschen; sie begann als das Militär die Macht übernahm. Die Gründe dafür sind sowohl politischer als auch ökonomischer Natur. Die politischen Gründe sind heute vielleicht aus der Welt, aber die ökonomischen bestehen weiter. Das Land mag nun frei sein, aber die Möglichkeit Arbeit zu finden ist klein, und viele Menschen sind gezwungen ihre Arbeit woanders zu suchen.

Ein Schriftsteller, der sich mit dem menschlichen Leben und den herben Realitäten befaßt, also einer wie du, sieht wahrscheinlich Dinge, die anderen Besuchern deines Landes nicht auffallen ...

sieht wahrscheinlich Dinge, die anderen Besuchern deines Landes nicht auffallen ...

Das mag sein, aber nicht deshalb, weil ich ein Schreibender bin, sondern weil ich dorthin gehöre. Weil ich ein Teil des nationalen Körpers bin, eine Pflanze, die auf dieser Erde gewachsen ist, ein kleiner Krümel dieses Brotes. Deshalb haben gewisse untergründige, geheim Signale eine unmittelbare, direkte Bedeutung für mich. Ich denke, daß ich besser als ein Tourist diese bestimmten Anzeichen sehe, und darüberhinaus bin ich schon ein paar Monate hier.

Es braucht seine Zeit, bis man bestimmte Dinge im gegenwärtigen Uruguay mitbekommt. Erst dachte ich einige Zeit, ich sei nach Uruguay zurückgekehrt, ohne es jemals verlassen zu haben. Später erkannte ich, daß ich dies Land wirklich verlassen hatte und in ein Land zurückgekehrt bin, das nicht mehr das gleiche war, das sich verändert hatte. Nicht in seinem Wesen, wiederhole ich ausdrücklich. Es ist immer noch das anregende, liebenswerte Heimatland, in das ich zurückkehren wollte. Die Menschen sind sehr freundlich, und ich habe sie sehr gern. Aber irgendwie haben sie sich verändert. Niemand überlebt eine zwölfjährige Diktatur unbeeinträchtigt.

Zwölf Jahre lang durften die Menschen in Uruguay nicht denken. Das hängt noch immer in der Luft — man kann es fast anfassen und fühlen. Zwölf Jahre lang mußten die Menschen lügen um zu überleben. Man erinnert sich nicht einmal mehr an die alten Namen vertrauter Dinge.

Das Gefängnis, in dem die meisten politischen Gefangenen saßen wurde „Freiheit" genannt. Die Sprache wurde auf den Kopf gestellt, und diese linguistische Verkehrung beeinflußte das tägliche Leben aller Uruguayer. Das Militär zwang die Bevölkerung in eine Art kollektiver Schizophrenie, die Dinge waren nicht mehr das; was sie zu sein schienen. Taten nahmen andere Namen an. Die Lüge wurde von der Zensur aufgedrängt — Ziel: das Überleben. Man mußte seine Familie, seine Freunde, sich selbst belügen. Der kulturelle Schaden durch die Diktatoren Uruguays ist nicht ausgebessert. Die ruinöse ökonomische Politik unterstützte mehr die Spekulation als die Produktion. Ich denke, die Politik hing ab vom Finanzkapital, und nicht vom Industriekapital. Dies produzierte ein Bewußtsein, das nicht nur in der herrschenden Klasse zu finden war, sondern auch in der Mittelklasse und sogar in bestimmten Sektoren der Arbeiterklasse. Die Vorstellung, daß Arbeiten zu nichts nutze ist, daß nur Dummköpfe arbeiten müssen, war in dieser Gesellschaft unterschwellig verbreitet. Aber zum Vorschein gebracht und mit der entsprechenden Weihe versehen wurde diese Einstellung mittels einer offiziellen Politik, die die Arbeit zum allerletzten Dreck hinabwürdigte.

Kein Gott verfluchte Uruguay

Gleichzeitig scheint eine ganze Generation zu fehlen. Einige sind aus dem Exil nicht zurückgekehrt, andere sind irgendwo auf der Strecke geblieben, hängengeblieben. Die im Lande blieben litten am meisten unter der Diktatur, wurden tiefer in Mitleidenschaft gezogen. Wie siehst du diese Generation der 20- bis 40jährigen?

Uruguay hat ganz sicher viele der vitalsten und kreativsten Bürger verloren. Gleichzeitig war es verboten überhaupt zu wissen, daß das Leben im Rest der Welt weiterging. Kein Wunder, daß dies Land so weit runtergekommen ist.

Die Menschen, die du ansprachst, haben weniger Mut, weniger Entwicklungsgeist, weniger Vorstellungskraft. Die neue Generation scheint ein tiefes Verlangen danach zu haben, die Dinge zu verändern, aber dies Verlangen findet noch kein Ventil. Ich hoffe daß sich die „Frente Amplio" sich als solches erweisen kann, denn Uruguay *kann* gegenwärtig verändert werden. Kein Gott hat Uruguay verflucht. Es leben dort mehr als fünfmal so viele Menschen wie in den Niederlanden, das Staatsgebiet ist fünfmal größer — ein Gebiet das mit einem Überfluß an Wasser gesegnet ist; eine viel größere Bevölkerung könnte dort leben. Aber immer noch treibt es Menschen fort.

Nun, dies ist der Punkt, an dem sowohl militärische wie zivile Regierungen im größten Maße versagt haben. Natürlich bin ich zufrieden, daß mein Land wiederum eine demokratische Herrschaft hat, und wie jeder andere

Natürlich bin ich zufrieden, daß mein Land wiederum eine demokratische Herrschaft hat, und wie jeder andere

auch genieße ich die frische Luft der Freiheit. Ich kann dir gar nicht sagen, wie glücklich ich war, als ich frei über die Bürgersteige der Stadt gehen konnte, die ich so gern habe, frei mit meinen Freunden und Freundinnen reden und hören konnte, was sie zu sagen haben. Dies muß man bedenken, wenn man mit der Kritik beginnt. Darüberhinaus denke ich, daß das Land immer noch ...

... in Furcht lebt?

Ja, ein gewisses Maß der Angst schwebt noch überall. Angst ist ein Gift, das länger wirkt als wir uns das vorstellen. Es wird lange dauern bis die Luft wieder rein ist.

Du hast als Schriftsteller und Journalist im Exil gelebt. Fühlst du dich nun verpflichtet politisch zu arbeiten, seitdem du zurückgekehrt bist?

Darüber habe ich ziemlich viel und genau nachgedacht. Ich denke an keinen politischen Aktivismus in dem Maße, wie ich ihn eigentlich ausleben möchte. Ich bekomme tagtäglich Einladungen hier und da Vorträge zu halten. Aber das würde mich zu sehr unter Druck halten. Letztes Jahr hatte ich einen Herzinfarkt aus schierer Überlastung. So mußte ich eine Zeitlang kürzer treten. Nun fühle ich mich wohlauf: nach langen Jahren des Kettenrauchens gab ich die Zigaretten auf.

Beeinflußte deine Herzkrankheit die Entscheidung, nach Uruguay zurückzukehren?

Vielleicht. Dieser Herzanfall traf mich genau zu dem Zeitpunkt, als ich im letzten Jahr von meinem ersten Aufenthalt in Uruguay und Argentinien nach Spanien zurückkehrte. Diese kurze Reise hat mich berührt. Wir wissen ja so wenig über das, was in uns vorgeht. Mein Herzanfall war sicherlich einer Reihe von Dingen geschuldet, nicht nur den Zigaretten. Ich verbrachte einen ganzen Monat in Buenos Aires, und versuchte mit meinen Gefühlen fertig zu werden. Ich suchte eine Wiederbegegnung mit einigen Gestalten aus meinem Buch — nach all den Jahren. Dies Treffen mit Überlebenden und alten Plätzen muß Dinge tief in mir selber angerührt haben.

Die 70er haben wahrhaftig ihre Spuren auf uns allen hinterlassen. Man kann keine glühende Asche anfassen ohne sich zu verbrennen. Man merkt es nicht immer, aber man kommt nie ungeschoren davon.

Dein Anliegen war, die Erinnerung Lateinamerikas wachzurufen; das ist auch eine politische Aufgabe.

Alles ist politisch, sofern es etwas mit dem Wechselspiel zwischen Mensch und Gesellschaft, zwischen Klassen und Macht zu tun hat. Alles was man tut hat einen politischen Inhalt, solange es andere Menschen berührt, ganz gleich ob oberflächlich oder nicht.



Man entscheidet sich fortwährend zwischen Freiheit und Angst, schlägt sich mal auf diese, mal auf jene Seite, sogar dann wenn man glaubt sich rauszuhalten. Denn das Raushalten ist auch eine Entscheidung für diese oder die andere Seite. Was ich sagen will: Man tanzt mit, sogar dann wenn man denkt, man schaue nur von der Tür aus zu. Dies passiert einem besonders bei der Art Literatur, wie ich sie schreibe.

In dem Augenblick, in dem man etwas veröffentlicht, ist man mitten im

der Art Literatur, wie ich sie schreibe.

In dem Augenblick, in dem man etwas veröffentlicht, ist man mitten im

politischen Leben, man beeinflußt das Denken anderer Menschen. Deshalb glaube ich auch, daß die Wahlfreiheit zwischen Literatur und Politik nur scheinbar gegeben ist, denn man läßt nie von der Politik ab. Das, was ich schreibe ist in keiner Weise mit gedanklicher Selbstbefriedigung zu vergleichen: Es ist keine Erklärung der Eigenliebe, sondern die Entwicklung eines Raumes, in dem ich mich mit meinen Mitmenschen treffe. Mich drängt es danach zu schreiben, weil ich versuchen will, mit anderen ins Gespräch zu kommen — ein Abenteuer, das zum Erfolg oder zum Fehlschlag werden kann.

„All die Schrecken und Wunder"

Du arbeitest an dem dritten Teil deiner Triologie „Memory of Fire" ... ?

Dieser Teil handelt von dem verwirrenden 20. Jahrhundert. Unser Jahrhundert ist tatsächlich ein Lebensbaum mit einer endlosen Zahl von Ästen und Verästelungen. Ein Jahrhundert vollkommener Verrücktheit. Alle Schrecken, Irrtümer und Wunder der Menschheit sind im 20. Jahrhundert zum Vorschein gekommen. Es scheint als sei alles in diese eine Zeitperiode gepreßt.

Ich habe die Geschichte beschrieben beginnend mit dem 16. Jahrhundert, und heute kann ich übersehen, daß in unserem Jahrhundert in einer Woche ebensoviel passieren kann wie in vielleicht zehn Jahren vor zwei oder drei Jahrhunderten. Dies ist ein Jahrhundert in sehr schneller Bewegung, ein ziemlich verrücktes Jahrhundert, aber immer noch ein wunderbares. Ich bin froh, in diesem Jahrhundert geboren zu sein, und ich schreibe gern darüber, wenn es auch eine gewaltige Aufgabe ist.

Im Brennpunkt steht für mich Lateinamerika. Ich verbringe viel Zeit über Büchern, tauche in die wirren Wasser der Geschichte, und werde oft fündig.

Gestern z.B. las ich eine Biographie über Salvador Allende. Ich erwähne dies, weil es das jüngste Beispiel ist. Es ist die Geschichte eines Indianers in Südamerika, der in die Stadt Tepic reist, um Saatgut zu kaufen und Verwandte zu sehen. Irgendwo in der Stadt findet er ein Buch in einem Mülleimer. Er nimmt es auf und beginnt darin zu lesen. Denn er kann lesen, langsam und beschwerlich zwar, aber er kann.

Dieser Indianer kommt von einer Gemeinschaft mit 150 Familien, ein Ort der keinen Namen hat. Auf dem Rückweg zu seinem Dorf liest er dies Buch. „Wir haben nun einen Namen" sind seine ersten Worte, in dem Dorf angekommen.

Während der nächsten acht Tage liest er seinem Völkchen das Buch vor. Als er endet sind sie alle einverstanden: sie haben einen angemessenen Namen für ihre Gemeinschaft gefunden. Das Buch handelt von einem entfernten Land namens Chile, wo fürchterliche und wunderbare Dinge sich ereignen können; und der Hauptdarsteller dieses Buches ist ein Mann, der nicht eine Minute zögert als er zwischen Verrat oder Tod zu wählen hatte. Die 150 Familien entschieden, sich den Namen des Mannes, der immer sein Wort hielt, zu ihrem eigenen zu machen. Und heute sagen sie, wenn sie auf dem Weg nach Hause sind: „Wir gehen nach Salvador Allende."

So sind die Geschichten, nach denen ich beständig suche, und die ich so oft finde, denn das wirkliche Leben ist voll von ihnen.

Gott und der blaue Tiger

Gott und der blaue Tiger

Jedes Buch, jede Geschichte spiegelt die Realität auf seine und ihre Weise wider. Aber das Leben wäre ohne einen Rest Ungewißheit schrecklich ...

Das Leben ohne Rätsel wäre langweilig. Alles was wir tun können ist, ein paar kleine Geheimnisse zu erklären. Für mich hat diese Aufgabe eine politische Bedeutung. Denn indem die Wahrheit versteckt wird, ist es möglich, daß die bestehenden Machtsysteme, die herrschenden Klassen und internationale Machtsysteme es einigen Menschen ermöglichen, von der Ausbeutung anderer zu leben. Sie verstecken sowohl die Wirklichkeit der Vergangenheit, in dem sie das kollektive Gedächtnis erobert haben — offizielle Geschichtsschreibung ist ein Bündel von Lügen — als auch die Wirklichkeit der Gegenwart: sie ist das Ziel von Zensur und verfälscht durch die Medien. Dies hält Menschen davon ab wahrzunehmen, daß das Bestehende verändert werden kann, daß es keine festgelegte Vorherbestimmung gibt.

Die Wirklichkeit ist nicht vorher bestimmt. Die Wirklichkeit bettelt darum, daß sie verändert wird. Wie in der „guarani-Legende": ein blauer Tiger liegt schlafend unter Gottes Hängematte; er wartet darauf, daß Gott ihm befiehlt, die Welt zu zerreißen, denn die Welt will zerstört sein um neu aufgebaut zu werden. Die Welt selbst bettelt den Gott an, daß er dies zulasse, um eine andere Welt zu werden. Und während der Gott zögert und abwartet, bleibt der Tiger schlafend unter seiner Hängematte.

So ungefähr ist es heute: überall verlangt die Wirklichkeit danach, verändert zu werden.

Konntest du in deinem geschichtlichen Werk, das mit dem 16. Jahrhundert beginnt, eine dominante Idee ausfindig machen, die eine ganze Periode charakterisiert? Was denkst du, ist die dominierende Idee des 20. Jahrhunderts. Worin unterscheidet sich das 20. Jahrhundert von seinen Vorläufern?

Es ist schwer ein ganzes Jahrhundert auf einen Begriff, eine Idee zu reduzieren, aber ich denke das 20. Jahrhundert ist das der Wirbelwinde. Ähnlich wie das 18. Jahrhundert als das der Aufklärung gilt, sollte das 20. Jahrhundert als das des Wirbelwindes gelten.

Und wir als Gefangene dieses Wirbelwindes sind uns oft der Geschwindigkeit nicht bewußt, mit der wir leben. Sind wir oberflächlicher als unsere Vorfahren? Fehlt uns die Zeit für ein tiefergehendes, gedankenvolles Leben oder ist unser Gehirn so viel schneller geworden, daß wir jede Minute des Lebens bewußt aufnehmen können?

Generalisierungen sind im allgemeinen unzutreffend. Andererseits können sie uns eine Richtung geben, auf daß wir nicht ziellos herumirren wie ein Blinder auf dem Schlachtfeld. Es gibt einen gefährlichen Trend zur Oberflächlichkeit, die mit dem Getümmel des modernen Lebens zusammenhängt. Und, unter anderem, hängt dies auch mit dem kleinen Apparat zusammen, den es früher nicht gab: dem Fernsehen.

Andererseits erscheint mir dieses Jahrhundert viel intensiver, dichter zu sein als irgend ein anderes vorher. Es ist eine Zeit seltener Intensität, eine Zeit in der alles in einer verwirrteren Situation ist als je zuvor. Die Spielkarten, die bis zu unserer Zeit wohlgeordnet waren, sind nun vollkommen gemischt. Alles ist mehr miteinander verwoben als in der Vergangenheit.

Irgendwie gefällt mir dieses Zeitalter. Wenn ich eine Wahl hätte, würde ich viel lieber in diesem Jahrhundert leben als in einem anderen. Kein vergangenes Jahrhundert bot jemals solch ein Maß an Freiheit. Gleichzeitig ist die Welt ein einziges Desaster, wenn man bedenkt, was sie sein könnte.

Heute bekommen die Menschen mehr Informationen und Nachrichten, aber sie sind auch manipulierter. Daran ist das Fernsehen nicht unschuldig: es erlaubt einen viel höheren Grad einer Kontrolle über die öffentliche Meinung, höher als er z.B. für die Kirche je erreichbar war, oder für einen Prediger oder tausend Priester.

„Der selbstlose Schatten"

Als Frau möchte ich dir noch eine bestimmt Frage stellen. In deinen Büchern über die vorangegangenen Jahrhunderte näherst du dich der Realität durch verschiedene Figuren. Die Realität wird von Menschen aus Fleisch und Blut gemacht, und es wurde gesagt, daß dieses Jahrhundert Augenzeuge des Aufstands der Frauen ist.

Schon, obgleich der Anteil der Frauen

daß dieses Jahrhundert Augenzeuge des Aufstands der Frauen ist.

Schon, obgleich der Anteil der Frauen

an der Geschichte immer sehr viel größer war als dies wahrgenommen wird. Die offizielle Geschichte wird von Eroberern geschrieben, und die Eroberer waren allesamt männlich. Frauen bleiben im Hintergrund, obwohl sie eine größere Rolle in der Weltgeschichte spielen. Ich meine nicht als schmachtende Frauen, als Begleitung für die Männer, was eigentlich das Größte ist was ihnen in einer macho-dominierten Gesellschaft passieren kann.

Die Gesellschaft erkennt höchstens an, daß „eine ergebene Frau hinter jedem erfolgreichen Mann steht".

Die ergebene Begleiterin ohne ein eigenes Leben. Ein selbstloser, treuer Schatten. Tatsächlich sind nicht wenige Rebellionen in Amerika von Frauen angeführt worden, vor allen Dingen von schwarzen und indianischen Frauen. Nur wurden sie später sorgfältig wieder aus den Geschichtsbüchern entfernt.

Matriachalische Gesellschaften gibt es bei ihnen öfter als in der weißen westlichen Welt.

Tatsächlich betonten die Gesellschaften, in denen die versklavten Afrikaner ursprünglich lebten, wie auch die einheimischen Gesellschaften, die die europäischen Eroberer vorfanden, die Gleichheit mehr als die europäische Gesellschaft, die aus Herren und Sklaven bestand. Diese nichteuropäischen Gesellschaften waren in gleicher Weise gerechter und demokratischer. Und Frauen spielten eine gewichtigere Rolle. Wie schon gesagt, manche größere Revolte auf dem amerikanischen Kontinent wurde von Frauen geführt, was für Europa undenkbar gewesen ist. (...)

World Antikommunist League:

„Dem Terrorismus an die Wurzel ..."

„Im Kreml sitzen keine Meßdiener, sondern eiskalte Realpolitiker, die ständig versuchen, sich zu nehmen (,) was sie bekommen können." (1)

„Man könne mit Sicherheit davon ausgehen, daß in allen derzeitigen Konflikten Moskau auf irgendwelche Weise seine Hand im Spiel habe: Man nehme nur das rezente Beispiel des libyschen Angriffs auf den Tschad." (2)

„Der Weltkommunismus betreibe seine Aggression jedoch auch auf andere Weise, wovon die brutalste der Terrorismus sei: ‚Dieses Übel muß an der Wurzel bekämpft werden!' " (3)

Verlautbarungen eines oder mehrerer CDU-Politiker? Möglich schon, tatsächlich aber in diesem Fall nicht: Die Zitate geben die neueste Stimmung und Stoßrichtung der **Antikommunistischen Welt-Liga — World Anti-Communist League, WACL** — wieder. Zurückgehend auf Kalte-Kriegszeiten in den 50er Jahren wird WACL seit 1967 vor allem von Taiwan und Südkorea aus gesteuert. Neuerdings tritt sie aber zunehmend aus dem Schatten eher undurchsichtiger Drahtzieherschaft für diverse Propaganda- und Terroraktivitäten heraus, — Aktivitäten, die in den vergangenen Jahren vor allem in Richtung Lateinamerika, Asien und Osteuropa liefen.

Seit Beginn der 80er Jahre und nun öffentlichkeitswirksam mit dem 19. Kongreß im September 86 in Dommeldingen/Luxemburg verdient WACL verstärkt Aufmerksamkeit:

1. WACL konstituiert sich zunehmend als inoffizielles Organ des internationalen Konservativismus, speziell der US-Administration unter Reagan sowie — tendenziell — der westeuropäischen Christdemokratie.
2. Über ihre ideologisch-propagandistischen Bemühungen hinaus fungiert WACL heute als eine der zentralen Koordinierungsstellen für staatsterroristische Interventionen unterhalb der offiziellen Staats- bzw. Regierungsebenen.

Selbstverständlich sind beide Aspekte nicht getrennt zu sehen, sondern ergänzen sich gegenseitig.

Agentur für Contra-Hilfe

ganzen sicn gegenseitig.

Agentur für Contra-Hilfe

Für die Größenordnung der WACL-Aktivitäten insgesamt müssen einige Hinweise genügen: Allein für ihren Kongreß in Washington 1978, laut damaliger Angabe des saudi-arabischen Scheichs Jamjoom (Chef der regionalen WACL-Abteilung), ließ die Organisation 300.000 Dollar springen. Zu dem diesjährigen 3-Tages-Kongreß in Luxemburg steuerte die asiatische WACL-Sektion, APACL, den Einzelposten von 100.000 Dollar bei.

Den nicaraguanischen Contras flossen im vergangenen Jahr aus der Kasse der US-Abteilung von WACL („American Council for World Freedom") u.a. 400.000 Dollar zu. (4)

Dementsprechend fielen bzw. fallen denn auch die Wünsche aus, die von „Freiheitskämpfern" bei WACL vorgebracht werden. Auf dem Kongreß 1985 in Dallas/USA wünschten sich die RENAMO-Contras aus Mozambique: 500 Boden-Luft-Raketen, 500 Bazookas, 100 Jeeps mit Maschinengewehren und 5 Küstenschiffe. (5) Der simple Schluß aus solchen Hinweisen ist, daß durch die Kassen der WACL Dollarbeträge in mehrstelliger Millionenhöhe fließen.

Das allein wäre allerdings keine besonders neue Erkenntnis. Neu ist aber die Funktionalisierung der langjährig erprobten WACL-Kanäle für den aktuellen Staatsterrorismus der Reagan-Administration v.a. in Mittelamerika.

Noch Mitte der 70er Jahre war WACL vor allem um drei Zentren gruppiert: die taiwanesisch-südkoreanischen Alt-Antikommunisten der Kuomintang und des Koreanischen CIA (einschließlcih des Finanzimperiums der Mun-„Sekte"), die, neben arabischen Quellen, vornehmlich für die Finanzierung sorgten; die Alt- und Neofaschisten der osteuropäischen Emigration („Ustascha", der ukrainische „Anti-Bolschewistische Block der Nationen", ABN, u.ä.); schließlich die lateinamerikanische, offen antisemitische und terroristische „Confederacion Anticomunista Latinoamericana" (CAL) mit dem mexikanischen Geheimbund „Tecos" als Zentrum, mitverantwortlich für die Terrorkampagnen der Todesschwadrone gegen Linke, Gewerkschafter, Priester usw.

Mit Übernahme des WACL-Vorsitzes durch den US-Anthropologen **Roger Pearson**, einen rassistischen Wissenschaftler mit politischen Ambitionen, versuchte sich WACL auch in Europa eine breitere Basis zu verschaffen — und zwar im eindeutig neofaschistischen Lager. So tauchten u.a. **G. Almirante** von der italienischen **MSI** oder **B. Pinar** von der spanischen **Fuerza Nueva** auf WACL-Kongressen auf. Nicht weniger als 17 Neonazi-Gruppen bemühten sich damals um die Aufnahme in die WACL-Gemeinde. (6)

Diese Entwicklung wirbelte in liberalen und linken Kreisen der USA (u.a. die „Washington Post") und Europa jedoch so viel Staub auf, daß WACL zunehmend in den Ruf einer nazistisch-antisemitisch-terroristischen Organisation geriet.

Der Pearsonsche Nazi-Kurs wurde also gestoppt, und unter Vorsitz des belgischen Ex-NATO-Generals Close wurde 1983/84 schließlich auch der besondern anrüchige südamerikanische WACL-Zweig CAL ausgeschlossen.

Damit war aber nicht nur das Make-up aufgefrischt; die inhaltliche Neuorientierung stand an. Close-Nachfolger als WACL-Präsident wurde 1984 der **US-amerikanische Ex-General John E. Singlaub**. Seine militärische Vergangenheit — Guerillakämpfer in Korea und Vietnam (dort Chef der „Green Baretts") setzte sich zu der Zeit in seiner Funktion als Militärberater der US-Regierung fort: für den Raum Mittelamerika und in Sachen „unkonventioneller Kriegsführung" (soll heißen: Terror, Sabotage, psychologische Kriegsführung etc.).

Für seine neuen WACL-Aufgaben war und ist Singlaub jedoch hauptsächlich aufgrund seiner zahlreichen Kontakte und Querverbindungen geeignet. Laut einer Untersuchungskommission des US-Parlaments ist Singlaub *„Leiter von fünf der dreizehn wichtigsten Vereinigungen (in den USA, Anm. AK), die private Gelder sammeln für die Contras."* (7)

Hervorzuheben sind unter anderen
— engste Kontakte Singlaubs zu der Führungsmannschaft der US-Zeitschrift bzw. Söldneragentur **„Soldier of Fortune"**; so diente SoF-Chef Robert K. Brown in Vietnam in Singlaubs „Special Operations Group". (8)
— Daneben gehört Singlaub z.B. zum

of Fortune"; so diente SoF-Chef Robert K. Brown in Vietnam in Singlaubs „Special Operations Group". (8)
— Daneben gehört Singlaub z.B. zum

Leitungsgremium des **Council for National Policy, CNP**, ein Verband für Top-Politiker und Geschäftsleute, um Geld in die Hände der Contras zu schleusen (Sammelergebnis eines CNP-Treffens: 100.000 Dollar). (9)

Einen der Höhepunkte des diesjährigen WACL-Treffens stellte dementsprechend der Auftritt von **Mario Calero** (Bruder des **FDN-Führers Adolfo Calero**) dar, der, enger persönlicher Freund Singlaubs und Zentralfigur des Contra-„Oberkommandos" in New Orleans, über die Kommandostrukturen der nicaraguanischen Contras referierte und entsprechende Vorschläge für die Verwendung der mittlerweile wieder legalen US-offiziellen Hilfsgelder unterbreitete. (10)

Daneben traten u.a. auf: der Europa-Vertreter der **RENAMO (Mozambique), Armando K. Gumbe**, der übrigens in der BRD residiert. Ein weiterer WACL-Gast war der französische Ex-Geheimdienstoffizier **Pierre de Villemarest** (mit guten Kontakten zu Le Pens „Front National"), der für die **CIRPO — Konferenz der Widerstandsbewegungen in Besetzten Ländern** — auftrat. Die CIRPO, wie WACL selbst, koordiniert Waffenlieferungen usw. für Contra-Gruppen, allerdings mit Schwerpunkten in Südostasien und Indien (Sikh-Separatisten). Interessant auch die Information, daß WACL-USA in Pakistan einen *„ständigen Repräsentanten"* plaziert hat, um die afghanischen „Rebellen" besser unterstützen zu können.

Die Konferenz beschäftigte sich im übrigen speziell mit dem Thema „Terrorismus". Die ehemalige UNO-Botschafterin der USA, **Jean Kirkpatrick**, als Rechtsaußenpolitikerin in einschlägigen Contra-Hilfskreisen ohnehin tätig, steuerte ein Referat zum Thema „Internationaler Terrorismus" bei. (11) Als Ergebnis der Arbeitsgruppe zu eben dem Thema — unter Vorsitz des **Ex-NATO-Generals Romano** — plant WACL die Herstellung *„förmlicher Beziehungen zu westlichen Geheimdiensten zur Koordinierung psychologischer und politischer Kriegsführung gegen kommunistische und blockfreie Staaten weltweit"* (12).

Neben der notwendig gewordenen Neuorganisation der lateinamerikanischen WACL-Sektion, die sich jetzt „Federation of Democratic Latin American Groups", FEDAL, nennt, ratifizierte die WACL-Konferenz die Aufnahme der US „Young Conservative Federation" und erklärte sie zum offiziellen internationalen WACL-Jugendverband. Unter seinem neuen Namen **World Youth Freedom League, WYFL**, bleibt dieser Jungkonservativen-Verband aber natürlich genau das, was er bislang schon war: sozusagen ausführendes Organ der „Heritage Foundation", die als führende konservative Ideologieschmiede der USA von zentraler Bedeutung für die Reagan-Administration ist, mit der sie auch personell engstens verflochten ist. WYFL verfügt u.a. über ein Schulungszentrum für Psychologische Kriegsführung in Washington und lädt Jung-WACL-Mitglieder zur Einweisung in Methoden der „politischen Technologie" (Werbung, PR u.ä.) ein. (13)

Konservative Koordination

Die Einbindung der WACL in das Um-

Konservative Koordination

Die Einbindung der WACL in das Umfeld der Reagan-Administration zeigt deutlich ihr zweites, ideologisches Gesicht: ihre Etablierung als Koordinierungsinstrument des internationalen (Neo-) Konservativismus mit starker Betonung der militärischen Seite.
— Als Gastgeber des diesjährigen Kongresses trat Singlaubs Vorgänger im Amt des WACL-Vorsitzenden auf, der derzeitige WACL-Chef in Belgien, **Generalmajor Robert Close** (geb. 1922), mit Funktionen u.a. beim Oberkommando der Alliierten Streitkräfte in Europa/Shape (1961-65), Berater des Belgischen Verteidigungsministers (65-66), beigeordneter Kommandant und Studiendirektor am NATO-Verteidigungskolleg (74-76), Senator (für die Liberale Partei) von Brüssel (ab Nov. 80), Vizepräsident der politischen Kommission der Westeuropäischen Union (86).(14)
— Neugewählter WACL-Präsident, d.h. Nachfolger Singlaubs, ist der 61-jährige Belgier **José Desmarets.** Seine Kurzbiographie (15): „In den Jahren 1979-81 war er Vizepremier und abwechselnd Verteidigungs-, Planungs-, Wissenschafts- bzw. Mittelstandsminister. Seit 1985 gehört der christdemokratische Politiker (...) dem Senat an. 1983 gründete Desmarets das ‚Mouvement pour le rassenblement des Belges' und seit 1984 ist er zudem Nationalpräsident der Vereinigung ‚Atlantique Belge'."
— Als Stargast und Aushängeschild zur Demonstration des neuen seriösen WACL-Konservativismus trat schließlich der ehemalige niederländische Außenminister und langjährige NATO-Generalsekretär **Joseph Luns** auf, um über *„die Stärke und die Schwäche der westlichen Demokratien"* zu referieren. Noch 1983, als WACL zum erstenmal in Luxemburg kongressierte, war es nicht gelungen, einen ähnlich „seriösen" Vertreter des europäischen Konservativismus aufzubieten. 1986 fand sich Luns bereit, ohne sich allerdings auf die allerplatteste Propaganda der zahlenmäßig stark vertretenen WACL-Traditionalisten einzulassen, weshalb er auch *„nur einen lahmen höflichen Applaus"* bekam, wie beobachtet wurde. (16)

Wieviele Finger der westdeutsche Konservativismus, sprich CDU/CSU und „Braunzone" ringsum, in diesen WACL-Machenschaften stecken hat, ist bislang nicht eindeutig festzustellen. WACL selbst hält sich gern bedeckt — so wurde vom Luxemburger Treffen keine Teilnehmerliste veröffentlicht, angeblich *„aus Sicherheitsgründen"* (17). Was die BRD angeht, herrscht offenbar die — berechtigte — Einschätzung vor, ein offenes Auftreten sei zur Zeit inopportun. Über eine Konferenz in der BRD wird dort gemutmaßt: *In der Bundesrepublik wäre es eine politische Provokation, obschon die ABN-Leute* (Exil-Ukrainer, AK) *am liebsten in Berlin tagen würden."* (17)

Die wenigen bisher publik gewordenen westdeutschen WACL-Namen lassen nur ahnen, was sich hierzulande von WACL-Seite aus tun mag:
— In den 70er Jahren fungierte als einer der BRD-WACL-Leute **Theodor Oberländer,** Alt-Nazi und später BHE-, dann CDU-Vertriebenenminister (erzwungener Rücktritt 1960); CDU-Abgeordneter bis 1965.
— 1978, beim 11. WACL-Kongreß in Washington, war der Alt-Nazi **Heinrich Härtle** zu Gast, Allerweltsfigur im Umkreis von „Stahlhelm", DKEG,

— 1978, beim 11. WACL-Kongreß in Washington, war der Alt-Nazi Heinrich Härtle zu Gast, Allerweltsfigur im Umkreis von „Stahlhelm", DKEG,

NPD u.ä. Gruppierungen der „Braunzone". (18) Zum gleichen Sektor gehört der in einer Liste von aufrechten WACL-Freunden genannte **Otto Habsburg.**
— Auch zur Stelle war 1978 der CSU-Abgeordnete **Hans Graf Huyn**, ebenfalls in der „Braunzone" wohlbekannt und emsig-aktiv, freilich von anderem Kaliber als irgendein überalterter Nazi-Opa. **Inzwischen hat Huyn es zum regierungsamtlichen Ideologen gebracht, der für das Bundesinnenministerium ausgerechnet über „Moskau und der internationale Terrorismus" als Gefahr für „die Menschenrechte" referieren kann.** (20)
— Mittlerweile ist Leiter der BRD-Sektion der WACL **Wolfgang Schall**, Brigadegeneral und CDU-Politiker *(„Der Lothar Späth beispielsweise ist ein Duzfreund von mir. Auch Kohl kenne ich persönlich sehr gut.")*. 1985 in Dallas und 1986 in Luxemburg war Schall auf den WACL-Kongressen anwesend. Seine persönlichen Daten:

Fortsetzung nächste Seite



General John K. Singlaub als WACL-Chef im September 84 bei „Soldier of Fortune" (zweiter von rechts: Hassan Gailani, afghanischer Guerilla-Führer)

Deckname Schiller

Ein neues Buch beleuchtet die EAP

„Organische Düngung wird von den Grünen als Mittel gegen das Waldsterben vorgeschlagen. Frage: Wieviel Grüne sind notwendig, um einen Baum zu düngen? Antwort: fünf. Eigentlich reicht einer, aber für diesen werden vier benötigt, um ihn zu überzeugen, in die Knochenmühle zu steigen."



Richtig, diesen „Witz" gibt es in manchen Variationen. Allen gemeinsam ist der faschistische Geist, der aus ihnen herausdröhnt. In der eben zitierten Form findet sich der „Witz" in der Zeitschrift *Fusion*", Nr.1/1984. Ebendort aus dem gleichen Geist: „Was ist schwarz und sitzt auf einem Baum? — Ein Grüner nach einem Waldbrand."

Herausgeberin der *Fusion* ist die *EAP, Europäische Arbeiterpartei*. Als wichtigste europäische Filiale der in den USA beheimateten *NCLC, National Caucus of Labor Committees*, hat die EAP seit Anfang der 70er Jahren einen weiten Bogen von Linksaußen nach Rechtsaußen zurückgelegt. Ihr jüngstes Produkt sind die aggressiv rechts von der CDU agierenden *„Patrioten für Deutschland"*, die zu den niedersächsischen Landtagswahlen 1986 erstmals antraten und immerhin 0,3 % der Stimmen kassieren konnten. Die EAP hatte, als sie vier Jahre zuvor dort unter eigenem Namen kandidiert hatte, nur ein Zehntel dieses Ergebnisses erreicht. Der EAP scheint damit ein, wenn auch vorerst nur kleiner, Einbruch in das traditionelle Revier der CDU gelungen zu sein. Das verblaßt aber gegen die Erfolge der US-

ein, wenn auch vorerst nur kleiner, Einbruch in das traditionelle Revier der CDU gelungen zu sein. Das verblaßt aber gegen die Erfolge der US-

Muttergruppe, die sich ganz regulär als Fraktion in der Demokratischen Partei etabliert hat und erstaunliche Ergebnisse bei der Nominierung der demokratischen Kongreßkandidaten in einigen Wahlkreisen vorweisen kann, in mindestens zwei Fällen sogar die von ihr lancierten Kandidaten durchsetzen konnte.

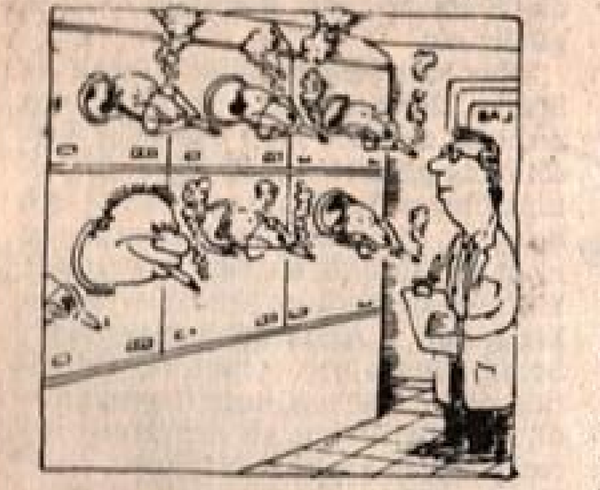
Soeben ist bei Rowohlt ein Buch erschienen, das konkurrenzlos das Beste bietet, was bisher an Informationen über die EAP greifbar ist: „Deckname: Schiller" von Helmut Lorscheid und Leo A. Müller. Da fühlte sich der Rezensent in angenehmster Weise an die früheren vorzüglichen Untersuchungsarbeiten aus dem ehem. Reents Verlag erinnert. Freilich, ein kleiner alphabetischer Nachschlageteil zu den einschlägigen Personen und Organisationsnamen, statt des dürftigen Registers, hätte ruhig auch noch dabei sein dürfen.

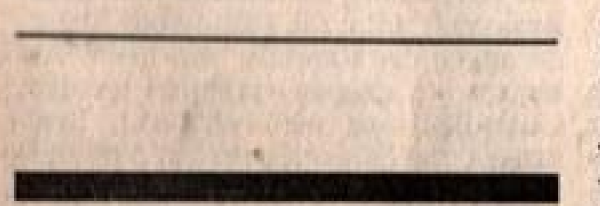
Die Darstellung von Lorscheid/Müller ist auf dem aktuellsten Stand. Im Mittelpunkt stehen die neueren Kampagnen der EAP & Co. für SDI im besonderen und Hochtechnologien im allgemeinen. Das dazu vorgelegte Material, etwa über die vertraulichen Beziehungen der EAP zu deutschen Raketenforscher u.ä. mit NS-Vergangenheit, ist in dieser Fülle und Präzision wohl weitgehend neu. Auch die ausführlichen Darlegungen zu den Connections der Gruppe in den USA selbst (Nachdruck eines Artikels aus der US-Zeitschrift New Republic) sind zweifellos ein Gewinn. Andererseits kann man selbstverständlich auf 190 Seiten nicht alles schreiben, was eigentlich nötig wäre. So sind Aspekte wie die große Anti-Drogen-Kampagne der NCLC/EAP vor wenigen Jahren und die daraus resultierenden Connections oder die aktuelle AIDS-Kampagne der Gruppe kaum aufgenommen worden. Auch zu den „linksextremen" Kostümspielen der Gruppe in den 70er Jahren und zu ihrem paranoiden Weltbild erfährt mensch aus dem Buch nicht viel.

Helmut Lorscheid und Leo A. Müller: Deckname: Schiller — Die Deutschen Patrioten des Lyndon LaRouche. rororo aktuell, Dezember 1986. DM 10,80.









Fortsetzung von vorheriger Seite

„Bis 1971 war ich Leiter der Stabsabteilung Führung beim Heer im Verteidigungsministerium in Bonn. Ich habe mich damals in den vorläufigen Ruhestand versetzen lassen, um Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg zu werden.'' (21) Bis 1984 war Schall CDU-Abgeordneter im Europaparlament. Ergänzenswert weiterhin seine

zu werden.'' (21) Bis 1984 war Schall CDU-Abgeordneter im Europaparlament. Ergänzenswert weiterhin seine

Aktivitäten für die „Paneuropaunion'' (1979 Leiter des Arbeitskreises ‚die strategische Bedeutung des südlichen Afrika für die Verteidigung Europas'') und seine Beiträge zu diversen Zeitschriften dieses konservativ-reaktionären Feldes. (22)

Laut Schall — 1985 noch immer beim Europa-Parlament engagiert, als Mitglied des Baden-Württembergischen Europa-Ausschusses — hält sich WACL in der Bundesrepublik im Hintergrund. Hier **„treten wir nicht so stark unter dem Namen Antikommunistische Weltliga auf, (...) denn es gibt bei uns ja genügend andere antikomunistische Organisationen. Unsere Aufgabe ist, deren Arbeit zu koordinieren mit der Spitze der Antikommunistischen Weltliga. Wir stehen in Verbindung mit sämtlichen** *Vertriebenenverbänden*. **Der maßgebende Mann für uns ist dabei der Präsident, der Bundestagsabgeordnete** *Dr. Czaja*. **Wir arbeiten zusammen mit der** *Gesellschaft für Menschenrechte* **und mit dem Bundestagsabgeordneten** *Dr. Todenhöfer*, **der sich für Afghanistan einsetzt. Wir sind eigentlich ein Verbindungsbüro.''** (23)

R., Antifa-Kommission, Hamburg

Anmerkungen

(1) J.P. Hamelius, WACL-Repräsentant in Belgien, laut „Journal", 9.9.86
(2) Robert Close, damals WACL-Präsident, laut dem WACL-freundlichen, klerikalkonservativen „Luxemburger Wort" (LW), 9.9.83.
(3) José Desmarets, neugewählter WACL-Präsident, laut LW, 8.9.86.
(4) „searchlight", Okt. 86
(5) „Forum" (Luxemburgisches Monatsmagazin), Okt. 86, S.7. — in der Darstellung der WACL-Geschichte etc. stützt sich „Forum" vor allem auf das neue Buch: John Lee Anderson/Scott Anderson, ‚Inside the League", New York 1986.
(6) „Forum", S.5.
(7) „Forum", S.9.
(8) „searchlight", Juni 1985.
(9) „Forum", S. 9/10.
(10) LW, 9.9.86 und „searchlight", Okt. 86 — auch für die folgende Passage.
(11) LW, 23.8.86.
(12) „searchlight",Okt. 86
(13) wie (12)
(14) LW, 30.8.86
(15) LW, 8.9.86
(16) „Forum", S. 12
(17) wie (16)
(18) AK 132, 26.6.78
(19) LW, 6.9.86
(20) AK 276, 17.11.86, S. 11/15
(21) „elan" 11/85
(22) „Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis", Hamburg 1981, S. 136.
(23) „elan" 11/85

Visionen des Späth-Kapitalismus

Über Lothar Späths Entwürfe für die „moderne Industriegesellschaft''

Lothar Späth, angeblich ein „liberaler'' Konservativer, ist darangegangen, seine Zukunftsentwürfe zur Bewältigung „krisenhafter Zeiten'' in die Tat umzusetzen: Die Zusammenfassung von staatlicher Exekutive und staatlicher Legislative in einem einheitlichen „Staatssicherheitskomplex'' erinnert an das „Ministerium für Liebe'' in Orwells „1984''. Die Zusammenfassung sämtlicher Instrumente der Massenbeeinflussung (Kunst, Kultur, neue und alte Medien nebst dem völlig ungehinderten „Datenverbund'' untereinander) in einem gigantischen „Manipulationskomplex'' findet ihre Parallele in Orwells „Wahrheitsministerium''. Baden-Württemberg: Vorreiter für den Spät(h)-Kapitalismus insgesamt?



Späth

Visionen des Späth-Kapitalismus

Die Späth'schen Zukunftsvisionen erschienen 1985 in seinem Buch „Wende in die Zukunft — Die Bundesrepublik auf dem Weg in die Zukunftsgesellschaft''. Darin erkennt er: *„Die ständig wachsende Notwendigkeit der Politik, besser informiert zu sein und unterschiedliche gesellschaftliche Interessen zu einem tragfähigen Konsens zusammenzuführen, zwingt zu neuen politischen Führungs- und Kommunikationsstrukturen''* (S. 234/235). *„.... Das ist am ehesten der Fall, wenn Politik ein Maximum an Informiertheit mit einem Optimum an Wahl- und Entscheidungsfreiheit zu verbinden weiß ... und mit der wiederentdeckten Erfahrung, daß ein Volk und seine politischen Repräsentanten auch in krisenhaften Zeiten gemeinsam und zukunftsorientiert handeln können, wäre zugleich der Grundstock zum Erfolg für die ‚Gesellschaft danach' gelegt''* (S. 236).

Diese Gesellschaft nennt er „Versöhnungsgesellschaft''. Er will die *„stärkere Konturierung der Staatsautorität dort, wo sie verloren ging: in der Schutz- und Wächterfunktion''* und wettert folgerichtig gegen die *„Gesinnungsethiker''*, die *„im Parlament sitzen und den Bestand der Gesellschaft gefährden''*. Gefordert sei aber *„Verantwortungsethik''* für die „Gemeinschaft''. *„Der Staat, der nicht mehr vom ökonomischen und sozialen Verteilungskampf vollständig beansprucht wird, gewinnt Freiraum für die Fragen jenseits von Angebot und Nachfrage.''* Gemeint ist damit eine forcierte staatliche Wirtschaftsförderungs- und Infrastrukturpolitik, die die Spitzenpositionen westdeutscher Konzerne auf dem Weltmarkt sichern soll; **staatliche Gesellschaftsplanung, die der Kontrolle durch Öffentlichkeit und Parlament total entzogen ist.**

Politisierung der Verwaltung

Politisierung der Verwaltung

Und weil der Ministerpräsident diese Ideen in seinem Musterländle gleich in die Tat umsetzen will, läßt er die konkreten Schritte von den richtigen Leuten ausarbeiten. Nach dem Motto *„Dem Bürger kann es schwerlich zugemutet werden, sich beruflich und privat flexibel, kommunikativ und vorsorgend zu verhalten, während beim Staat alles beim alten bleibt''* (S. 234) wurde eine **„Kommission Neue Führungsstruktur Baden-Württemberg''** beauftragt, über Strukturen politischer Führung und die Organisationsformen der Verwaltung nachzudenken.

Diese Kommission wurde vom Vorsitzenden der Geschäftsführung der IMB Deutschland, Sparberg, dem Vorsitzenden des Vorstandes der Allianz Lebensversicherung Stuttgart, Bäumer, dem Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Stuttgart, Bulling, und dem Oberbürgermeister von Ettlingen, Vetter, gebildet. In ihrem im Juli 1985 vorgelegten Bericht sehen sie ihre Aufgabe darin, *„ein Land wie Baden-Württemberg, das eine Spitzenstellung innerhalb der BRD einnimmt''*, im Rahmen eines *„Aufbruchs der Teilstaaten ... an die besonderen Aufgaben der Zukunft anzupassen''*. Dabei haben sie erkannt, *„daß generelle Führungsprinzipien aus der freien Wirtschaft durchaus sinnvoll*



und erfolgversprechend in verstärktem Maße auch auf die Regierung eines deutschen Bundeslandes angewandt werden können''.

Das sieht dann so aus:

— *„Der Führungsbereich in den Ministerien soll straffer gegliedert werden. Die Ministerien müssen von den bisher den breitesten Raum einnehmenden Einzelfallentscheidungen befreit werden; politische Planung, gefördert durch politische Zielvorstellungen (vi-*

den breitesten Raum einnehmenden Einzelfallentscheidungen befreit werden; politische Planung, gefördert durch politische Zielvorstellungen (vi-

sions) neuartiger Beratungskreise soll einen stärkeren Akzent auf die mittel- und langfristige Planung und Durchsetzung zukünftiger politischer Ziele setzen.'' Dazu soll in den Zentralstellen eine abgegrenzte *„Denkfabrik''* eingerichtet werden, in der die *„politischen Führungsgehilfen im kritischen Dialog mit dem Politiker bestehende Ziele und Programme überprüfen, Ideen aufgreifen und Initiativen entwickeln''* sollen, ohne vom täglichen Kleinkram beeinflußt zu werden.

— Zur besseren Anbindung an das Kapital *„sollen künftig bei den Ministerien institutionalisierte Beratungskreise eingerichtet werden, die aus unabhängigen Persönlichkeiten der Bereiche Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft bestehen und die Aufgabe haben, in politischen Leitbildern, sogenannten Visionen (in Amerika und Japan: visions) ein Gesamtbild über vorstellbare und wünschbare Zukunftsentwicklungen zu erarbeiten.''*

— *„Die innere Ministerialstruktur soll wesentlich gestrafft und mit größeren Führungsspannen in stärker ausgewogene Referate und Abteilungen aufgeteilt werden. Insgesamt soll so die Zahl der Referate und der Abteilungen um rund ein Drittel verringert werden. Führungskräfte werden dann wesentlich stärker ausgefüllt, aber auch stärker gefordert sein.''*

— *„Führungspersonal, das wesentlich besser ausgebildet werden und in seiner Leistungsmotivation gestärkt werden soll. Die Kommission schlägt deshalb die Bildung einer ‚Elite-Nachwuchsschule' nach dem Muster der französischen ENA vor.''* (Die Führungsakademie gibt es seit Oktober 1986.)

— *„Stärkere Mobilisierung der Führungsstellen: alle Führungsstellen sollen nach verschiedenen, detailliert vorgeschlagenen Modellen nur auf Zeit, regelmäßig 5 Jahre besetzt werden.''* Der Zentralstellenleiter soll *„für den Verwaltungsapparat das kritische Gewissen''* sein und deshalb die Rolle des „Controller'' übernehmen.

Der Big Brother: Das Universalnetz

Die so gestraffte Führungsspitze muß jetzt nur noch mit gut aufbereiteten Informationen versorgt werden. Dazu wurden die Firmen Diebold, Dornier und IKOSS beauftragt, ein *„Landessystemkonzept''* zu erarbeiten, mit dem Ziel, ein umfassendes Kommunikationssystem aufzubauen. Es soll nach und nach alle im Lande entstehenden Daten-Einzelsysteme miteinander verbinden, wobei die Post mit ihrem ISDN-Netz (Breitbandverkabelung) Voraussetzungen schafft, die niemand

binden, wobei die Post mit ihrem ISDN-Netz (Breitbandverkabelung) Voraussetzungen schafft, die niemand

mehr beschließen muß.

Schon innerhalb weniger Monate könnte man die Netze der Finanzverwaltung, des Statistischen Landesamts, des RSJW (Rechenzentrum der Sozial-, Justiz-, Wirtschafts-, Finanz- und Innenministerien) und des Ernährungsministeriums zu einem einzigen Netz zusammenlegen. Das geht so einfach, weil deren Computer und Datenterminals schon heute weitgehend nach den Normen des gleichen EDV-Herstellers arbeiten. Man müßte deshalb diese Normen bloß noch — wie auch das Diebold-Dornier-IKOSS-Gutachten empfiehlt — konsequent anwenden, etwa im Rahmen des SNA-Konzepts (Systems Network Architecture). Dadurch entstünde ein riesiges Verwaltungsnetz, an das man auch die Netze der Polizei, Vermessungs- und Oberschulämter anschließen könnte. Mit seiner Hilfe könnten die Personalsachbearbeiter einer Oberfinanzdirektion, der Referent im Innenministerium, der Kriminalbeamte einer Polizeidirektion, der Baurat eines Hochbauamts, der Programmierer des Landesversorgungsamts, der Vermessungsingenieur eines Vermessungsamts mit jedem Mitarbeiter irgendeiner Behörde in Baden-Württemberg elektronische Akten austauschen, telefonieren, elektronische Post und Fernkopien, Btx-Mitteilungen und Fernschreiben im Rahmen der Bürokommunikation versenden und empfangen. Außerdem könnten sie mit Hilfe dieser Technik von allen Computern aller Behörden des Landes Daten abrufen und diese an andere Behörden oder Privatpersonen beliebig versenden. (1)

Der Trend zu freiem Datenfluß und die damit verbundene faktische Unkontrollierbarkeit sind notwendige Voraussetzungen für den effektiven Einsatz des Landessystemkonzepts, denn jede Einschränkung der Kommunikationsmöglichkeiten aus Datenschutzgründen stellt eine Beeinträchtigung der Bürokommunikation dar und würde den Nutzen der teuren Geräte mindern.

So erleichtert das System auch den bewußten Mißbrauch: Hinterläßt es doch keine Spuren, wenn jemand per Knopfdruck Daten über Bürger unbefugt weitergab. Sein Risiko, entdeckt zu werden, ist dabei gleich Null. (1)

Für die Verwaltungsangestellten bedeutet die elektronische Bürokommunikation aber auch, daß Maßnahmen zur Kontrolle von Verwaltungsvorgängen auch leicht gegen sie verwendet werden können, z.B. zu einer umfassenden Leistungs- und Verhaltenskontrolle, zumal es hierzu weder rechtliche, noch technische oder organisatorische Schutzvorrichtungen gibt.

Die Datenschutzbeauftragte, Ruth Leuze, sieht in dem Landessystemkonzept eine starke Bedrohung: *„.... denn es sieht die Verwaltung als Informationseinheit. Der Datenschutz dagegen verlangt vom Staat, sein Wissen auf zahlreiche kleine Informationseinheiten aufzuteilen. Das Landessystemkonzept will eine von Hindernissen weitgehend freie Kommunikation zwischen den Behörden; der Datenschutz dagegen, daß jeder Bürger grundsätzlich selbst darüber entscheidet, welcher Behörde er welche Informationen für welche Zwecke zukommen lassen will''*. Dabei verweist sie auf das Volkszählungsurteil, in welchem das Grundrecht betont wird, daß jede/r selbst über Preisgabe und Verwendung seiner Daten zu bestimmen hat.

Das Wahrheitsministerium

Das Wahrheitsministerium

Das 60-seitige Grundsatzpapier kommt jedoch mit der trivialen Aussage aus: Der Datenschutz ist zu beachten. Wie der Datenschutz beachtet werden soll, wird deutlich, wenn mensch sich noch den entsprechenden Vorschlag der Kommission Neue Führungsstruktur ansieht. Dort ist nämlich vorgesehen, daß innerhalb eines neu zu schaffenden „Ministeriums für Kommunikation und Kunst'' eben dieses Ministerium für die Durchführung des Landessystemkonzepts, für die amtliche Statistik, für Bibliotheken und Archive, für alte und neue Medien, für Kunstförderung und Kulturangebot und auch für den Datenschutz zuständig sein soll. Damit soll ausgerechnet das Ministerium für die Ausgestaltung und Auslegung des Datenschutzrechtes federführend sein, zu dessen wichtigsten Aufgaben es gehört, den Einsatz der modernen Kommunikations- und Informationstechniken voranzutreiben, und das auch noch für die amtliche Statistik verantwortlich ist. Eine Verknüpfung, die deutlich macht, wieso es wichtig sein wird, den Widerstand gegen Volkszählung und Mikrozensus zu forcieren.

Das Ministerium für Liebe

Aufgeschoben, aber keineswegs aufgehoben ist der Vorschlag, das Innenministerium und das Justizministerium zu einem Supersicherheitsministerium zusammenzulegen. Die Kommission Neue Führungsstruktur meint, *„die Zusammenlegung bringt eine Konzentration aller Kräfte zur Sicherung des Rechtsstaates unter einem Dach''*. Die Datenschutzbeauftragte Ruth Leuze widersprach diesem Vorschlag, denn *„er zeigt mit aller Schärfe, wie die Kommission viel zu sehr auf Effizienz und Leistungsfähigkeit des Staates fixiert war und wie sie viel zu wenig Sensibilität für die Aufgabe unseres Rechtsstaats entwickelte, dem Bürger auch einen effektiven Schutz gegen den Staat selbst zu gewähren und dafür*

„Späth-Kapitalismus: Ein aufgehender Stern?"

Fortsetzung nächste Seite

Ministerium für Kommunikation und Kunst

Führungsbereich — Allgemeine Verwaltung — Kunst und Medien — Datensysteme und Bürokommunikation — Landeszentrum für Daten- und Bürotechnik

Fortsetzung von vorheriger Seite

Vorkehrungen zu schaffen. Wie sehr die Kommission dieses Verfassungsgebot vernachlässigte, sieht man gerade auch am datenschutzrechtlichen Aspekt. Ob Verfassungsschutz, Polizei, Staatsanwaltschaft oder Strafvollzug: alle sammeln und speichern in großem Umfang Informationen über Bürger aus durchaus unterschiedlichen Gründen für durchaus unterschiedliche Zwecke. Faßt man diese Bereiche unter dem Dach eines Supersicherheitsministeriums zusammen, wäre zu befürchten, daß sich die jetzt schon erkennbare Tendenz verstärkt, intensiver als bisher Querverbindungen herzustellen und die Daten des einen Bereichs auch für den eines anderen zu nutzen. Man muß deshalb kein Prophet sein, um vorauszusagen, daß im Fall eines Ministeriums für Inneres und Justiz auch die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz, Polizei und Staatsanwaltschaft in der Datenverarbeitung auf eine Art und Weise intensiviert würde, wie sie niemand wünschen kann.''

Kommandozentrale „1984"

Nur finanzielle Gründe verhinderten bisher, daß der Vorschlag zum Bau eines ,,Regierungszentrum Baden-Württemberg'' verwirklicht wurde. Eine ,,*Erhöhung der Entscheidungskraft und Verwaltungseffizienz*'' sieht die Kommission in der gemeinsamen Unterbringung aller Ministerien in einem einheitlichen Gebäude. ,,*Die direkten Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten für den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß sind finanziell gar nicht abschätzbar*'', meint die Kommission und nennt folgende Vorteile, die hier einmal ausführlich zitiert werden sollen:

— Für die Kabinettsarbeit: Der Ministerpräsident und die Minister können

werden sollen:
— Für die Kabinettsarbeit: Der Ministerpräsident und die Minister können

sich in der täglichen Arbeit optimal abstimmen und so leichter für eine einheitliche Regierungspolitik sorgen. Konfliktfälle der Ressorts können im Dialog der Minister gelöst werden und beschäftigen damit nicht mehr zwangsläufig das gesamte Kabinett. Der Ministerrat kann sich deshalb auf die politischen Grundsatzfragen konzentrieren.

— Für die Ministerialarbeit: Die Mitarbeiter können räumlich konzentriert von der Amtsleitung besser geführt werden. Es gibt keine externen Abteilungen mit ihren offenkundigen Nachteilen. Entscheidend für die Zusammenfassung aller Ministerien ist aber, daß jederzeit Querkontakte zwischen den einzelnen Ressorts möglich sind, und zwar auf jeder Führungs- und Arbeitsebene. (...) Die Papier- und Mitzeichnungsflut wird durch Besprechungen eingedämmt, die Verfahrensdauer deshalb erheblich gekürzt.

— Für die Einführung moderner Kommunikationstechnologie: Das neue Haus der Landesregierung kann mit vorbildlicher Büroautomation und Datenverarbeitung dem Land einen Vorsprung auf diesem Gebiet verschaffen. In einem solchen Neubau ist der Aufbau eines internen, ressortübergreifenden Kommunikationsnetzes sehr viel einfacher und billiger möglich als zwischen verstreut liegenden alten Gebäuden, die dafür nicht ausgerüstet sind. (2)

Big Brother und Little Brother

Nicht umsonst wird hier stets mit der Erhöhung der Effektivität und der Sicherung des technischen Fortschritts argumentiert, denn die Nennung dieser Ziele begeistert die Experten für Sachzwänge: *Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich, daß der Ministerpräsident darüber nachdenken läßt, wie wir zu einer größeren Effektivität in der Exekutive dieses Landes kommen können. Wir stellen als SPD mit Befriedigung fest, daß diese Kommission eine Reihe von Vorschlägen gemacht hat, die alten Forderungen der SPD entsprechen*'' (SPD-Fraktionschef Lang in der Landtagsdebatte zu dem Kommissionsbericht).

Rainer, Stuttgart

Rainer, Stuttgart

Literatur:

1. Sechster Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz, Ausg. 14.1.86, Drucksache 9/2540
2. Bericht der Kommission Neue Führungsstruktur Baden-Württemberg, Band 1, Leitbilder und Vorschläge, Juli 1985

Ministerium für Justiz und Inneres

Führungsbereich — 6 Abteilungen, 39 Referate — Allgemeine Verwaltung — Verfassung, Recht — Kommunale Angelegenheiten — Bauwesen, Vermessung — Strafvollzug, Strafrecht — Polizei

Nicht übertreiben Genossen!

Freiburger Autonome zum BWK-Begriff des Späth-Faschismus

Da die von Späth vorangetriebene Umstrukturierung des Staatsapparates bisher kaum untersucht wurde, mangelt es bisher auch an linken Erklärungsansätzen dieser Entwicklung. Das unten auszugsweise abgedruckte Papier wendet sich insbesondere gegen eine Sichtweise, die von der Späth'schen Politik einen direkten Übergang zu einem neuen Faschismus erwartet. Diese Analyse sei zu ,,platt''

Die Autonomen wenden sich damit gegen die Auffassungen des BWK, der — bisher als einzige linke Organisation — versucht hatte, die Späth-Konzeption einzuschätzen.

Insbesondere folgende Punkte werden in der Replik kritisiert:
— Die BWK-Analyse, ,,Späth liegt Riesenkonzernen zu Füßen'', die Landesregierung sei ,,Tochterunternehmen von Daimler-Benz''.
— Die BWK-Einschätzung von der ,,Ersetzung von Restelementen bürgerlichen Parlamentarismus durch faschistische Organisationsformen und Maßnahmen''.
— Die BWK-Prognose, daß die Späth-Politik zur Zerschlagung der Gewerkschaften führen werde (,,die Arbeiterklasse hat von dieser Politik ... Zersprengung ihrer Interessensvertreter und politische Verfolgung bis zur Vernichtung der Opposition zu befürchten''). (BWK zit. n. ,,Beilage'' 3/86, S. 11/12)

Mit Marcuse sprechen die autonomen Genoss/inn/en von einer ,,präventiven Konterrevolution'', lehnen aber die Kennzeichnung ,,Faschismus'' als ,,leichtfertig'' ab.

Die Kritik der autonomen Genoss/inn/en

(...),,Lenin hat in seiner Kritik des Imperialismus nachgewiesen, daß das imperialistische Monopol den bürgerlichen Parlamentarismus beseitigt, weil er der Konkurrenz und nicht dem Monopol entspricht. Das ist nicht nur eine allgemeine Gesetzmäßigkeit, sondern Bestandteil der gegenwärtig stattfindenden Politik der Reaktion'', schreibt ihr (..) und vermittelt an dieser Stelle, (...) daß sich aus dieser Beseitigung des bürgerlichen Parlamentarismus automatisch die Installation des Faschismus ergibt.

Wir fragen uns, ob die Beseitigung des Parlamentarismus gegenwärtig überhaupt Bestandteil der stattfindenden Politik der Reaktion ist? Und: Aus welchen gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen würde sich diese Notwendigkeit im Augenblick überhaupt ergeben?

Bedeutet denn die von Späth forcierte Politik ,,zu neuen Formen direkter Diktatur der Monopole'' automatisch

Bedeutet denn die von Späth forcierte Politik ,,zu neuen Formen direkter Diktatur der Monopole'' automatisch

die Installation des Faschismus?

Wir meinen: Nein!

Eure Begründungszusammenhänge sind vielfach zu platt und z.T. an den Haaren herbeigezogen. Auch mit der Schlußfolgerung aus dem Lenin-Zitat sind wir nicht einverstanden, denn Lenin schreibt unseres Wissens nicht, daß die Herrschaft der Monopole automatisch Faschismus bedeutet, Lenin schreibt sogar nicht, daß die Monopole das Parlament beseitigen müssen (sondern er schreibt, daß die Herrschaft des Monopols die Verschärfung der Unterdrückung in allen Regierungsformen des Kapitals mit sich bringt!).

Und was uns überhaupt nicht klar ist, ist die Vorstellung, wie der von Euch propagierte Späth-Faschismus überhaupt aussehen könnte? Kann man das, was ihr als Späth-Faschismus beschreibt, überhaupt so nennen.

1. Wir können feststellen, daß im Augenblick eine verstärke Konzentration des Kapitals stattfindet, wir sehen auch, daß die verstärkte innerimperialistische Konkurrenz (SDI/Eureka z.B.) die Monopolbildung der jeweiligen Unternehmen in den kap. Ländern erzwingt, wir sehen allerdings im Moment noch nicht, daß sich die Richtlinien und die Rolle des Parlaments in den letzten Monaten oder Jahren verändert hätten. Wir sehen auch nicht, daß die von Späth betriebene Politik in Baden-Württemberg einen Ausnahmefall im Rahmen der Aufgaben staatlicher Politik im Kapitalismus darstellt.

Wir teilen eure Ansicht, daß Späth versucht, die direkten Zugriffsmöglichkeiten der Monopole auf die Entscheidungen der Landesregierung zu verbessern, doch ist dies qualitativ etwas ,,Neues''?

Wir sehen, daß die von Späth betriebene Politik — Späth ist nicht nur der Laufbursche von Daimler-Benz sondern auch Akteur — allerdings auch auf die Zukunftstechnologie setzt — und damit auf Monopole, da diese als einzige in der Lage sind, die notwendigen Entwicklungskosten aufzubringen, aber deshalb ist Daimler-Benz noch immer nicht die Identität von Baden-Württemberg.

Das nationale Kapital ist im Moment dazu gezwungen, seine internationalen Wettbewerbsbedingungen zu verbessern, deshalb findet über verstärkten Konkurrenzkampf eine Konzentration statt; deshalb stellt es auch härtere, konkretere Forderungen an die Regierungen und deshalb bilden sich über verstärkte Konkurrenz neuere Monopole heraus (z.B. Aufkauf von MTU, Dornier, AEG durch Daimler). Diese Monopolbildung soll die Wettbewerbsfähigkeit von Daimler verbessern, soll die Entwicklung von besserem und umfangreicheren Know-how ermöglichen, soll Daimler in direkte Konkurrenz zum größten Automobilkonzern General Motors bringen. Die Entwicklung von Daimler-Benz hat also nationale Bedeutung. Und überhaupt wird von Daimler auch nicht in regionalen Größenordnungen gedacht, wenn es um den Weltmarkt geht.

Zudem bedeutet Monopol-Kapitalismus nicht, daß es nur ein Monopol gibt, sondern es gibt natürlich mehrere Monopole. Auch in Baden-Württemberg wird nach weiterer Konzentration nicht nur ein Monopol und zwar Daimler übrigbleiben. (Ganz davon abgesehen, ob es im Moment überhaupt die konkrete nachweisbare Tendenz zur Monopolbildung in BaWü gibt (Monopolbildung als Endpunkt der Konzentration).

Somit kann Späth nicht nur die Interessen von Daimler-Benz vertreten, sondern er muß auch die Interessen anderer Monopole und Großkonzerne etc vertreten ... oder sich in Widerspruch zu ihnen begeben (Thomson und Brand z.B.). Nach traditionell-marxistischem Staatsverständnis (Engels) wäre ja auch gerade dies die Aufgabe des Staates (und damit von L. Späth).

2. Wer benötigt aktuell den Faschismus? Hat der Konzern Daimler-Benz ein Interesse an Faschismus?

Da ihr in eurer Argumentation ja sehr gerne zurückgreift auf Auseinandersetzungen aus der Zeit des Faschismus, möchten wir an dieser Stelle auf das Buch von Alfred Sohn-Rethel ,,Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus'' verweisen. Sohn-Rethel beschreibt die Kontroversen zwischen den beiden Kapital-Fraktionen des Brüning-Lagers und der Harzburger Front vor 1933.

Die Zitate aus dem Buch von Sohn-Rethel machen deutlich, welche logischen Fragestellungen sich anschließen müssen, z.B.:
— Welche ökonomischen Kräfte

Rethel machen deutlich, welche logischen Fragestellungen sich anschließen müssen, z.B.:
— Welche ökonomischen Kräfte

drängen im Moment zum Faschismus? Nach Sohn-Rethel waren es vor 1933 gerade die unproduktiv arbeitenden Unternehmen (also die in die Krise geratene ,,Vergangenheitstechnik''), die zur Rettung ihrer Profite eine Konzentration aller wichtigen Teile des Kapitals verlangten.
— Um zu behaupten, daß Daimler-Benz den Faschismus benötigt, müßte also nachgewiesen werden, daß Daimler-Benz ohne Installation des Faschismus nicht mehr in der Lage ist, genügend Mehrwert zu realisieren und damit nicht mehr wettbewerbsfähig ist. (Oder wird der Faschismus gebraucht, um die Arbeiterbewegung bei Daimler-Benz zu zerschlagen?).
— Daraus ergibt sich dann, daß die deutschen Konzerne in der Gesamtheit nach dem Faschismus verlangen müßten, damit sie in der Konkurrenz zu den USA und Japan bestehen können. Also: Bundesweite Konzentration aller Kräfte zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, oder?
— Oder wird der Faschismus von den Vertretern der Stahlindustrie und der Werften benötigt, damit diese Unternehmenszweige wieder Profite realisieren können — also diese Fraktion im Gegensatz zur Daimler-Großkapital-Fraktion?

— Fragen über Fragen ... aber sie müßten beantwortet werden, denn ohne ökonomischen Zwang, also ohne die ökonomische Notwendigkeit, wird es keine Faschismus geben. Es müßte also analysiert werden, welche Kräfte im Moment für den Faschismus wären und welche nicht (wenn), um dann konkrete Aussagen machen zu können.

3. Natürlich ist es richtig, daß gerade in den letzten Jahren ein verstärkter Angriff auf die Arbeiterrechte stattgefunden hat. Der Angriff des Kapitals erfolgt auf allen Ebenen (Flexibilisierungs-Programme, Angriff auf § 116 etc.), Aber sind dies alles Tendenzen, die in Richtung Faschismus gehen?

Verfolgt mensch die Argumentation von Späth in seinem Buch zur Gewerkschaftsfrage, so wird ohne weiteres festgestellt, daß er nicht von der Zerschlagung der Gewerkschaften spricht, sondern daß er ihnen nur eine neue Rolle zubilligen will. Die Gewerkschaft soll dann den Arbeitern bei der Aushandlung von individuellen Zeitverträgen etc. beratend zur Seite stehen. Sie sollen sich den Anforderungen der Zeit stellen.

Außerdem wird das Parlament auch nicht abgeschafft, sondern es wird im Späthschen Sinne ,,verbessert'': Ideologisch wird damit die parlamentarische Demokratie ,,verbessert''. Auch die Freiheiten des Einzelnen werden größer etc.

Über den reaktionären Gehalt in Späths Forderungen brauchen wir nicht zu streiten, auch daß seine Versöhnungsgesellschaft die klare Abspaltung breiter Bevölkerungsteile mit sich bringt ... nur: Seine Argumentation ist nicht faschistisch, sondern bewegt sich klar und deutlich im Sinne der demokratischen ,,Argumentationsketten''. Somit können wir — nach der Definition dieser Art von Angriff gefragt — diesen Angriff nur als Steigerung der reaktionären Politik bezeichnen, oder: Die Anpassung des Staates und seiner Bewohner unter die geänderten Anforderungen des Kapitals, was heißt: Arbeitsrechte müssen verändert werden, Unterdrückung wird verstärkt, Spaltungen der Klassen werden vorangetrieben.

Späths Politik ist ausgerichtet auf die Befriedigung der Interessen eines großen Teils der Bevölkerung bei Ausgrenzung eines anderen Teils. Späth muß bei seinen Forderungen mit keinem großen Widerstand rechnen, denn er weiß, wie groß die Verbürgerlichung des ,,Proletariats'' im Spätkapitalismus schon vorangeschritten ist.

,,Der Kapitalismus kann die Produktivität der Arbeit steigern bei gleichzeitiger Abhängigkeit der Bevölkerung. Das Gesetz des kapitalistischen Fortschritts liegt in der Gleichung: technischer Fortschritt = wachsender gesellschaftlicher Reichtum (wachsendes Bruttosozialprodukt) = wachsende Knechtschaft. Die Ausbeutung rechtfertigt sich damit, daß die Warenwelt und das Angebot an Dienstleistungen sich ständig vermehren — die Opfer gehören zu den laufenden Unkosten, zu den ‚Unfällen' auf dem Weg zum guten Leben.'' (Herbert Marcuse, Konterrevolution u. Revolte, S. 10). ,,Die Konsumsphäre

auf dem Weg zum guten Leben.'' (Herbert Marcuse, Konterrevolution u. Revolte, S. 10). ,,Die Konsumsphäre

ist eine Dimension des gesellschaftlichen Seins der Menschen und bestimmt als solche sein Bewußtsein, das wiederum der Faktor ist, der sein Verhalten und seine Einstellung zur Arbeit wie zur Freizeit prägt.'' (S.13). ,,Die Konsumgesellschaft ist die Form, in der der staatsmonopolistische Kapitalismus sich in seinem fortgeschrittensten Stadium reproduziert. Und in eben diesem Stadium erfolgt die Reorganisation der Unterdrückung: die ‚bürgerlich-demokratische Phase' des Kapitalismus endet in einer neuen konterrevolutionären Phase.'' (S. 32)

,,Entscheidend ist, ob die gegenwärtige Phase (präventiver) Konterrevolution nicht einer späteren faschistischen Phase den Boden bereitet.'' (S. 33).

Dieser letzten Fragestellung von Marcuse können wir uns anschließen. Mit der Analyse auf die konkreten Veränderungen — den Faschismus im Auge behaltend — eine realistische Gegenstrategie entwickeln und nicht leichtfertig von Faschismus reden.

Späths Modell entspricht den Anforderungen des Kapitals und es kann auf die ideologische Vorbereitung und z.T. Akzeptanz der Arbeiter und Angestellten bauen. Späth wird die Gewerkschaften nicht vernichten, er wird sie über Sozialpartnerschaft anderweitig einsetzen, er wird mit seinem Hauptgedanken die monopolkapitalistische Politik verstärkt mit dem Argument ,,volkswirtschaftlich notwendig, damit es uns allen besser geht'' voranbringen und mit brutalen Repressionsmaßnahmen gegen alle vorgehen, die nicht bereit sind, den Angriffen des Kapitals ohne Widerstand zu weichen.

Vier autonome Seminarteilnehmer aus Freiburg

Journalisten sind häufig faul und neigen zu übermäßigem Alkoholkonsum. Wahlabende geraten für die schreibende Zunft nicht selten zur Leber-Party. Dieses Phänomen war der kommentierenden Wahlauswertung nicht immer dienlich. In einer Reihe bekannter Redaktionen zwischen Hamburg, München und Berlin/DDR ist man daher diesmal dazu übergegangen, die Kommentare zum Ergebnis der Bundestagswahl bereits am Neujahrsabend in aller Nüchternheit zu Papier zu bringen. Auf nicht näher zu beschreibenden Wegen gelang unserem Sonderkorrespondenten Gerd Eggeling der Zugang zu einigen der Manuskripte. Der ARBEITERKAMPF veröffentlicht sie als Vorabdruck.



Aus den Redaktionsschubladen gefischt

Pressestimmen zum Wahlausgang

Die Zeit
von Theo Sommer

Helmut Kohl ist es gelungen, sich aus den Fallstricken politischer Vorwürfe freizuschwimmen. Er ließ sich auch vom gewichtigen bayrischen Ministerpräsidenten keine überflüssigen Steine ins Marschgepäck legen. Der moralische Schwung, mit dem Bruder Johannes die SPD aus dem Sumpf der Selbstzerfleischung ziehen wollte, war bereits lange vor dem Wahltag verraucht. Die Profillosigkeit des SPD-Kandidaten war es denn wohl auch, die es den schillernden Turnschuhpolitikern der Grünen ermöglichte, abermals ins Bonner Bundeshaus zu segeln. Hans-Dietrich Genscher hat bewiesen, daß sich die Liberalen in der Außen- und Sicherheitspolitik trotz der Gegenströmung aus München auf dem Podest der Koalition halten können. Ob Helmut Kohls Versicherung, der Aufschwung gehe weiter, auch auf dem Arbeitsmarkt durchschlägt, erscheint zweifelhaft. Die Wirtschaft mag motiviert sein, die Konjunktur jedoch blüht auf wackligem Boden und die Gewerkschaften schweigen bei Themen wie Flexibilität noch murrend im Abseits.

BILD

Helmut Kohl bleibt Kanzler. Der Aufschwung geht weiter. Es soll noch mehr Arbeitsplätze und mehr Umweltschutz geben, sagen der Kanzler und Umweltminister Wallmann. Unsere äußere Sicherheit wird nicht durch rot-grüne Experimente gefährdet. Es wird aus sicherer Position mit dem Osten verhandelt. Der Glückwunsch des amerikanischen Präsidenten zeigt: wir sind mit starken Freunden auf dem richtigen Weg.

nicht durch rot-grüne Experimente gefährdet. Es wird aus sicherer Position mit dem Osten verhandelt. Der Glückwunsch des amerikanischen Präsidenten zeigt: wir sind mit starken Freunden auf dem richtigen Weg.

Bayernkurier
von Wilfried Scharnagl

Die Koalition der Mitte ist vom Wähler bestätigt worden. Der Wähler hat sozialistischen Experimenten, rot-grünen Parolen und den Helfershelfern marodierender Politkrimineller eine kräftige Absage erteilt. Die Träume sozialdemokratischer Funktionäre, sie könnten, gestützt von grünlackierten Linksradikalen, die Bundesrepublik in neutralistisches Fahrwasser führen, sind geplatzt.

Ohne den kraftvollen Einsatz der CSU, die sich in diesem Wahlkampf erneut als Kampfgemeinschaft bewährt hat, wäre der Erfolg der Unionsparteien in dieser eindrucksvollen Stärke nicht erreicht worden. So ist es nur verständlich, daß namhafte Parlamentarier vorschlagen, die Bundesregierung durch die Berufung des Vorsitzenden der CSU ins Kabinett zu stärken. Daß aus den Reihen der FDP dazu bereits unqualifizierte Äußerungen zu hören sind, kann nicht überraschen. Hans-Dietrich Genscher fühlt sich offenkundig nach wie vor der verblichenen liberal-sozialistischen Koalition mehr verbunden, als dem Bemühen um eine Wende in der Innen-, Rechts- und Sicherheitspolitik. Genschers Ostpolitik liegt in ihrem krampfhaften Bemühen, den kommunistischen Diktaturen ,,Kontinuität'' zu signalisieren, nicht weit entfernt von Egon Bahrs altem Konzept des Schlafwandelns durch Anbiederung. Auch scheint es äußerst zweifelhaft, ob Wähler, die der FDP vor allem aus wirtschaftspolitischen Motiven ihre Stimme gaben, auf Dauer einen falschverstandenen Liberalismus erdulden wollen, der im Hätscheln von Gewalttätern und Terroristen besteht.

Ein Alarmsignal ist das Abschneiden der Grünen. Damit sitzt erneut eine Fraktion von Politchaoten, Neutralismusträumern und utopischen Phantasten im Bundestag. Auch von Seiten der Union wurde die Auseinandersetzung mit dieser linksradikalen Gruppierung, die der Vorsitzende der CSU treffend als trojanische Sowjetkavallerie charakterisierte, nicht immer mit der gebotenen Schärfe geführt. Angesichts der Vorliebe der noch allzu oft als ,,Umweltpartei'' verharmlosten grünen Extremisten für gewalttätige ,,Demonstrationen'' und antiamerikanische Parolen war es menschlich verständlich, daß Pankows hiesiger Statthalter, der DKP-Boss Herbert Mies, seiner Gefolgschaft die Stimmabgabe für die Grünen befahl.

FAZ
von Michael Stürmer

Der Jubel im Konrad-Adenauer Haus war verständlich. In eindrucksvoller Weise hat der Wähler die Politik der christlich-liberalen Koalition bestätigt. Die CDU/CSU stand einem zerfaserten Lager politischer Gegner gegenüber. Selten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland waren die Sozialdemokraten so uneins über ihr politisches Wollen. Die Wunschvorstellung von einer eigenen Mehrheit für die SPD hatte zu keinem Zeitpunkt eine

Geschichte der Bundesrepublik Deutschland waren die Sozialdemokraten so uneins über ihr politisches Wollen. Die Wunschvorstellung von einer eigenen Mehrheit für die SPD hatte zu keinem Zeitpunkt eine

ernsthafte Chance der Realisierung. Die Zeiten der sozialliberalen Koalition sind unwiderbringlich dahin, und die Neigung sozialdemokratischer Funktionäre zu rot-grünen Pakten verschreckt zum Leidwesen der Neomarxisten Wähler gerade dort, wo sie ihre ,,Massenbasis'' gerne hätten — bei den Arbeitnehmern.

Die FDP ist als Partner in der Koalition bestätigt worden. Sie wäre jedoch gut beraten, die ihr vorwiegend durch Wechselwähler zuteil gewordene Gunst nicht als Blankoscheck für das Beharren auf einigen fragwürdigen Positionen in der Innen- und Außenpolitik zu betrachten. Die Frage beispielsweise, ob eine fortdauernde Abstinenz bei Waffenexporten angesichts ungehemmter Waffenströme aus dem sowjetischen Imperium in Krisenregionen Lateinamerikas und Afrikas im deutschen Interesse liegen kann, bedarf der ernsthaften Erörterung.

Daß eine Politik des global orientierten Engagements, die der historischen Konfrontation zwischen den Demokratien und dem leninistischen Totalitarismus nicht ausweicht, auch Risiken in sich birgt, ist unbestritten. Über vier Jahrzehnte nach Kriegsende bietet sich jedoch bei einer zunehmend nüchternen Betrachtung der jüngeren deutschen Geschichte die Chance, die Deutschen wieder als Subjekt in die Weltpolitik eintreten zu lassen. Zu den zahlreichen Fragen, die in diesem Zusammenhang offen bleiben müssen, gehört vor allem eine: die deutsche Frage.

Frankfurter Rundschau
von Roderich Reifenrath

Die Niederlage der Sozialdemokraten ist nicht nur eine Schlappe für Johannes Rau. Schärfer denn je zeigt sich in ihr das Dilemma der SPD, die durch Wechselwähler von rechts und links gebeutelt wurde. Der sozialdemokratische Tanker hat Manövrierschwierigkeiten zwischen dem konservativem Block und den Grünen, deren Attraktivität vor allem bei jungen Wählern ungebrochen ist. Gegenüber den Kräften von der SPD, die sich für eine Kooperation mit den Grünen aussprechen, hatten sich mit Rau die Befürworter einer strikten Ausgrenzungsstrategie durchgesetzt. Diese Haltung wird den Engpaß der SPD nicht beheben können. Ob es den Grünen in den kommenden vier Jahren gelingt, ihre Politikfähigkeit unter Beweis zu stellen, bleibt abzuwarten. Eine von Berührungsängsten freie SPD könnte den Prozeß der Parlamentarisierung der Grünen fördern und damit langfristig neue Möglichkeiten für eine Mehrheitsfähigkeit sozialdemokratischer Politik schaffen. Den Grünen stünden dabei noch heftige Auseinandersetzungen mit den Fundamentalisten in den eigenen Reihen bevor, ehe sie zum akzeptierten Partner der SPD werden könnten. Die Sozialdemokraten werden sich mit der Hoffnung auf ein allmähliches Regenerieren in der Opposition nicht begnügen können. Außer den Konturen eines neuen Programms müssen sie ihr Verhältnis zu den Grünen klären.

taz
von Max Thomas Mehr

taz
von Max Thomas Mehr

Das ,,pfälzische Gesamtkunstwerk'', wie es Joschka Fischer einmal nannte, bleibt Kanzler. Die CDU/CSU konnte sich als wirtschaftspoltitischer Hoffnungsträger behaupten und Themen wie Arbeitslosigkeit und neue Armut erfolgreich an den Rand drängen. Linke Wählerbeschimpfung sollte jetzt nicht die Antwort sein. Sozialdemokraten und Grüne wären gut beraten, auf der Oppositionsbank über praktikable wirtschaftspolitische Vorstellungen nachzudenken. Wenn die Grünen realpolitisches Profil ausprägen wollen, müssen sie auch das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ernster nehmen, das nicht durch einfach ,,weg mit'' Parolen zu befriedigen ist. Der SPD gelang es nicht, ein neues ökologisches und friedensbewegtes Profil zu gewinnen. Ein blockübergreifender Denkansatz, der die Unterdrückung der Menschenrechte in Osteuropa nicht wie die traditionelle SPD-Ostpolitik ausblendet, ist Verfechtern der Jalta-Ordnung wie Brandt und Bahr ohnehin fremd. Die Weigerung der Sozialdemokraten, stärker auf den real-politischen Flügel der Grünen zuzugehen, hat zu dem schlechten Ergebnis der SPD fraglos beigetragen. Der Erfolg der Grünen aber hätte noch deutlicher ausfallen können, wenn nicht traditionssozialistische Ebermänner mit klassenkämpferischen Parolen aus verstaubten K-Gruppen-Zeiten potentielle grüne Wähler dort verprellt hätten, wo für die Grünen ein großes Reservoir ist — bei den wertkonservativen Mittelschichten.

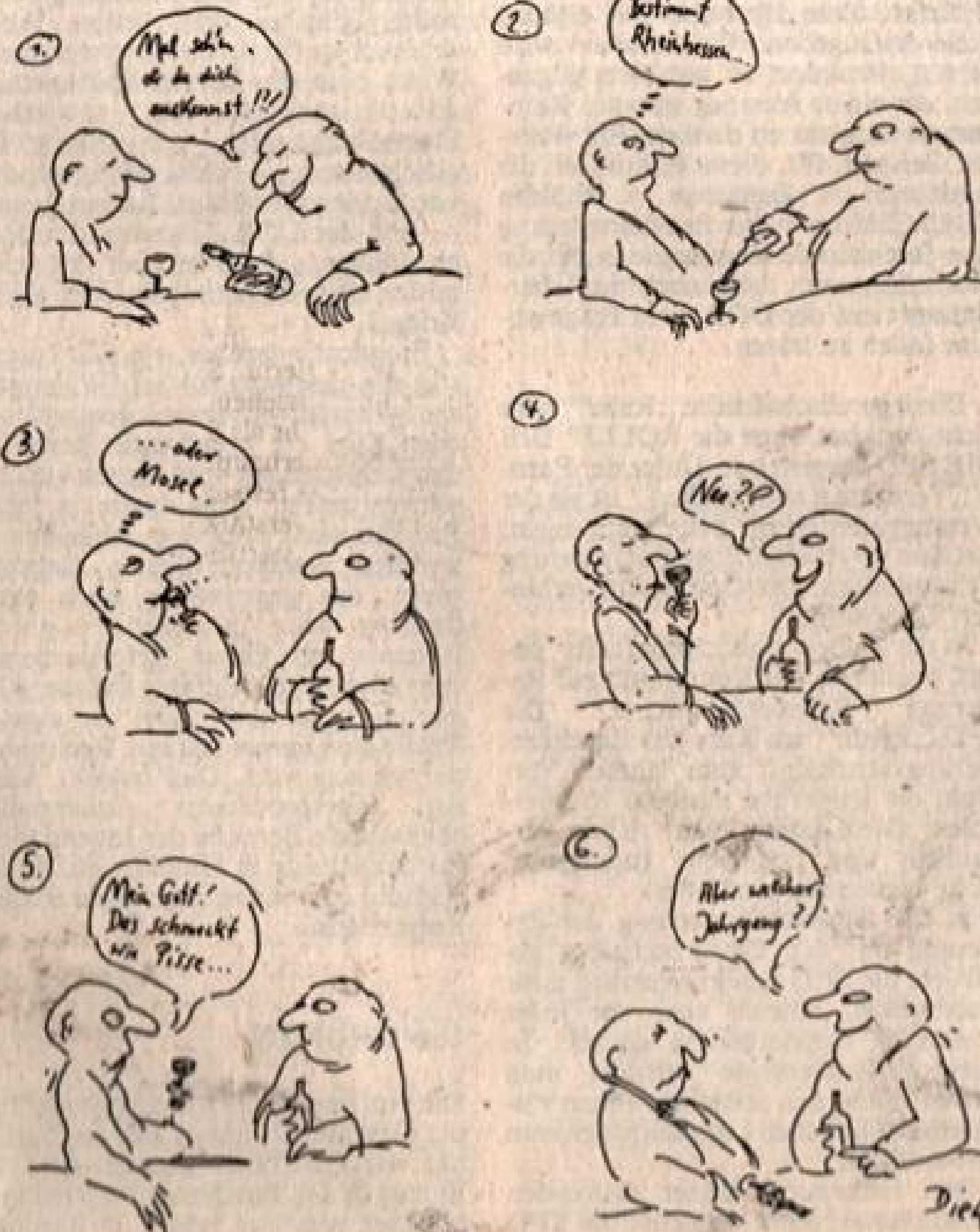
Arbeiterkampf

Es war nicht anders zu erwarten. Das Volk,

Arbeiterkampf

Es war nicht anders zu erwarten. Das Volk,

dem die NATO lieb und teuer ist und das sich in seiner Mehrheit von Russen und Asylanten statt durch US-Atomraketen ernstlich bedroht sieht, hat den Kanzler gewählt, den es verdient. Kein Skandal, keine Lüge und kein deftiger Vergleich von Gorbatschow und Goebbels durch Kohl reichte aus, um die Mehrheit zu erreichen, auf die sozialdemokratische Strategen und grüne Realos mit zumindest einem Auge geschielt hatten. ,,Aufschwung'' für den BRD-Imperialismus an der Seite seines amerikanischen Onkels war angesagt. Da nützte ,,Bruder Johannes'' weder ein pastoraler Tonfall noch die Aushandlung der asylantenfreien Zone Mitteleuropa. Auch alle Treueschwüre zur NATO waren für die Katz. Die Zeiten des sozialdemokratischen ,,Modell Deutschland'' sind auf lange Sicht vorbei. ,,Weiter so Deutschland'', lautet die Parole. Mehr Bullen und mehr Bomben, noch mehr Ausbeutung der Dritten Welt, noch mehr Waffen für reaktionäre und rassistische Regimes. Daß die Grünen tatsächlich bereit gewesen wären, provokativ und polarisierend in den Wahlkampf einzugreifen, war nicht einmal in Hamburg zu erkennen. Die Wahl der Grünen war diesmal politisch so ergiebig wie das Füttern eines Hamsters im Laufrad, wobei man dem Hamster immerhin zu Gute halten muß, daß er sich im Rahmen seiner Möglichkeiten ernsthaft um ein Vorwärtskommen bemüht. Bei dieser Wahl blieb die Rote Karte zahlreicher Linker für die Grünen noch aus. Die grüne Partei sollte sich nicht sicher sein, daß dies so bleibt. Das absehbare mickrige Abschneiden der Friedensliste und der Avantgarden der Arbeiterklasse von BWK bis MLPD bestätigen die in dieser Zeitung schon länger vorgetragenen Warnungen vor unsinnigen Wahlabenteuern, die nur auf eine Verschwendung von Finanzen und personellen Kräften hinauslaufen.



UZ
von Georg Polikeit

Mit nationalistischer und sozialer Demagogie ist es den Rechtskräften gelungen, eine Wählermehrheit für CDU/CSU und FDP zu gewinnen. Doch die Bäume der Rechtskoalition werden nicht in den Himmel wachsen. Die Arbeiter- und Friedensbewegung bleibt ein nicht zu übersehender Faktor im politischen Leben unseres Landes. Im Bundestagswahlkampf zeigte sich die Richtigkeit der Orientierung des Parteivorstandes der DKP auf die Abgabe der Erststimme für die Friedensliste und der Zweitstimme für SPD oder Grüne, um ein politisches Klima gegen Rechts zu schaffen. Leider hat es die SPD versäumt, gemeinsam mit den Grünen dafür zu kämpfen, der Wende ein Ende zu bereiten. Doch auch bei den Grünen waren Töne unüberhörbar, die mehr auf eigene Stimmengewinne als auf eine Gemeinsamkeit der Linkskräfte unseres Landes zielten. Nicht zufriedenstellen kann das Ergebnis der Friedensliste. Der Antikommunismus und die undemokratische Fünfprozenthürde haben maßgeblich dazu beigetragen, daß die breite Zustimmung zu den Zielen der Friedensliste sich nur unzureichend in Wählerstimmen niederschlug. Nötiger denn je ist heute der außerparlamentarische Kampf der Gewerkschaften und der Friedensbewegung, die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten, das Zusammengehen von Christen, Liberalen, Grünen und Sozialisten gegen die Pläne der Rechtskräfte. Notwendig ist vor allem auch die weitere Stärkung der DKP und die Gewinnung neuer Leser für die einzige Zeitung, die den arbeitenden Menschen gehört, die UZ.

die einzige Zeitung, die den arbeitenden Menschen gehört, die UZ.

Ein Blick in die ausländische Presse

Neues Deutschland

Nach dem Wahlsieg der Regierungskoalition fragen sich politische Beobachter in Bonn, welchen Kurs die Bundesregierung der BRD künftig steuern wird. Im Wahlkampf waren feindselige Tiraden gegen die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion unüberhörbar. Es wurden Bestrebungen deutlich, der ,,Stahlhelmfraktion'' militanter Entspannungsgegner nach dem Munde zu reden. Klar erkennbar waren Versuche, sich der Konfrontationslinie aggressiver Kreise in den USA anzupassen. Gleichzeitig waren aus den Reihen des Bundeskabinetts auch Töne der Vernunft zu vernehmen, die auf die Notwendigkeit eines von Sachlichkeit und gutnachbarlichen Beziehungen geprägten Klimas in Europa hinwiesen. Der Bundeskanzler der BRD und sein Kabinett werden entscheiden müssen, ob sie die Verträge mit der DDR und den anderen sozialistischen Staaten als Grundlage zum Ausbau guter nachbarschaftlicher Beziehungen nutzen wollen. Der Bundeskanzler wird die Frage beantworten müssen, ob er nach wie vor zu der am 12. März 1985 gemeinsam mit dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, unterzeichneten Erklärung über die Unverletzlichkeit der Grenzen steht, oder sich den abenteuerlichen Ambitionen einiger auf Konfrontation zielender Kreise beugen will. Die DDR wird nach wie vor alles tun, damit von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht und durch eine Koalition der Vernunft gutnachbarliche Verhältnisse zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gefördert werden.

Statt Krieg der Sterne Frieden auf Erden.

SPD

Den Besten für Deutschland: Johannes Rau.

Damit Gerechtigkeit regiert, nicht soziale Kälte. SPD

Den Besten für Deutschland: Johannes Rau.







Kein Wahlaufruf

Selten verbreitet eine Bundestagswahl solche Langeweile wie die jetzt stattfindenden. 1969 war das Jahr der endgültigen Ablösung der christdemokratischen Ära durch die sozialliberale, Ergebnis einer Wende, die sich in den Jahren zuvor vollzogen hatte. Seitdem standen alle Wahlen unter dem Eindruck, die sozialliberale Mehrheit gegen das sich neu formierende konservative Lager zu verteidigen. Das Mißtrauensvotum 1972, mit den erstmals zusammengekauften Stimmen, der Sturz Willy Brandts 1974, die Strauß-Kandidatur 1980, das Auseinanderbrechen der sozialliberalen Koaltion 1982 durch den Wechsel der FDP sowie die Bestätigung der bürgerlich-konservativen Regierung in den Wahlen 1983 sind die Stationen auf Regierungsebene. 1980 kandidierte mit den GRÜNEN aber auch erstmals eine Organisation aus dem progressiven Lager mit der Aussicht, das Drei-Parteien-System zu durchbrechen. Dieser erste Anlauf scheiterte, doch dem zweiten, 1983, war mehr Erfolg beschieden.

Vieles sprach 1983 dafür, daß es in den folgenden Jahren zu einer scharfen gesellschaftlichen Polarisierung kommen würde, an deren Ende 1987 ein Ringen um die Mehrheit für die Wenderegierung oder für ein rechnerisches Bündnis aus SPD und GRÜNEN hätte stehen können. Diese Erwartungen sind nicht eingetroffen und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit müssen wir davon ausgehen, daß die christlich-liberale Koalition als Sieger aus der Wahl hervorgehen wird. Mit ebenso sicherer Gewißheit können wir davon ausgehen, daß die SPD ihr hochgestecktes Ziel nicht erreichen wird, daß die GRÜNEN wieder in den Bundestag einziehen werden, es aber keine Chance auf eine Mehrheit von SPD und GRÜNEN geben wird.

Daß die Situation heute so ist und viele früheren Erwartungen nicht eingetroffen sind, hat viele Ursachen, deren wesentliche sind:

1. Die großen gesellschaftlichen Konflikte, die an der Wiege der Wenderegierung standen, haben ihre kurzfristige Dynamik verloren, ohne damit aber gelöst zu sein oder substantiell an Brisanz verloren zu haben.

1. Die großen gesellschaftlichen Konflikte, die an der Wiege der Wenderegierung standen, haben ihre kurzfristige Dynamik verloren, ohne damit aber gelöst zu sein oder substantiell an Brisanz verloren zu haben.

Der Nachrüstungsbeschluß, von den progressiven Kräften allgemein als Kern einer neuen Kriegspolitik angesehen, wurde vollzogen, ohne daß die Friedensbewegung in der Lage gewesen wäre, dies zum Ausgangspunkt einer neuen Qualität von Opposition zu machen und die neue Regierung damit in Bedrängnis zu bringen. Die Gesellschaft hat sich in ihrer überwiegenden Mehrheit wieder einmal damit abgefunden, daß mit den Waffen zu leben ist.

Im Kampf um soziale Gerechtigkeit, gegen den Sozialabbau, gegen Arbeitslosigkeit und für eine Änderung der Produktionsverhältnisse haben die Gewerkschaften empfindliche Niederlagen einstecken müssen. Zwar hat die IG-Metall im Kampf um die 35-Stunden-Woche noch einen Teilerfolg verbuchen können, aber unaufhaltsam kommt auf die arbeitende Bevölkerung die Unterordnung der Arbeitszeit unter die kapitalistischen Produktions- und Technologiebedingungen zu. Schon wird wieder von der 6-Tage-Woche geredet. Andererseits haben eine gewisse wirtschaftliche Stabilität und die erstmals seit Jahren wieder angestiegenen Reallöhne Widerstandskräfte gelähmt. Die Arbeitslosigkeit ist zwar nicht gefallen — aber eben auch nicht dramatisch gestiegen.

Auch in der dritten großen Frage haben sich die gesellschaftlichen Gemüter beruhigt. Zwar gibt es sie noch, die ökologische Krise, eine Katastrophe ist sie im Bewußtsein der Mehrheit aber immer noch nicht.

2. Das christlich-liberale Regierungsbündnis hat de facto nach der Devise Politik gemacht, eine Radikalkur zu versprechen bzw. anzukündigen, die Veränderungen selbst aber nur sukzessive und eher vorsichtig immer mit Rücksicht auf die gesellschaftlichen Verhältnisse durchzusetzen.

Zwar hat diese Regierung niemals einen Zweifel daran aufkommen lassen, daß der Nachrüstungsbeschluß vollzogen werden würde, gleichzeitig hat ihr tumber Kanzler aber auch das Wort vom „Frieden mit immer weniger Waffen“ geprägt. „Nach“rüsten *und* verhandeln war ihre Devise und hat damit in dieser Auseinandersetzung mehr Kontinuität zur sozialliberalen Koalition als „Wende“ bewiesen (oder wer will ernsthaft bezweifeln, daß bei einer SPD-geführten Regierung etwas anderes herausgekommen wäre?), womit sie für die Friedensbewegung keinen neuen Zündstoff geschaffen hat.

Gegenüber den Gewerkschaften hat sie deutlich gemacht, daß diese ihre unter der sozialdemokratisch geführten Regierung errungenen Positionen aufgeben müssen, daß eine neue Phase der Kapitalisierung der Arbeit einsetzen würde und daß der Ausgangspunkt der Regierung die Sicherung der kapitalistischen Konkurrenzfähigkeit der BRD im imperialistischen Reigen sein würde. Das muß gleichzeitig die Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die des Kapitals bedeuten. Als Signal hat sie sich deshalb in beiden großen Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften, 35-Stunden-Woche und § 116 offen auf die Seite der Kapitalisten geschlagen. Gleichzeitig hat sie den Gewerkschaften aber auch signalisiert, daß sie an einer beschränkten Rolle dieser Organisationen zur Erhaltung des sozialen Friedens weiterhin interessiert sei. Sie hat es mit diesem Kurs geschafft, die Gewerkschaften mit dem Rücken an die Wand zu drängen, ohne daß diese, außer anfänglichen Mobilisierungserfolgen, in der Lage gewesen wären, dagegen erfolgreichen Druck zu organisieren — wenn sie denn dies jemals gewollt haben.

Selbst in der Frage der ökologischen Krise hat diese Regierung flexibler reagiert als ihr das manch einer zugetraut hätte. Selbstverständlich — wir hätten es jedenfalls niemals anders erwartet — hat sie substantiell nichts getan; aber sie leistet sich den Luxus eines

Krise hat diese Regierung flexibler reagiert als ihr das manch einer zugetraut hätte. Selbstverständlich — wir hätten es jedenfalls niemals anders erwartet — hat sie substantiell nichts getan; aber sie leistet sich den Luxus eines

Umweltministers, sie spricht dann und wann auch mal vom langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie, sie konzediert den GRÜNEN Denkanstöße auf diesem Gebiet, sie leistet sich ein Wallmann-Ventil usw. Auch auf diesem Gebiet ist es ihr gelungen, die gesellschaftlichen Widersprüche zu entschärfen, ohne dabei aber ihre eigenen Ziele aufzugeben: Wackersdorf wird gebaut, Brokdorf ist ans Netz gegangen, an einen Ausstieg aus der Kernenergie ist nicht zu denken. Ein weiteres Beispiel für diese Politik ist die Asylfrage: Zunächst schürten CDU/CSU und die Bundesregierung eine faschistoide Kampagne gegen die Flüchtlinge, um dann nach der Übereinkunft mit der DDR diese Frage abrupt fallen zu lassen.

3. Diese gesellschaftliche „Ruhe“ wäre nicht denkbar ohne die ROLLE' DIE DIE SPD gespielt hat. Unter der Parole „Versöhnen statt spalten“ ist sie der Wenderegierung zur Seite gesprungen, um eine gesellschaftliche Polarisierung zu verhindern: Die Opposition verhindert Opposition.

In der Außen- und „Sicherheits“politik pochte sie auf Kontinuität zur Regierung Schmidt/Genscher. Die SPD-„Kritik“ am Kurs der Bundesregierung schrumpft zum lahmen Versuch, die Regierung national zu überholen: Diese könne nicht richtig verhandeln und „deutsche Interessen“ nicht konsequent vertreten.

In der Auseinandersetzung der Regierung mit den Gewerkschaften gebärdete die SPD sich gelegentlich zwar wortradikal, scheute aber vor jeder konkreten Unterstützung zurück. In puncto Atomenergie versucht man hautsächlich, sich selbst mit einem völlig unverbindlichen Langzeitprogramm zu beruhigen.

Den Höhepunkt dieser nationalen Versöhnungspolitik erreichte die SPD mit ihrem gelungenem Coup, der DDR das Versprechen abzuhandeln, keine Asylsuchenden mehr in die Bundesrepublik einreisen zu lassen. Nicht der Zurückweisung der Ausländerfeindlichkeit und der von der Regierung geschürte Hetzkampagne galten die Anstrengungen der SPD, sondern sie sorgte sich um ein die Nation spaltendes Thema.

Pflichtbewußt im nationalen Auftrag übernahm die SPD auch den Versuch, die GRÜNEN wieder aus dem parlamentarischen Spektrum zu werfen. Brandts 1982 geäußerte Vision von der „Mehrheit links von der CDU“, die die GRÜNEN rechnerisch mit einschloß, wurde nach der Bundestagswahl 1983 — wobei dieser These nicht einmal die Chance einer wirklichen Überprüfung gelassen wurde — abgelöst durch einen scharfen Ab- und Ausgrenzungskurs. Reformhoffnungen, die sich seit dem Aufkommen der GRÜNEN auf das rot-grüne Bündnis stützen, wurde damit eine Absage erteilt. Auf diese Politik paßte wie der Hut zum Kopf der Kanzlerkandidat Rau, von der SPD als besserer Kohl gedacht — nur, es gibt schon ein Original und die Menschen scheinen sich nicht gerne von einer Kopie bedienen zu lassen.

Dies sind die Voraussetzungen dafür, daß kein ernsthafter Mensch die Wahlen als Kampf zwischen zwei polarisierten Lagern ansehen würde. Die Hoffnung vieler Menschen auf ein rot-grünes Bündnis, das der konservativen Wende eine Reformorientierung entgegensetzen könnte, hat sich am Handeln der SPD abgenutzt. Stattdessen werden die Akzente in diesem Wahlkampf viel eher vom rechtsradikalen Flügel innerhalb der Regierungskoalition bestimmt, der fordert, nun endlich die angekündigte „Wende“ in die Tat umzusetzen. Die wiederholten Forderungen der CSU, endlich Schluß zu machen mit der „Entspannungspolitik“ der 70er Jahre, innenpolitisch aufzuräumen und die Repression gegen den außerparlamentarischen Widerstand

zusetzen. Die wiederholten Forderungen der CSU, endlich Schluß zu machen mit der „Entspannungspolitik“ der 70er Jahre, innenpolitisch aufzuräumen und die Repression gegen den außerparlamentarischen Widerstand

kräftig zu verschärfen, sind hierfür Beleg. Daß diese Regierung sich keine wesentlichen Sorgen um die linke Opposition machen muß, sondern viel eher gegenüber ihrem eigenen rechten Flügel in Verlegenheit gerät, kennzeichnet die Situation. Und selbst wenn dies kalkulierter Teil des Wahlkampfs sein sollte, gibt es doch einen Vorgeschmack auf das, was kommen *kann*. Wenn es in den Bonner Spitzenetagen selbstverständlich ist, sowjetische Staatsoberhäupter mit Nazigrößen gleichzusetzen — nicht privat, sondern von Regierungschef zu Regierungschef — und der DDR Konzentrationslager anzudichten, dann ist man fast schon mitten drin im Vokabular des Kalten Krieges.

Prognosen darüber, wie sich kurzfristig die gesellschaftlichen Widersprüche weiterentwickeln werden und welchen Kurs die kommende Regierung dabei einschlagen wird, lassen sich nur schwer treffen. Eins dürfte in jedem Fall klar sein: Bei einem fehlenden relevanten gesellschaftlichen Gegengewicht, das gegenwärtig noch einzig denkbar wäre in einem rot-grünen Bündnis mit klarer Reformorientierung, besteht die Gefahr, daß diese Regierung unter dem Spiel der eigenen Kräfte eine immer stärkere Rechtswende nehmen wird. Dies betrifft neben der angesprochenen Außenpolitik ebenso viele Bereiche der Innenpolitik. Zurückhaltung in Hinblick auf Wahlchancen schwinden unter einer solchen Konstellation.

Die GRÜNEN

Die Hoffnungen des progressiven Teils der Gesellschaft haben sich seit Jahren auf die GRÜNEN konzentriert. Ihr Einzug in den Bundestag 1983 hat erstmals seit den 50er Jahren die Möglichkeit geschaffen, die Forderungen der außerparlamentarischen Opposition in die Parlamente zu tragen. Ihr selbsterhobener Anspruch war, parlamentarischer Arm der außerparlamentarischer Bewegung zu sein und deren Forderungen authentisch im Bundestag vorzubringen. Unter dem Zwang der Verhältnisse, im wesentlichen der 5%-Hürde, ist damit ein Gebilde entstanden, das versprach, die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der außerparlamentarischen Opposition zu vereinigen. Der mögliche Erfolg dieser Orientierung führte dazu, daß sich fast alle Teile der Linken diesem Experiment anschlossen, mit teilweise heftigen Auseinandersetzungen wie in der Geschichte des KB.

Nach einem anfänglich eher fundamentaloppositionellen Kurs der GRÜNEN gegenüber der SPD, bei dem selbst die in Hamburg geführten Tolerierungsverhandlungen 1982 schon als Rechtsabweichung galten, haben sich heute die Gewichte rapide zu reiner sog. Realpolitik verschoben. War zeitweilig das Motto „Mit der SPD geht nichts“ beherrschend, werden heute nur noch Beschlüsse gefaßt, die alle Türen zur SPD offen lassen, ohne eine Grenze der Kompromißbereitschaft zu ziehen. Beispielhaft dafür sind die Hessen-GRÜNEN. Nach einer Periode fundamentaloppositioneller Verbalattacken gegen die SPD wurde schließlich eine Koalition geschmiedet, die dem SPD-Diktat folgt. Heute kümmert es die Mehrheit der Hessengrünen nicht, daß ihr eigener Beschluß, die Koalition platzen zu lassen, falls nicht bis zum 31.12.86 erste konkrete *Stillegungen* von Atomanlagen erfolgen würden, nicht nur ignoriert wurde, sondern buchstäblich nie den Schimmer eine Realisierungschance hatte. Die Koalition besteht weiter — Konflikte sieht man ihr nicht an.

Ein weiteres Beispiel bot der Nürnberger Parteitag der GRÜNEN. Statt einer klaren Aussage, unter welchen Bedingungen man bereit sei, eine SPD-Regierung zu tolerieren oder mit der SPD eine Koalition einzugehen, wurde

flikte sieht man ihr nicht an.
Ein weiteres Beispiel bot der Nürnberger Parteitag der GRÜNEN. Statt einer klaren Aussage, unter welchen Bedingungen man bereit sei, eine SPD-Regierung zu tolerieren oder mit der SPD eine Koalition einzugehen, wurde

ein nichtssagender „Brief an die Wähler“ verabschiedet, mit dem der kommenden Fraktion im Bundestag die beachtliche Freiheit zu jeder beliebigen Zusammenarbeit mit der SPD geschenkt wurde. Dies ist eine spezielle Variante der gegenwärtigen Realpolitik: Weder der Partei noch dem Wähler wird *vor* der Wahl definitiv erklärt, auf was sie sich *nach* der Wahl einzurichten haben, sondern es wird ins Belieben der Fraktion gestellt — siehe Hessen. Das Verfahren ist eindeutig bei der SPD abgeguckt: mangels Alternative die Stimmen von allen oppositionellen Gruppierungen einzufangen, ohne sich *vor* der Wahl festzulegen.

Noch deutlicher wird diese Entwicklung der GRÜNEN zum reinen Wahlverein, wenn man ins Detail geht. Auf dem Nürnberger Parteitag wurde beispielsweise die Beteiligung der GRÜNEN an einer Protestdemonstration in München gegen die Repressalien gegen WAA-Gegner abgelehnt, weil die bayrischen Grünen einen negativen Effekt auf die Landtagswahlen befürchteten. (Nicht unerwähnt bleiben soll allerdings, daß der linke Flügel dennoch aufgerufen hat.)

Die Linke innerhalb der GRÜNEN steht dieser Entwicklung machtlos gegenüber. Sie kann zwar immer noch auf die linken Landesverbände Hamburg und Westberlin verweisen, sie kann auch auf die inhaltliche Beschlußlage hinweisen, bei der in fast allen Sachfragen das Profil eher links gesucht wird, aber sie hat es in keinem Stadium geschafft, der Realpolitik den Weg zu versperren.

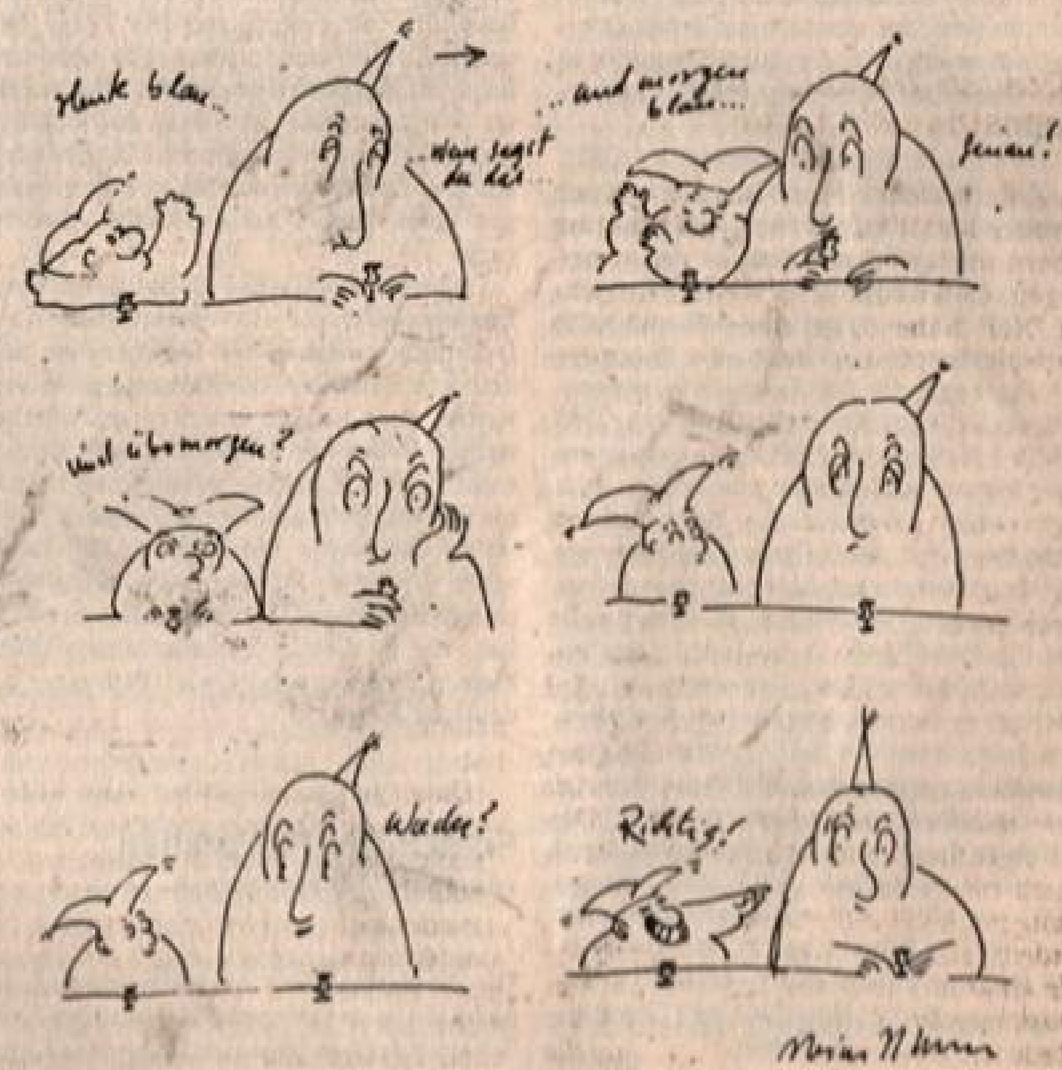
... und die Linke

Selbstverständlich sehen wir die GRÜNEN trotz all dieser Einwände als Teil des progressiven Spektrums an und selbstverständlich bleibt es positiv, daß 1983 erstmals grüne Abgeordnete in den Bundestag einzogen. Und viele Linke, auch KB-Mitglieder, werden deshalb wohl auch diesmal wieder die Stimme für die GRÜNEN abgeben. „Links für grün“ — das aber scheint uns heute einfach zu selbstverständlich geworden zu sein: So wie in den 60er und 70er Jahren die SPD auf viele Linke zählen konnte, weil es scheinbar keine Alternative zur Stimmabgabe für die SPD gab, so bildet sich heute bei den GRÜNEN die Ansicht heraus: „Links wählt uns sowieso“. Sich auf diese „zwingende Logik“ einzulassen, wäre für die Linke verhängnisvoll, da so auch noch der letzte Einfluß, der über eine Stimmabgabe zu nehmen ist, verschenkt wird.

Angesichts dieser Gesamtverhältnisse hat sich auf einer Arbeitskonferenz des KB nur eine kleine Minderheit dafür ausgesprochen, in den Wahlkampf mit einem Wahlaufruf für die GRÜNEN einzugreifen. Die Mehrheit sprach sich dafür aus, *keinen Wahlauf-*

Angesichts dieser Gesamtverhältnisse hat sich auf einer Arbeitskonferenz des KB nur eine kleine Minderheit dafür ausgesprochen, in den Wahlkampf mit einem Wahlaufruf für die GRÜNEN einzugreifen. Die Mehrheit sprach sich dafür aus, *keinen Wahlauf-*

ruf herauszugeben, d.h. als KB nicht aufzurufen, die GRÜNEN zu wählen, allerdings auch keinen Wahlkampf gegen sie zu machen. Eine Mehrheit votierte dafür, dies öffentlich zu begründen. Eine größere Minderheit hätte es lieber gesehen, keine Organisationsstellungnahme abzugeben, sondern es bei Stellungnahmen einzelner Mitglieder zu belassen. Dies ist kein „Grundsatzbeschluß“, der für alle kommenden Wahlen gilt, so wie wir umgekehrt auch die Wahl der GAL zur Hamburger Bürgerschaft empfohlen haben.



DS pro GRÜNE ★ VSP pro SPD und GRÜNE

,,Die Rechten sind nur zu schlagen, wenn sich SPD, Grüne und die übrige Linke darüber im Klaren sind: Hier stehen zwei gesellschaftliche Lager zur Wahl'', so hatte die Redaktion der SoZ, Zeitung der aus ehemals GIM und KPD/ML neugegründeten ,,Vereinigten Sozialistischen Partei'' (VSP), eine Konsequenz aus dem Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl formuliert (SoZ 2, 20.11.86). Zu recht befürchteten die SoZler einen konservativen Wahlsieg bei den Bundestagswahlen und konstatierten, daß die Chancen für die Ablösung Kohls schlecht stünden, eine Regierungsalternative sei nicht in Sicht. Ja, ja, doch erhalten blieb die Resthoffnung, durch *,,entschlossene Mobilisierung für die gewerkschaftlichen und politisch fortschrittlichen Forderungen''* dem ,,Wendelager'' doch noch eine Niederlage zu bereiten.

VSP: „SPD, Grüne und die übrige Linke"

Zwei gesellschaftliche Lager? Das mochten nicht alle in der VSP so sehen. Dabei liegt diese Sichtweise durchaus in der Konsequenz ihrer Bundestagswahlerklärung, verabschiedet bei der Gründung. Die vermied nämlich eine Wahlaussage und formulierte allein ,,Weg mit der CDU/CSU/FDP-Regierung!'' Das ließ — der GIM sei dank (?) — offen, SPD oder Grüne zu wählen, nichts anderes heiße ,,zu deutsch'' diese Parole, meinte einer der Protestleserbriefe in der SoZ Nr. 4/5 vom 18.12.86. Hier artikulierte sich Widerspruch zu der redaktionellen Präzisierung der Wahlaussage. *,,In einer sozialistischen Zeitung sollte es nicht nötig sein, die Leser zu langweilen mit unseren Erfahrungen mit der SPD''* meinte bissig die OG Karlsruhe der VSP. Und tat es per Aufzählung dann doch, da die Redaktion dies offensichtlich anders sehe. Das Abwägen dann doch, da die Redaktion dies offensichtlich anders sehe. Das Abwägen von Kritik an der Perspektivlosigkeit der SPD und ihrer Beförderung in ,,unser gesellschaftliches Lager'' hat nach Karlsruher Meinung immer nur eine Konsequenz: *,,Hauptsache man wählt das altbekannte kleinere Übel''*. Die OG Karlsruhe war auf dem Vereinigungsparteitag übrigens mit ihrem lapidaren Antrag unterlegen, sich explizit gegen die Wahl von SPD und Grünen auszusprechen.

,,DKP, ick hör dir trabbsen'', schreibt Peter aus Hamburg (die DKP hat neben der Erststimme für die ,,Friedensliste'' mit der Zweitstimme zur Wahl von SPD oder Grünen aufgerufen), der im übrigen der Meinung ist, daß die SPD selber *,,sich schon lange im Klaren (ist), in welchem gesellschaftlichen Lager sie steht''. ,,Wählt grün, aber führt eure Kämpfe selber!''*, dieses Motto wünscht sich die Mitgliederversammlung Weser-Ems der VSP. *,,Eine Empfehlung zur Wahl der Grünen als Oppositions- und Protestpartei (kann) den Bruch mit der SPD erleichtern''* begründen sie ihre Ablehnung des gültigen VSP-Aufrufs, der *,,bestenfalls ein ‚Nichts', einfach überhaupt keine Taktik, keine konkrete Politik (ist). Schlimmstenfalls ist er jedoch Anbiederung an die Anhänger der SPD und an die SPD selbst, und wenn nach den Hamburger Erfahrungen keine Änderung eintritt: bedingungslose Anbiederung an die SPD.''*

„Das zur Wende oppositionelle Lager"

SoZ-Redakteur Horst Dieter Koch (früher KPD) hat es für die Redaktion übernommen, deren Position zu verteidigen. Offenkundig in Sorge, allzusehr in DKP-Nähe zu geraten, die die SPD explizit im Lager der zu wählenden ,,Linkskräfte'' ansiedelt, wehrt er ,,Scheingefechte'' um den Begriff ,,links'' ab: *,,Die Formulierung ‚übrige Linke', womit die SPD in die ‚Linke' einbezogen wäre, ist nach meinem Verständnis nur insofern gerechtfertigt, als im allgemeinen Sprachgebrauch der Begriff ‚links' immer relativ ist.''* Peinlich, peinlich, also ein Ausrutscher? *,,Die Unterstellung, daß mit dieser Formulierung SPD, Grüne, VSP u.a. zu einer politischen Ecke zusammengefaßt werden sollen, scheint mir reichlich unhaltbar zu sein.''* Das ist eigentlich keine klare Absage, kann auch nicht, da mit anderen Formulierungen dieselbe These wiederholt wird, indem jetzt von *,,dem Lager der Wende einerseits und dem zur Wende oppositionellen Lager andererseits''* die Rede ist. Zwar spiele die SPD *,,eine die Bewegung eher hemmende, keine die Linksentwicklung dieser Bewegung stärkende''* Rolle, im Gegenteil, *,,aber läßt sich wirklich behaupten, daß die SPD ‚eigentlich' nicht zum gegenüber der Wende oppositionellen Lager gehört?''* fragt Koch rhetorisch, um aus dem selbstaufgebauten Nichtwahlargument ein Wahlargument für die SPD zu konstruieren. Nein, meint er natürlich, man kann nicht sagen, denn sonst käme man nur zu der Auffassung, bei dieser Wahl stünden die Grünen und die ,,übrige Linke'' gegen den bürgerlichen Rest. Das aber darf nicht sein, da sonst der einmal beschlossene Wahlaufruf und seine ,,hauptsächliche politische Differenzierung'' (eigentlich müßte es heißen ,,Undifferenzierung'') ,,keinen politischen Sinn'' machte. Macht er ja auch nicht, so lange man eine solchen Eiertanz um seine wirkliche Konsequenz macht, nämlich die SPD doch noch als für Sozialisten



wählbar rauszuputzen. Die SoZ-Redaktion befindet sich in dem Dilemma, aus der Beschreibung sozialdemokratischer Politik — die aus unserer Sicht nicht ausreichend ist — dennoch kein Argument für die Wahl der SPD ableiten zu können, um dann doch selbige implizit zu empfehlen. Dazu wird wird der schon aus dem Parteibuch ersichtliche Gegensatz zwischen SPD und CDU flugs zur ,,gesellschaftlichen Polarisierung'' stilisiert, wie auch der bürgerlich-parlamentarische Oppositionsbegriff bar jeglichen Inhalts zur Begründung herhalten muß.

Offenkundig gibt es in der VSP ein stärkeres Potential, das für die Offenhaltung der Wahl der SPD nicht zu begeistern ist sowie ein wachsendes, das sogar zur Wahl der Grünen aufrufen will. Gegen letzteres fährt Koch demagogisches Geschütz auf. Es wäre *,,politisch nicht nützlich, wenn die VSP es als ihre Aufgabe betrachten würde, in der Arbeiterbewegung die Auseinandersetzung darüber zu entfalten, daß man auf keinen Fall SPD, sondern die Grünen wählen muß''*. Muß, hat er bewußt geschrieben. Wohl damit jedem VSPler die Passage aus dem gültigen Wahlaufruf einfällt, in der es heißt: *,,Die Grünen sind keine sozialistische Partei und keine Partei, die sich in besonderer Weise den Interessen der Arbeiterklasse verpflichtet fühlt''* — ganz im Gegensatz zur VSP selber und zur Politik einer ihrer Vorläufer, der GIM, die damit immer schon ihre Stellungnahmen Pro-SPD-Wahl begründet hat.

Dabei hat Koch selber wohl unfreiwillig einen Hinweis gegeben, wie das Problem auch anders diskutiert werden könnte: *,,Nicht Johannes Rau entscheidet, unter welcher politischen Polarisierungen sich die Wahl am 25. Januar vollzieht. Freilich tut das auch nicht die VSP.''* Letzteres stimmt sicher. Ersteres nur zur Hälfte, weil das der Person Rau etwas zu viel zutraut. Selbstverständlich bestimmt aber die Partei SPD über die mögliche gesellschaftliche Polarisierung bei Wahlen mit. Mit der Entscheidung für Rau und für die Parole ,,Versöhnen statt Spalten'' hat sie sich bewußt für das Gegenteil von inhaltlicher gesellschaftlicher Polarisierung entschieden. Dem steht kein sozialdemokratischer Basisdruck entgegen. Um so fragwürdiger ein kaum verdeckter Wahlaufruf von ,,Revolutionären Sozialisten'' für die SPD, der wiederum seine Wurzeln nicht in der Taktik hat, wie Koch behauptet, sondern in der Strategie aus dem Lager der Vierten Internationale. Wäre das nicht der Fall, dann könnte die VSP das Kapitel SPD relativ schnell abhaken, würde sie sich an die politischen Gegebenheiten halten, und könnte kräftig über Sinn und Unsinn eines Wahlaufrufs für die Grünen streiten.

DS: „Die Grünen so stark wie möglich machen"

Wesentlich weniger schwer tun sich damit die ,,Demokratischen Sozialisten'' (DS). Der Bundesausschuß der DS hat am 6. Dezember einen Aufruf *,,Für eine Mehrheit SPD/Grüne im Bundestag! Für eine kritische Wahlunterstützung der Grünen!''* verabschiedet. In diesem Aufruf warnen die DS davor zu bezweifeln, daß eine konservative Mehrheit nicht auch weiterhin ihren Worten Taten folgen lassen werde und ihre mögliche Mehrheit *,,zur Fortsetzung und ‚Vollendung' dieser Politik der ‚Wende' benutzen wird''*. Wer diese Wahl im voraus verloren gebe, *,,scheint zu vergessen oder zu verdrängen, daß (sie) möglicherweise eine Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik darstellen wird''*. In fünf zentralen Punkten sieht der Aufruf eine andere Mehrheit: Raketenstationierung, AKW-Ausstieg, § 116, Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung. *,,Eine Mehrheit auf dieser Grundlage wäre sowohl in Übereinstimmung mit der Beschlußlage der SPD von Nürnberg als auch mit dem, was die Grünen an ‚Minimalforderungen' unterstützen könnten.''* Doch anders als die VSP kommen sie zu dem Ergebnis, daß die Chancen für eine solche gegen die Konservativen gerichtete Konstellation gering sind. *,,Die Möglichkeiten, am Wahltag mit dem Stimmzettel noch auf diese politische Konstellation Einfluß zu nehmen, sind gering.''* Die Gründe dafür werden als ,,Niederlagenpolitik'' der SPD benannt: Die Rau-Linie der SPD, diejenigen in den Gewerkschaften, die über Arrangements mit der Kohl-Regierung spekulieren und sich mit der Behandlung des Falles Neue Heimat selbst das Wasser abgraben.

Ohne sich als Sozialisten mit den Grünen zu identifizieren, sehen die DS als *,,einzige Möglichkeit der Einflußnahme mit dem Stimmzettel, die Grünen im Bundestag so stark wie möglich zu machen.'' Neben der minimalen Chance auf rechnerisch rot-grün heben sie dabei hervor: ,,Je stärker die Grünen werden in Relation zum Ergebnis der SPD, um so größer wird der Druck auf diese Partei. Die Grünen sind zur Zeit die fortschrittlichste Kraft im Bundestag.''* Daher rufen die DS auf, mit der Zweitstimme die Grünen zu wählen, mit der Erststimme Grüne oder ,,Friedensliste'', in Ausnahmefällen auch linkssozialdemokratische SPD-Kandidaten, die in Gegnerschaft zur Rau-Linie stehen (Zitate aus: ,,linke zeitung korrespondenz'' 2, 16.12.86).

Die Erststimme für die ,,Friedensliste'', die Zweitstimme für die Grünen fordert als Minderheitsvotum des DS-Bundesausschuß Hartmut Ritzheimer in der selben Zeitung. Der Unterschied besteht einerseits in einer stärkeren Betonung der Rolle der ,,Friedensliste''. Die Stimmabgabe für für sie soll *,,konsequente Demonstration für die Zusammenarbeit aller linken und fortschrittlichen Kräfte''* sein, als ,,Zeichen für eine neue Politik''. Andererseits steht das Minderheitsvotum in der Einschätzung der VSP-Position näher, wenn es ebenfalls von der Polarisierung ausgeht, die *,,nicht dem Willen und teilweise den Interessen der SPD entspricht.''* Dennoch *,,sieht sie sich — gemeinsam mit Grünen und Gewerkschaften — in das Lager der lohnabhängigen und unterdrückten Klasse gestellt, die ein objektives Interesse an einer neuen Regierung, an einem Ende der konservativen Wende hat''*.

In einem weiteren DS-Beitrag nimmt Dieter Storck gegen die Kandidatur der ,,Friedensliste'' und deren Wahlaufruf, Zweitstimme für SPD oder Grüne Stellung. Prinzipiell, so Storck, können *,,ohne die SPD auf absehbare Zeit keine anderen Mehrheitsverhältnisse in Bonn erreicht werden ... Aktuell ist diese Begründung aber grundfalsch''*, daher auch eine Gleichsetzung der Stimmabgabe für SPD und Grüne. *,,Wahlen finden immer in einer konkreten politischen Situation statt, zu der man sich darum auch konkret verhalten muß. Hinweise auf quasi historische Funktionen bestimmter Parteien ... führen da auf den falschen Weg.''* Sein Fazit: *,,Die Kandidatur der Friedensliste für die Erststimme ist nicht schädlich, weil sie keinen Einfluß auf den Wahlausgang hat. Aber besondere Gründe, sich für die Friedensliste zu engagieren, sehe ich bei der Bundestagswahl '87 nicht.''*

hr.

Es gibt keinen Grund, SPD zu wählen

Manfred Coppik zur Bundestagswahl

Die SPD trudelt von Niederlage zu Niederlage und weiß nicht, was sie am 25. Januar 1987 nun wirklich ernsthaft will. Johannes Rau predigt zwar immer noch die absolute Mehrheit. Geglaubt wird ihm das aber nur noch und allenfalls auf internen Parteiveransammlungen, wenn er mit seiner eigentlich eher peinlichen Willy-Brandt-Tonfall-Imitation sich und andere besoffen geredet hat. Verlassen die Gläubigen dann die Versammlungskirche und ist der Rausch des politischen Meßweins vorbei, dann tritt wieder das ein, was derzeit das Bild der SPD bestimmt: eine totale Demobilisierung, weil es an einer realistischen Perspektive mangelt.

Niemand, der ein Ende der CDU/FDP-Regierung in Bonn will, kann sich über diesen Zustand der SPD freuen. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die SPD selbst jemals das Ende der gegenwärtigen Regierung bei der kommenden Bundestagswahl gewollt hat. Da unrealistische Wahlziel der absoluten Mehrheit und die Ablehnung einer Kooperation mit den Grünen sprechen deutlich dagegen. Es ging wohl mehr darum, linkssozialdemokratische Wähler von den Grünen zurückzuholen, ,,weil mit denen sowieso nichts läuft''. Man hoffte wohl, auf diese Weise nach NRW-Muster die Grünen unter die 5 Prozent zu bekommen und damit bundesweit langfristig die SPD wieder mal zur einzigen als kleineres Übel für jedermann wählbaren Oppositionspartei zu machen. Dieser Schuß gegen die Grünen ging für die SPD nach hinten los. Gerade kritische ehemalige SPD-Wähler entscheiden sich in Anbetracht der von diesen Wählern erkannten Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Grünen nunmehr direkt für die Grünen. Da nennenswerte Zugewinne von der CDU auch nicht zu erwarten sind, reduziert sich die Wählerschaft der SPD zunehmend auf den Kreis der genetischen Stammwähler, für die seit Generationen die SPD-Wahl genauso selbstverständlich ist wie in anderen Familien der sonntägliche Kirchgang.

Für welche politischen Kräfte sollte es auch einen Grund geben, die SPD zu unterstützen? Die Reaktionäre und Konservativen fühlen sich bei der derzeitigen Regierung gut aufgehoben. Ihr System funktioniert im Interesse des Kapitals. Man braucht derzeit keine Regierungs-SPD, die z.B. die Gewerkschaften befriedet. Die befrieden sich selbst. Das Kapital braucht jetzt auch keine Versöhnung mitsamt ihrem Prediger Rau. Derzeit wird nicht versöhnt, sondern Kasse gemacht. Die SPD mit ihrer Versöhnung, der ,,Solidarpakt'' und ihrem offenbar ungebrochenen Wunsch nach Reformen in der Umarmung mit den Kräften des Kapitals ist für diese Kräfte heute weder nützlich noch ein Gegner, sondern schlicht überflüssig.

> Manfred Coppik verließ als Bundestagsabgeordneter unter der Schmidt-Regierung 1982 zusammen mit Karl-Heinz Hansen die SPD und gründete die ,,Demokratischen Sozialisten''. Im August 1985 verabschiedete er sich von den DS, die er als gescheitert betrachtete, als Freund. ,,Heimlich, still und leise'' ist er, wie die ,,Grüne Illustrierte Niedersachsen'' (Nr. 12/86) schreibt, bereits im Februar 1986 Mitglied der Grünen in Offenbach geworden. Den nebenstehenden Beitrag von Manfred Coppik haben wir der ,,linke zeitung korrespondenz'', herausgegeben von den DS, entnommen (Nr.2, 16.12.86).

Und für kritische Wähler? Wer in seinem politischen Gedächtnis nicht alles verdrängt, kann sich noch gut an die Ära Schmidt, das ,,Modell Deutschland'' und an all das erinnern, wozu die real existierende Sozialdemokratie in Regierungsverantwortung alles fähig war: Aufrüstung, Sozialabbau, Abbau demokratischer Rechte, kurzum: die Einleitung der Wende. Heute ist die SPD verbal von vielen ihrer Fehler in der Regierungszeit abgerückt. Sie erweckt den Eindruck, als wäre sie nie an der Regierung gewesen und hätte nie irgendwas mit alledem zu tun gehabt. Wie folgenlos und unglaubwürdig diese verbale Richtungsänderung ist, wird aber schon an der Ablehnung einer Zusammenarbeit mit den Grünen deutlich. Während man in der Koalition mit der FDP zu jedem Zugeständnis an die Kapitalinteressen bereit war, lehnt man nun eine Kooperation mit den Grünen ab, weil diese eine drastische Rüstungsreduzierung und vielleicht sogar den Austritt aus der NATO wollen. So jemand scheidet als Partner aus. Schließlich will er einen Zustand, den früher mal die SPD selbst forderte: Keine Bewaffnung der Bundesrepublik, kein Eintritt in die NATO. Kooperation mit den Grünen wäre also eine Kooperation mit den positiven Teilen der eigenen Geschichte. Nein, dann lieber warten, bis mal wieder Ebert und Noske gebraucht werden. Oder eine große Koalition. Für kritische Wähler ist das allerdings keine Perspektive.

Die SPD kann auch nicht mehr auf die sogenannten Halbprotestwähler zählen, die zwar die gegenwärtige Regierung ablehnen, zugleich aber Mißtrauen gegenüber andersartigen Lebensformen haben und deshalb bis vor kurzem die Grünen nicht wählten. Diese Kulturschranke zerbröckelt, sogar im gewerkschaftlichen Bereich. Zum einen sind die Grünen nicht annähernd so alternativ wie ihr Ruf. (Es besteht eher die Gefahr, daß sie sich anpassen und zu einem zwar schimpfenden, aber ansonsten funktionierenden Rädchen in der Maschinerie der Herrschenden werden; eine Gefahr freilich, der noch begegnet werden kann.) Zum anderen gilt der Anti-Grüne-Bannstrahl z.B. der Gewerkschaftsführungen bei den Mitgliedern nicht mehr allzuviel. Zu sehr haben sich Teile dieser Führungen kompromittiert, nicht nur durch die Neue Heimat, auch durch die seinerzeitige bedingungslose Gefolgschaft gegenüber dem SPD-Schmidt. So ist für viele frühere SPD-Wähler der Schritt, grün zu wählen, einfacher geworden. Und immer mehr erkennen, daß bei den Grünen zumindest die richtigen Fragen gestellt werden, die zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme eine Antwort finden müssen: von der Arbeitslosigkeit bis zur Kriegsgefahr.

Sicherlich könnte die SPD etwas tun, um eine Zukunftsperspektive zu entwickeln. Das Beispiel Schwandorf und das Wahlergebnis dort zeigen es: konsequent und konfliktbereit die Probleme angehen und deutlich bekennen, auf welcher Seite der Barrikade man steht. Aber Rau ist nicht Schuirer und dieser nicht die SPD-Norm. So bleiben für den 25. Januar 1987 wenig Hoffnungen auf einen Wechsel. Für die langfristige Perspektive könnte allerdings ein gutes Ergebnis der Grünen eine Hoffnung sein.

Als wär' sie eine Unbekannte

Die VSP und ihr Verhältnis zur SPD

Eine KB-Arbeitskonferenz zur gesellschaftlichen Lage vor den Bundestagswahlen befaßte sich auch mit der Haltung der SPD zu den fortschrittlichen sozialen Bewegungen und der vermeintlichen Neuorientierung sozialdemokratischer Programmatik. Die Auffassungen anderer sozialistischer Organisationen über die Entwicklung der SPD waren ebenfalls Bestandteil der Diskussion. — Nachdem im AK 276 die Auffassungen des BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten) dargestellt wurden, folgt an dieser Stelle eine Kritik der Ansichten der VSP (Vereinigte Sozialistische Partei; Zusammenschluß von GIM und KPD) und der KG/NHT (Kommunistische Gruppen/Neue Hauptseite Theorie).

„Die Bourgeoisie gibt den Ton an"

Eine wirklich systematische, umfangreiche Auseinandersetzung der VSP mit der SPD liegt zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vor. Die in den Vereinigungsdokumenten, der Stellungnahme zu den Bundestagswahlen und der SoZ (,,Sozialistische Zeitung'') veröffentlichten Standpunkte liefern aber genügend Anhaltspunkte für eine kritische Wertung.

,,In der CDU/CSU, der FDP und auch in der SPD geben die ausschlaggebenden Kreise der Bourgeoisie durch ihre politischen Gewährsmänner und durch ihre Finanzkraft den Ton an, wenn auch das große Kapital in der SPD personell deutlich geringer vertreten ist als in den Unionsparteien und der FDP'' (1). Ob die VSP mit dieser Einschränkung die enge Einbeziehung aller führenden SPD-Politiker in das bürgerliche System bestreiten will, wird durch den unmittelbar folgenden Satz des Programms noch weniger klar: *,,Unter der parlamentarischen Oberfläche setzen sich ... die Unternehmerorganisationen und besondere Interessen großer Konzerne und Finanzgruppen als bestimmende Faktoren der Regierungspolitik und Gesetzgebung im allgemeinen sicher durch''* (1). Dieser Vollzug bürgerlicher Politik läßt sich auch mit der SPD gut bewerkstelligen, denn in der politischen Auseinandersetzung gehe sie ,,vom Erhalt des kapitalistischen Systems und von der Wahrung der imperialistischen Interessen'' aus (1).

stelligen, denn in der politischen Auseinandersetzung gehe sie ,,vom Erhalt des kapitalistischen Systems und von der Wahrung der imperialistischen Interessen'' aus (1).

SPD am Ende?

Trotz dieser scheinbar deutlichen Abgrenzung gelingt der VSP zugleich eine scharfe Unterscheidung der SPD von den Regierungsparteien. *,,Die Opposition der Sozialdemokratie gegenüber diesem Erstarken reaktionärster Tendenzen in den Unternehmerverbänden und im konservativen Lager drückt sich vor allem im sozialdemokratischen Auftreten gegen den ,Klassenkampf von oben' aus''* (1). Der Kohl-Regierung werde ,,auch unter Krisenbedingungen'' eine Politik der Wahrung des ,,sozialen Friedens'' entgegengesetzt, die ,,kalkulierte Zugeständnisse'' an die Gewerkschaften einschließe. Wer beim angeblichen ,,Erstarken reaktionärer Tendenzen'' die Sturmglocken des Faschismus läuten hört, muß — politisch durchaus folgerichtig — die Einheitsfront mit der SPD suchen. Und tatsächlich, im Kommentar zur Hamburger Bürgerschaftswahl schreibt die SoZ-Redaktion: *,,Aber eines ist sicher: Die Rechten sind nur zu schlagen, wenn sich SPD, Grüne und die übrige Linke darüber im Klaren sind: Hier stehen zwei gesellschaftliche Lager zur Wahl''* (2). *Die* SPD, im Programm der VSP noch auf dem Boden von Kapitalismus und Imperialismus, befindet sich plötzlich im selben Lager wie Grüne und übrige Linke, und Stimmen für die SPD werden so zu Stimmen für die fortschrittlichen Kräfte.

Diesen Bewertungswandel hatte die VSP in ihrer Stellungnahme zu den Bundestagswahlen (3) vorbereitet. Dort wurde bereits ,,Verständnis'' für SPD-Wähler geäußert, und nicht mehr bewußte bürgerliche Politik, sondern nur Mangel an Erkenntnis wird der SPD darin vorgehalten: *,,Die ohnehin bescheidenen Versprechungen, die die SPD etwa in Sachen Arbeitslosigkeit oder Umweltschutz macht, erfolgen, ohne daß die SPD die Realität der krisenhaften kapitalistischen Entwicklung und des Klassenkampfes thematisiert. Damit umgeht die SPD die Anerkennung der Tatsache, daß wirkliche Verbesserungen für die Arbeiterklasse nur im Kampf gegen die Kapitalisten durchgesetzt werden können''*. Daran stimmt nichts! Ein Peter Glotz und andere SPD-Strategen ,,thematisieren'' die kapitalistische Krise und den Klassenkampf sehr wohl (4). Als ,,politische Gewährsmänner'' der Bourgeoisie ,,anerkennen'' sie gerade das Bestreben der Arbeiterklasse, Verbesserungen durchzusetzen, und versuchen, *dagegen* ideologische und praktische Dämme zu errichten. Dazu gehört das Versprechen der SPD zur ,,sozialfriedlichen Eindämmung des Klassenkampfes'', schreibt die VSP selbst im gleichen Wahlaufruf, und beweist so, daß nicht die Stellungnahmen der SPD, sondern die eigenen wenig durchdacht sind.

Die Möglichkeiten zur Umsetzung sozialdemokratischer Politik sieht die VSP allerdings zusehends untergraben: *,,Je mehr der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit sich objektiv verschärft, je weniger die Kapitalisten die Wahrung des ,sozialen Friedens' als vorrangiges politisches Ziel betrachten, desto deutlicher wird der Widerspruch der sozialdemokratischen Ideologie und Propaganda zur Realität''* (1). Eine Zukunft hat demnach die SPD auf absehbare Zeit nicht: Auf der einen Seite bewegen sich ,,Kapital und Reaktion'', die einen Kurs der Konfrontation gegen alle Teile der Arbeiterklasse fahren und die das sozialdemokratische Konzept der Krisenlösung nicht mehr brauchen; auf der anderen Seite entlarvt sich die SPD-Programmatik mit ihrem Widerspruch von Worten und Taten bzw. Handlungsmöglichkeiten für Teile der Lohnabhängigen als illusorisch. Fast von selbst, als Ergebnis des ,,Kampfes für einfache ökonomische Forderungen'' (1) kann sich der Ablösungsprozeß von der SPD entwickeln. Deshalb ist es notwendig, sich um *,,die gemeinsame Aktion, wo immer möglich, gegen das Kapital, seinen Staat und seine Parteien''* zu bemühen, denn nur so *,,kann die politische Überzeugung der Anhängerinnen und Anhänger der SPD für revolutionär-sozialistische Positionen Raum greifen''* (5).

So ungenau wie die Voraussetzungen, so verworren ist das Ergebnis. Ob ,,vorrangig'' oder nicht, der Erhalt des ,,sozialen Friedens'', der Zustimmung möglichst großer Teile der Gesellschaft zum kapitalistischen System wird von

So ungenau wie die Voraussetzungen, so verworren ist das Ergebnis. Ob ,,vorrangig'' oder nicht, der Erhalt des ,,sozialen Friedens'', der Zustimmung möglichst großer Teile der Gesellschaft zum kapitalistischen System wird von

der gegenwärtigen Regierung nicht konfrontativ in Frage gestellt. Vor dem Hintergrund des zeitweiligen weltwirtschaftlichen Aufschwungs konnte die konservativ-liberale Regierung eine Vielzahl von Verschlechterungen unter Beibehaltung einzelner integrativer Maßnahmen durchführen. Der ,,soziale Frieden'' war kaum gefährdet. Die sozialdemokratischen Entwürfe bewegen sich nicht in ,,Widerspruch ... zur Realität'' (s.o.), sondern die Realität des ,,sozialen Friedens'' führt dazu, daß die SPD in diesen klassenpolitisch ruhigen Zeiten von der Bourgeoisie nicht verschlissen werden muß. Diese *Nähe* zur Wirklichkeit macht die SPD auch für einen stabilen Anteil reformorientierter Wählerinnen und Wähler unattraktiv. Aus dieser Erkenntnis läßt sich ein sinkender Masseneinfluß der SPD nicht zwingend ableiten. Vielmehr hat die SPD in den vergangenen Jahren verschiedentlich angedeutet, z.B. bei *ihrer* Art des Zugehens auf die Friedensbewegung oder mit Lafontaine als Spitzenkandidaten im Saarland, daß in der ,,Baracke'' findige Köpfe sitzen, die in der Lage sein könnten, in Zeiten tatsächlich schärferer sozialer Konfrontation die SPD wieder als sozialintegrative Partei herzurichten.

„Bürgerliche Partei oder Partei des Kapitals?"

Unter dieser Überschrift setzt sich Paula Komensky von den KG/NHT (Kommunistische Gruppen/Neue Hauptseite Theorie) mit der Einschätzung der SPD bei KPD und BWK auseinander (6). Sie kritisiert an beiden Organisationen, daß sie den unscharfen Begriff ,,bürgerliche Partei'' benutzen, da dieser ,,verschiedene Interpretationsmöglichkeiten'' offen lasse. Demnach könne es sich bei der SPD um eine ,,verbürgerlichte Arbeiterpartei'' handeln oder um eine Partei, *,,die zwar ideologisch auf der Grundlage der bürgerlichen Demokratie steht, praktisch aber Arbeiterinteressen vertritt''*, oder, als dritte Möglichkeit, um eine Partei, *,,die voll zum bürgerlichen Lager gehört und Politik im Interesse des Kapitals macht''*.

Die Auffassung der KG hebt Komensky mehrfach eindeutig hervor: *,,Die Politik der Klassenzusammenarbeit, gestützt auf die sozialdemokratische Hegemonie in den Gewerkschaften, taugt ebenso zur Lohnsenkung und Akkumulationsankurbelung wie die Konfrontationspolitik. Innerhalb des Kapitals werden sicher Differenzen über den einzuschlagenden Weg bestehen. Die SPD bietet eine (etwas) andere Strategie an als die CDU. Deshalb ist sie aber nicht weniger eine Partei des Kapitals''*. Zurecht kritisiert Komensky die in unserem Artikel auch bei der VSP festgestellte Tendenz, im heute angeblich notwendigen Kampf gegen die ,,reaktionärsten Kräfte'' des Kapitals die SPD umstandslos im linken Lager anzusiedeln: *,,Für diese Zusammenarbeit und für die Einheitsfront müssen in der Realität Ansatzpunkte vorhanden sein, deshalb wird die SPD auch nicht eindeutig als Partei charakterisiert, die Bestandteil der bürgerlichen Demokratie ist und Politik im Interesse des Kapitals macht''*.

Ebenfalls im Gegensatz zur VSP warnen die KG vor der Annahme, daß *,,die SPD auf verlorenem Posten zwischen Sozialismus (zu dem sie sich nicht durchringen könne) und Reaktion (zu der sie sich höchstens stückchenweie und im Gegensatz zur eigenen Wählerbasis bewegen könne) steht, mit einem untauglichen Konzept, auf das die Kapitalisten pfeifen''* (7). Vor dem Hintergrund eines erwarteten stabilen sozialdemokratischen Masseneinflusses lehnen die KG ein Parteibildungskonzept ab, das sich vor allem darauf konzentriert, massenwirksame Politik in den Gewerkschaften an Hand der Fragestellung ,Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf' zu entfalten. Auch die KG beanspruchen, *,,praktisch den engsten Schulterschluß mit den immer wieder beschworenen ,klassenkämpferischen Kräften' zu suchen''*, aber *,,ohne eine Sekunde in der Kritik an den Unzulänglichkeiten und Halbheiten ihrer politische Auffassungen innezuhalten''*, denn *,,ohne diese Abgrenzung wird bei den schwachen theoretischen und politischen Grundlagen der Kommunisten ein Absinken auf das Niveau der spontanen Arbeiterbewegung, auf einen Nachtrab der Sozialdemokratie unvermeidlich sein''* (8).

Keine Anhaltspunkte für Bündnispolitik?

Der opportunistische Annäherungskurs an die SPD innerhalb der sozialistischen Linken wird von den KG zurecht der Kritik unterzogen. Die KG-Veröffentlichungen haben aber einen Hang, die Komplexität sozialdemokratischer Hegemonie nicht zu beachten. Unbestritten sind ,,hegemoniale Teile der SPD mit der BRD-Bourgeoisie verbunden'', und es ist erstens absolut unwahrscheinlich und zweitens keine Frage aktueller Tagespolitik, ,,diese Partei als ganzes'' für eine Politik gegen den konservativen Trend gewinnen zu können (9). Dennoch gibt es als *Nebenseite*, als Anhaltspunkt Aktionseinheiten mit nicht-hegemonialen Teilen der Sozialdemokratie. Darin drückt sich einerseits der Versuch der Wiedereingliederung sozialer Bewegungen, andererseits auch die Tatsache aus, daß auch reformistisch gesinnte Menschen, Kräfte mit gebrochenem bürgerlichem Bewußtsein sich auf die Sozialdemokratie beziehen. Insofern bleibt der KG-Begriff von der ,,Partei des Kapitals'' verkürzt. Dennoch muß Klarheit darüber bestehen, daß diese inhaltlich begrenzten Aktionseinheiten *weit entfernt* sind von der bewußten Einheitsfront zwischen reformistischem und revolutionärem Flügel der Arbeiterbewegung. Wer, wie die VSP, heute die Nebentendenzen zum Drehpunkt seiner Taktik macht, verhindert gerade die Ablösung reformistischer Kräfte von der Sozialdemokratie.

fo.

Anmerkungen:

1. Programm der VSP
2. SoZ/Sozialistische Zeitung vom 20.11.1986
3. Weg mit der CDU/CSU/FDP-Regierung! (Stellungnahme zur Bundestagswahl 1987)
4. Als Beispiel sei hier erwähnt: Peter Glotz, Manifest für eine Neue Europäische Linke, Westberlin 1985
5. Resolution zum Selbstverständnis der VSP
6. Paula Komensky, Bürgerliche Partei oder Partei des Kapitals?, in: Aufsätze zur Diskussion Nr. 36 (Juni 86)
7. Manfred Weiß, Der Weg aus der Krise — Solidarität, in ebd.
8. ders./Alfred Schröder, Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf (Beiträge zur Programmdiskussion Nr.7), Frankfurt 1986
9. ,Das spontane Streben des Proletariats' bis zur SPD, in: AK 276, S. 39.

''Wir suchen Herrn und Frau Meier''

Friedensliste sucht ganz gewöhlichen Wähler

Wenn es mehr nicht ist, Meiers findet man zuhauf im Telefonbuch. Doch in dem kleinen blauen Werbeheft stehen Meiers stellvertretend für *,,fast alle Menschen in unserem Land''*, die *,,sich große Sorge um die Zukunft machen''*. Und mit diesen ,,fast allen'' möchten die Herausgeber der Broschüren reden. Hinter diesem bescheidenen Heft und Titel verbirgt sich der geballte bundesdeutsche friedenspolitische Sachverstand. Die Heft erstellten in ,,gemeinsamer Verantwortung'':

Ärzte warnen vor dem Atomkrieg,
Appell Gesundheitswesen für den Frieden,
Arbeitskreis ,,Darmstädter Signal'',
Forum Informatiker für Frieden...,
Forum Naturwissenschaftler für...,
Friedensinitiative Psychologie/psychosoziale Berufe,
Koordinierungsausschuß der betrieblichen Friedensinitiativen,
Künstler in Aktion,
Kulturwissenschaftler für Frieden...,
Ordensleute für den Frieden,
Pädagoginnen und Pädagogen für...,
Sportlerinnen und Sportler für...,
Richter und Staatsanwälte für...,
Verantwortung für den Frieden — Naturwissenschaftler-Initiative.

Pfaffen, Lehrer, Richter, Generäle gemischt mit den Proleten rufen mit vereinigtem Zeigefinger und einstimmig: Abrüstung wählen! Es entspricht offenbar der Kultur dieses unseres Landes, daß je breiter und ,,kompetenter'' (s.o.) die Runde, umso schlichter und einfältiger scheint diesem Kreise das zu behandelnde Gemüt des gesuchten Ansprech-,,Opfers''. Aber die Generäle und Co wollen gar nicht — jedenfalls selbst nicht — mit den Meiers reden, das sollen Multiplikatoren den Meiers überbringen. Diesen soll folgendes nahegebracht werden:

,,Wir haben die Chance, auszubrechen aus dem Teufelskreis von immer mehr Waffen und immer weniger Sicherheit. Gerade unser Land — direkt an der spannungsgeladenen Ost-West-Grenze gelegen — kann viel dazu beitragen, die Dinge zum besseren zu wenden. Gerade jetzt kann jeder von uns etwas dazu beitragen. Denn im Januar 1987 ist Bundestagswahl. Alles wird davon abhängen, welche Kandidaten durch unsere Stimmen in den Bundestag einziehen.'' Nichts da, Rot-Grün oder Chaos; denn: *,,In allen Parteien gibt es Politiker, die entschlossen sind, unser Land aus der atomaren Misere herauszuführen.''* Da kann ja fast schon nichts mehr schief gehen.

Im Aufruf der Initiative heißt es dann: *,,Unsere Forderung zur Wahl lautet: Der neue Bundestag muß (!!!) aktiv Friedenspolitik betreiben. Dazu gehört vor allem: Keine Stationierung neuer Atomwaffen in der Bundesrepublik. (...) Einleitung weiterer (???) politischer Maßnahmen, die Europa gänzlich von atomaren, biologischen und chemischen Waffen freimachen.*

Hinwirken (!!!) auf das Verbot von Weltraumwaffen und Ablehnung jeglicher Beteiligung an der Erforschung und Entwicklung entsprechender Systeme. Änderung unseres (!!) Verteidigungsbeitrages in eine strikt defensive, also nicht angriffsfähige Konzeption. Einfrieren und schrittweise Verringerung der Rüstungsausgaben in der Bundesrepublik sowie Abbau (!!) des Rüstungsexportes. (...) Wir bitten alle Wählerinnen und Wähler, diese Anliegen sehr ernst zu nehmen und bei der Stimmabgabe zu berücksichtigen. Unsere Aufforderung lautet, Prüfen Sie für Ihre Erststimme, welche Kandidaten ohne Wenn und Aber für die genannten Ziele eintreten. Prüfen Sie für Ihre Zweitstimme, welche Kandidaten ohne Wenn und Aber für die genannten Ziele eintreten.'' Das könnte man fast so interpretieren, als sei das eine Wahlaufforderung für die Friedensliste bei der Erststimme und eine für die Grünen bei der Zweitstimme. Das ist aber falsch, wie der letzten DVZ z.B. zu entnehmen ist, die Initiative habe auf einer Pressekonferenz erklärt: *Es sei erfreulich, daß die SPD so fleißig bei der Friedensbewegung abgeschrieben hat''*, meinte der Jurist Eckart Rottka. Diese Initiative wolle selbst *,,bis zur Wahl das ganze vielseitige Programm der Friedensbewegung ergänzen.''*

Ob dann der Spuk solcher friedenspolitischer Nulloptionen wirklich vorbei ist? Wir glauben es nicht!

z.

Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Konstruktive Debatte

Betr.: VSP-Artikel (AK 275)
Der Artikel von fo. zum Vereinigungsparteitag der VSP hat mir aus mehreren Gründen gefallen: Zum einen legt er den Finger auf offene Wunden, was das vorläufige Programm betrifft, zum anderen wird daran deutlich, daß es auch im KB Genossen und Genossinnen geben muß, die den Blick auf kritische Punkte und offene Fragen lenken, von denen das Selbstverständnis und die heutige praktische Politik der revolutionären Linken zu einem wesentlichen Teil abhängt — also ein mögliches ernstzunehmendes offenes Angebot zur Debatte scheint zum Teil vorhanden zu sein. Hinzu kommt, daß in der Tat der Eindruck entstehen kann, die Mitglieder der ehemaligen GIM würden ihre eigenen Positionen nicht konsequent genug vertreten?

Es hat heute keinen Sinn mehr, über den Weg zur Vereinigung zu debattieren. Die Chancen, die nun bestehen, müssen genutzt werden. Die neue VSP ist eine programmatisch heterogene Organisation, die, will sie sich konsolidieren, im Prozeß der programmatischen Diskussion sicher einen Schwerpunkt ihrer alltäglichen Arbeit sehen muß. Im Artikel von fo. wurden hierzu einige Beispiele gebracht, von denen ich drei aufgreifen möchte.

1. Vergleich Warschauer Pakt — NATO.

Besonders in der gegenwärtigen politischen Situation halte ich einen Vergleich von WP und NATO als gleichermaßen aggressiv für schlicht absurd. Der WP als militärischer Schild gegen die imperialistische Aggression ist von seiner Entstehung und seiner Funktion her im Bereich der Außenpolitik nicht mit der NATO zu vergleichen. Auch das badauerliche Beispiel Afghanistan kann keinen Gegenbeweis anbringen, der dies grundsätzlich in Frage stellen könnte. Insgesamt hat sich die SU bisher an die Verträge von Jalta und Potsdam gehalten, was von den USA nicht behauptet werden kann. Angesichts der Abrüstungsoffensiven der SU und dem Engagement der US-Imperialisten in Nicaragua dürften die Fronten klar werden. Zwar betreibt die SU in unserem Sinne keine revolutionäre Außenpolitik, die auf die von der Arbeiterklasse selbstbestimmte Entwicklung abzielt (alles unter Kontrolle), dennoch ist jeder Sieg einer von der SU unterstützten Befreiungsbewegung und einer eingeleiteten antikapitalistischen Politik für die Internationale Arbeiterbewegung ein Erfolg. Die Bedingungen für die Entwicklung sozialistischer Gesellschaften werden im wesentlichen vom Imperialismus gesetzt, nicht von der SU.

2. Die Einschätzung der SU.

Es gibt keinen einzigen Grund, weshalb sich revolutionäre Sozialisten innerhalb der VSP von den programmatischen Grundlagen der linken Opposition um Leo Trotzki verabschieden müßten (für revolutionäre Sozialisten außerhalb der VSP viele Gründe, sich mit ihnen auseinanderzusetzen). Fast alle theoretischen Versuche, der SU eine kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nachzuweisen, halten sich an Betrachtungen auf der Erscheinungsebene auf. Zwar kann hier keine Debatte mit dem Leserbrief geführt werden — der interessierte Leser, die interessierte Leserin kann dazu Zugang erhalten — aber für eine Standortbestimmung reicht es: Die SU ist als ganzes verteidigenswert gegenüber dem Imperialismus. Unsere Kritik richtet sich gegen politische Orientierungen der Bürokratie und die Unausgereiftheit der sozialistischen Demokratie. Unsere Kritik an der SU muß daher solidarisch sein.

3. Die ,,Arbeitsgemeinschaft Volksfront''

fo. weiß sicher genau, daß die AG Volksfront nicht vergleichbar ist mit der politischen Ausrichtung der KI in den dreißiger Jahren. Die Situation ist eine völlig andere, wir brauchen nicht weiter darauf einzugehen. Allerdings: Die theoretischen Anleihen der ,,Volksfront'' sind die schlechten, dies muß gesagt werden. Revolutionäre Sozialisten und Sozialistinnen versuchen
muß gesagt werden. Revolutionäre Sozialisten und Sozialistinnen versuchen
die Einheitsfront herzustellen, darauf hinzuwirken. Volksfront und Einheitsfront sind in der Tat unterschiedliche Taktiken, und zumindest muß dies den Mitgliedern einer Organisation klar sein. Der in den dreißiger Jahren geführte Kampf um die korrekte Taktik wurde nicht aus Namensgründen oder intellektueller Liebhaberei geführt. Die diese Debatten begründenden Faschismusanalysen müssen ernsthaft betrachtet werden: Nicht zuletzt daraus resultierte die tragische Sozialfaschismusthese der stalinisierten Thälmann-KPD.

Zum Schluß: Die offenen Wunden gibt es auch im KB. Wo es möglich ist, sollte eine politische Debatte und eventuelle Praxis erfolgen. Auch der KB ist keine homogene politische Organisation, steht also vor gleichen oder ähnlichen Problemen. Neben der Entwicklung praktischer Politik kommt gegenwärtig der theoretischen Schulung und konstruktiven Debatte die derzeit wichtigste Bedeutung zu.

Paul, Bremen, VSP



Herausforderung

Betr.: Artikel zu Broders ,,Der Ewige Antisemit'' (AK 277)

Die beiden sehr akribisch geführten Nachweise der schluderigen bis unseriösen Arbeitsweise des Journalisten H.M. Broder im letzten AK sind m.E. unwiderlegbar. Was als Essenz für den Leser dieser beiden Artikel bleibt, läßt sich so zusammenfassen: wer eine solche windige These wie Broder (linker Antizionismus als eine Hauptform des Antisemitismus nach dem 2. Weltkrieg) verficht, muß zwangsläufig mit Erfindungen, Kontextentstellungen und ans Demagogische grenzenden Zuspitzungen arbeiten, um sie glaubwürdig darzustellen. Hinzu kommt, daß das von K. ins Feld geführte Hauptargument, daß der Antisemitismus als politische Theorie ausschließlich der Rechten zuzuordnen ist, unbestreitbar bleibt. Da stellt sich das Gefühl ein: wir haben wieder mal recht gehabt.

Aber angesichts unbestreitbarer Entgleisungen auf linker Seite (die vielfach geübte pauschale Gleichsetzung von Zionismus und Faschismus) hätte es einer Zeitung, die sich der Tradition der Selbstkritik verpflichtet weiß, besser angestanden, die sachliche Herausforderung, die Broders Ansatz — alle methodische Unseriosität zugestanden — im Kern zugrunde liegt, aufzugreifen, aufzubereiten und zur Diskussion zu stellen. Kt. deutet diese Möglichkeit in einem letzten ,,Hätte''-Satz an. Warum die Kritiker solche Herausforderungen sehen (auch Kt.?) und dennoch nicht zur eigenen (besseren als Broders) Theoriebildung aufgreifen, müssen sie selber beantworten. Ich möchte kurz darstellen, worin ich solche Herausforderung für die kommunistische Linke sehe.

1) Sicher sind die Broderschen Ausführungen über die anthropologische bzw. soziale Natur des Antisemitismus sehr vorläufige. Wer aber akzeptiert, daß wir es hier mit einem über Geschichtsepochen tradierten Vorurteil zu tun haben, anerkennt auch die Realität des Irrationalen. Eine Kritik, die Broder nur vorhält, er lasse den ,,Antisemitismus im Mythologischen versinken'', verkennt die gefährlich reale Tiefe dieses Vorurteils. Seine geschichtliche Besonderheit besteht darin, epocheübergreifende Konstante zu sein. Entstanden in der spätrömischen Sklavenhaltergesellschaft, ausgelebt in Kreuzzügen und Pogromen des Mittelalters und biologisch aufgeklärt fortgeführt in der bürgerlichen Gesellschaft. Wenn wir in diesem Zusammenhang nicht von Erbmasse (oder Erbsünde) sprechen wollen, dann aber über die gesellschaftliche Institution, die immer ideologischer Träger des Antisemitismus war: die christliche(n) Kiche(n). Ihre geschichtliche Konstanz entspricht exakt der Zählebigkeit des antijüdisch/antisemitischen Vorurteils. Deshalb verfehlt jeder die Herausforderung der These vom ,,ewigen Antisemitismus'', der die libidinöse Qualität dieses Vorurteils oberflächlich rationalistisch in Frage stellt. Die marxistische Religionskritik bietet doch die Möglichkeit, mit der mehr als mythologischen und mehr als rationalistischen Kategorie einer ,,tradierten opiathaften Obsession'' zu arbeiten.

2) Sicher ist die generelle Identifizie-
opiathaften Obsession'' zu arbeiten.
2) Sicher ist die generelle Identifizie-
rung von Antizionismus und Antisemitismus unzutreffend. Es gibt auch viele jüdische Antizionisten, sogar im Staate Israel. Ihnen Antisemitismus vorzuwerfen, wäre absurd. Trotzdem würde an dieser Stelle die Herausforderung darin bestehen, danach einmal genauer zu fragen, wo denn antizionistishe Kritik in Antisemitismus umkippt. Wenn man die Möglichkeit dessen nicht in Abrede stellen will! Eigenartigerweise höre ich selten ehrliches Fragen in diese Richtung (leider auch nicht im AK). Ich würde auf diese Frage dreierlei antworten:

Antizionismus wird zu Antisemitismus

a) wo die zionistische Bewegung, der Zionismus pauschal mit Imperialismus, Rassismus oder gar Faschismus gleichgesetzt wird. Wer nicht anerkennt, daß der Zionismus das Unternehmen war, das jüdische Volk aus der internationalen antisemitischen Bedrohung mit macht- und nationalpolitischen Mitteln zu befreien, ist ein ungeschichtlich denkender Ignorant. Die moralische Problematik dieses Mittels hat nichts damit zu tun, daß es historisch leider das einzig realistische war. Trotz dieses allgemeinen Unrechts bestreitet niemand einem anderen Volk sein Recht auf einen (heute eben leider fast überall bürgerlichen) Staat. Nur wer den Antisemitismus in seiner das jüdische Volk existentiell bedrohenden Qualität nicht anerkennen will, kann das Existenzrecht des Staates Israel verneinen.(1)

b) wo die historische Einmaligkeit des industriell durchorganisiert vollzogenen NS-Völkermordes am Judentum in Abrede gestellt wird. Damit wird nichts mythologisiert, sondern nur auf der Schreckensseite der Menschheitsgeschichte ernstgemacht mit der Tatsache von ,,Fortschritten''. Im Gegensatz zu früheren Diskussionen im Zusammenhang mit der sog. Vergangenheitsbewältigung erleben wir derzeit ein kaum erstaunliches, unisones Interesse an der ,,Normalisierung'' der deutschen NS-Vergangenheit von rechts. Die Linke stünde heute besser da, wenn sie damals schon an der Einmaligkeitsthese vom NS-Völkermord nicht nur eine falsche Dämonisierung der Person Hitlers kritisiert, sondern auch den mit den Mitteln der kapitalistischen Gesellschaft einmalig und perfekt durchgeführten Wahn erblickt hätte.

c) wo nicht anerkannt wird, daß a) und b) einander bedingen. Wer das Existenzrecht des Staates Israel angesichts des ,,ewigen Antisemitismus'' im Zweitausendjährigen Abendland und seiner grauenhaften Zuspitzung im deutschen Nationalsozialismus nicht anzuerkennen vermag, hat weder Gefühl noch Blick für die ,,ewige Leidensgeschichte'' des jüdischen Volkes. Berechtigte politische Kritik an zionistischer Politik darf nicht die allgemeine Berechtigung der zionistischen Bewegung in Zweifel ziehen. An diesem Punkt schlägt Antizionismus — der Begriff ist in der Tat zu pauschal — in Antisemitismus um.

Ich wünsche mir, daß die analytische Kritik an Broder sich in eine Debatte verwandelt, die die für alle interessante theoretische Herausforderung annimmt; die eine historische Betrachtung des ,,ewigen Antisemitismus'' eröffnen würde.

K.P.L.

Anmerkung:
1) Die sozialistische Bewegung (auch Marx) hat oft den Fehler gemacht, die Juden nicht als Volk anzuerkennen, sondern die Lösung der Judenfrage mit der Lösung der allgemeingesellschaftlichen Emanzipationsfrage vollkommen zu verknüpfen. Nicht assimilationswillige Juden können darin kaum die Wahrung ihrer Identität erblicken. Stellt doch diese Sicht die Existenz eines jüdischen Volkes und damit zwangsläufig sein Existenzrecht in Frage.



Schauspiel

Betr.: ,,Reagans Niedergang kommt spät'' (AK 277)
Reagan ist mit der Iran-Affäre nicht in einem ,,Sumpf von doppelter Moral, Korruption und bürgerlicher Kriminalität'' angelangt, wie wo. schreibt. Dort war er nämlich schon immer drin, ein demokratisch gewählter Führer lebt ja gerade dadurch, oder — wie die ,,Süddeutsche Zeitung'' schreibt: ,,Daß der republikanische Monarch mal ... nicht die ganze Wahrheit sagt, mag das Wahlvolk noch durchgehen lassen'', solange er's nur gut verkaufen kann..

Die große Aufregung ist nur die, daß der große Schauspieler im demokratischen Massentheater den zahlenden Zuschauern eine andere Handlung bietet als sie auf den Plakaten am Eingang angegeben war — schlechte Inszenierung! Also: Ärger über den Intendanten, vielleicht muß sogar ein neuer her, aber — dann weiter so, wie's der erste angefangen hat, the show must go on. Nicht das Stück ist schlecht, auch nicht die Schauspielercrew insgesamt, und folglich besteht auch keine Feindschaft zum Ensemble, höchstens zu einem Statisten, aber das macht die Schauspieltruppe unter sich aus.

Gibt es Feindschaft ,,gerade im bürgerlichen Lager..., bis in die ganz große Politik hinein''? Der Sprecher der Demokraten, Byrd, ein ehemaliges Ku-Klux-Klan-Mitglied, sagt: ,,Wir wollen, wir brauchen einen starken Präsidenten.'' Also, lieber wieder wie früher einfach nur Bomben und Krieg gegen Terrorismus, Kommunismus, Fanatismus, und alles ist o.k.

Und hier bei uns? Die einzigen Sorgen, die die demokratischen Massenblätter bewegen, sind, ,,daß das Weiße Haus in Unordnung'', ,,in Lähmung'' geraten könne (FAZ), daß das ,,Sündenbockritual des Hinauswurfs von Poindexter und North zu spät kam'' (Süddeutsche), daß Reagan ,,gebrochen'' gewirkt habe (Bild), daß ,,die Liebesaffäre zwischen Reagan und dem amerikanischen Volk'' beendet sei. (Spiegel)

Niemand, weder in der demokratischen Öffentlichkeit Amerikas noch Europas, schert sich um Waffengeschäfte bzw. Contra-Finanzierung, das war eben nicht falsch.

Folglich ist die Fortsetzung der Reagan-Politik (notfalls ohne Reagan) natürlich gesichert, und folglich ist der größere Einfluß von Kongreß und Senat nicht ein Hemmnis für die Reagan-Leute, sondern eher eine Kontrolle, ob sie auch wirklich die ganzen Schweinereien richtig machen, für die sie gewählt wurden.

Martin



Kommunismus

Liebe Genossinnen und Genossen,

Bitte nicht weiter so, Kommunismus! Und bitte nicht auf der ersten Seite unserer Zeitung! Auf der Ebene des Geschmacks, auf der sich nicht streiten, wohl aber protestieren läßt, stehend möchte ich sagen: Diese Jubiläumsanzeige ist abstoßend.

wo./22.12.86

SPENDEN-ERGEBNISSE

SPENDEN-ERGEBNISSE

SUMME Nov. bis AK 277 9.172
Nach dem 13.12.

Js.P., Kinderbereich	100
U., Metallstudenten	1.000
ga., antirep	1.500
Hj, Antimil	1.500
F.P., Mülheim	100
Ch.M., Siegbach	20
xy, Hamburg	30
KB Dortmund	1.412,5
A.B., Bielefeld	700
Kni., Quickborn	500
Ph., Altona	50
G.M., Bielefeld	50
A.B., München	20
R.G., Marburg	20
KB Frankfurt	300
M.B., Hagen	50
H.B., Nürnberg	100
Cl.K., Westberlin	100
G.F., Hannover	50
U., Antimil	500
ch., Antimil	500
Chr., Hamburg	100
Frauenzelle Eimsbüttel	100
St.St., Hamburg	100
W., Eimsbüttel	600
M.K-Sch., Bornheim	50
U.S., Westberlin	200
KB-Nürnberg	5.000
J.V., Hamburg	600
M., Darmstadt	400
H.K., Hamburg	300
Ra., KB-Kiel	200
K.Sch., Gütersloh	60
M.v.C., KB-Hannover	50
F.F., Hannover	50
M.G., Kiel	80
U., KB-Bochum	500
KB Bremerhaven	1.050
KB-Stuttgart	115
Genosse aus Verden	100
M.Sch., Bielefeld	50
K.Sch., Hamburg	50
Genossen und Sympis	
KB-Gruppe Bremen	850
W., Rickling	2.000
W.P., Hannover	400
H.W., Hamburg	100
Yv., Hamburg	50
H-C., Hamburg	250
Ru. + Ang., Bergedorf	200
Ro., Mönchengladbach	500
Sympis, Frankfurt	500
N.N., Hamburg	70
Th.Ch.,	650
H-P.M., Marburg	15
Summe seit AK 277	23.942,5
Summe Total	33.114,5

Erich Fried

Erich Fried
Die Wiederkünftigen
zum Streit um die deutsche Geschichte

Wenn diese Noltes und Stürmer
und wer immer die jetzt wieder sind
die Verbrechen des alten Stalinismus
gegen die alten Verbrechen Amerikas an den Indianern
und die gar nicht so alten Verbrechen in Vietnam
aufrechnen wollen gegen die Verbrechen des Hitlerfaschismus
so wäre das noch zu verstehen
denn auch all diese andern
haben wirklich vor Zeiten Blutschuld auf sich geladen
und Gorbatschow tut heute was er kann
um die Reste der Stalinzeit
in der Sowjetunion zu bekämpfen

Und ich hoffe die Labourparty
wird England befrein von Frau Thatcher
und jetzt werden Reagans Verbrechen
von Amerika selber entdeckt
Und natürlich bin ich auch gegen
einen antideutschen Rassismus
und jeder deutsche Antifaschist hat das Recht
wenn er ankämpft gegen das heutige Unheil in Deutschland
auch in anderen Ländern Verbrechen der Herrschenden anzuklagen
die meist Bundesgenossen der Herrschenden Deutschlands sind

Aber wenn diese Noltes und Stürmer
diese habermaslosen Gesellen
jetzt wieder der Hafer sticht
das alles aufzurechnen
damit der Hitlerfaschismus desto weniger einmalig scheint
weil alles doch relativ sei
dann will ich abrechnen mit ihnen
im Namen meiner Toten
und im Namen der Lebenden

Denn die wollen der deutschen Geschichtsbetrachtung helfen
oder helfen ihr doch — auch wenn sie es nicht bewußt wollen
nicht auszugleiten im gestern vergossenen Blut
sondern sich für die Zukunft wieder die Hand freizumachen
zu Untaten
wie sie angeblich ja alle Völker begehen

Solche Aufrechner die nie
Antifaschisten waren
und saubere Hände
aber keine saubere Denkweise haben
sind nicht nur eine Gefahr für Deutschlands Zukunft
sondern machen es Deutschland auch heute
schon leicht sich mit Schuld zu beladen
durch Behandlung von Ausländern als Menschen zweiter Klasse
und durch Ausweisung von Zufluchtsuchenden in ihren Tod
im Libanon und im Iran und in der Türkei

Darum muß man abrechnen
mit diesen Geschichtsklitterern
mit diesen Aufrechnern
und menschlichen Rechenmaschinen
die heutigen Friedensverbrechern
und künftigen Kriegsverbrechern
Vorschub leisten
mit ihrer heillosen Suche nach Rechtschaffenheit

Lebenswelt im Imperialismus

Haftstrafen für das Verbrennen von Geld in Jugoslawien

ZAGREB, 5. September (dpa). Während der laufenden Saison haben etliche deutsche Urlauber in Jugoslawien Geldscheine verbrannt und sind dafür zu Haftstrafen verurteilt worden. Das berichtete das Generalkonsulat der Bundesrepublik am Freitag in Zagreb. Allein dieser Behörde seien elf Fälle gemeldet worden, bei denen Deutsche unter Alkoholeinfluß vor den Augen der Einheimischen Dinarscheine als Zeichen der Geringschätzung dieser Währung angezündet hatten. Eine solche „Staatsbeleidigung" komme nur bei deutschen Touristen vor, hieß es bei jugoslawischen Behörden. Der kleinste Dinarschein (zehn Dinar) ist fünf Pfennige, die gängige 100-Dinar-Note fünfzig Pfennige wert.

Notizen zum imperialistischen Chauvinismus des „kleinen Mannes", anläßlich einer Zeitungsnotiz vom 6. September 1986 in der FAZ.

Über die *Währung* ist *jeder* Staatsbürger einer erfolgreichen imp. Nation mit dieser verbunden. Das gilt sowohl hinsichtlich des Verbrauchs ausländischer Waren im Inland und — häufig noch etwas augenscheinlicher — beim Aufenthalt im feindlichen oder befreundeten Ausland. Woher hat Prolet Szepan aus dem Ruhrpott seine „Kaufkraft", wenn er in Jugoslawien „die Sau rausläßt"? Warum bekommt er soundsoviel Dinare für 100 Mark und kann davon „dort unten" überraschend gut leben und sich bedienen lassen wie „Gott in Frankreich"? Wieso gibt umgekehrt die DDR ihren Westreisenden so wenig „harte DM-West" mit auf den Weg und wieso teilte der französische Staat 1983 seinen Bürgern nur umgerechnet 600 DM in ausländischer Währung zu? (Franzosen können jedoch in der kolonialen „Franc-Zone" Urlaub machen — zur Landeswährung!)

Die BRD-Bundesbank und die diversen Banken verfügen über jede Menge Lire, Dinare etc., an denen sie eigentlich kein sehr großes Interesse haben. Diese Sorten stammen z.B. aus Warenkäufen von Ausdländern in der BRD, die beispielsweise die begehrten Maschinen und Anlagen bei Thyssen in DM zahlen müssen und sich dazu bei irgendeiner Bank eben mit DM eindecken mußten, wofür sie dort Dinare etc. hergeben mußten. Häufig gelingt das übrigens nicht: wenn etwa ein Kapitalist aus Ghana bei AEG einige Turbinen kaufen will, kann er auf die Kaufkraft seiner Landeswährung nicht rechnen, denn dafür gibt ihm niemand Dollar oder DM. Da muß er schon auf ein paar Touristen, Gastarbeiterüberweisungen, Weltbank-Kredite hoffen, die einige von den begehrten Scheinen ins Land bringen und dann braucht er noch einen guten Draht zum Staat, der die knappen Devisen *zuteilt*. Es ist daher auch der größte Stolz aller Entwicklungsländer wie auch aller RGW-Staaten, wenn sie ein kleines Fremdwährungspolster besitzen. An den internationalen Währungsreserven ist die westdeutsche DeMark immerhin mit 12% beteiligt (alle IWF-Mitgliedsstaaten hielten 1984 zusammen 118 Milliarden DM in Reserve, zweidrittel aller Weltwährungsreserven werden von EL gehalten, vgl. Geschäftsbericht der Bundesbank 1984, S. 74).

Der bundesdeutsche Tourist wechselt seine DM an der Grenze oder bereits in Oberhausen bei der Dresdner (Gewerkschafter bei der BfG) in Dinare und dies — da das Interesse an Dinare weltweit gegen Null tendiert — „sehr günstig". (Er wußte das bereits aus der BILD-Zeitung oder dem SPIEGEL).

Schon hier und dann endgültig im Land selbst sieht und merkt er, daß er beneideter Besitzer kostbarer Scheine ist und er ist auch schlau genug um herauszukriegen, daß diese Jugos zwar grenzenlos viel Maschinerie in der BeeRDe ordern *wollen*, aber selber nicht soviel Imponierendes anzubieten haben, um auf diese Weise ihre Devisenkassen zu füllen. Zwar überweisen bekannterweise die jugoslawischen Siemens-Arbeiter viele DM in Richtung Belgrad und auch die Touristen stehen ganz im Dienst der selbstverwalteten Volkswirtschaft, aber es ist allgemein bekannt, daß das alles hinten und vorne nicht reicht.

Nur wer dauerhaft erfolgreich billiger produziert, wer zudem stets *neue* „Investitionsgüter" produziert und dadurch *anderen Maßstäbe* setzt, wer demzufolge auch „günstig" verkauft, — nur der hat keine Devisenprobleme; außer vielleicht dem, permanent drittklassige Sorten angeboten zu bekommen.

Es ist diese Konkurrenz der Produktivitäten & Innovationen (eben Konkurrenz total, incl. der besseren Moral und sonstiger ideologischer Beschleuniger des Arbeits- und Mitmacheifers), die über die internationale Verteilung
niger des Arbeits- und Mitmacheifers), die über die internationale Verteilung
der *Hart*-Währungsreserven entscheidet. Der Stahlarbeiter aus Oberhausen *erholt* sich ja gerade an der schönen blauen Adria von den vielfältigen Folgen der „Rolle", die *er* in diesem Konkurrenzkampf in den „restlichen" 48 Wochen des Jahres spielt. Er hat also — unfreiwillig und ungefragt, aber mit der bekannten ideologisch-moralischen Begeisterung derjenigen, die gelernt haben zu wollen, was sie müssen — *mit* (daher *Mit*-Arbeiter) an der Grundlage gearbeitet, auf der er in fremden Ländern nun den „King" spielen kann. Und er *ist* „dort unten" auch ein bißchen der King, — natürlich nur im bescheidenen Rahmen *seines* westdeutschen Alltagshorizontes. Meistens geht's ohnehin nur um Fressen & Saufen, aber es geht auch sehr ums herumkommandieren (Adam Smith spricht immer von der Arbeit, die man mit einem bestimmten Quantum Geld *kommandieren* kann) von Kellnern, Kellnerinnen; und insbesondere von Frauen, die bekanntlich noch vor dem Gesang (der im BRD-TV gelernten „Nationalhymne") drankommen und dank DM ebenfalls „günstig" sind. Noch die Formen der Angeberei verweisen auf die in der (teueren + teuren) Heimat gültigen Grenzen: Westberliner „Penner" fahren rüber in den „Osten", um sich dort billig vollaufen zu lassen, usw. Dennoch, — in dieser Sorte Auftreten kommt den Leuten zu Bewußtsein, daß ihre individuelle Reproduktion ein Moment der Reproduktion des BRD-Kapitals und der Stellung des BRD-Staates in der internationalen Hierarchie ist und darauf beziehen sie sich *bewußt* affirmativ! *Konkret* genießen sie den *momentanen* (für *sie* und aus *ihrer* Perspektive gültigen) Vorteil, der sich aus ihrem sonstigen Mitmachen in der Firma BRD, bei Abwesenheit jedweden Klassenbewußtseins, ergibt. Daß dieser Vorteil kleinkarriert und schäbig ist — gemessen am Preis lebenslanger Lohnarbeit, Untertänigkeit, etc. — das steht auf einem anderen Blatt. Relevant für die Leute sind *ihre* Maßstäbe und da zählt eine Riesenportion Schewapschischi zu Fünfmark einiges.

(GüJ)

Sandinista .... S. 23
Waffen sammeln oder Kaffee ernten?